

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 27. Mai 1999

Inhalt

Erweiterung der Tagesordnung (S. 194)

Fragestunde (S. 183)

Aktuelle Stunde

Festlegung des Standortes einer Autobahnraststation auf der A2-Südautobahn (Abschnitt Klagenfurt - Villach); Antragsteller: SPÖ-Klub

Redner: Ing. Rohr (S. 186), Schwager (S. 187), Lutschounig (S. 188), Dr. Haller (S. 189), Stangl (S. 189), Hinterleitner (S. 190), Koncilia (S. 191), Ing. Reichhold (S. 192), Wurmitzer (S. 192), Ing. Wissounig (S. 193)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 66-1/28:

Diskussion zur Regierungserklärung des Landeshauptmannes

Redner: Dr. Wutte (S. 194, 209), Dr. Haller (S. 202), Mag. Cernic (S. 204), Dr. Strutz (S. 205), Sablatnig (S. 209), Schlagholz (S. 214), Jost (S. 215), Ing. Eberhard (S. 218), Dr. Haider (S. 219), Ramsbacher (S. 229), Arbeiter (S. 231), Scheider (S. 234), Ing. Reichhold (S. 236), Hinterleitner (S. 238), Schiller (S. 241), Mag. Grilc (S. 243), Lutschounig (S. 244), Ing. Pfeifenberger (S. 246), Dr. Haller (S. 251), Wurmitzer (S. 252), Unterrieder (S. 255), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 258), Mag. Cernic (S. 259), Hinterleitner (S. 260)

2. Ldtgs.Zl. 33-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition vom 24. 3. 1998 (überreicht durch Abg. Schlagholz) betreffend "Sicherheit für Fußgeher auf der B 70"

Berichterstatter: Ing. Wissounig (S. 261, 263)

Redner: Baumann (S. 261), Ing. Eberhard (S. 262), Schlagholz (S. 262)

Einstimmige Annahme (S. 263)

3. Ldtgs.Zl. 34-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition vom 28. 1. 1999 (überreicht durch Abg. Schiller) betreffend die Erhaltung der Buslinie Ferlach - Unterbergen - Unterloibl - Loibltal - Windisch Bleiberg - Bodental

Berichterstatter: Koncilia (S. 263, 265)

Redner: Schober (S. 264), Gritsch (S. 264), Lutschounig (S. 265)

Einstimmige Annahme (S. 265)

4. Ldtgs.Zl. 74-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr betreffend Road-Pricing

Berichterstatter: Schober (S. 265, 276)

Redner: Schwager (S. 266), Koncilia (S. 267), Ramsbacher (S. 270), Mitterer (S. 271), Dr. Wutte (S. 272), Ing. Reichhold (S. 274), Ramsbacher (S. 276)

Einstimmige Annahme des Antrages (S. 276)

Ablehnung eines Zusatzantrages der ÖVP-Fraktion (FPÖ nein, außer Abg. Scheider: ja, SPÖ nein, ÖVP ja)

5. Ldtgs.Zl. 16-1/28:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes ((Landesschulrat, Bezirksschulräte) (S. 277)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 112-2/28:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Errichtung einer Raststation an der A2-Südautobahn in Wernberg

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 281)

Zur Dringlichkeit: Schwager (S. 281), Dr. Wutte (S. 281)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 281)

Ablehnung des Antrages (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP nein) (S. 282)

2. Ldtgs.Zl. 115-1/28:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend eine Studie bezüglich der Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Wirtschaft, das Gewerbe und das Handwerk in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Ragger (S. 282)

Zur Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 282), Dr. Wutte (S. 283)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 283)

Einstimmige Annahme des Antrages und des Zusatzantrages der ÖVP-Fraktion (S. 283)

3. Ldtgs.Zl. 116-1/28:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Festlegung des Ziel-2-Gebietes und der Wettbewerbskulisse für Kärnten; keine Verschlechterung der Position Kärntens bei den EU-Strukturmitteln

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 284)

Zur Dringlichkeit: Dr. Haller (S. 284), Mag. Ragger (S. 285)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (FPÖ nein, SPÖ nein, ÖVP ja) (S. 285)

Zuweisung: Ausschuß für Europa- und Föderalismusfragen (S. 285)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 285)

C. Petitionen (S. 289)

Beginn: Donnerstag, 27.5.1999, 09.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 27.5.1999, 17.42 Uhr

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**

Anwesend: 32 Abgeordnete

Entschuldigt: Dritte Präsidentin **Dr. Sickl**, Abg. **Dipl.-Ing. Gallo**, Abg. **Matzan**, Abg. **Dr. Zernatto**

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Scheuch**, **Mag. Neuner**, **Mag. Trunk**, **Ing. Gruber**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**, Landesrat **Ing. Pfeifenberger**, Landesrat **Unterrieder**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: **Mag. Arnold**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 4. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Ich begrüße auch die Anwesenden auf der Zuhörertribüne. Entschuldigt haben sich die Dritte Präsidentin Dr. Sickl, Herr Abgeordneter Matzan und Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo. Der Landtag ist beschlußfähig.

Wir kommen am Beginn dieser Sitzung zur Fragestunde und ich rufe die erste Anfrage auf:

Dipl.-Ing. Freunschlag

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 13/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Lobnig an Landesrat Wurmitzer

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat Wurmitzer! Seit dem Jahre 1997 ist die Hengsthaltung des Bundes an die einzelnen Länder übertragen worden und somit auch für diesen Zweck ein neues Tierzuchtgesetz geschaffen worden. In diesem Gesetz ist auch klar geregelt, daß die Gemeinden jährlich für jede in der Gemeinde vorhandene und im Zuchtbuch eingetragene Stute einen Beitrag an die Landwirtschaftskammer zu entrichten hat. Dieser Beitrag ist zur Beschaffung und Haltung männlicher Zuchttiere, also Hengste, durch anerkannte Züchtervereinigungen oder verlässliche Halter zu verwenden. Derzeit gibt es in Kärnten rund 1600 eingetragene Stuten, somit bekommt die Landwirtschaftskammer rund 1,6 Millionen Schilling für Hengstbeschaffung und Hengsthaltung. Derzeit wird die Prämie in drei Stufen gegliedert ausgezahlt, und zwar in Prämien von 3000, 4000 bzw. 5000 Schilling. Da die Fixkosten des Hengstes jährlich rund 51.000 Schilling betragen, wird von den Haltern eine Erhöhung der Halterprämien auf 8000, 9000 bzw. 10.000 Schilling gefordert.

Meine Frage an Sie, Herr Landesrat: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit die Hengsthalterprämien entsprechend den Wünschen der Züchter in Zukunft erhöht werden?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrter Herr Abgeordneter! Ich muß noch einige Dinge hinzufügen, die Sie in Ihrer Einleitung nicht angeführt haben. Es wurde im Februar 1998, also vor rund einem Jahr, ein selbsttragendes System zwischen dem

Pferdezuchtverband der Landwirtschaftskammer und der Landesregierung ausgehandelt. Dieses selbsttragende System besteht darin, daß von den Haltern von Zuchtpferden Beiträge eingezahlt werden, und zwar insgesamt waren es im Jahre 1998 1,778.000 Schilling, und auf der anderen Seite Ausgaben getätigt werden, um den Hengstenhaltern ihre Last erträglicher zu machen. Es wurden im Jahr 1998 1,794.000 Schilling ausgegeben, das ergibt einen Abgang von 16.000 Schilling. Die Einnahmen und die Ausgaben halten sich die Waage.

Ich darf Ihnen auch sagen, wer vertreten war, als diese Vereinbarung geschlossen wurde: Der Obmann des Landespferdezuchtverbandes Zwitter, Obmann-Stellvertreter Obweger, Obmann-Stellvertreter Karnitschnig, Dipl.-Ing. Gorton, Tierzuchtdirektor Dipl.-Ing. Brunner und Dr. Brandstätter. Nachdem diese Vereinbarung erst ein Jahr alt ist und damals Einvernehmen zustande gekommen ist, gibt es aus meiner Sicht keinen Bedarf, eine Veränderung herbeizuführen. Mit ist auch ein diesbezügliches Ansinnen von seiten der Hengstenhalter nicht bekannt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht ein Vertreter der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Seitens der ÖVP ist auch keine gewünscht. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. (*Abg. Lobnig: Ich habe keine Zusatzfrage. Danke!*) Somit ist diese Anfrage erledigt und wir kommen zur zweiten Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 14/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landesrat Wurmitzer

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hoher Landtag! Herr Landesrat! Im Gemeindeplanungsgesetz ist das vereinfachte Verfahren

Stangl

vorgesehen. Viele Gemeinden sind im Rahmen der ORE und des Gemeindeplanungsgesetzes angehalten, massive Rückwidmungen durchzuführen. Es kommt immer wieder zur Argumentation, wenn notwendig, steht das vereinfachte Verfahren den Gemeinden oder dem neuerlichen Widmungswerber zur Verfügung. Manche Gemeinden haben teilweise Baulandreserven von bis zu 240 Jahren, das ist gewaltig. Die hören bei 90 Jahre Baulandreserven rückzuwidmen auf, wo andere Gemeinden erst mit der Rückwidmung anfangen. Die widmen dann von 90 auf 50 oder 40 Jahre zurück. Wenn man aus diesem Anlaßfall dann die Fachbeamten fragt, ob das vereinfachte Verfahren unabhängig von den noch verbleiben Baulandreserven gilt, so bekommt man bedauerlicherweise widersprüchliche Auskünfte. Der eine Fachbeamte sagt, das vereinfachte Verfahren gilt selbstverständlich, der nächste Fachbeamte sagt, wenn so viele Baulandreserven vorhanden sind, muß man das überlegen, eventuell kein vereinfachtes Verfahren, sondern es muß eingetauscht bzw. anderes Bauland rückgewidmet werden.

Daher meine Frage: Gilt das vereinfachte Verfahren für Umwidmungen für alle Gemeinden unabhängig vom Baulandüberhang über 30 Jahre?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Bei dieser Anfrage kann ich mir die Antwort etwas einfach machen: Unter den einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes lautet die Antwort, ja. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht ein Vertreter der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Ein Vertreter der ÖVP? - Das ist nicht der Fall, dann hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Werden Sie auch unter den Fachbeamten für Klarheit sorgen, daß Ihre Antwort auch umgesetzt wird?

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Das beantworte ich noch einmal mit einem deutlichen Ja. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

3. Ldtgs.Zl. 15/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Jost an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe hier einen dramatischen Sozialfall vor das Hohe Haus. Es geht um einen geistig beeinträchtigten jungen Mann, der aus einem Heim, in dem er jahrzehntelang versorgt worden ist, geworfen wurde, weil er von sexuellem Mißbrauch in diesem Heim berichtet hatte. Es geht um die Beschäftigungswerkstätte der Lebenshilfe in Ledentzen. Diese Anschuldigungen haben sich als unwahr herausgestellt, es konnte kein Nachweis erbracht werden. Der junge Mann wurde allerdings aus dem Heim geworfen. Für seine Mutter, eine Mindestrentnerin, die ebenfalls pflegebedürftig ist, entstand dadurch eine schwierige Situation.

Doch es geht nicht nur um diese schwierige Lage, sondern es entstand auch ein finanzielles Problem. Der Mutter wurden in den Monaten, in denen ihr Sohn nicht in dem Heim versorgt wurde, von der Abteilung 13 2500 Schilling pro Monat in Rechnung gestellt. 1500 Schilling mußte sie direkt bezahlen und die Hälfte des Pflegegeldes für den Sohn wurde ihr abgezogen, weil er ja im Heim versorgt werden sollte. Wie gesagt, in den vergangenen Monaten wurde er in dem Heim nicht versorgt und die Mutter mußte trotzdem zahlen. Ich habe hier die Einzahlungsbelege.

Daher meine Frage an die sehr geehrte Frau Landesrätin: Wie ist es möglich, daß die Abtei-

Jost

lung 13 von einer kranken Mindestrentnerin 2500 Schilling pro Monat für die Versorgung ihres geistig beeinträchtigten Sohnes in dem Heim der Lebenshilfe in Ledенitzen einkassiert, obwohl dieses Heim den Beeinträchtigten in dieser Zeit nicht versorgt hat? Hier wird Geld den Ärmsten entzogen.

Landesrätin Mag. **Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Hoher Landtag! Ich wollte auf die näheren Umstände dieses Falles nicht eingehen, weil ich es für sozial unverantwortlich halte, auf Kosten eines Behinderten politisches Kleingeld zu lukrieren.

Zum Sachverhalt selbst: Der Betroffene wurde in der Beschäftigungswerkstätte in Ledенitzen betreut, es gab da Vorfälle, auf die ich zur Schonung des Behinderten nicht eingehen wollte, die der Herr Jost allerdings bereits erwähnt hat. Sämtliche erhobenen Vorwürfe wurden von der Staatsanwaltschaft als haltlos und nicht aus Mangel an Beweisen zurückgelegt und das Verfahren damit eingestellt. So viel zum rechtlichen Aspekt dieses Falles.

Zu den Beiträgen zur Hilfeleistung auch eine rechtliche Aufklärung: Die Beiträge zur Hilfeleistung gliedern sich in zwei Varianten. Zum einen ist der Betroffene selbst verpflichtet, nach seinen finanziellen Möglichkeiten Beiträge zu leisten, das heißt in diesem Falle nicht die Mutter, sondern der Behinderte selbst in Form von 50 % des Pflegegeldes. Zum weiteren gibt es einen Kostenbeitrag der Mutter, der sich ebenfalls an der finanziellen Leistungsfähigkeit orientiert. Der beträgt in diesem Fall die Hälfte der erhöhten Familienbeihilfe.

Aufgrund der Vorfälle kam es am 28. 10. 1998 zu Sonderferien, die diesem behinderten Mann gewährt wurden.

Während dieser Sonderferien wurde aber der Betreuungsplatz freigehalten. Die Zahlungen der Mutter wurden auch mit diesen Sonderferien eingestellt. Für die anteilig anfallenden Personal- und Sachkosten wurde der Anteil des Pflegegeldes einbehalten, um ihm zu gewährleisten, daß nach Abwicklung des Falles der Pflegeplatz freigehalten wird.

Es blieb nicht bei dem einen Vorfall; es kam zu weiteren Anschuldigungen, weshalb eine Wiederaufnahme unverantwortlich und auch mit dem Betreuungsgedanken nicht vereinbar erschien.

Nunmehr ist die Rechtslage oder die Regelung so, daß seit 1. 1. 1999 keine Beitragsleistungen in finanzieller Form mehr aufrecht sind. Es wurden die ganzen Beitragszahlungen, die aufgrund des Aktenlaufes noch weiter (zwei, drei Monate) vorgeschrieben wurden, bereits rückgeleistet. Das heißt, es gibt keine finanzielle Erschwernis mehr. Mit 1.1.1999 sind alle Zahlungen bereinigt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion oder der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! - Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Wird die Mindestrentnerin das Geld, das sie eingezahlt hat - ich habe hier alle Einzahlungsbelege - zurückbekommen?

Landesrätin Mag. **Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Das ist bereits geschehen; mit 1. 1. 1999. Rückwirkend sind die Zahlungen abgewickelt. Sie haben die Einzahlungsbelege. Es wurden offenbar Einzahlungen gemacht, obwohl ein Schreiben der Abteilung hinausgegangen ist, daß für diese Monate keine Zahlungen mehr zu leisten sind. Die Zahlungen werden rückabgewickelt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die Fragestunde beendet. - Hohes Haus! Wir kommen zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Dipl.-Ing. Freunschlag**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Klubs vor. Auch nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: "Festlegung des Standortes einer Autobahn-Raststation auf der A2 Südautobahn, Abschnitt Klagenfurt-Villach".

Ich ersuche die Antragsteller, das Wort zu ergreifen! - Ich erteile Abgeordneten Rohr das Wort!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb in der heutigen Aktuellen Stunde das Thema "Errichtung einer Autobahn-Raststätte im Abschnitt der A2 Südautobahn zwischen Klagenfurt und Villach" als Thema gewählt, weil am 4. Mai ein Regierungsbeschluß gegen jedes sachliche Entscheidungskriterium mit Mehrheit von ÖVP und FPÖ gefaßt wurde.

Die Rolle des zuständigen Straßenbaureferenten ist also die eines klassischen politischen Umfallers. Noch im Dezember - als eine Studie von der ASFINAG vom Austrian Research Center (ehemaliges Forschungszentrum Seibersdorf) vorgelegt wurde, worin eindeutig in allen Punkten Wernberg als klarer Standortsieger hervorgegangen ist - hat mir der Verkehrsreferent des Landes Kärnten, damals hat er auch Reichhold geheißen, zugesagt, daß er sich in jedem Fall an dieses objektive Studienergebnis halten wird; daß er dieses Studienergebnis akzeptieren wird und sich letztlich auch in der Regierung für eine entsprechende Umsetzung einsetzen wird.

Daß das dann nicht der Fall war, hat uns in Wahrheit erschüttert! Es hat nicht nur uns erschüttert, sondern offensichtlich auch die Fraktionskollegen der FPÖ in der Gemeinde Wernberg. Denn von dort gibt es einen entsprechenden Brief an den Kollegen Reichhold, wo drinnensteht: "Wir stellen mit großer Verwunderung nach der Bekanntgabe durch Landeshaupt-

mann Haider fest, daß diese Zusagen nicht der Wahrheit entsprachen."

Meine sehr geschätzten Damen und Herren hier im Hohen Haus! Darin wird dem freiheitlichen Verkehrsreferenten von seiner eigenen Fraktion in Wernberg unterstellt - naja, ich würde sagen, sie haben es nobel geschrieben -, daß er sie belogen hat. Daher ist es für unsere Fraktion, die Sozialdemokraten, nicht akzeptabel, daß gegen jede wirtschaftliche Vernunft eine Entscheidung in der Regierung getroffen wurde, mit einer Mehrheit von ÖVP und FPÖ, die letztlich einen vom Bürgermeister Zwölbar vorbildhaft vorbereiteten Weg zur Errichtung einer Autobahnraststätte in Wernberg verhindern soll.

Deshalb werden wir heute gleich einen Dringlichkeitsantrag einbringen, mit der Zielsetzung, daß die Landesregierung aufgefordert wird, den unsinnigen Beschluß (in der Regierungssitzung am 4. Mai 1999 mit Mehrheit gefaßten Beschluß), wonach an der A2 im Abschnitt Wörther See ein PKW-Zentrum in Techelsberg und ein LKW -Zentrum in Wernberg errichtet werden soll, aufzuheben und entsprechend der vorliegenden Expertise, der objektiven Standortanalyse des Austrian Tech-Research Centers (vormaliges Forschungszentrum Seibersdorf), sich dezidiert für den Standort Wernberg als einzigen Standort in diesem Bereich auszusprechen.

Herr Präsident, ich darf Ihnen diesen Dringlichkeitsantrag überreichen. *(Der Redner übergibt den Antrag)* Es wird in der Begründung der Dringlichkeit noch genug Gelegenheit geben, die in diesem Zusammenhang offenen Fragen entsprechend abzuklären.

Ich denke, die Hausaufgaben wurden in der Gemeinde Wernberg für dieses Projekt erfüllt. Die Hausaufgaben in Techelsberg sind unerledigt. Wir in Kärnten lassen die Chance aus - wenn dieser Regierungsbeschluß von ÖVP und FPÖ aufrecht bleibt -, ein Investitionsvolumen von mindestens 130 Millionen Schilling, das bereits im Herbst dieses Jahres begonnen werden könnte, hier nach Kärnten zu bringen und

Ing. Rohr

einzusetzen. Wir berauben uns letztlich einer Chance, auch die Bauwirtschaft dadurch entsprechend zu beleben.

Wir gehen mit dem besagten Regierungsbeschluß, der am 4. Mai von ÖVP und FPÖ getroffen wurde, in eine unsichere Zukunft. Denn die offenen Fragen (sei es die Frage der Zufahrt; sei es die Frage der zu bewilligenden Rodung von drei Hektar Wald; sei es die Frage von entsprechenden Grundstückssicherungen am Standort Techelsberg) sind unerledigt. Es ist überhaupt nicht gewährleistet, daß diese Fragen jemals positiv beantwortet werden.

Ein Thema, das für Kärnten wichtig wäre, nämlich die Errichtung einer Autobahnraststätte im Abschnitt der Südautobahn zwischen Klagenfurt und Villach, wird als Frage prolongiert; wird auf die lange Bank geschoben und damit in Kärnten wieder ein wichtiges Projekt verhindert und verzögert. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter Schwager (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten des Kärntner Landtages! Die Sozialdemokraten hier im Hause haben in den letzten Sitzungen des Kärntner Landtages zur Aktuellen Stunde das Ansinnen eingebracht, über den Bau des Basistunnels beim Semmering zu diskutieren. Das ist nicht zum Tragen gekommen. Sie haben in der letzten Sitzung des Kärntner Landtages dazu einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und haben ihn wieder zurückgezogen. Da habe ich mir vorgestellt: Eine Thematik über das ganze Verkehrswesen im Süden Österreichs zu diskutieren, wäre eine Aktuelle Stunde wert gewesen.

Nun hat man das zurückgezogen und hat die parteipolitische Variante gewählt, um für eine Raststation - so wichtig das auch für uns und für die Benutzer der Autobahnen in Kärnten ist - von einem Standort zum anderen, der wenige Kilometer auseinanderliegt, eine Aktuelle Stunde zu bemühen.

Ich möchte dazu feststellen, daß es in weiten

Kreisen Kärntens den Menschen und auch den Benützern der Autobahnen egal ist, ob diese Raststation in Wernberg ist oder in Techelsberg, was - wie wir alle wissen - nahe beisammenliegt. *(Abg. Ing. Rohr: Das wird dann vielleicht erst in drei Jahren oder in fünf Jahren gebaut werden!)* Das wirft vielleicht nur die Frage der SPÖ auf, daß eben der SPÖ-Bürgermeister von Wernberg die Landtagsfraktion oder auch die Regierungsmitglieder etwas unter Druck gesetzt hat, um die Entscheidung für seine Gemeinde zu bekommen. Das ist legitim. Aber wir haben zu entscheiden und das Beste für Kärnten zu machen!

Ich darf auf einen Schriftverkehr und Vorbereitungsarbeiten hinweisen, die schon in die Zeit des Landeshauptmann-Stellvertreters Karl-Heinz Grasser in den vergangenen Jahren zurückgehen. Daraus geht immer das hervor, was jetzt in der Regierung mit Mehrheit der freiheitlichen Regierungsmitglieder und des ÖVP-Regierungsmitgliedes schließlich beschlossen wurde. Denn immer, in allem Schriftverkehr mit dem Ministerium, in allen Beratungen, wurde angeführt, daß in Techelsberg eine PKW-Raststation errichtet werden sollte. Sie haben ja die Unterlagen; Sie können das nachlesen!

Mein Vorredner, der Abgeordnete Rohr, hat wohlweislich verschwiegen, daß ja nicht beschlossen wurde, daß in Wernberg nichts geschieht, sondern es ist auch auf langjährige Arbeit hinzuweisen, daß eben dieses DRAKA-Center, eine LKW-Raststätte, in Wernberg errichtet werden sollte. Daß das der Bürgermeister jetzt ausschlägt, ist Sache der Gemeinde Techelsberg! Da muß sich eben das Land und der Bund um eine andere Lösung bemühen! Aber das steht im Raum. Das ist ein Beschluß der Kärntner Landesregierung. *(Abg. Ing. Rohr: Ein unsinniger Beschluß!)* Ob dir das so vorkommt oder nicht, ist gleich: Eine Mehrheit hat das so beschlossen!

Für Techelsberg ist weiters anzuführen, daß sich die gesamte Tourismuswirtschaft Kärntens dafür ausgesprochen hat. Bitte, der Herr Obernosterer, der Vorsitzende dieser Sektion, ist ein Lesachtaler aus Maria Luggau. Der hat sicherlich auch keine Präferenz für die eine Gemeinde oder für die andere. Aber die haben auch einstimmig das Ersuchen an die Landesregierung gerichtet, aus

Schwager

tourismuspolitischen Gründen Techelsberg zu favorisieren. Das ist einmal so!

Es ehrt meinen Vorredner, daß er für seinen Bezirk eintritt, aus dem er kommt. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß im Bezirk Villach-Land ohnehin mit Feistritz und mit der Südrast bereits zwei Autobahnraststätten gegeben sind. Die Vorwürfe an den Straßenbaureferenten Reichhold weise ich mit aller Schärfe zurück! Es sind da die Worte gefallen: "Umfaller", und ein Schreiben der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion Wernberg wurde erwähnt. *(Abg. Ing. Rohr: Stimmt!)* Das ist ja gar kein Problem. Selbstverständlich! In meiner Gemeinde, wenn so eine Möglichkeit wäre, sind ja auch Lokalpatrioten. Die würden sich auch auf die Hinterfüße stellen und versuchen, eben für ihre Gemeinde diese Sache zu retten. *(Abg. Ing. Rohr bringt ein Schreiben zum Rednerpult: Zur Information!)* Ja, das kennen wir schon!

Zum Schriftverkehr möchte ich noch hinweisen, daß kürzlich der Bürgermeister der Gemeinde Techelsberg ein Schreiben an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Mathias Reichhold gerichtet hat, aus dem folgendes hervorgeht. Einleitend hat er auf das Telefonat hingewiesen: "Hinsichtlich der Finanzierung des Grundankaufes in Techelsberg ist anzuführen, daß bereits Landesrat Dr. Haller die Finanzierung zugesichert hat und nunmehr auch seitens des Herrn Landesrates Wurmitzer eine Finanzierungszusage vorliegt. Wir hoffen, mit diesen Ausführungen gedient zu haben und verbleiben ..." Also, es ist auch in der SPÖ so. Deshalb hat sich anscheinend als Erstredner der Abgeordnete Rohr zu Wort gemeldet, weil ja der Klubobmann damals in seiner Tätigkeit als Gemeindereferent bereits eine finanzielle Zusage für Techelsberg gemacht hat. Das soll man auch wissen!

Ich danke den freiheitlichen Regierungsmitgliedern, besonders dem Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold, der natürlich um die beste Lösung bis zur Regierungssitzung gerungen hat. Die beste Lösung - darauf werden Sie noch kommen, wenn es soweit ist -, das ist aus touristischer Sicht einfach Techelsberg. Das ist eine Gratiswerbung für Kärnten und unser Land. Wir wollen das Beste, das Herzstück

Kärntens, dieses Tourismuslandes Kärnten, herzeigen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Ihr wollt etwas verstecken?!)*

Mathias, meinen herzlichen Dank der Freiheitlichen Landtagsfraktion für diese Entscheidung! *(Starker Beifall der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Landtagsabgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aus meiner Sicht wäre es auch notwendig, wenn wir unsere Kräfte bündeln würden - alle politischen Kräfte - und schauen, daß wir auch in Richtung Bund verkehrsmäßige Verbesserungen für unser Land bringen, ob das jetzt der Koralmtunnel oder der Semmering-Basistunnel ist. Aber darüber zu streiten, ob in Wernberg oder in Techelsberg eine Raststätte stattfindet und das zum Thema der Aktuellen Stunde zu machen finde ich aus der Sicht der SPÖ fast ein bißchen übertrieben. Aber es steht mir nicht zu, Wertigkeiten hier abzugeben. Ich glaube nur, daß es andere Prioritäten im Rahmen dieser Aktuellen Stunde gäbe, um darüber zu befinden.

Ich glaube, meine geschätzten Damen und Herren, daß hier wirklich eine Lösung der Vernunft stattgefunden hat und solche Lösungen der Vernunft sind ja in der Politik immer wieder sehr wichtig. Und wenn wir die Möglichkeit haben - ich habe auch keine Präferenz ob Wernberg oder Techelsberg, ein bißchen ein Lokalpatriotismus als Klagenfurt-Land Bezirksansässiger ist mir natürlich schon gestattet - und wenn es darum geht, Kärnten wirklich von der schönsten, von der besten Seite zu präsentieren und das ist mit dieser Lösung tatsächlich auch der Fall und ich glaube, wenn wir unseren Wörthersee, unser Herzeigeparadies für Kärnten präsentieren können, dann sollen wir diese Möglichkeit nutzen und es nicht davon abhängig machen, ob dort ein Bürgermeister dieser oder jener Couleur tätig ist. Ich glaube, daß diese Lösung auch mit der Teilung eine sehr vernünftige ist. Wenn Kollege Schwager gemeint hat, er dankt dem Freiheitlichen Klub und den freiheitlichen Regierungsmitgliedern, dann muß ich sagen, ich

Lutschounig

danke vor allem unseren Landesrat Wurmitzer, der als einziger auf dieser Variante beharrt hat, aufgrund seiner Hartnäckigkeit, daß Techelsberg der richtige Standort ist. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Es ist seiner Überzeugungskraft zu verdanken, daß hier auch die freiheitlichen Regierungsmitglieder letztlich erkannt haben, wie notwendig und wie wichtig diese Lösung auch ist, daß wir Techelsberg als diesen Standort hernehmen sollen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Lieber Georg, ich darf dir auch als Bezirksabgeordneter und als Sprecher der Wörtherseegemeinden, die ja zum größten Teil mit Ausnahme von Velden meinem Bezirk angehören, ein aufrichtiges Danke sagen. Ich glaube, daß wir unsere Kräfte jetzt bündeln sollten und gemeinsam die einen oder die anderen kleineren Problemchen, die es da und dort zu lösen gibt, einer Lösung zuführen, damit dieses Projekt, dieses Herzeigeprojekt, wo wir Kärnten von der schönsten Seite präsentieren, hier am Techelsberg, rasch einer Realisierung zukommt. Ich glaube, daß nicht die ASFINAG oder andere, die hier auch Gutachten gemacht haben, die Entscheidung letztlich zu treffen haben, sondern die Politik vor Ort, die Kärntner Politik. Und die hat erkannt, dank der Überzeugungskraft unseres Landesrates Wurmitzer, daß das der beste Platz ist. In diesem Sinne hoffe ich, daß es zu einer raschen Realisierung dieses Bauvorhabens kommt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Haller das Wort.*)

Landtagsabgeordneter **Dr. Haller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Daß die Landespolitik in Kärnten für das laufende Frühjahr einige Überraschungen parat haben wird, war von vornherein klar. Daß aber gerade das Thema "Autobahn Raststätte" dafür herhalten mußte, damit konnte zumindest zwischendurch niemand mehr rechnen. Der Herr Kollege hat schon recht, es ist der unbestrittenen Überzeugungskraft des Landesrates Wurmitzer zu verdanken, daß in diesem Punkt selbst die FPÖ umgefallen ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Das ist nämlich die Wahrheit bei dieser Geschichte. Als nämlich am Ende einer langwierigen Diskussion in

einem Gutachten völlig außer Streit gestellt wurde, daß der Standort Wernberg bei den Experten eindeutig die Nummer eins ist, schien die Entscheidung gefallen zu sein. In der Gemeinde Wernberg wollte man ohnehin noch nicht so recht daran glauben. Doch als der Straßenbaureferent Reichhold am 20.4.1999 einen Brief an den Bundesminister Farnleitner geschrieben hat, waren auch die letzten Zweifler beruhigt. Und ich darf hier der Vollständigkeit halber den Inhalt dieses Schreibens in Erinnerung rufen: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 11.12. darf ich Ihnen mitteilen, daß das Kollegium der Kärntner Landesregierung im Zuge der zweiten Regierungssitzung die Standortauswahl für die geplante Raststätte im Bereich Wörthersee besprochen hat. Aufgrund des bisherigen Verlaufes der Debatte ist anzunehmen, daß sich die Mehrheit der Regierungsmitglieder für den Standort Wernberg aussprechen werde, da die von der ASFINAG in Auftrag gegebene Standortstudie aus wirtschaftlicher und raumplanerischer Sicht eine Präferenz zugunsten des Standortes Wernberg erkennen läßt. Als zuständiger Straßenbaureferent des Landes - und jetzt kommts - schließe ich mich dieser Meinung an und werde mich in der nächsten Regierungssitzung für den Standort Wernberg entscheiden. Die offizielle Beschlußfassung im Kollegium des Amtes der Kärntner Landesregierung erfolgt am 4. Mai 1999, wörtlich zitiert. Wer also sollte nach dieser Vorgeschichte die Welt noch verstehen, als mit den Stimmen der FPÖ und der ÖVP in der Regierungssitzung am 4.5.1999 beschlossen wurde, daß die Errichtung einer zweigeteilten Anlage, also mit einem PKW-Zentrum in Techelsberg und einem LKW-Zentrum präferiert wird. Wenn man diese Geschichte irgendwo erzählt, ist sie fast nicht zu glauben. Doch leider ist sie politische Realität. Und was dabei besonders hervorsteht, meine Damen und Herren, das ist neben der völligen Ignoranz der Expertenbeurteilung der offenkundige Zick-Zack-Kurs des zuständigen Straßenbaureferenten, der sich damit nicht nur in Wernberg einen Meilenstein gesetzt hat, sondern damit sicherlich viele Erwartungen in die Glaubwürdigkeit der Politik in unserem Lande kaputtgemacht hat. Und wenn in diesem

Dr. Haller

Zusammenhang ein Brief zitiert wurde, dann darf ich vielleicht doch ein paar Passagen aus dem Inhalt des Schreibens der freiheitlichen Bezirksstelle Villach-Land an den Straßenbaureferenten wiedergeben. Lieber Hias, so heißt es in diesem Brief. Trotz deiner sowohl mündlichen als auch schriftlichen Zusage für die Sicherung des Standortes der Autobahn-Raststätte in Wernberg stellen wir mit großer Verwunderung nach der Bekanntgabe durch Landeshauptmann Haider fest, daß diese Zusagen nicht der Wahrheit entsprachen. Die freiheitliche Partei ist dafür bekannt, Versprechen, die gemacht wurden, auch einzuhalten. Mit dieser Entscheidung jedoch haben wir den Unmut unserer Sympathisanten auf uns gezogen.

Meine Damen und Herren! Ich stelle jedenfalls in Frage, daß man mit diesem Brief sachpolitischen Argumenten gefolgt ist. Man hat hier eindeutig parteipolitische Präferenzen gesetzt. Und ich kann nur hoffen und wir werden diese Hoffnung mit Nachdruck auch durch den von uns eingebrachten Dringlichkeitsantrag unterstreichen, daß diese Geschichte letztlich doch noch zu einem vernünftigen und sachpolitisch begründbaren, nachvollziehbaren Ende kommt. Ich danke, meine Damen und Herren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Stangl das Wort.)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Gestern im Ausschuß haben wir von einem Fachbeamten den Spruch gehört und ich glaube, der Spruch wird öfter benötigt werden: Wahr ist nicht was A sagt, sondern was B versteht. Dieser Spruch gefällt mir gut. *(Abg. Ramsbacher: Mann kann auf die Aussagen nichts mehr halten!)* Ich meine, man muß schon eines richtigstellen. Okay, die SPÖ spricht von einem Umfaller. Aber eines erlaube ich mir für uns schon in Anspruch zu nehmen, was auch Adenauer für sich in Anspruch genommen hat, was auch Kreisky für sich in Anspruch genommen hat: Man darf doch jeden Tag klüger werden, nicht wahr. *(Unruhe im Hause.)*

Wenn man die Studien gegenüberstellt, wie Herr Klubobmann Haller zitiert hat, dann stimmt das. Nur wenn man sie gegenüberstellt, dann ergeben sie doch nach der Sachlichkeit fast eine Gleichwertigkeit. Ich glaube aber, daß die ASFINAG das wohl von der baulichen Sicht her beurteilt hat, nicht aber von der touristischen Sicht genug gewichtet hat. Denn in Techelsberg hat man wirklich die Chance, Kärnten im Tourismus so zu präsentieren, wie es das verdient. In Techelsberg haben wir die Chance laut dem Leitbild, den Fremdenverkehr zum Tragen zu bringen. Und ich glaube, das ist für mich schon eine Gewichtung wert, vor allem die Langzeitwirkung. Natürlich, auf der anderen Seite stehen die geringen Kosten. Und zur Aktualität - ja aktuell schon - aber ob dieses Thema einer Aktuellen Stunde bedarf ist fraglich. Es geht hier um den berechtigten Streit des Steuervorteiles zweier Gemeinden. Und ich würde selbstverständlich als Bürgermeister auch alles unternehmen, um meine Gemeinde zum Zug zu bringen. Das Land kommt weder groß zum Schaden noch groß zum Vorteil. Sicher, wenn es gebaut ist, können wir Kärnten in Techelsberg wirklich positiv präsentieren und ich glaube, das ist zu berücksichtigen. Doch eines ist noch zu bemerken. Sicher hat das Land etwas mitzureden, aber in letzter Konsequenz, auch das müssen wir sagen, hat der Minister, sprich der Bund, das Wort zu reden.

Wenn sich heute in der Aktuellen Stunde der Herr Landesrat Wurmitzer zu Wort melden wird ist das okay, obwohl der Straßenreferent sachlich zuständig ist, so finde ich ist es richtig, daß er sich zu Wort meldet. Ich würde es für nett empfinden, wenn man die Gnade hätte, auch den Tourismusreferenten hier zu Wort kommen zu lassen und was mir besonders gefällt, denn ich finde es für richtig, daß sich alle, die sich sachlich betroffen fühlen - die Referenten - zu Wort melden. Wenn aber 14 Tage davor, wenn ein Landeshauptmann zu einem Thema spricht, wo er für mich selbstverständlich auch zuständig war, einen Skandal daraus macht, ... Also, lassen wir die Kuh im Stall und sagen jawohl, in einem demokratischen Staat kann man sich doch zu Wort melden, wenn man sich betroffen fühlt. Das hätte ich gerne zur Richtigstellung.

Stangl

Daher sage ich, bei dieser Raststation ist der touristische Standpunkt wesentlich stärker zu bewerten und deshalb finde ich die Entscheidung des Landes Kärnten und der Regierung, daß sie sich für diesen Standort in letzter Konsequenz dafür ausgesprochen haben, für richtig. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*
(Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner das Wort.)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Kollegen! Ich freue mich, daß es dem Landesrat Wurmitzer tatsächlich gelungen ist, es einigen Teilen der Regierungskollegen leichter zu machen, über Nacht klüger zu werden. Anscheinend waren die Argumente so gut und so treffend. Ich finde das hervorragend. Ich finde es aber auch hervorragend, daß man hier fernab der legitimen Entscheidungen von Bürgermeisterinnen eine Raststätte und somit ein Wirtschaftsunternehmen in einem bestimmten Bereich zu bekommen, sehr wohl auch in der Verantwortung des Landes die Gesamtsicht zu betrachten hat. Und ich sage das durchaus als Tourismus- und Wirtschaftssprecher der ÖVP, daß es hier um die Frage geht, wo haben wir die beste Standortposition. Wer von Ihnen je auf der Westautobahn gefahren ist und die Möglichkeit hatte, eine Wahl der Raststätten zu treffen, hat sich sicher für die Raststätte am Mondsee entschlossen. Und wenn ich daran denke, daß wir hier in Kärnten mit einem Juwel am Wörthersee - ich möchte als Faakerseer nicht unbedingt, daß es der schönste See in Kärnten ist, weil wir viele Seen haben - aber ich glaube, daß es zumindest ein See ist und das ist unbestritten der Wörthersee, der mindestens so bekannt ist als See wie die Marke Kärnten. Und somit glaube ich, daß die Entscheidung hier in diesem Bereich einen Standort zu wählen, der einerseits den Bedürfnissen des Reisenden auf der Autobahn nachkommt, andererseits aber auch die Möglichkeit gibt, Kärnten im besten Lichte zu dokumentieren, das ist hier zu unterstreichen. Und ich freue mich darüber, daß die Argumente dazu geführt haben, daß wir diese Standortwahl getroffen haben, weil damit auch die Position einer Raststätte am Wörthersee zu einem Image und Werbeträger für

das Land Kärnten beitragen. Und deshalb auch diese Position. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Koncilia das Wort.)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte grundsätzlich feststellen, daß man es schon den politischen Parteien überlassen soll und muß, was sie meinen, was für sie wichtig ist, in einer aktuellen Stunde behandeln zu können oder nicht. Wenn andere Parteien meinen, das sei keine wichtige Sache für Kärnten, bleibt das ihnen überlassen, so wie sie es uns überlassen mögen, daß wir es für wichtig finden, weil damit letzten Endes auch aufgezeigt wird, wie die Worte eines Spitzenpolitikers von der Bevölkerung zu verstehen sind. Das ist eine ganz entscheidende Frage der Wertigkeit und der Glaubwürdigkeit der Politik, wenn nicht nur mündliche, sondern auch schriftliche Äußerungen keine Gültigkeit mehr haben. Wenn ich bei der letzten Sitzung von einer stillen Koalition gesprochen habe, dann habe ich durchaus der ÖVP und dem Herrn Regierungsmitglied Wurmitzer zugebilligt, daß er für seine Fraktion und für seine Meinung viel herausgeholt hat. Das ist ebenfalls das legitime Recht und daher verstehe ich durchaus die Freude innerhalb der Österreichischen Volkspartei.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Auf diverse Gutachten, Stellungnahmen und Äußerungen haben der Klubobmann Dr. Haller und auch der Abgeordnete Rohr schon hingewiesen. Wenn immer mehr, auch von Herrn Abgeordneten Schwager und von Herrn Abgeordneten Hinterleitner, letzten Endes auch von Kollegen Stangl der Tourismus ins Spiel gebracht wurde, dann darf ich mir eine Bemerkung erlauben: Alle, die auf der Südautobahn zwischen Klagenfurt und Villach unterwegs sind, werden sich vielleicht noch erinnern können, daß ursprünglich der Bau dieser Autobahn mit dem Argument durchgeführt wurde, eine Panoramaautobahn zu führen. Sie kennen heute diese Panoramaautobahn. Sie sehen nämlich von unserem schönen Kärntnerland gar nichts mehr. Wir brauchen nur ein Dach darüber zu tun, dann

Koncilia

haben wir einen Tunnel. Das ist die Situation. (*Abg. Hinterleitner: Es gibt eine Studie! - Lebhaftige Zwischenrufe von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.*) Es war damals auch ein Argument, daher bezweifle ich die jetzige Entscheidung. (*Zwischenruf des Abg. Hinterleitner.*) Herr Abgeordneter, keine Aufregung! Daher stelle ich das in Frage, was man jetzt als Argumentation verwendet. Man muß schon wissen, wenn man etwas vom Wörther See sehen will, dann wird man dort gewaltige Rodungen durchführen müssen, dann werden dort Baumaßnahmen notwendig sein, die erst diese Möglichkeit schaffen werden, um den Wörther See tatsächlich sehen zu können. Meine Damen und Herren Abgeordneten, es gibt eine ganze Reihe von Äußerungen von Leuten auf der Südseite des Wörther Sees, die befürchten, gerade durch die Anbringung dieser Raststätte in diesem Kessel werde der Schall auf die andere Seite kommen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, daß es eine Reihe von Protestmaßnahmen von Gemeinden auf der anderen Seite gibt. Das sollte man auch sehen.

Ich glaube, daß der Beschluß der Kärntner Landesregierung, indem man gemeint hat, eine gute Lösung zu finden, daß man beide Gemeinden befriedigt, durchaus nicht als günstig zu bezeichnen ist. Ich zweifle auch daran, daß der Minister dem nahetritt. Dies schon allein aus Kostengründen, weil es sicher eine unsinnige Geldverschwendung wäre, in so kurzen Abständen zwei Raststätten zu bauen. Ich behaupte, mit dem Bau der Raststätte in Techelsberg wird Steuergeld verschwendet. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir zu viele Einnahmen haben, es wird im Gegenteil immer behauptet, daß wir uns mit den vorhandenen Mitteln sehr genau beschäftigen sollen.

Herr Abgeordneter Stangl, ich schätze bei der Diskussion immer deine Sachlichkeit, nur wenn du heute gesagt hast, die Studie kann man auch so sehen, sie ist in etwa gleichwertig, dann darf ich schon darauf verweisen, daß man bei einer Punkteanzahl, wenn man das auf hundert rechnet, bei Wernberg zwischen 86 und 88 Punkten und bei Techelsberg zu 66 Punkten kommt. Von einer Gleichwertigkeit bei 66 und 88 Prozent kann man wirklich nicht sprechen.

Ich sage Ihnen ganz offen: In diesem Falle hoffe ich, daß der Herr Bundesminister Farnleitner sich seiner Verantwortung bewußt ist, und zwar auch was das Finanzielle anbelangt, und daß im Bund eine andere Entscheidung fällt, als sie im Kärntner Landtag gefallen ist. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt als nächstem dem Straßenbau- und Verkehrsreferent LH-Stv. Ing. Reichhold das Wort.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr verehrte Abgeordnete! Zunächst einmal möchte ich festhalten, daß die Entscheidungskompetenz in dieser Frage nicht im Land Kärnten, sondern ausschließlich beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten liegt und das Land Kärnten nur beratende Funktion hat und zu einer Stellungnahme eingeladen wurde. Ich habe einen Tag vor der Regierungssitzung die Information erhalten, daß der Herr Bundesminister und das Bundesministerium keinesfalls einer Lösung Wernberg nahetreten wird, sondern die Lösung Techelsberg präferiert. Als Ausgleich dafür bietet aber das Ministerium eine Variante an, die bereits ein Jahr zuvor vom Bundesminister mit meinem Vorgänger fixiert worden ist, nämlich daß eine Raststätte in Techelsberg für PKWs und eine Raststätte für LKWs in Wernberg errichtet werden kann. Das war natürlich für mich eine völlig neue Situation und ich stand vor der Entscheidung, eine Entscheidung in der Regierung zuzulassen, die ohne Auswirkungen für das Land bleibt, (*Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.*) und nur einen Konflikt mit den dafür zuständigen kompetenten Stellen des Bundes zu erzeugen. (*Abg. Ing. Rohr: Du hast nicht einmal die Studie gelesen!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn der Herr Rohr noch so schreit, ich bin nicht auf die Verfassung einer Gemeinde vereidigt, sondern ich bin auf die Verfassung unseres Landes vereidigt und ich werde immer jene Entscheidungen treffen, die für das Land am meisten bringen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ing. Reichhold

Wenn hier von der Glaubwürdigkeit der Politik vom Klubobmann Haller gesprochen worden ist, so möchte ich dich, Herr Kollege, schon daran erinnern, daß du in deiner Funktion als Gemeindeferent - so sagt es ein Schreiben der Gemeinde - bereits eine finanzielle Zusage für den Ankauf eines Grundstückes in Techelsberg machtest. Das heißt also, du hast auch Techelsberg zugestimmt, stehst aber heute hier hinter diesem Rednerpult und setzt dich für Wernberg ein. Wenn man selbst im Glashaus sitzt, dann soll man nicht mit Steinen werfen, sehr verehrter Herr Kollege. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wenn hier gemeint wurde, daß das ein unsinniger Beschluß sei, den die Regierung gefaßt hat, so möchte ich schon darauf hinweisen, daß mittlerweile die Optionsverträge mit dem Grundeigentümer für die Raststätte in Techelsberg unter Dach und Fach sind. Es gibt also diese Grundstücke. Das war auch ursprünglich ein ausschlaggebender Punkt in der Gewichtung zwischen den beiden Raststätten, weil Wernberg ein fertiges Projekt hat, Techelsberg nicht und die Frage der Grundstücke nicht restlos geklärt war. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.)* Mittlerweile ist diese Frage geklärt und die Sache würde wahrscheinlich jetzt in der Studie ganz anders bewertet werden können, als das der Fall war, denn aus touristischer Sicht, das habe ich immer gesagt, ist natürlich dieser Platz für Kärnten die bessere Entscheidung.

Es liegt jetzt an der Gemeinde Wernberg, das Angebot eines LKW-Rastplatzes anzunehmen, das liegt nicht in meinem Entscheidungsbereich. Wenn sich die Gemeinde dafür entscheiden will, diese salomonische Lösung, die in Vorschlag steht, anzunehmen, dann werde ich mich selbstverständlich dafür einsetzen, daß das auch für Wernberg machbar ist. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem LR Wurmitzer das Wort.)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Geehrter Präsident! Hoher Landtag! Als das für die Raumordnung zuständige

Regierungsmitglied möchte ich einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte versuchen. Es wurde hier in diesem Haus nämlich noch nicht mitgeteilt, daß es nicht nur ein Gutachten aus dem Jahre 1998 gegeben hat, sondern daß es auch ein Gutachten aus dem Jahre 1996 gibt. Es waren damals beteiligt: Der internationale Verkehrsexperte Piber aus der Schweiz, der internationale Tourismusexperte Kohl aus Kärnten und weitere namhafte Touristiker in erster Linie. Damals hat man bei der Begutachtung K.o.-Kriterien eingeführt. Man hat gesagt, es gibt Kriterien, die einen Standort von vornherein ausschließen. Dieses K.o.-Kriterium besagte damals, die Lage nicht am See schließt einen Standort aus.

Ich schließe mich dieser Meinung an. Wenn Kärnten eine Megaattraktion hat, ist das der Wörther See. Es ist das das stärkste Symbol, denn wenn man Kärnten sagt, sagt man gleichzeitig Wörther See. Es ist daher unverzichtbar, daß eine derartige Megaattraktion jedem Durchreisenden, der hier halt macht, offeriert bzw. angeboten, sprich zugänglich gemacht wird.

Das Argument des Abgeordneten Koncilia, der meint, es fehlt nur noch das Dach, dann fahren wir durch den Tunnel, ist ein Argument mehr zu sagen, ich muß wenigstens einen Platz am See einräumen, wo die Menschen diese wunderbare Landschaft genießen können. Sie ist ein Genuß! Den Blick auf Maria Wörth und den dahinterliegenden Pyramidenkogel mit dem kristallklaren Wasser davor, solche Plätze gibt es nur wenige auf der Welt. Ich muß das sagen. Daher war es für mich an und für sich von vornherein keine Frage, wo der geeignete Standort ist. Ich sage daher: Hätte man damals im Jahre 1996 diesem Gutachten gefolgt, hätte damals schon eine Festlegung auf Techelsberg oder einen der anderen Standorte entlang des Wörther Sees vorgenommen werden müssen.

Jetzt kommt das, was ich als "politische Fudlerei" bezeichne, Herr Abgeordneter Rohr. Man hat gemeint, man könne ein Gutachten nur durch ein zweites außer Kraft setzen und hat versucht, über die ASFINAG ein zweites Gutachten zu erreichen. Das ist auch gekommen, aber ausschließlich aus dem Blickwinkel der ASFINAG. Die ASFINAG hat nicht den Auftrag, die touristischen Interessen zu

Wurmitzer

bewerten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.*) Ich erläutere. Wenn du Geduld hast, wirst du das hören. Sie hat also nicht die Aufgabe, die touristischen Qualitäten und Bedürfnisse Kärntens zu bewerten, sondern ausschließlich den ökonomischen Gesichtspunkten des Straßenbaues Rechnung zu tragen. Aus diesem Gesichtspunkt ist es richtig, weil in der Gemeinde Wernberg ist das Grundstück bereits im Eigentum der Republik. Aber es ist hinter den Stauden, lieber Freund, und das ist das Entscheidende. Wir können uns eine Raststätte hinter den Stauden, wenn wir eine Alternative haben, eine Raststätte attraktiv direkt am See zu präsentieren, nicht leisten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Normalerweise müßte eine solche Frage gar nicht so kontroversiell diskutiert werden, weil die Fakten eindeutig sind.

Es wird hier behauptet, es müßten hektarweise Wald gerodet werden. Es genügt normalerweise, daß man einen Baum umschneidet, um einen Blick auf den See zu haben, ich muß also kein Grundstück roden, denn roden und schlägern sind zwei verschiedene Tätigkeiten für denjenigen, der sich in der Forstwirtschaft auskennt. Auch das möchte ich in diesem Kreis hier sagen. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.*)

Es waren also von vornherein deutliche touristische Akzente. Das Bekenntnis zum Tourismus in diesem Land ist ja ein fraktionsübergreifendes und ein einhelliges, daher sollten wir uns als Tourismusland in dieser Frage nicht entzweien. Es wäre für das Land und für die rasche Durchsetzung und Umsetzung dieses Projektes Raststätte Techelsberg viel besser - es werden immerhin 40 bis 50 Arbeitsplätze sein -, wenn es dazu eine einhellige Meinung in diesem Hause gäbe.

Es gibt aus meiner Sicht kein einziges sachliches Argument, daß ich sagen müßte, der Standort Wernberg sei besser als der Standort Techelsberg. Diese Punktebewertung, Kollege Koncilia, 86 für Wernberg und 66 für Techelsberg, ist aus einem ganz anderen Gesichtspunkt her getroffen worden, nicht aus jenem, der den Bedürfnissen dieses Landes, das wir zu vertreten haben, entspricht. Daher sollten wir uns auf unsere Position beziehen und unsere Positionen auch gegenüber der ASFINAG und auch gegenüber

dem Bundesministerium durchsetzen. Ich stehe daher zu dieser Entscheidung und werde sie auch nach außen vertreten. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Ing. Wissounig das Wort.*)

Abgeordneter Ing. Wissounig (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn der Herr Landesrat Wurmitzer von "politischer Fudlerei" redet, dann muß ich wirklich sagen, wenn man sich ein zweites Gutachten einholt, warum soll das dann eine politische Fudlerei sein. (*Zwischenruf von LR Wurmitzer.*) Über die politische Fudlerei, lieber Schursche, werde ich sicher mit dir noch einmal reden, darüber, was du in Feldkirchen gesagt hast und was du jetzt hier machst. Wenn du mit der Volkspartei und mit der Freiheitlichen Partei eine Fudlerei machst, dann sagst du der SPÖ, daß das eine ist. So kann es nicht sein!

Die ASFINAG hat natürlich den Auftrag, die Mittel sparsam einzusetzen und sie muß das Geld der Steuerzahler natürlich so verwalten, daß wenig davon gebraucht wird, daß man nicht mehrere Spiele macht, beide Standorte plant und im Prinzip nur einer drankommen kann.

Die Geschichte ist natürlich schon so, wenn man jetzt dem ehemaligen Gemeindereferenten vorwirft, daß er doppelbödig gearbeitet hat. Das wird wohl so gewesen sein: Wenn der Gemeindereferent den beiden Gemeinden zusagt, ob das Techelsberg oder Wernberg ist: falls sie den Zuschlag erhalten, werden sie dort eine finanzielle Unterstützung bekommen. Ich glaube, das muß wohl möglich sein. Da kann man nicht irgend etwas daraus spinnen. So kann es nicht sein!

Der Zuschlag für das Projekt wird notwendig sein. Wir haben im Ausschuß sehr oft darüber geredet. Wenn man halt eine Meinung gehabt hätte, dann hätte man diese Entscheidung schon lange treffen können. Aber ich glaube schon - weil du gesagt hast, lieber Freund Schurschi Wurmitzer, die Arbeitsplätze sind in Techelsberg -, daß die Arbeitsplätze auch in Wernberg sind. Für uns ist jeder Arbeitsplatz wichtig!

Ing. Wissounig

Dort sind vor allem die Vorbereitungen so getroffen worden, daß man bereits lange bauen hätte können. Aber es ist verhindert worden. Das muß ich ehrlich sagen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Aktuelle Stunde ist somit beendet. - Wir kommen nun zur Tagesordnung.

Tagesordnung

Hohes Haus! Die Obmännerkonferenz ist über-
eingekommen, nachstehende
Tagesordnungspunkte noch auf die
Tagesordnung zu nehmen, da sie in der gestrigen
Ausschußsitzung behandelt wurden und
beschlußreif sind. Ich darf sie verlesen. Wir
müssen diese Erweiterung der Tagesordnung,
wenn sie so gewollt ist, mit Zweidrittelmehrheit
beschließen.

Als Tagesordnungspunkt 2 wird vorgeschlagen:
Ldtgs.Zl. 33-2/28: Bericht und Antrag des Aus-
schusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition
vom 24. 3. 1998, überreicht durch Abgeordneten
Schlagholz, betreffend "Sicherheit für Fußgeher
auf der B 70";

Als Tagesordnungspunkt 3 wird vorgeschlagen:
Ldtgs.Zl. 34-2/28: Bericht und Antrag des Aus-
schusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition
vom 28. 1. 1999, überreicht durch Abgeordneten
Schiller, betreffend die Erhaltung der Buslinie
Ferlach-Unterbergen-Unterloibl-Loibltal-
Windisch Bleiberg-Bodental;

Als Tagesordnungspunkt 4 wird vorgeschlagen:
Ldtgs.Zl. 74-2/28: Bericht und Antrag des Aus-
schusses für Bauwesen und Verkehr betreffend
Road-Pricing;

Als Tagesordnungspunkt 5 wird vorgeschlagen:
Ldtgs.Zl. 16-1/28: Bestellung der kollegialen
Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat,
Bezirksschulräte).

Wer mit dieser Erweiterung der Tagesordnung
einverstanden ist, den ersuche ich um ein Hand-
zeichen! - Das ist einstimmig so genehmigt. Es
wird auch so vorgegangen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum
Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 66-1/28:**Diskussion zur Regierungserklärung
des Landeshauptmannes**

Als erster hat sich Abgeordneter Klubobmann
Dr. Wutte zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte
Damen und Herren! Ich nehme an, daß der Herr
Landeshauptmann der Debatte doch auch
beiwohnen sollte. Es wird an ihm liegen, das zu
hören, was von unserer Seite zu dem gesagt
wird, was im Hohen Hause seit einer Woche
vorliegt.

Wie das heißt, was vorliegt, ist nach wie vor
unklar. Es gibt verschiedene Einschätzungen
und Beurteilungen, welchen Namen dieses Kind
haben soll: "Regierungserklärung",
"Gemeinsame Regierungserklärung", "19-
Punkte-Programm", "Positionspapier"? Es hat
auch eine Erklärung vom 8. 4. 1999 schon
anlässlich der Wahl des Landeshauptmannes
gegeben.

Es geht auch nicht darum - ich möchte mich
damit nicht lange aufhalten - zu fragen, wie das
jetzt von der Bezeichnung her heißen sollte, was
uns berichtet worden ist. Ich möchte aber einen
Vorschlag machen, der auch nicht sehr schön ist,
weil es ein Wortungetüm ist, aber der Sache
vielleicht nahekommt. Unser Vorschlag wäre, es
als "erzwungenes Außerstreitstellungs-
Minimum" zu bezeichnen. Ich möchte auch
begründen, warum.

Was dem Landtag vorliegt, liebe Kolleginnen
und Kollegen, das ist ein Bericht des
Landeshauptmannes über jene Punkte, die
innerhalb der Regierung mehr oder weniger -

Dr. Wutte

darauf komme ich noch zu sprechen - unter Streit gestellt wurden, an Vorhaben und an Zielen. Daß es ein Minimum ist, ergibt sich aufgrund des Umfangs und aufgrund der Detailliertheit. Es ist eben in sehr allgemein gehaltener Form berichtet worden. Die Latte ist nicht allzu hoch gelegt. Was fehlt, Herr Landeshauptmann, sind insbesondere zeitliche und budgetäre Vorgaben, ohne die ein wirkliches Regierungsprogramm den Anspruch nicht erheben kann, vollständig zu sein. Es fehlt an zeitlichen und budgetären Vorgaben!

Erzwungen ist dieses "Außerstreitstellungs-Minimum" bekanntermaßen durch den Regierungsvertreter Landesrat Georg Wurmitzer worden, dem ich an dieser Stelle auch dafür danken möchte, daß wenigstens ein paar Punkte politisch außer Streit und in den Mittelpunkt des Vorhabens der Regierung gestellt werden konnten. Dafür einmal, Landesrat Wurmitzer, herzlichen Dank! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Der Bericht über die gemeinsam geplanten Maßnahmen ist in einem Punkt als positiv zu beurteilen, nämlich dahingehend, daß er doch im weitesten Sinne auf vielen Faktoren beruht, die eine Bestätigung der bisherigen Regierungspolitik bedeuten. Denn es knüpft - das möchte ich doch auch klarstellen! - an das an, was unter Landeshauptmann Zernatto als Vorarbeit geleistet und in die Wege geleitet wurde: als Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes für Kärnten; woran alle politischen Kräfte, Institutionen und Medien des Landes mitgewirkt haben. Es ist gut und notwendig, daß dieses Leitbild Eingang in die Arbeit der neuen Regierung findet. Ich hoffe nur, daß es ernst gemeint ist und wir das dann auch tatsächlich umsetzen! Wir seitens der Kärntner Volkspartei werden jedenfalls sehr wachsam sein und uns als Anwalt für die Umsetzung des Kärnten-Leitbildes in den Einzelmaßnahmen verstehen!

Der zweite Punkt ist die ganze Frage der Budgetgestionierung. Auch hier ist diesem Vorhabensbericht zu entnehmen, daß eine weitergehende Konsolidierung auf dem Programm seit 1995 beabsichtigt ist. Ich bitte daher, diese Maßnahme ernst zu nehmen, sich danach zu halten und das ernst zu nehmen, was der Finanzreferent ja auch gegenüber den

anderen Regierungsmitgliedern erklärt hat, nämlich daß der Spielraum des Landes im Finanziellen nicht sehr groß ist - um nicht zu sagen äußerst gering bis nicht vorhanden - und daß es darum geht, sowohl im Ermessensbereich als auch im Pflichtbereich Maßnahmen zu setzen, die eine Budgetgestaltung ermöglichen, die im Rahmen des Finanzierbaren und des Möglichen liegt. Es sind auch andere Punkte wie die in die Wege geleitete Bildungspolitik und der Ausbau der Bildungseinrichtungen des Landes, die im Leitbild ihren Niederschlag haben und die jetzt der weiteren Umsetzung bedürfen.

Das liegt vor. Was fehlt, nochmals, ist die zeitliche Vorgabe in einzelnen Abschnitten und sind die budgetären Vorgaben aufgrund eines klaren Konzeptes. Daher freue ich mich, daß es gelungen ist, in der letzten Sitzung gemeinsam unseren Antrag zu beschließen, daß unverzüglich eine mittelfristige Budgetvorschau dem Landtag vorzulegen ist.

Was nicht vorliegt - und es ist in den letzten Tagen notwendig geworden, das anzusprechen -, das ist die Erklärung des Landeshauptmannes, insbesondere wie ernst dieser Punkt genommen wird; wie ernst diese 19 weitestgehend außer Streit gestellten Fragen jetzt genommen werden; welche Absichten jetzt von der Regierung verfolgt werden; ob das jetzt ein Credo ist; ob das ein Leitfaden für die weitere politische Arbeit ist.

Welchen Status haben diese Erklärungen, die hier gemeinsam festgelegt worden sind? Welchen Status haben darüber hinausgehend jene Absichtserklärungen von Regierungsmitgliedern, die in diesem 19-Punkte-Programm nicht enthalten sind? Auch darüber möchten wir einmal als Landtag Auskunft haben!

Wie ist es jetzt gemeint, daß einzelne Regierungsmitglieder Programmvorhaben vorgebracht haben? Es gibt auch eine schriftliche Unterlage dazu. Ist das jetzt auch ein Auftrag an die neue Regierung? Nimmt sie das ernst? Will sie das auch umsetzen - oder nicht?

Meine Damen und Herren! Es stellen sich in dem Zusammenhang einige Fragen. Die erste Frage ist: Was hätte am vorigen Donnerstag der Herr Landeshauptmann vorgelegt, wenn Kollege

Dr. Wutte

Wurmitzer nicht auf die gemeinsame Regierungsklausur gedrängt hätte?

Die zweite Frage ist: Wie schaut es mit der tatsächlichen Ernsthaftigkeit der Realisierung aus? Fühlen sich die Regierungsmitglieder - da geht es nicht nur um den Herrn Landeshauptmann -, alle Regierungsmitglieder, dem wirklich verbunden und an das gebunden, was hier festgelegt wurde? Das geht auch an die Adresse der SPÖ! Wir wollen hier wissen, wie ernst es der SPÖ in dieser Frage ist, die Zusammenarbeit in wichtigen Bereichen sicherzustellen!

Ich möchte auch wissen - das ist legitim, zu fragen -, ob innerhalb dieser 19 Punkte eine dauerhafte Einigkeit besteht und was außerhalb dieser 19 Punkte jedenfalls noch beabsichtigt ist.

Wie stark ist daher - das ist die konkrete Frage - die Selbstbindung der Kärntner Landesregierung an dieses 19-Punkte-Programm? Oder, anders gefragt: Wie groß ist der innere Vorbehalt und die Mentalreservation einzelner Regierungsmitglieder oder auch des Regierungschefs in der Frage: Wie halte ich es denn mit diesen Punkten? Das ist jedenfalls die Kernfrage. Denn, meine Damen und Herren, wozu soll es eine Außerstreitstellung von Kernbereichen geben, wenn sich der eine oder andere daran nicht gebunden fühlt?!

Hoher Landtag! Ich möchte in dem Zusammenhang eine Passage aus der Debatte zur Regierungserklärung vom 16. Juni 1994 zitieren. Darin heißt es: "Herr Präsident! Hoher Landtag! Es liegt in der Natur der Sache, daß Regierungserklärungen in viele schöne Worte gekleidet sind und von Versprechungen strotzen. Die schönen Worte erhalten aber erst dann Gewicht, wenn den schönen Worten auch tatsächlich Taten folgen.", gesprochen vom Klubobmann Strutz. Er wird sich erinnern. (*Abg. Dr. Strutz: Ja!*) Ich hoffe, daß dieser Parameter, dieser Maßstab jetzt auch gilt. (*Abg. Dr. Strutz: Ein sehr guter Satz!*) Der wird jetzt angebracht sein! Jetzt gilt es, daran zu messen, ob die Worte mit den Taten übereinstimmen werden. (*Abg. Dr. Strutz: Selbstverständlich!*) Messen wir einmal! Ich werde jetzt gleich ein paar Meßpunkte anfügen. (*Abg. Dr. Strutz: ja, messen Sie!*)

Erster Meßpunkt ist die Müllverbrennung. Da heißt es sehr schön: "Man bekennt sich zum verordneten Standort. Er steht außer Streit." Gleichzeitig, nämlich im gleichen Atemzug, als das in der Landesregierung ausgearbeitet wurde, wurde am selben Tag seitens des Landeshauptmannes über Neuausschreibungsvarianten nachgedacht. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, daß hier eine Verunsicherung ... (*LH Dr. Haider: Von Ihrem Rechtsanwalt Quendler - nicht von mir!*) Ja, der Rechtsanwalt Quendler wurde aber nicht zum Landeshauptmann in dem Hause gewählt. Das muß ich auch einmal sagen (*LH Dr. Haider: Aber der hat den Vorschlag gemacht, für das Land!*) Es geht aber darum, was der Landeshauptmann sagt. Ich kann ja nicht am Vormittag sagen: "Ich bin für eine Neuausschreibung." Und am Nachmittag ist es dann das Gegenteil oder umgekehrt.

Wir wollen eine klare Linie haben, Herr Landeshauptmann; eine klare Linie in der Müllverbrennungsfrage. Gilt der Konsens auf Dauer oder gilt er nicht? Denn eines ist schon klar, meine Damen und Herren! Wenn jetzt über Alternativen, Neuausschreibungsvarianten usw. gesprochen und darüber nachgedacht wird, dann heißt das auch: die Gefährdung einerseits des Gesamtprojektes, des Gesamtvorhabens, das in einem mühevollen Konsens hier im Lande politisch außer Streit gestellt wurde. Das heißt letztlich auch, daß wir neben den vorhandenen und angedrohten Klagsandrohungen auf Schadenersatz weitere Klagsandrohungen riskieren. Das kann wohl nicht die Absicht des Landes sein! Jedenfalls wäre es nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil.

Zweiter Punkt: Diese Passage soll auch gelesen werden: Ausbau der ARGE Alpen-Adria, Freundschaftsvertrag mit Slowenien. Ich glaube, es ist hoch an der Zeit, auch in diesem Bereich ein klares Bekenntnis abzugeben. Ich bin aber dafür, daß man dann auch mit dabei ist, wenn man von anderer Seite hört, daß Stimmungsmache erfolgt; verschiedene Regionsgespenster auftauchen; wenn in der EU-Erweiterungsdebatte das eher auf eine polemische Art diskutiert wird und wenn man mit Angstparolen anstatt mit sachlicher Argumentation diskutiert. Man soll wirklich einmal den Maßstab ernst nehmen und fragen: Was wollen wir in dieser Alpen-Adria-Region

Dr. Wutte

erreichen? Und das, ohne daß man gleichzeitig mithilft, auf der anderen Seite das Regionsgespenst - wie es in den letzten Tagen wieder aufgetaucht ist - zu erzeugen.

EU-Verbindungsbüro: Ausbau des EU-Verbindungsbüros; gleichzeitig Schließung des Kärnten-Büros und Nichtweiterbestellung einer Mitarbeiterin des Landes Kärnten, die in Brüssel auch für das Rechte gesehen hat. (*Abg. Dr. Strutz: Ist ausgeschrieben!*)

Effizienzsteigerung des KWF. Gleichzeitig vernennen wir - das ist auch öffentlich geworden - die Überlegungen des Finanzreferenten, eine Rückeingliederung des KWF in die Landesverwaltung vornehmen zu wollen. (*Zwischenruf von LR Ing. Pfeifenberger*) Nein, das ist gesagt worden: "In die Verwaltung ..." Ich verstehe den Unterschied zwischen Verwaltung und Budget schon - offenbar im Gegensatz zu Ihnen, Herr Finanzreferent. Das ist nämlich der Punkt, daß wir das in eine budgettransparentere Form bekommen. Darüber kann man diskutieren. Daß man aber die Verwaltung als Organisationsfrage in Frage stellt und sagt, daß das ein ausgegliederter Körper ist, der in die Landesregierung zurück soll: Das kann es mit uns jedenfalls nicht geben. Das wäre der verkehrte Weg und ein Schritt nach hinten. Den haben wir leider jahrelang, jahrzehntelang, in Kärnten gehabt. Wohin das geführt hat, das wissen wir seit 1989 und seit der Magdalenpleite ziemlich genau.

Ich komme aber zu den wesentlichen Punkten: Budgetkonsolidierung. Ja, ich frage mich nur, ob das ernst gemeint ist.

Nicht das die Zuckerlverteilmachine weiter in Betrieb ist. Das läßt sich miteinander einfach nicht vereinbaren und nicht verbinden. Es werden nicht beide Wege machbar sein. Es wird nicht Verteilung geben, es wird nicht Konsolidierung geben. Man muß sich hier zu einem Weg bekennen. Wenn er festgeschrieben ist, dann möchte ich wissen, ob er auch für die nächste Zukunft gilt. Messen wir weiter.

Familienpolitik. Wir haben hier vernommen, zum großen Erstaunen nicht nur hier im Hause, sondern auch der breiten Öffentlichkeit, daß es jetzt seitens des Landeshauptmannes die Bereitschaft gegeben hat einen konstruktiven Weg zu gehen oder ihn zumindest anzukündigen,

nämlich zu sagen, die Parteien und die politischen Vertreter des Landes werden sich hier zu einem Konsens finden. Man soll darüber reden, wie die Familiensituation verbessert werden kann in diesem Lande. Eine Forderung auch der Kärntner Volkspartei. Wir treten dafür ein, daß die Situation für die Kärntner Familien verbessert wird, aber in einem machbaren Maßstab. Und wenn man das Maximum erreichen will, dann soll man gleichzeitig sagen, wie es geht. Nur wenn man einerseits dem Landtag sagt, in welcher Form, Art und Weise wir das erledigen, das wollen wir gemeinsam ausdiskutieren, dann kann es nicht gleichzeitig sein, daß man parteipolitische Aktionen draußen vor Ort betreibt, die wieder neuerlichen Wahlkampfambitionen dienen sollen und keine seriöse Umsetzung sind, Herr Landeshauptmann. Das ist die Frage. (*LH Dr. Haider: Was stört dich daran?*) Das ist genau der Punkt. Mich stört, daß ihr an die Sachen sehr unseriös herangeht, weil ihr nicht wißt, wie es zu finanzieren ist und woher das Geld zu nehmen ist. Ich werde das schon noch analysieren, daß dann jedenfalls keine machbaren Wege sind, die ihr einschlagen wollt. Es sind Dinge, und das möchte ich hier einmal ganz klar sagen, die in den Aufgabenbereich auch des Bundes fallen. Es sollte unsere Anstrengung gemeinsam sein, den Bund dazu zu bewegen, in einer familienpolitischen Diskussion einiges weiterzubringen. Karenzgeld für alle ist der erste Schritt dazu und das kann in weiterer Zukunft ausgebaut werden. Aber es ist hier die Frage zu stellen, ob es die Wirtschaftskraft eines Landes erlaubt, diese Wahlversprechen in dieser Höhe auch tatsächlich zur Auszahlung zu bringen. Und wenn man sagt, ich verspreche es allen im Rahmen eines Schecks, dann kann ich nicht hergehen und sagen, zahlen tu ich es aber nur einigen aus einer Gemeinde, die offenbar aus der Sicht des Landeshauptmannes, nämlich sehr sehr freiheitlich durchmischte ist und daher sind die offenbar die einzigen, die in den Genuß des Wahlversprechens kommen. Das ganze ist sozusagen kein Pilotprojekt, meine Damen und Herren, sondern es ist ein Politprojekt, das ist nämlich der Unterschied. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Und das was wir seitens der ÖVP jedenfalls nicht haben wollen, ist das es in diesem Land Mütter zweier Klassen gibt. Das die Mütter, die in jenen Gemeinden das Glück haben zu

Dr. Wutte

wohnen, wo beispielsweise irgendein Pilotprojekt oder die Gunst des Landeshauptmannes sie ereilt, die bekommen einen Scheck, die anderen nicht. Wo ist denn da die Gerechtigkeit? Wo bleibt denn da der Gleichheitssinn zu sagen, ein paar Müttern geben wirs eben einmal, offenbar wissen wir zwar nicht wie wir das finanzieren, wir sehen selber, daß wir damit nicht zurandekommen, wir haben das Geld nicht, aber einmal 50 Mütter sollen das bekommen. Ich bin gespannt auf die Reaktion der übrigen tausenden Mütter in Kärnten, wie sie es mit diesem Versprechen halten.

Nun, wie wird das ausgezahlt werden können. Die Zuständigkeit, für die Auszahlung eines Betrages, der in dieser Höhe gemacht werden sollte, habe ich mir angeschaut, liegt im Prinzip bei der Kollegin Schaunig-Kandut. Es gibt derzeit auch noch keine gesetzliche Grundlage. Ich möchte das auch betonen. Jede Auszahlung entbehrt einer solchen Grundlage. Ist also eine freie Verfügung. Ich kann mich noch erinnern, meine Damen und Herren an das Gezeter hier im Hause, als darüber diskutiert und debattiert wurde, in welchem Rahmen der Landeshauptmann und Finanzreferent freie Verfügungsmittel, nämlich jene, die der Landtag beschlossen hat dem Finanzreferenten, dem Landeshauptmann zur freien Verfügung, für Hilfe in besonderen Lebenslagen in Notsituationen bereitzustellen, daß er die auch dazu verwendet hat, Vereine da und dort zu unterstützen. Das war Zeter und Mordio. Selbstverständlich! (*Zwischenruf Abg. Dr. Strutz.*) Ja selbstverständlich waren da auch Dinge dabei, wie Sportvereine.. (*Zwischenruf Abg. Dr. Strutz.*) Ihr habt eben keinen Bezug zu den Vereinen. Das habe ich schon verstanden. Ja gerade in den Vereinen ist einiges notwendig. Da habt ihr gezetert. Und jetzt gibt es die Frage. Wo ist denn jetzt bitte die gesetzliche Grundlage für ein wirklich einzigartiges Politprojekt. So kann man es ja nicht seriös angehen. Wir warten daher auf die ganz konkreten Finanzierungsvorhaben. Wir warten auf ganz konkrete Vorschläge, wie das gewährleistet werden soll. Dann kann man weiterreden. Nur bevor das nicht auf dem Tisch ist, kann man nicht in Einzelmaßnahme sichergehen. Ich möchte das einmal klipp und klarstellen. Wenn das nur 50 Mütter von einigen tausend, zig-

tausenden in Kärnten, dann muß man das wirklich in Abwandlung eines Goethe-Zitates sagen. Es ist ein Teil, Herr Landeshauptmann, jener Kraft, die viel verspricht, aber kaum was schafft, oder der nur Pilotprojekte schafft. Und das ist sicherlich zuwenig. Wir brauchen in diesem Lande nicht nur Pilotprojekte, weil wenn das so weiter geht, meine Damen und Herren, dann werden wir sagen, wenn wir beispielsweise ein Straßenbauprojekt angehen, wir haben zwar kein Geld aber wir werden einmal in einer Gemeinde asphaltieren, weil vorne und hinten wird ja die Straße sowieso weiter zu bauen sein. Die Projektfrage auf diese Art zu lösen ist jedenfalls der seriöse Weg. Und jetzt kommen ich auf den Punkt. Es ist auf jeden Fall nicht das was hier vor einer Woche angekündigt wurde. Angekündigt wurde vom Landeshauptmann, daß ein gemeinsamer Wege gesucht wird. So findet man sich auf jeden Fall nicht, indem man selbständig draußen agiert. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Nächster Punkt. Eine ähnliche Verhaltensweise gibt es im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung. Wohnbauförderung, genau ein Bereich, über den man reden soll, reden kann und reden muß. Gar keine Frage. Aber es gibt bis heute - ich habe mit dem zuständigen Referenten mehrere Gespräche geführt. (*LH-Stv. Ing. Reichhold: Zwischen Tür und Angel.*) Ja, Tür und Angel. Wenn der Landtag Tür und Angel Gespräche sind, du ja als selbständiger auf mich zugekommen bist und gesagt hast, wir sollen darüber reden, ich bin dafür wir sollen darüber reden. Alle drei Parteien sollten darüber reden. Aber lade einmal ein zu Parteiengesprächen. Es hat jeder seine Positionen einzubringen. Es liegt an dir das zu tun und nicht nur Ankündigungen zu machen und allein Verhandlungen zu führen oder gar Pilotprojekte zu machen. Danke! Aber das wird uns nicht weiterhelfen. Wir brauchen hier ernstgemeinte Gespräche zwischen allen politischen Vertretern dieses Landes. Es wird alleine nicht gehen. Wir stehen jedenfalls für die Gespräche zur Verfügung. Wir arbeiten sehr gerne mit, wenn die Dinge in ihrer Ideengestaltung gut sind und ernst gemeint, auch von der Verhandlungsposition. Das möchte ich einmal laut und deutlich sagen. Was bisher in der Wohnbauförderung da ist, ich habe das das letzte Mal schon gesagt und möchte das heute

Dr. Wutte

wiederholen, weil es wichtig ist, das ist ein dreifacher Verteuerungsanschlag, weil die Umstellung von dem System der Darlehensfinanzierung auf die Annuitätenzuschüsse jedenfalls den Mieter und den Häuslbauer belastet, zusätzlich verteuert, der Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen eine Schlechterstellung aller Darlehensnehmer jedenfalls mit sich ziehen würde und das im Betriebskostenbereich - ich habe das das letzte Mal schon gesagt, auch von eurem Vertreter in den Kommunen, kräftig angetrieben wird - trägt auch nicht gerade zur Entlastung der Wohnkostensituation bei.

Erhaltung der Nahversorgung steht in diesem Punkteprogramm. Ein wichtiger Ansatz, meine Damen und Herren. Aber wie schaut die Praxis aus. Es ist gerade auch die freiheitliche Partei und bedauerlicherweise auch die SPÖ, die immer wieder wenn es darum geht Anträge für EKZ-Widmungen zu stellen, im Raumordnungsbeirat gemeinsame Sache machen. Ich möchte das einmal sagen. Spittal an der Drau, das wirklich eine Stärkung des Zentrums brauchen würde - jetzt schaut der Kollege, weil er auch Mitglied des Raumordnungsbeirates ist - da haben wir gesagt, aber bitte um Himmels willen nicht draußen auf der Wiese schon wieder neue Einkaufszentren errichten. Da müssen wir doch irgendwann einmal einen Stopp verordnen. Der Raumordnungsbeirat könnte einen Riegel vorschieben. Was war? Es hat eine Mehrheit zwischen FPÖ und SPÖ gegeben, die gesagt haben, das macht nichts, wir wollen das so haben, weil da wahrscheinlich irgendwelche andere Interessen mitgespielt haben - ich will das nicht näher ausführen. Aber so kann es nicht gehen. Nahversorgung muß man ernst nehmen, einmal ein Muratorium haben bei den EKZ-Widmungen. Ich bin froh darüber, daß jetzt einmal dieser Widmungsantrag gestoppt werden konnte.

Verbesserung der Objektivierung. Ich hoffe, daß das eine Richtlinie und eine Leitlinie für den neuen Personalreferenten sein wird, denn was man bisher gesehen hat, war doch auch der Versuch wieder ein bißchen deutlicher, eine parteipolitischen Einfluß zu bekommen. Ich nenne ein Beispiel: Technologieland Kärnten. Bisher vertreten war eine Mitarbeiterin der Finanzabteilung, jetzt ein freiheitlicher Funktionär. Weil immer gesagt wurde, Politiker

haben dort nichts verloren. Die Begründung die genannt wurde war, es steht der stimmenstärksten Partei zu. Ich glaube nicht, daß das der Weg ist, wie man gerade auch Sachbereiche und Sachgremien politisch beschicken sollte.

Und zum Abschluß dieser Meßlatte zwischen Worten und Taten auch den Anspruch, der erhoben wurde, eine modernere Verwaltung auf die Beine zu stellen. Selbstverständlich eine modernere Verwaltung ist notwendig, aber sie wird nur mit motivierten Mitarbeitern funktionieren und Motivation ist immer noch der bessere Ratgeber und Impulsgeber als die Strafandrohungen, an diejenigen, die im Lande Kärnten ihren Dienst zu verrichten haben.

Wir haben also hier eine widersprüchliche Position in einigen Verhaltensweisen und wir werden das als Kärntner Volkspartei - ich sage das klar und deutlich - heute und in weiterer Zeit klar aufzeigen. Das ist unsere Kontrollfunktion als politische Kraft hier im Hohen Hause, das wir das aufzeigen, wo der Widerspruch liegt zwischen den Worten und den Taten. Und wir werden verlangen, daß jedenfalls die Dinge, die hier angekündigt werden auch tatsächlich umgesetzt werden. Ich weiß, es ist gerade für die freiheitliche Partei nicht leicht, diesen Spagat zwischen Regierung und Opposition zu schaffen. Es hat sich ja bereits angekündigt mit dem ersten Sonderlandtag. Es war also ein Sonderlandtagsantrag, der mußte in Wahrheit scheitern, weil eine Partei, die alle Referate inne hat, zu dem Thema, das hier beantragt wurde, einfach nicht einen Sonderlandtag machen kann, weil die Lösung auch auf einer anderen Ebene möglich ist. Der Spagat zwischen der Landeshauptmann-Funktion und dem Bundeswahlkämpfer wird auch nicht zu gewährleisten sein. Und hier gilt es einmal klar zu sagen. Wo liegt der Interessenschwerpunkt. Und es sollte, wie angekündigt, wohl in der Arbeit für dieses Land liegen. Es gibt innere Ausbruchversuche. Ich verstehe, daß diese Belastung offenbar schwer auszuhalten ist für den Herrn Landeshauptmann, daß also der Absprung schon verbal vorbereitet wird und innerlich angedacht ist. Aber es geht nicht darum, vor der Arbeit zu fliehen. Sondern es geht darum, jene Position mit Leben und mit

Dr. Wutte

Umsetzung zu erfüllen, für die man hier im Lande Kärnten auch gewählt wurde. Wir werden also diese Flucht jedenfalls nicht zulassen. Wir werden darauf drängen, daß die Mühen der Ebenen auch für jene spürbar werden, die sich diesen Mühen permanent entziehen wollen. Und wir werden darauf drängen, daß das umgesetzt wird. Ich weiß, daß Umsetzung schwerer ist, als die Kritik zu üben und die Forderungen zu erheben. Das weiß ich schon. Aber wir werden jedenfalls darauf drängen. Die ersten 100 Tage - es hat ja, wie Sie wissen, liebe Kollegen und Kolleginnen - es hat eine Ankündigung gegeben, meine ersten hundert Tage, ein Programm. Ich sage nur, eine magere Halbzeitbilanz. Es wurden in den 50 Tagen - heute sind 50 Tage dieser ersten hundert Tage vorbei - von den 47 Ankündigungen wurden genau zwei - wenn man sehr nachsichtig ist - umgesetzt. Das ist eine sehr magere Halbzeitbilanz. Wenn das so weiter geht haben wir in 100 Tagen vier von 47 also nicht einmal 10 Prozent. Es wäre als angesagt, ein bißchen Tempo zu machen. Aber Tempo nicht bei parteipolitischen Alleingängen, sondern Tempo im Verhandeln mit den anderen Fraktionen, für das wir jedenfalls grundsätzlich bereit sind. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Es kann also nicht so sein, daß man hier den inneren Absprung plant unter dem Argument, wenn mich die anderen behindern. Ich kann das für die Kärntner Volkspartei wirklich klar feststellen. Niemand behindert jemandem an der Arbeit, auch nicht den Herrn Landeshauptmann, wenn es darum geht, gute und ernst gemeinte Vorschläge in die Realität umzusetzen. Wenn es darum geht, auf einem wirklich fundiertem Sachprogramm etwas zu erarbeiten, dann wird es die Mehrheiten geben, egal in welcher Zusammenstellung. Wir stehen jedenfalls dafür als Partner zur Verfügung. So verstehen wir uns als Oppositionspartei. Ich möchte das sagen. Wir sind als Opposition nicht dagegen, das etwas geschieht, sondern wir sind dafür, daß das Richtige geschieht. Und daß das was richtig ist, auch tatsächlich geschieht. Das ist unser Verständnis von Oppositionspolitik, weil wir hier kontrollierend ein wenig mahnend und drängend, wie es auch Klestil einmal formuliert hat, einwirken wollen, daß die richtigen Handlungen gesetzt werden. Wir sind, und das möchte ich auch klar sagen, im Gegensatz zu den dem Verständnis der

Opposition der FPÖ der letzten Jahre, nicht fundamental Oppositionelle. Das möchte ich ganz klipp und klar sagen. Dieser Ausdruck stammt aus euren Reihen. Er wurde in den letzten Jahren gepflegt. Ich möchte sagen unpfleglich dann auch gehandhabt und es wurde Fundamentalopposition betrieben. Es wurde Obstruktion betrieben. Es wurde da und dort ein wirklich absoluter Kurs des Neinsagens gefahren.

Das ist ein Kurs der Opposition, wie ihn die Kärntner Volkspartei nicht haben will. Wir sind für die konstruktive Zusammenarbeit, was nicht ausschließt, eigene Positionen zu haben und daß wir auch das einbringen, was wir als Vorgaben in die Regierung einbringen wollen und das Vorhaben des Landtages jedenfalls in Diskussion und in Umsetzung sehen wollen. Es gibt also einen gewissen Unterschied auch in der politischen Gestaltung der Situation, wie sie sich heute darstellt und wie sie früher einmal war.

Man kann das so analysieren, daß die FPÖ heute verpflichtet ist zu regieren, obwohl sie eigentlich innerlich noch Opposition sein möchte, und daß die SPÖ, Kollege Haller, in Opposition sein muß, obwohl sie lieber noch an der Macht wäre. Das ist diese oktroyierte Oppositionspolitik durch Manzenreiter, das ist auch klar, daß ihr das spielen müßt. *(Zwischenruf von der SPÖ-Fraktion.)* Selbstverständlich! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)* Beim Manzenreiter ist es doch so, daß er nichts anderes will als den Schein der Unverzichtbarkeit der SPÖ wahren. Das ist aber wirklich ein Schein dieser Unverzichtbarkeit, sonst gar nichts. *(Zwischenruf des LHStv. Schiller.)* Es wird dabei völlig übersehen, Kollege Schiller, daß Manzenreiter euch dabei in eine beauftragte Konfrontation und letztlich vielleicht auch in eine Isolation führen könnte, *(Zwischenrufe von LHStv. Schiller und von Abg. Koncilia.)* die jedenfalls für die Partei und für das Land nicht besonders einträglich wäre.

Es war 1994 die Freiheitliche Partei in unserem Lande, die von Ausgrenzung gesprochen hat, aber in Wahrheit sich selbst aus taktischen Gründen ausgegrenzt, sich beiseite gestellt und gesagt hat, wir tun nicht mit. Es waren zwei Regierungsmitglieder, die einigermaßen mitgearbeitet haben, aber im Landtag war es

Dr. Wutte

Fundamental- und Totalopposition. Das war in der letzten Legislaturperiode. 1999 ist es nun so, daß offenbar die SPÖ von Ausgrenzung spricht und sich eigentlich auch aus taktischen Motiven in dieser Situation aufgrund Geheiß aus Villach bewegen soll. Das ist jedenfalls nicht der Weg.

Kolleginnen und Kollegen, Fundamentalopposition tut dem Land grundsätzlich nicht gut. Wir sollten uns eben auf das besinnen, wozu wir da sind, nämlich die gemeinsame Arbeit dort zu leisten ... *(LHStv. Schiller: Von einer Opposition habe ich noch nichts gemerkt!)* Die wirst du schon noch merken, Kollege Schiller, auch in deinem Referatszuständigkeitsbereich. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Ich möchte zu den Punkten kommen, die seitens der Kärntner Volkspartei für die zukünftige Regierungsarbeit als wesentlich angesehen werden. Ich glaube, daß wir ein paar Dinge hier diskutieren und seitens des Landtages formulieren sollten, in welcher Art und Weise die Regierung Handlungsbedarf hat. Es hat zu Ambrozys Zeiten noch gegolten, die Regierungserklärungsdebatte dazu zu nützen, auch seine parteipolitischen Visionen darzutun, und er hat das immer wieder gemacht. Ich bin gespannt, was heute kommt. Einen breiten Konsens braucht dieses Land in wesentlichen Bereichen wie der Wirtschaft, der Familien- und Sozialpolitik, aber auch in Umwelt- und Lebensraumfragen. Ich möchte das ganz kurz aus unserer Sicht erläutern.

Die Wirtschaft ist die Grundlage. Ich möchte mich dazu nicht verbreitern. Ich bin dafür, daß ein Standortabkommen abgeschlossen wird. Ich sehe das einen positiven Ansatz, das ist eine jahrelange Forderung auch der Interessenvertretungen. Ein Standortabkommen für Kärnten ist wichtig. Die Rahmenbedingungen sind festzuhalten und sie müssen unverrückbar festgehalten werden als Leitlinien für die weitere Regierungspolitik. Das geht aber nur gemeinsam mit den Sozialpartnern und das geht auch nur dann, wenn man das Bekenntnis zur Sozialpartnerfunktion hat. Es kann nicht sein, daß man die Sozialpartner nur dann einbindet, wenn man sie politisch braucht und das politisch für opportun hält, sondern es ist auch notwendig, einmal ein klares Bekenntnis dazu abzugeben,

daß der Bestand der Sozialpartnerschaft in diesem Land grundsätzlich notwendig und gut ist. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Wir brauchen über diesem Standortabkommen so etwas wie einen generellen Wirtschaftsvertrag, wo nicht nur die Sozialpartner, die Regierung und der Landtag, sondern im wesentlichen auch die Kommunen, andere Institutionen, die Bildungseinrichtungen und freiwillige Organisationen eingebunden sind. Wir brauchen also hier die gemeinsame Basis.

Bei der Ausrichtung des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds meine ich, daß wir in der Wirtschaftsförderung zwei Dinge brauchen: Wir haben das letztmal darüber diskutiert, wir brauchen die arbeitsbeschaffenden Investitionsförderungen. Wir sind da nicht weit auseinander, aber es muß gelten, auch das zu fördern, was letztlich über die Klein- und Mittelbetriebe Arbeit schafft. Wenn wir Zukunft haben und sicherstellen wollen, muß für die Produktentwicklung und für die Marktbearbeitung etwas getan werden.

Zum zweiten Punkt, auch in der gebotenen Kürze, Familien- und Sozialpolitik: Es geht dabei um einen ganzheitlichen Ansatz. Familien- und Sozialpolitik muß also außer Streit gestellt werden. Ich habe das schon gesagt, daß Alleingänge jedenfalls nicht der richtige Weg sind. Es wäre darüber zu diskutieren, ob wir nicht die Grundsatzfrage stellen, die Familie auch in den Verfassungsrang zu erheben und ob wir die Diskussion über den Ausbau der sozialen Grundrechte auch im Kärntner Landtag führen. Es wird aber Familien- und Sozialpolitik nur geben können, wenn wir es im Umgang mit allen Anbietern von sozial-, gesundheits- und familienpolitischen Leistungen in diesem Land ernst meinen. Das ist insbesondere an die zuständigen Referenten der SPÖ berichtet, weil wir auch einen Wettbewerb der Anbieter der sozialen Dienstleistungen brauchen. Es muß ein Schulterschuß mit allen Einrichtungen geschaffen werden, die es im sozialen Bereich gibt, in den freiwilligen Organisationen und Vereinen.

Der letzte Punkt in dem Zusammenhang betrifft die Frage Lebensraum und Umweltschutz.

Dr. Wutte

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, daß wir die außer Streit gestellte zumindest einmal mehrheitlich in diesem Landtag beschlossene EU-Kofinanzierungssicherheit dazu nutzen, jetzt die Projekte zu entwickeln, daß wir das mit Leben erfüllen, daß wir Substanz hineinbekommen und daß die Lebensprojekte auch entwickelt werden.

Drei Dinge sind im wesentlichen auch noch zu beantragen. Diesbezüglich wird die Kärntner Volkspartei heute auch Anträge stellen. Ich sage es ganz kurz: Es sind die Fragen des Finanzausgleiches, es ist die Frage der Neuordnung der EU-Förderungskulisse und das ist letztlich das, was wir uns vom Bund erwarten, das Forderungsprogramm an die Bundesregierung. Von allen Dingen ist auch in diesem 15-Punkteprogramm die Rede.

Verhandlungen zum Finanzausgleich sollen geführt werden, steht in dieser Erklärung. Die sind notwendigerweise zu führen. Wir brauchen als Zielsetzung einen Randlagenausgleich. Es kann also nicht sein, daß auf der einen Seite die westlichen bevorzugt gelegenen Bundesländer in ihrer Entwicklung voranschreiten und uns die Randlage sozusagen erdrückt. Wir brauchen im Finanzausgleich den Randlagenausgleich zwischen West und Ost. Wir brauchen die stärkere Berücksichtigung des regionalen Bruttoinlandsproduktes, das heißt die stärkere Rücksichtnahme auch auf die Wirtschaftskraft der einzelnen Länder und eine endgültige Beseitigung der Bevorzugung Wiens. In diesen Positionen sollten wir uns jedenfalls einig sein, das ist ein wichtiges Unterfangen, dabei müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Neuordnung der EU-Förderkulisse und der Wettbewerbskulissen: Das ist ein Punkt, bei dem die Verhandlungen wirklich ausschließlich im Interesse Kärntens zu führen sind. Es ergeht daher der Appell auch an den Landeshauptmann, in den Verhandlungen nicht allzu früh und allzu leichtfertig Verhandlungspositionen des Landes Kärnten dadurch in Gefahr zu bringen, daß man Einwohnerzahlen in die Verhandlungen wirft, wobei ein zu großes Entgegenkommen seitens Kärntens signalisiert wird. Das wäre jedenfalls nicht im Interesse unseres Landes.

Es steht in diesem Punkteprogramm, Forderungspaket an die Bundesregierung. Wir wollen wissen, was da drinnensteht. Wir brauchen den Inhalt, wir möchten den auch im Landtag sehen. Was beinhaltet dieses Forderungspaket? Es liegen noch keine Vorschläge vor, die angekündigten Gipfelgespräche haben noch nicht stattgefunden. Ich stelle aber unmißverständlich fest, daß es notwendig ist, ein solches Forderungspaket mit dem Bund in die Richtung zu verhandeln, daß wir in Kärnten einen quasi dritten Staatsvertrag bekommen. Das ist notwendig, um die wichtigsten Infrastrukturprojekte und wirtschaftspolitischen Fragen gemeinsam mit dem Bund außer Streit zu stellen. Das ist ein wesentliches und zentrales Anliegen auch an die neue Bundesregierung, in dieser Richtung intensiv und rasch tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Wir haben in der jetzigen Periode eine neue Situation. Wir haben jedenfalls die Situation, daß es keine parteipolitischen Bindungen gibt, das ist schon öfter gesagt worden. Es gibt keine stillen oder lauten Koalitionen, sondern es gibt die freie Meinungsbildung und das freie Spiel der Kräfte und es gibt daher auch die Möglichkeit der freien Mehrheitsbildung. Ich möchte von unserer Seite her sagen, daß wir diese Möglichkeit nutzen werden, Mehrheiten zu suchen, wo immer es sinnvoll und notwendig ist, um unsere Positionen durchzubringen. Ich spreche seitens unserer Fraktion die Einladung und die Bitte aus, diesen Dialog nicht als Einbahnstraße zu sehen, sondern gegenseitig ein Maximum an Konsens sicherzustellen, weil wir hier die gemeinsame Verantwortung für Kärnten tragen und weil wir hier nur eine Aufgabe und Verpflichtung haben, die Interessen Kärntens wahrzunehmen und zum Wohle unserer Bürger zu arbeiten. 93 % gemeinsame Regierungsbeschlüsse in der letzten Periode sind jedenfalls eine hohe Latte für die Konsensbereitschaft der neuen Regierung. Herzlichen Dank fürs Zuhören! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich noch mitteilen, daß sich Herr Abgeordneter Dr. Zernatto für die heutige Sitzung auch entschuldigt hat. Ich ersuche nun Abgeordneten Dr. Haller, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Dr. Haller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann - leider fehlt mir jetzt der direkte Augenkontakt mit ihm - hat in seiner Regierungserklärung von einer gemeinsamen Regierungserklärung der gesamten Regierung gesprochen. Es wurde bereits ausführlich belegt, daß dieses Vokabel eine freie Erfindung des Landeshauptmannes ist. Trotzdem - und das stelle ich hier ausdrücklich fest - bekennt sich die SPÖ voll und ganz zu jenen Positionen, die in den Gesprächen auf Regierungsebene außer Streit gestellt wurden.

Noch ganz kurz und vorweg, weil das noch taufersich ist, zum Kollegen Wutte. Der Kollege Wutte hat heute die Rolle der ÖVP neu definiert. Ich gehe davon aus, daß das nicht die letzte Eigendefinition sein wird, aber wir nehmen sie vorläufig einmal zur Kenntnis. Das zum ersten.

Zum zweiten, Kollege Wutte, du sollst dir mehr Sorgen um deine ÖVP und nicht so sehr Sorgen um unsere SPÖ machen. Das ist der zweite Punkt.

Zum dritten, Kollege Wutte, ein Kompliment muß ich dir und überhaupt der ÖVP machen: Es stimmt, daß sie es sich, ganz egal, in welcher Stärke sie sich nach Wahlen wiedergefunden hat, eigentlich nach den Wahlen recht gut gerichtet hat. Das muß man der ÖVP lassen. In dem Punkt ist auch ihre Rolle durchaus verständlich.

Das Zustandekommen dieser Regierungserklärung und des begleitenden Papiers, das wir in die Hand bekommen haben, zeigt, daß der Herr Landeshauptmann gerade in der Frage der referatsüberschreitenden Kooperation und Kommunikation doch noch ein bißchen zulegen sollte, vor allem dort, wo es um saubere

Gangarten geht. Die SPÖ ist ernsthaft interessiert und ehrlich bereit und sie wird auch alles daransetzen, um herausragende Themen wie Olympia 2006, Leitbild Kärnten, Beschäftigungsprogramme, Wirtschaftsförderung, Technologiepolitik und weitere Kernpunkte wie die Müllverbrennungsanlage mit hundertprozentigem Einsatz zu verfolgen und auch zu realisieren. Der SPÖ fehlen aber - und das sage ich jetzt ganz konkret auch im Hinblick auf diese Regierungserklärung - klare finanzielle Konzeptionen, Aussagen zu wichtigen Themen wie Koralmtunnel, Semmeringbasistunnel und ein klares Bekenntnis zur EU. Außerdem teilt die SPÖ - und in dem Punkt ist der Ausdruck "gemeinsame Regierungserklärung" völlig falsch oder verfälscht - überhaupt nicht die Einschätzung, was intendierte Absichten in Richtung Privatisierung anlangt.

Zur größten Verwunderung fand sich aber in der Regierungserklärung keine konkrete Aussage über ein Thema, das den Landtagswahlkampf geradezu dominiert hat, nämlich den Kinderbetreuungsscheck. Das ist verständlich, denn in diesem Punkt spießt sich die Frage der Finanzierbarkeit ganz besonders dramatisch. Gestern hat diese Dramatik geradezu den Höhepunkt erreicht, als der Herr Landeshauptmann, flankiert von seinem Finanzreferenten die Umsetzung des Kinderbetreuungsschecks verkündet hat, überraschenderweise jedoch mit einem auf Deutsch Griffen beschränkten Pilotprojekt. Da frage ich mich, und ich bin nicht der Erste, der sich das fragt, wofür braucht man eigentlich für die Umsetzung eines solchen Projektes ein Pilotprojekt? Diese Frage muß man mir überhaupt erst einmal beantworten können. Was soll denn hier abgetestet werden, meine Damen und Herren? Wo sollen denn eigentlich hier Erfahrungswerte geschaffen werden? Das ist also geradezu eine Demaskierung und ich stelle ganz allgemein die Ernsthaftigkeit dieses Projektes in Frage.

Interessant ist auch die Erklärung des Finanzreferenten schon zu diesem Pilotprojekt, nämlich es aus Mitteln der Wirtschaftsförderung und der Gemeinden zu finanzieren. Das gleichermaßen mit der Ankündigung, wie dann das große Ding finanziert werden soll: durch den

Dr. Haller

beabsichtigten Verkauf der Wohnbaurdarlehen - geradezu eine verheißende Situation für uns.

In diesem Zusammenhang fordert die SPÖ - über diese Forderung sollte zumindestens nachgedacht werden -, daß Vorhaben (welcher Art auch immer) zunächst auf die Finanzierbarkeit hin überprüft werden müssen! Wir fordern eine tatsächliche Überprüfung jener Absichten, die vor und nach den Wahlen verkündet werden; taxfrei und ohne jede Vorschau auf die Finanzsituation unseres Landes!

In dem Zusammenhang etwas, das zu dem sogenannten gemeinsamen Regierungsprogramm paßt. Wir fordern eine ehrliche Kooperation, eine ehrliche Kooperation des Landeshauptmannes! In diesem Zusammenhang erinnere ich an die vielfach von ihm zitierte und eingeforderte Harmonie und die konstruktive Zusammenarbeit. Das sind an sich schöne Dinge. Das kann nur nicht im Einbahnsystem funktionieren und so funktionieren, daß alle anderen konstruktiv und brav zusammenarbeiten und er (der Herr Landeshauptmann) diese Konstruktion quasi dem einzelnen aufs Auge drückt. So kann das nicht gehen! *(LH Dr. Haider: Keine Einwendung!)*

Zusammenarbeit ist schon vom Vokabel her ein, glaube ich, auf zwei Seiten hin konstruiertes Wort. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine Lernfähigkeit, von der wir hoffen, daß sie im Interesse des Landes auch Früchte trägt.

Wir erwarten uns vor allem aber auch, wenn es um Konsensbereitschaft geht, ein klares Bekenntnis und eine Standfestigkeit in jenen Fragen, in denen man sich bereits geeinigt hat. Ich erinnere an Wernberg; heute ausführlichst diskutiert. Ich erinnere aber auch an das Thema der Müllverbrennungsanlage. Ich glaube, diese beiden Punkte sind Musterbeispiele dafür, wie man Themen einerseits auf die lange Bank schieben kann und andererseits letztlich - nicht unbedingt zum Wohle der Bevölkerung - Dinge gebremst und unter Umständen sogar verhindert werden können.

Hier ist Konsensbereitschaft mehr als das Nachgeben einer Partei! Ich glaube, daß gerade der Herr Landeshauptmann gut beraten wäre, es nicht darauf zu beschränken, der SPÖ immer Destruktion vorzuwerfen, sondern diese

Konstruktivität selbst nicht nur zu predigen, sondern auch ehrlich zu leben.

Wenn es darum geht, zum Beispiel eine Verwaltungsreform in Sinne einer moderneren Verwaltung zu intendieren, dann sind wir voll dafür. Nur kann eine Verwaltungsreform nicht so inszeniert werden, daß man die damit beginnt, daß einzelne Beamte über das Fernsehen erfahren, daß sie entweder "Vollkoffern" sind oder für irgendwelche "Blutzer" verantwortlich sind, für die sie am nächsten Tag dann auch haftbar gemacht werden. Herr Landeshauptmann, hier fordern wir eine menschliche Form der Behandlung von Arbeitnehmern, die auch keine Arbeitnehmer sind! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Insgesamt besteht also unser klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit, unser klares Bekenntnis zum Eintreten für vernünftige und, was die Finanzierungseinschätzung anlangt, realistisch einschätzbare Projekte. Wir fordern mehr Ehrlichkeit! Wir fordern aber auch eine Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern, denen nicht mehr versprochen werden kann, als unser Land sich von der Finanzierungsseite her tatsächlich leisten kann. Ich danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Weil der Herr Landeshauptmann in seiner Regierungserklärung nur beispielhaft zu uns gesprochen hat, muß ich mich an das geschriebene Wort halten. Wer wie ich die ganz unglaubliche Hetzkampagne Ihrer Funktionäre gegen einen Kärntner Künstler auf Kärntens Straßen miterlebt hat, der liest mit großem Erstaunen auf Seite 12 Ihres Regierungsprogramms: "Nicht verhindern, sondern ermöglichen; nicht einmischen; nicht verbieten und nicht befehlen ...", lautet die Devise von Kulturreferent Dr. Jörg Haider. *(Abg. Dr. Strutz: Das ist ein toller Satz! Es hat auch nie eine Hetzkampagne gegeben!)* Und dann steht da noch: "Neues muß zugelassen werden." Horchen Sie nur gut zu! "Neues muß zugelassen werden! Es muß nicht immer

Mag. Cernic

verstanden werden.“ Es muß nicht immer verstanden werden? - Ein Mirakel, denke ich mir; eine Wandlung hat sich vollzogen.

Aber, mißtrauisch, wie ich bin, habe ich dann genau weitergelesen, und siehe da, da kommt es schon ganz dick: “Kulturförderung soll es nur mehr für Leistung geben. Und Aktivitäten, die zum Nachteil des Landes Kärnten geraten, sollen keine Förderung erhalten.” (Abg. Dr. Strutz: *Jawohl! - Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Wie bitte, Herr Dr. Haider, wollen Sie etwas, wenn Sie es nicht verstehen, beurteilen? Wie wollen Sie feststellen, ob Leistung dahintersteckt? Wie wollen Sie beurteilen, ob etwas zum Nachteil des Landes gerät, wenn Sie es nicht verstehen? - Und um es zu verstehen, Herr Dr. Haider: Muß man da nicht seine Wahrnehmung, seine ganz eigene Wahrnehmung, seine Gedanken und sein Denken in die Waagschale werfen?!

Genau deshalb muß die Bewertung einer künstlerischen Arbeit dem einzelnen Menschen überlassen bleiben; dem einzelnen Menschen in einer ganz persönlichen Auseinandersetzung überlassen bleiben. Es muß sein subjektives Empfinden sein, das man respektiert!

Keine demokratisch wählbare Partei hat das Recht, dem Bürger und dem Künstler vorzuschreiben, wie sie einander begegnen. Ob er kunstschaftene ästhetische Mittel wählt zur Kommunikation oder ob es Mittel der Provokation oder der Aktion sind: Das muß dem Künstler überlassen bleiben! Und es muß dem Bürger, dem einzelnen Bürger überlassen bleiben, ob er sich dazu entschließt, dieses Angebot anzunehmen oder nicht. Es steht Ihnen als Politiker nicht zu, diesen Prozeß durch Ihren persönlichen Geschmack zu filtern und nur die zu fördern, die Ihrer Meinung nach ideologisch korrekt Kunst produzieren.

Im übrigen, wie soll das weitergehen? Ist der nächste Schritt: die Presseförderung nur mehr für jene Medien, die ideologisch korrekt berichten usw.?!

Sie mögen, Herr Dr. Haider, derzeit mancherlei Motive für wohlkalkulierte Zurückhaltung haben. Wir übersehen dennoch die Signale nicht. Obwohl es gut arbeitende, mit Experten besetzte Kulturgremien in diesem Land gibt,

haben Sie die Absicht geäußert, Herrn Andreas Mölzer zu Ihrem persönlichen Kunst-, nein Kultur-, was auch immer -berater zu ernennen. Dabei ist es auch nicht wichtig, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion ... Ach, die Damen, Verzeihung! Ich habe vergessen: Leider habt ihr ja keine Dame! (LH Dr. Haider: *Das war jetzt kalkuliert!*) Dabei ist es nicht wichtig, ob Sie einen Vertrag direkt mit Herrn Mölzer abgeschlossen haben oder mit irgendeiner Gesmbh oder mit dem Bürosessel vom Herrn Mölzer. Wichtig ist, daß Sie mit einem Kulturberater kokettieren, der den Kolig-Saal als, ich zitiere, “Mahnmal für Kunst am Menschen vorbei” gütig dort belassen wolle, wo er ist. Diese Formulierung erinnert zumindest die historisch Gebildeten hier in diesem Raum aber wirklich sehr deutlich an altvordere Zeiten. Was aber eh nicht verwundert. (LH Dr. Haider: *Als ob wir keine anderen Probleme hätten!*) Denn immerhin wird diesem Herrn Mölzer die zweifelhafte Ehre zuteil, über 40mal im “Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus” zitiert zu werden. Ich erlaube mir, das nicht weiter zu zitieren, weil ich nicht wirklich glaube, daß irgend jemand hier in diesem Saal Nachhilfe braucht, bei der Interpretation dieser genannten Umstände (Abg. Kreuzer: *Die werden Sie uns schon geben, als Lehrerin!*) - außer vielleicht jene, bei denen die Gesinnung über die Urteilskraft siegt.

Als Kulturreferent, Herr Dr. Haider, wandeln Sie derzeit durch das Land. Nach dem Motto “Entzweie und herrsche!” spielen Sie in Ihren Ansprachen Volkskunst und andere Formen der Kunst gegeneinander aus. Aber Volkskunst kommt aus dem Herzen der Leut'. Und die Kärntner Leut' bewahren und pflegen das, was ihnen lieb und teuer ist - unabhängig von Politikern, die da kommen und Ansprachen halten und dann auch wieder gehen. Auch Volkskunst muß sich frei entfalten können! Sie hat es nicht verdient, von Ihnen zum Zweck der Stimmenmaximierung ideologisch vereinnahmt zu werden.

Die SPÖ sieht es als ihre Aufgabe, das, was man gemeinhin als die “Freiheit der Kunst” bezeichnet, zu verteidigen; zu verteidigen gegen eine FPÖ, die ein erneutes Mal aus ihrer Ideologie der billigen Feindbilder Kapital schlagen will. Ich danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion)

Mag. Cernic

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Die vorangegangene Wortmeldung zeigt, welche Schwerpunkte und welche Probleme die einzelnen Fraktionen in bezug auf das Voranbringen Kärntens vom Schlußlicht wieder an die Spitze im österreichweiten Vergleich setzen. Frau Kollegin, (gemeint ist Abg. Mag. Cernic) es kann doch wohl nicht die Einstellung oder die Beauftragung eines Referenten im Kulturbereich der große Disput und das große Problem der Regierungserklärung für die nächsten fünf Jahre hier gemeinsam im Hohen Haus und in der Landesregierung sein.

Ich möchte deshalb in meiner Wortmeldung auf die Aussagen der Fraktionsvorsitzenden von SPÖ und ÖVP eingehen. Kollege Haller und Kollege Wutte! Zunächst überrascht mich die positive Wortmeldung des Kollegen Haller, der ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit und die Bereitschaft seiner Fraktion zur Zusammenarbeit und zur Umsetzung des gemeinsamen Regierungsprogramms hier bekundet hat. (Abg. Ing. Rohr: Und - hat er es nicht gesagt?!) Es haben sich hier offenbar die positiven Kräfte - Kollege Rohr, du bist nervös, weil du aus Villach kommst - gegen die strikte Order des SPÖ-Parteivorsitzenden Manzenreiter doch durchgesetzt, der das Motto ausgegeben hat: "Keine Gemeinsamkeit in der Landesregierung! Keine gemeinsame Arbeit für Kärnten!" (Abg. Ing. Rohr: Ich habe von dir nichts anderes erwartet!)

Deshalb ist die Aussage des Kollegen Haller für mich positiv zu bewerten. Ich verstehe schon, wenn die Villacher Fraktion jetzt Probleme mit dieser Aussage und positiven Gesinnung hat. (Abg. Ing. Rohr: Strutz, wir haben größere Probleme mit dir!)

Es freut mich, daß Kollege Haller zugegeben hat, daß es in der Regierung auch eine Zustimmung von seiten der Sozialdemokratischen Fraktion zu einer gemeinsamen Regierungserklärung gegeben hat;

wenn auch im nachhinein jetzt die Bereitschaft ... (LHStv. Schiller: Wo eine gemeinsame Regierungserklärung?) Alle 19 Punkte! Das werde ich dir schon noch vorlegen, Kollege Schiller. (LHStv. Schiller: Du warst ja nicht dabei, was da geredet worden ist!) Ich habe zumindestens, nachdem ich auch an der Vorformulierung mitgearbeitet habe, (Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) die Briefe und die Faxe aus deinem Büro gesehen, Kollege Schiller. (LHStv. Schiller: Ich bitte, die Spielregeln einzuhalten! - Vorsitzender: Am Wort ist der Abgeordnete Klubobmann Strutz!) Kollege Schiller, ich halte mich schon an die Spielregeln - im Gegensatz zu dir! (LHStv. Schiller: Wo denn?!) Denn dir wird ja die Korrespondenz mit dem Büro des Landeshauptmannes und mit der Landesamtsdirektion bekannt sein, in der du selbst deine Forderungen eingebracht hast und selbst mit einer Bestätigung zugestimmt hast, daß es hier zu einer Außerstreitstellung von 19 Punkten kommt. (LHStv. Schiller zeigt ein Papier vor: Unsere gemeinsame Regierungserklärung? Wo steht denn das?!) Das kannst du ja nicht mehr leugnen. (LHStv. Schiller: Aber das ist keine gemeinsame Regierungserklärung!) Selbst das Deckblatt ist mit deinem Büro akkordiert worden. Und das werden wir dir im einzelnen sogar zeigen.

Werdet nicht nervös, wenn ihr einen Bruch der strikten Linie des Manzenreiter hier vornehmt! Denn ich glaube, sieben Jahre lang Konflikt und ein intensiver Wahlkampf in Kärnten waren eigentlich eine Zeit, die jetzt zumindestens zu Ende gehen sollte. (Heiterkeit im Hause. - Abg. Dr. Wutte: Wieso habt ihr den Wahlkampf geführt?) Kollege Wutte, jetzt werde ich dir etwas sagen: Wir haben eine neue, eine historische Epoche in der Kärntner Geschichte.

Wir haben nämlich zum ersten Mal tatsächlich das Spiel der freien Kräfte und eine keine Koalition. Denn bisher hat das System so funktioniert, daß es eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP gegeben hat, daß sämtliche Vorgänge, Beschlüsse auf der Regierung gemeinsam in Absprachen vollzogen worden sind und daß die dritte, damals noch zweitstärkste Kraft im Kärntner Landtag, ausgegrenzt wurde und natürlich nicht einmal die Möglichkeit gehabt hat, an diesen Mehrheitsbeschlüssen

Dr. Strutz

mitzuwirken. (*Abg. Dr. Wutte: 93 % einstimmige Beschlüsse.*) Und deshalb ist es auch eine historische Leistung des Landeshauptmannes, daß es ihm geglückt ist, diesen Meilenstein einer Außerstreitstellung von 19 Punkten in der Regierung zu erwirken. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich gratuliere dem Landeshauptmann zu dieser Leistung (*Zwischenruf der ÖVP*) - der Kollege Wurmitzer hat mitgewirkt. (*Zwischenrufe der ÖVP*) Das ist ja außer Streit gestellt. Der Kollege Wurmitzer hat seinen positiven Beitrag in der Regierung ebenso geleistet, wie die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, die sich zu dieser Außerstreitstellung und zu dieser gemeinsamen Regierungserklärung verpflichtet und befunden haben. Und 19 Punkte, die hier außer Streit gestellt werden, Kollege Wutte, daß ist ja nicht irgendetwas. Ich erinnere nur, der Vorgänger Landeshauptmann Zernatto hat es geschafft, Olympia, das Leitbild und die Müllverbrennungsanlage außer Streit zu stellen, drei Punkte. Und wenn man sich nun ansieht, wie umfassend diese Regierungserklärung und dieses Punkteprogramm ist, das jetzt in Angriff genommen wird ist, und du kannst uns gerne an den Taten messen, wie du es hier angefordert hast, denn es ist tatsächlich gelungen, bereits in den ersten Tagen und in den ersten Wochen der neuen Regierung Haider, eine Fülle von Punkten umzusetzen. Die ÖVP, Kollege Wutte, du hast den Zettel hier herausgelegt, es steht zwei zu 47. Es liegt in der Natur der Sache, daß Freiheitlichen, insbesondere wenn sie die Regierungsverantwortung tragen, die Schonzeit von 100 Tagen nicht eingeräumt wird. Wir brauchen auch nicht 100 Tage, um jene Punkte in Angriff zu nehmen, die wir den Kärntnerinnen und Kärntnern zugesagt haben. Die zwei Punkte die hier bereits auf der Haben-Seite verbucht werden ist eine Strompreissenkung und ist eine Mietensenkung, Kollege Wutte. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Allein diese beiden Punkte Kollege Wutte, sind mehr als die SPÖ und die ÖVP-Koalition in den letzten 40 Jahren und in den letzten sieben Jahren in Kärnten zu Wege gebracht haben. (*Abg. Lutschounig: Wo ist denn die Strompreissenkung? - LR Wurmitzer: Das ist aber politischer Hochmut! Bescheidenheit ist gescheiter!*) Und Kollege Wutte, wenn du sagst,

du willst die Freiheitlichen (*Unruhe im Hause.*) - habt ihr euch jetzt einigermaßen beruhigt, dann werde ich euch jetzt beim Wort nehmen und das, was ihr von uns verlangt, nämlich die Realisierung sämtlicher Wahlversprechen, die im Wahlkampf abgegeben worden sind, die der ÖVP jetzt noch genüßlich zitieren. Wir können nach 50 Tagen bereits sagen, daß das Programm, für das der Landeshauptmann sein Wort gegeben hat, bereits zu 98 Prozent umgesetzt ist. (*Gelächter unter den ÖVP-Abgeordneten. Abg. Dr. Wutte: Das glaubt nicht einmal der Chef.*) Und es steht nicht 47 zu 2, Kollege Wutte. Ich habe es mir mit herausgenommen, du hast es auf deinem Schreibtisch liegen. Ich werde vorlesen, was obensteht. Sinnvolle Referate, Punkt 1 des Hunderttageprogramms, das im Prinzip zur Gänze schon umgesetzt wurde. Sinnvolle Referatseinteilung in der Kärntner Landesregierung. Ja die ÖVP hat ja in der Regierung, im Landtag, diesem ersten Punkt zugestimmt und hat ihn als sinnvoll anerkannt. Erster Punkt umgesetzt. Zweiter Punkt: Reduktion der Regierungsmitglieder und eine Verfassungsreform. Kollege Wutte, wir haben heute im Anschluß an die Landtagsitzung eine Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses. Kollege, die freiheitliche Fraktion hat diesen Antrag eingebracht. Wir haben vereinbart, daß wir eine Verfassungsreform durchführen. Es steht überhaupt außer Streit, daß, wenn die ÖVP die Zustimmung heute geben kann, wir erstens die Verfassungsreform in Angriff nehmen können, die ihr über eine gesamte Legislaturperiode hin verzögert und verschlafen habt, denn daß es zu keiner Reduktion der wie ich glaube undemokratischen Wahlhürde gekommen ist, war es, daß die ÖVP Boykottpolitik betrieben hat, es zur Koalitionsfrage erklärt hat und deshalb da nichts weitergegangen ist. Das was SPÖ und ÖVP im Bereich einer sinnvollen Demokratisierung in der Verfassung jahrelang blockiert haben, können wir jederzeit umsetzen. Wir haben vereinbart, den Ausschuß einzuberufen. Die Anträge liegen da.

Sofortiger Kassasturz, dritter Punkt. Referent Pfeifenberger hat diesen Kassasturz vorgenommen und ich kann nur eines sagen, wenn man sich die Zahlen ansieht, dann sieht man ja warum wir in dieser prekären Situation in Kärnten sind, weil wir leere Kassen vorfinden.

Dr. Strutz

Leere Kassen nicht nur im Bezug auf das Budget, was wenn man die Beteiligungen, die Leasing-Verbindlichkeiten, die Verpflichtungen die das Land in den letzten Jahren eingegangen ist, mit einer exorbitanten Summe von fast 21,9 Milliarden Schilling darstellt. Das ist der wahre Grund, warum wir hier diskutieren müssen, wie wir außerbudgetäre Maßnahmen treffen müssen, damit jene Wahlversprechen, die sowohl von seiten der sozialdemokratischen Fraktion als auch von seiten der ÖVP abgegeben worden sind, nämlich kinderreiche Familien, nämlich ein Familiengeld, nämlich die Zusage, alle Kinder vom 1 bis zum 15 Lebensjahr in Betreuungsplätzen unterzubringen, auch finanzieren können, weil die SPÖ und ÖVP in den letzten sieben Jahren dieses Land bis über den Kopf verschuldet haben und kein Geld mehr hier ist, um diese Wahlversprechen und diese sinnvollen Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Und dieser Scherbenhaufen, der hier in finanzieller Hinsicht zurückgelassen wurde, diese leeren Kassen die wir hier vorfinden, die beziehen sich ja nicht nur auf das gesamte Budget, wo wir keinen finanziellen Spielraum mehr haben, sondern die beziehen sich ja auch auf die einzelnen Ansätze in den einzelnen Referaten. In den letzten noch zu verbleibenden Monaten in der Landesregierung hat der damalige Landeshauptmann Zernatto und der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler ja sämtliche Kassen, die nur einigermaßen zur Verfügung gestanden sind, die für das Jahr 1999 budgetiert worden sind, geplündert und das Geld mit beiden Händen ausgegeben. Das bezieht sich auf die Bedarfszuweisungen, das bezieht sich auf die Verfügungsmittel, das bezieht sich auf die Verstärkungsmittel, sodaß für das Jahr 1999 keine Mittel zur Verfügung stehen, auch tatsächlich sinnvolle Maßnahmen in die Wege zu leiten. Und das ist ein echter Skandal, denn diese beiden Herren, Kollege Wutte, haben sich benommen, wie auf der Titanic. Das Schiff war im Sinken. Sie haben gewußt, nach dem 7. März sind wir eh nicht mehr am Ruder und wir geben das Geld mit beiden Händen aus. Das ist eine Politik die wir nicht betreiben wollen. Deshalb Kollege Haller bin ich bei dir, weil du die Frage gestellt hast, warum ein Pilotprojekt zur

Realisierung des Kinderbetreuungsschecks. Weil wenn wir ein Vorhaben wie jenes des Kinderbetreuungsschecks auch in die Tat umsetzen wollen, dann bedarf es einer koordinierten und vor allem in finanzieller Hinsicht geordneten Vorgangsweise. Und du weißt als Akademiker und auch im Wirtschaftsbereich geschulter Mann, daß man Großprojekte nur mit einer umfassenden Planung vornehmen kann. Und das Projekt in Deutsch Griffen hat jenen Sinn, offene Fragen, die bei der Realisierung dieses Kinderschecks auftreten können, im Zusammenhang auch mit steuerlicher Behandlung, denn es kann natürlich nicht so sein, wie es beispielsweise in der Stadt Villach der Fall ist, wo die Stadt Villach beschlossen hat, für die Ärmsten der Gesellschaft soziale Sonderzahlungen für Familien, die in Not geraten sind, zu leisten und zu gewähren und daß gerade jene Ärmsten und Schwachen in dieser Gesellschaft vom Finanzamt überprüft werden und jetzt aufgrund dieser Sonderzahlungen, die ihnen die Stadt Villach gewährt hat, eine Finanznachzahlung - eine Steuernachzahlung - in einer finanziellen Höhe vorgeschrieben bekommen, die sie unmöglich berappen können. Ein Dienst, den der Herr Bürgermeister Manzenreiter hier in Villach jenen Personen gewährt hat, die Anspruch auf diese zusätzliche Sozialzahlung bekommen haben. Und das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, daß wir hier die Auszahlungen des Kinderbetreuungsschecks an die Kinder und Mütter erreichen und daß sich dann der Herr Finanzminister vielleicht die Hälfte der Sozialleistung herunterholt. Deshalb sind eine Reihe von zusätzlichen Fragen noch abzuklären. Es ist eine Reihe von Maßnahmen notwendig, wo wir auch Beschlüsse haben müssen. *(Abg. Lutschounig: Vor der Wahl.)* Herr Kollege Lutschounig und diese offenen Fragen werden im Rahmen dieses Pilotprojektes geklärt werden, *(LH-Stv. Ing. Reichhold: Robert, wir besprechen das bei einer Jause.)* damit es hier zu einer sinnvollen Umsetzung des Kinderbetreuungsschecks kommt.

Und ich möchte schon hier auch zur Fairneß warnen, wenn hier von den Freiheitlichen die Umsetzung aller Zusagen in bereits 50 Tagen eingefordert wird. Es ist die sozialdemokratische Fraktion gewesen, die im Sozialbereich Verant-

Dr. Strutz

wortung und Mitverantwortung trägt, die den Kärntnern ja eine Reihe von Zusagen und Wahlversprechen abgegeben hat. Zum Beispiel, daß die Betreuungsplätze für jedes Kind zwischen dem 1. und 15. Lebensjahr Realität sein werden. Ich frage, was ist in dieser Hinsicht geschehen. An die zuständige Referentin, welche Initiative, was hat sie unternommen, damit jedes Kind in Kärnten vom 1. bis zum 15. Lebensjahr einen Betreuungsplatz bekommt. Ja nicht einmal darüber nachgedacht wurde, wie die Finanzierung dieses Projektes aussehen könnte. 1.200 neue Kinderbetreuungsplätze wurden hier versprochen, hunderte neue Arbeitsplätze in den Kinderbetreuungseinrichtungen und vieles mehr. Ich gehe auf die Zusagen des ehemaligen Spitzenkandidaten auf 8.000 Arbeitsplätzen, die in einem Jahr geschaffen werden sollen, bis hin zu den 4 Milliarden Schilling für die Kärntner Wirtschaft gar nicht ein. Hier macht man sich keine Gedanken, wo das Geld herkommen soll. Wie diese Zusagen umgesetzt werden sollen. Wenn man die Bilanz anführt, ich habe mir da noch die Versprechen aus dem Jahre 1994, nachdem heute schon die Regierungserklärung zitiert worden ist, herausgeholt. Die gleichen Leute sind am Ruder. Da lacht der Landesrat Unterrieder herunter, was er alles im Jahre 1994 versprochen hat. Was er alles machen wird. Was die SPÖ alles realisieren wird. Zusätzliche Arbeitsplätze, 600 Millionen Schilling mehr für den Wohnbereich. Ich suche mir hier den Sozialbereich heraus. Der Sozialbereich im Jahre 1994: 5000 neue Kindergartenplätze sind zugesagt worden für die letzten sieben Jahre. Kein einziger Kindergartenplatz ist in Wirklichkeit mehr geschaffen und deshalb (*Zwischenrufe der SPÖ-Fraktion. - LR Wurmitzer: das stimmt nicht!*) ist das Projekt der Aufstockung des Kindergartens auch gescheitert und deshalb würden wir das Geld lieber den Kindern direkt zugute kommen lassen. Kollege Rohr, es ist allemal sinnvoller, zu fragen, was sind uns die Kinder, was sind uns die Familien wert, anstatt die Frage zu stellen, wie wir das Geld hier im Budget auch sinnvoll zu bedecken haben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Denn das die Mittel vorhanden sind, Herr Kollege Rohr, daß ist außer Streit gestellt. Wenn man 500 Millionen Schilling für eine Landesausstellung in der Vergangenheit ausgegeben hat, dann werden diese 500

Millionen Schilling aus verschiedenen Töpfen sinnvoller für familienpolitische Maßnahmen eingesetzt werden. Aber der Scherbenhaufen und der Kassasturz der uns hier übergeben wurde der kann eben nicht in 50 Tagen aufgeräumt werden. Nehmen wir nur den Zuständigkeitsbereich der Sozialdemokraten im Gesundheitsbereich her. Was sich hier im Bereich des LKH Klagenfurt auftut, daß sind tiefe Abgründe, die bereits die Staatsanwaltschaft zum Handeln zwingen. Ja selbst der zuständige Gesundheitsreferent weiß, was er hier eigentlich von seinem Vorgänger geerbt hat. Wir stellen jetzt nicht die Frage, wo ist in seinem Zuständigkeitsbereich etwas geschehen, sondern wir geben ihm die Zeit, auch sinnvoll hier aufzuräumen und etwas umzusetzen.

Zum Sozialbereich: Der Kollege Scheider hat es aufgedeckt, es ist beispielgebend, wie ernsthaft die Arbeit der Sozialdemokratie in der Vergangenheit funktioniert hat. Im Behindertenzentrum hat man im Keller einfach die Dinge verschimmeln lassen. Die Behinderten haben in Zuständen wohnen müssen, die menschenverachtend und menschenunwürdig gewesen sind. Das ist nur ein kleines Beispiel für die Art und die Politik, wie hier in der Vergangenheit gearbeitet worden ist. Dann darf man hier nicht mit dem erhobenen Zeigefinger herauskommen und fragen: Herr Landeshauptmann, was haben Sie in den ersten Tagen alles getan? Wir können für diese kurze Zeit darauf verweisen, daß die Mieten heruntergegangen sind, daß die Strompreissenkungen eingeleitet worden sind und daß eine Reihe von Maßnahmen in die richtigen Wege geleitet worden sind. Mehr kann man hier nicht verlangen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Ing. Rohr:; Da sind die Kärntner aber schön angeschmiert!*) Werden Sie nicht nervös, Herr Kollege Rohr!

Deshalb komme ich auch zum Schluß. Sie haben von uns ein aktives Angebot, an der Umsetzung dieser gemeinsamen Regierungserklärung mitzuwirken. Wir nehmen das Angebot des Klubobmannes Dr. Haller gerne auf, der gesagt hat, er werde konstruktiv an der Umsetzung dieser 19 Punkte mitarbeiten. (*Abg. Dr. Haller: Selbstverständlich!*) Ich glaube, daß die Zeit der Außer-

Dr. Strutz

streitstellung dieser wichtigen Dinge gekommen ist. Wenn man sich die Bilanz und den Kassasturz dieses Landes ansieht, dann ist es an der Zeit, daß wir die Hände zusammenballen und damit beginnen, dieses Land wieder aufzuräumen, die gemeinsame Regierungserklärung bietet eine gute Basis dazu. *(Lebhafte Zwischenrufe im Hause. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Klubobmann Dr. Wutte gemeldet.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf mich nur in einem Punkt zur tatsächlichen Berichtigung melden. Es wurde vom Kollegen Strutz hier behauptet, daß in den letzten Jahren kein einziger Kindergartenplatz errichtet wurde, was natürlich nicht stimmt. Es hat das Land Kärnten allein für die Errichtung von Kindergärten 138,566.000 Schilling aufgewendet. Es ist also eine Unzahl von Kindergartenplätzen geschaffen worden, unabhängig davon, daß es auch für den Betrieb der Kindergärten Hunderte Millionen des Landes Kärnten gegeben hat. Diese Feststellung des Kollegen Strutz ist daher deutlich erwiesen falsch so wie alle anderen Dinge, die in diesem Zusammenhang berichtet worden sind. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Eine Strutzrede bleibt eine Strutzrede, ob in Opposition oder in Regierungsverantwortung, wenn seine politische Gruppe auftritt, ist immer dieselbe Schallplatte aufgelegt. *(Abg. Dr. Strutz: Im Gegensatz zur ÖVP! Sie sagt jeden Tag etwas anderes!)* Diese Schallplatte hat ganz massive Kratzer. Diese Kratzer hat der Kollege Wutte derzeit an einem Beispiel bereits dokumentiert, und solche Beispiele gibt es viele.

(LH Dr. Haider: Die von Sablatnig ist schon aus dem Verkehr gezogen! - Abg. Dr. Strutz: Warum gibt es das überhaupt noch? - Weitere Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion. - Vors.: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Sablatnig! Bitte um Aufmerksamkeit!)

Der Kollege Strutz hat gemeint, daß einige Fragen im Zusammenhang mit den Wahlversprechen, die abgegeben wurden, noch zu klären seien. Das dachte ich mir auch so. Ihr habt ja damit nicht gerechnet, daß ihr in die Verantwortung genommen werdet und daß heute der Bürger fragt, was mit diesen blauen Luftballonen geschehen wird.

Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir die letzte Funktionsperiode sachlich bewerten. Der Wahlkampf ist zu Ende, das hat der Herr Landeshauptmann in seiner Antrittsrede gesagt, und wir sollten jetzt versuchen, an eine gemeinsame sachliche Arbeit heranzugehen. So verstehen wir unsere Rolle in diesem Land. Wir haben es in der vorhergehenden Funktionsperiode so gesehen und wir sehen es auch jetzt so: Kritik dort, wo Kritik angebracht ist, Unterstützung dort, wo es um Ideen geht, die für den Bürger wichtig sind. Was aber für mich noch wichtiger ist, selber Ideen zu entwickeln und diese der Öffentlichkeit zu präsentieren und für die Umsetzung von Ideen zu werben. Das halte ich politisch für einen interessanten und wichtigen Weg.

Wenn der Kollege Strutz vorhin gemeint hat, was in diesen 50 Tagen bereits schon geschehen ist, heute jähren sich die 50 Tage, so muß ich sagen, es ist ein dürrer Ast übrig geblieben. Es ist nicht das, was sich Kärnten von einem Landeshauptmann Haider in den ersten 50 Tagen erwartet hat. *(Zwischenruf der Abg. Steinkellner.)* Es ist leider viel zu wenig. Ich verstehe die Aufregung schon, denn an den Taten werden wir sie messen und nicht an den Aussagen.

Geschätzte Damen und Herren, wenn der Kollege Strutz gemeint hat, daß nunmehr nach einem Kassasturz leere Kassen vorgefunden wurden, so glaube ich, daß diese Aussage nicht stimmt. *(Zwischenruf des Abg. Schwager.)* Wir haben uns gemeinsam in diesem Haus zu einem Konsolidierungsweg entschlossen und waren der

Sablatnig

Auffassung, daß wir bis 1999 die Nettoneuverschuldung unter einer Milliarde Schilling festhalten sollten. Der Jahresabschluß 1998 wird eine Nettoneuverschuldung von 680 Millionen Schilling betragen, das heißt, wir liegen weit unter einer Milliarde Schilling. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)* Dieses Darunterliegen unter einer Milliarde Schilling hängt mit einem ganz konsequenten Budgetvollzug zusammen. Dafür ist auch den Mitarbeitern in der Finanzabteilung ein großes Lob zu zollen, weil sie mitgewirkt haben, das Land handlungsfähig zu halten und für das Land die Möglichkeit zu schaffen, Investitionsimpulse auszulösen, die Krankenanstalten, die Arbeitnehmerförderung und die Sozialeinrichtungen zu finanzieren. Das ist Aufgabe des Landes und es ist kein Schilling Geldes verschwunden. Das Geld wurde für das Land, für die Strukturen und für die Bürger dieses Landes eingesetzt.

Darum meine ich, daß Christof Zernatto als Finanzreferent seine Aufgabe gut gemacht hat, daß er in der Situation, in der sich das Land aufgrund der wirtschaftlichen Randlage befindet, seine Aufgaben gut gelöst hat, und wir haben ihm dabei geholfen. Es war nur eine politische Gruppe, die in der Regierung Regierungspolitik und hier Opposition gemacht hat. 93 % der Beschlüsse in der Regierung waren einstimmig und hier hat man sich auf die Rolle der Fundamentalopposition zurückgezogen. Diese Gruppe hat heute kein Recht zu sagen, daß sie das Land weitergebracht hat. Die Beschlüsse fallen nämlich hier im Landtag. *(Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Wenn ich eine Verantwortung einmahnen möchte, dann frage ich: Wie ist es mit der Tätigkeit der Exlandesrätin Sickl im Zusammenhang mit der Müllverbrennung? Alle drei Parteien haben sich dazu geeinigt, nunmehr droht dem Land eine Haftung von 230 Millionen Schilling. Hier glaube ich, daß diese Sache nicht personifiziert gesehen werden kann, denn hinter dieser Frau Sickl stand eine politische Gruppe, die dafür die Verantwortung trägt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß in den letzten Jahren der Begriff "Hausaufgaben machen" in diesem Haus sehr oft eine

Rolle gespielt hat. Die FPÖ-Fraktion hat unisono die Worte "ihr müßt die Hausaufgaben machen, ihr habt die Hausaufgaben nicht gemacht" als politische Rhetorik verwendet. Nunmehr glaube ich, daß die Hausaufgaben jemand anderer machen muß. Die Hausaufgaben werden vom Herrn Landeshauptmann Haider eingefordert, Fleißarbeiten erwarten wir sowieso keine. Ich gehe aber davon aus, daß die Hausaufgaben zu erfüllen sind. Man hat zunächst einmal ange-dacht, hat geglaubt, daß man den Kärntnerinnen und Kärntnern ein blaues Wunder versprechen kann und nachher kommt die Rechnung. Die Rechnung werdet ihr hier in diesem Haus legen müssen, das werden wir von euch verlangen. Wir werden euch nicht behindern, wir werden aber das verlangen, was ihr dem Bürger versprochen habt, aber mit klaren Konzepten und mit klaren Modellen, nicht auf Kosten anderer und nicht auf Kosten des Landes, sondern auf Kosten eures Gehirnschmalzes. Das verlangen wir! Denn der, der sich hinstellt und diese Dinge alle hinausposaunt, wie ihr das gemacht habt, das ist ein gutes Recht, der soll sie auch ausführen. Der Wahlkampf ist zu Ende und jetzt verlangen wir für die Bürger Arbeit.

Interessant ist, daß in der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes wesentliche Dinge so nebenbei gesagt werden. Zum Beispiel wird nicht gesagt, daß es in diesem Land ein klares Bekenntnis zur Arbeitnehmerförderung gibt. 160 Millionen Schilling haben wir jährlich für den Bereich der sozial schwachen Arbeitnehmer, für den Bereich der Berufsbildung und für den Bereich der Arbeitsstiftungen aufgewendet. Das kommt nicht vor, daher nehme ich an, daß es für euch nicht wichtig war. Es ist der Bereich der Sozialpolitik mit einem Satz erwähnt, es ist aber für unsere Bürger eine vernünftige Sozialpolitik des Landes ein wesentlicher Teil des Lebens. Das ist offensichtlich nicht wichtig, das ist Alltagsrhetorik und das ist Wahlversammlungs-rhetorik, aber in diesem Haus hat es keine besondere Bedeutung gehabt. Zur Frage der Gesundheitspolitik, geschätzte Damen und Herren. Wir haben in diesem Land etwa 6,5 Milliarden Schilling im Bereich der Gesundheitspolitik und der Krankenanstalten aufzuwenden. Das wird so nebenbei gesagt. Entweder interessiert das den neuen

Sablatnig

Landeshauptmann nicht oder überläßt er das Feld den Sozialdemokraten.

Wir möchten haben, daß alle Maßnahmen, die in diesem Haus diskutiert und beschlossen werden, der Verbesserung der Lebenssituation unserer Menschen dient. Wir möchten haben, daß es eine Sozialpolitik gibt, bei welcher niemand unter die Räder kommt. Wir möchten haben, daß die Sozialpolitik dort wirksam wird, wo es soziale Notwendigkeiten gibt und nicht dort, wo es Antragsstellungen gibt. Wir möchten haben, daß alle Maßnahmen gesetzt werden, damit die Familie als kleinste Zelle unserer Gesellschaft gestärkt wird. Dazu haben wir auch eine Reihe von Vorstellungen.

Da geht es in erster Linie darum zu erkennen, wie die Situation heute aussieht und wie die Situation mittelfristig und längerfristig aussieht. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß eine Gesellschaft Kinder braucht, das Land braucht Kinder, und es muß den Familien möglich gemacht werden, die Belastung, die durch die Kinder auf die Familien zukommt, auch leichter zu ertragen. Das ist für mich vernünftige Sozialpolitik.

Und die vernünftigste Sozialpolitik, geschätzte Damen und Herren, ist Arbeit, ist Leistung, ist die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt, den Unterhalt seiner eigenen Familie selber zu erarbeiten und zu verdienen. Daher braucht es Strukturen und diese müssen wir gemeinsam schaffen.

Geschätzte Damen und Herren, es liegt eine Prognose vor, die besagt, daß wir im Jahre 2030 in diesem Land um 28.000 Kinder vom 0. bis zum 15. Lebensjahr weniger haben werden, und es gibt eine Prognose, die besagt, daß die Zahl der älteren Bürger aufgrund des medizinischen Fortschrittes und aufgrund der Lebensweise zunehmen wird. Daher müssen wir familienfördernde Maßnahmen auf alle Fälle gemeinsam mit dem Bund setzen. Dazu gibt es eine Reihe von Ansätzen, die wir gemeinsam diskutieren sollten. Es geht dabei um das Karenzgeld für alle, das ist ein wesentlicher Punkt. Es geht aus unserer Sicht um das Kinderbetreuungsgeld, das nicht irgendjemand aus seiner Schatulle finanzieren kann, sondern das im Einklang mit dem Bund bewerkstelligt werden soll. Es soll

aus unserer Sicht auch die Frage der gesamten Kinderbetreuung wichtiger genommen werden.

Es ist ein Mosaikstein, wenn man sagt, die Kinder von null bis fünf brauchen eine Förderung. Wir brauchen eine Förderung von 5 bis 15 Jahre. Wir wissen ganz genau, wenn wir Kinder haben, die in die Schule gehen, daß die Belastung der Schule für die Eltern jedenfalls gegeben ist, daher brauchen wir auch neue Ansätze, die Zeit des Kindes von der Geburt an bis zur Berufsausbildung finanziell so zu begleiten, daß es für die Familien möglich ist, Kinder zu haben.

Geschätzte Damen und Herren! Es gab vor einem Jahr so etwas wie einen Rosenstingl-Skandal. Da ist eine politische Gruppe aufgestanden, die natürlich betroffen war, hat furchtbare Krokodilstränen geweint, denn das Geld ist offensichtlich in andere Kanäle gegangen, und dann hat man die "Gläserne Partei" kreiert. Dann hat man gesagt, die Partei ist durchschaubar, sie ist transparent, diese Partei kann man von A bis Z überprüfen. Dann hat man noch nachgesetzt und gesagt, daß jeder Politiker für seine Wahlversprechen haftbar gemacht werden soll und auch haftbar gemacht wird. Ich freue mich auf die Haftung, welche die freiheitlichen Abgeordneten gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern übernehmen. Über 16 Abgeordnete und die Regierungsmitglieder freut sich bereits der Konkursrichter.

Geschätzte Damen und Herren, die Kinderbetreuung habe ich bereits erwähnt. Wenn es einen Scheck gibt, der den Eltern von Kindern zugestellt wird und in diesem steht, "dieser Betreuungsscheck ist einzulösen bei Landeshauptmann Jörg Haider, Datum und Unterschrift, 5700 S", was ist denn das, bitte, als ein einklagbarer Tatbestand?

Ich würde den Eltern in diesem Land raten, diesen Gerichtsweg zu gehen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir sollten weitere Überlegungen anstellen! Im Zusammenhang mit der Sozialpolitik glaube ich, daß es in diesem Land eine Reihe von Veränderungen geben soll. Nicht das, was bisher war, ist alles falsch und alles schlecht. Wir sollten auf dem Fundament der Sozialpolitik, das wir haben, neue Perspektiven aufbauen!

Sablatnig

Es geht uns darum, daß die Situation sich wesentlich geändert hat. Es gibt immer mehr ältere Bürger; und es gibt immer teurere Medizin. Es gibt, für meine Begriffe, zu wenig Betreuungseinrichtungen im Bereich der extramuralen Versorgung. Hier sollten wir einen neuen Weg gehen! Wir sollten hier nicht staatliche Institutionen entwickeln, sondern die freien Wohlfahrtsträger in diesem Land so entwickeln und so unterstützen, daß sie flächendeckend ihre Leistungen anbieten können! Diese flächendeckenden Leistungen sind nicht von einer Organisation konkurrenzlos anzubieten, sondern hier sollte es die Möglichkeit geben, daß der Bürger eine freie Wahl der Leistungsanbieter in Anspruch nehmen kann. Das halte ich für sehr wichtig! Denn ein freier Bürger sollte nicht nur aus einem Produkt wählen dürfen, sondern aus mindestens zwei Angeboten. Daher sage ich, daß wir der Auffassung sind, daß wir für neue Ideen auch werben. Wer unseren Vorstellungen beitrifft, der wird in diesem Landtag die Mehrheit haben!

Hier gibt es eine Reihe von Überlegungen, die wir nutzen sollten! Es geht uns nicht darum, daß das Land Kärnten nunmehr alle Sozialeinrichtungen finanziert. Es geht vielmehr um eine Bürgergesellschaft. Hier geht es darum, daß die Menschen mitmachen, daß die Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen: im eigenen Familienbereich, für die Eltern, für die Behinderten. Es geht aber auch darum, daß die Gesellschaft Mitverantwortung trägt. Und hier braucht es Einrichtungen. Es braucht die Möglichkeit des Zukaufs von Leistungen, für die eine Familie allein oder eine Person allein nicht aufkommt; von der Haushaltshilfe beginnend bis zur Hauskrankenpflege. Hier geht es dann weiter in Richtung Gesundheitspolitik.

Wir vertreten den Standpunkt, daß die Gesundheitspolitik in unserem Land geändert gehört. Wiederum die Aussage: auf Gutem und Bewährtem Neues aufbauen! Wir können die derzeitige medizinische Versorgung als sehr gut bezeichnen. Aber wenn wir haben wollen, daß dieses Gesundheitssystem auch in fünf, zehn Jahren finanzierbar bleibt, müssen wir heute Strukturen verändern; müssen wir heute darüber

nachdenken, wie die Gesundheitspolitik in fünf oder zehn Jahren aussieht!

Wir haben eine Idee, eine sichere Gemeinde zu machen; gemeinsam mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt in ganz Kärnten Seminarreihen durchzuführen, mit den Bürgern über ihre eigene Gesundheit und über die eigene Unfallvorsorge zu diskutieren. Wir wissen, wieviel Unfälle es im Bereich der Freizeitwirtschaft, im Bereich des Haushaltes gibt. Hier sollten wir die Bürger in diese Verantwortung miteinbeziehen, für sich selber die Verantwortung zu übernehmen!

Geschätzte Damen und Herren! Für uns ist wichtig, daß der niedergelassene Arzt (der Hausarzt) im Gesundheitssystem eine wichtigere Rolle spielen sollte als bisher. Denn die Krankenanstaltenversorgung ist immer eine teure Versorgung. Sie ist zugegebenermaßen sehr gut. Aber die Versorgung durch niedergelassene Ärzte hat auch ihre Qualität.

Wenn ich eine Berechnung zitieren darf: Die Betreuung eines Patienten über drei Monate in Österreich kostet im Durchschnitt 479 Schilling; die Betreuung durch einen Facharzt 625 Schilling über einen Zeitraum von drei Monaten; die Betreuung in einer Spitalsambulanz 2.230 Schilling und der Spitalsaufenthalt 48.139 Schilling. Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß es wichtig ist, jene Aufgaben, die im niedergelassenen Bereich erbracht werden können, auch dort stattfinden zu lassen: im Sinne eines vernünftigen Subsidiaritätsprinzips. Das werden wir alle gemeinsam brauchen, um dieses gute System weiter zu entwickeln und dieses gute System finanzieren zu können.

Die Bündelung des Mitteleinsatzes: Wir haben für den Krankenhausbereich etwa 6,5 Milliarden Schilling im Einsatz (*LR Ing. Pfeifenberger: 7 Milliarden!*) Hier sollten wir mindestens 8 bis 10 % an Geldmitteln für Strukturmaßnahmen festhalten, damit dieser niedergelassene Bereich sich entwickeln kann! Erst wenn der niedergelassene Bereich sich entwickelt hat, ist es möglich, im Krankenhausbereich einige Aufgaben nicht mehr in diesem Umfang anzubieten.

Es geht also um die Verlagerung in Richtung kostengünstigerer Anbieter. Es geht um eine

Sablatnig

bessere Koordination des Leistungsangebotes. Und es geht auch um die Verkürzung der Wartezeiten in den Arztordinationen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich könnte eine Rechenaufgabe machen. Es gibt Berechnungen, die besagen, daß unsere Arbeitnehmer (die arbeitenden Menschen in Österreich) im Jahr um mehr als den Gegenwert von 3 Milliarden Schilling an Wartezeiten in Arztordinationen verbringen. Es wäre daher sehr wichtig, rein volkswirtschaftlich anzusetzen und zu versuchen, diese Zeiten besser zu organisieren und auch entsprechend zu finanzieren. Daher Strukturmittel für den Ausbau der extramuralen Versorgung!

Wir wollen eine " Holding gesundes Kärnten ". In diese Holding sind alle Leistungsanbieter (die Landeskrankenanstalten, die niedergelassenen Ärzte, die Krankenanstalten privater Rechtsträger und die extramuralen Einrichtungen) einzubeziehen. Erst wenn wir die Zusammenschau aller Tätigkeitsbereiche haben, werden wir in der Lage sein, dieses System in unserer Vorstellung weiter zu entwickeln. Es gibt namhafte Experten im Bereich der Gesundheitsversorgung, die meinen, daß es kein Idealmodell gibt. Aber sie sagen, daß es Möglichkeiten gibt, den jetzigen Standard zu erhalten und auch die organisatorischen Leerläufe so gut es geht auszuschalten.

Geschätzte Damen und Herren! Wir sind gegen Zentralisierungstendenzen. Wenn ich die extramurale Versorgung entsprechend entwickeln will, ist für mich ganz klar, daß es keine Zentralisierung geben darf. Das heißt, daß die Landesspitäler in den Regionen wichtige Aufgaben haben. Diesen Aufgaben werden sie auch entsprechend gerecht. Wir sollten auf alle Fälle dafür sorgen, daß die regionalen Spitäler ihre Funktion weiterhin behalten! Wir möchten haben, daß die Wolfsberger die langersehnte Földi-Klinik bekommen. Wir möchten haben, daß am Krankenhaus Hermagor das neurologische Rehabilitationszentrum gebaut wird. Wir möchten haben, daß in Friesach eine Dialysestation eröffnet wird. Wir wissen, daß es im Bereich der Dialysepatienten einen Zuwachs von jährlich 10 % gibt. Daher sollte diese Versorgung möglichst bürger- und patientennah angeboten werden!

Geschätzte Damen und Herren! Ich könnte noch einige Dinge aufzählen, aber für mich ist es so wichtig, daß man am Beginn einer Funktionsperiode Standpunkte definiert, die für uns wichtig sind. Die werden sich für uns in den nächsten Jahren wie eine Leitlinie durch unsere Politik ziehen.

Das einheitliche Alarmierungssystem in Vorarlberg funktioniert bestens: Zusammenarbeit Rotes Kreuz, Feuerwehr. Dieses System sollte bei uns auch nicht zweigleisig, sondern auf einer Spur entwickelt werden!

Wir möchten haben, daß die Notarztversorgung entsprechend mit zusätzlichen Ärzten ausgestattet wird. Wir möchten haben, daß die Wahlärzte die gleichen Honorare bekommen wie die Kassenärzte. Wir möchten haben, daß die Menschen in unserem Land gesundheitsversorgt werden, und zwar nicht dann, wenn ein Arzt eine Ordination geöffnet hat, sondern dann, wenn der Patient Hilfe braucht.

Wir möchten haben, daß es eine Liberalisierung im Bereich der Kassenverträge gibt. Wir möchten haben, daß die Teilung von Kassenverträgen möglich wird. Das hängt doch damit zusammen, daß man ein familiengerechteres Kassenvertragssystem sucht. Auch Ärzte haben Familienplanung vor. Und da sollte die Möglichkeit der Kassenstellenteilung gegeben werden! Es sollten Gruppenpraxen möglich werden. Im Gesetz sind sie ja vorgesehen - nur, in Kärnten gibt es diese noch nicht.

Abschließend möchte ich sagen: Das Steckenpferd meiner letzten Funktionsperiode war, die verschuldensunabhängige Ausgleichszahlung für ärztliche Kunstfehler zu erwirken. Das sollten wir zustande bringen! Auf der Wiener Ebene gibt es einen Fonds, der im Jahr etwa 8,5 Millionen Schilling aufwendet. Damit werden die Ärzte nicht kriminalisiert, und die Bürger kommen zu ihrem Recht.

Das sind unsere Überlegungen zum Themenbereich " Familie, Soziales und Gesundheit ". Ich lade alle politischen Gruppen ein, uns auf dem Weg dorthin zu begleiten. Dankeschön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vorweg noch einmal die Festlegung meines Vorredners unterstreichen, daß wir heute über die Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Haider und nicht über ein von vielen apostrophiertes vermeintlich gemeinsames Regierungsprogramm diskutieren.

Ich sage noch einmal ganz klar und deutlich: Einige politisch außer Streit gestellte Positionen wie die Olympiabewerbung, Müllverbrennung und andere können nicht dazu herangezogen werden, um von einem gemeinsamen Regierungsprogramm zu sprechen. Das ist Etikettenschwindel! Und dagegen verwehren wir uns! (*Abg. Steinkellner: Warum habt ihr euch nicht durchgesetzt?*)

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Frau Abgeordnete! Vorerst noch eine Korrektur, die ich anbringen möchte, weil hier der Herr Abgeordnete Klubobmann Dr. Strutz von einem quasi Nullwachstum im Bereich der Kindergartenplätze in den letzten Jahren gesprochen hat. Ich verweise darauf, daß innerhalb der letzten acht Jahre der Deckungsgrad bei den Kindergartenplätzen von 45 auf 72 % gestiegen ist und sage das in zwei, drei ganz klaren und eindrucksvollen Zahlen. In der Gemeinde Wolfsberg, nur in der Gemeinde Wolfsberg, sind in den letzten sieben Jahren zusätzlich 200 Kindergartenplätze neu geschaffen worden; zu den bestehenden 200 zusätzliche Kindergartenplätze und in den letzten vier Jahren - (*Abg. Dr. Strutz: Und wieviel haben die gekostet?*) nur in der Gemeinde Wolfsberg allein! - über 100 Betreuungsplätze für Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Dann davon auszugehen und hier heraußen davon zu sprechen, ein Nullwachstum wäre der Fall: Das ist ja grotesk und schließt auf Unkenntnis sondergleichen.

Geschätzte Damen und Herren! Nachdenklich zur Regierungserklärung macht mich, welche Strategie bei einer so allgemein gehaltenen Regierungserklärung dahintersteckt. Vor jedem Detail in den fünf Seiten kommt der Verweis auf eine vollständige Dokumentation in irgendeinem Programm. Sie sprechen, Herr Landeshauptmann, von einem anspruchsvollen

Programm - ich von einer Auflistung von bekannten und anderen Positionen. Nichts anderes stellen diese fünf Seiten, die mir zur Verfügung stehen, dar.

Es kann auch nicht mit dem Verweis auf eine schriftliche Dokumentation abgetan sein, zum Beispiel die Koralmbahn in knapp 30 Minuten nie zu erwähnen. Die übergeordnete Wichtigkeit einer leistungsfähigen Schiene, einer Hochleistungsstrecke, für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Kärnten hier nicht zu erwähnen, läßt den Schluß für mich zu, daß im Zusammenhang der Projekte Koralmbahn und Semmeringtunnel Sie Ihre Position je nach regionaler Präsenz darlegen. (*Abg. Dr. Strutz: Der Schluß ist falsch!*) Das heißt, Sie lassen es sich offen, Ihre Position jedem nach regionaler Präsenz auch darzulegen. Wir wissen, vor Ort, in der Region draußen, was es bedeutet, wenn öffentlicher Verkehr reduziert wird. Wir wissen und können es spüren, was es bedeuten kann, umfahren zu werden. (*LHStv. Ing. Reichhold: Sparpaket!*) Herr Landeshauptmann, umfahren, mit schwammigen Formulierungen Positionen zu riskieren, ist verantwortungslos. (*LHStv. Ing. Reichhold: Sparpaket der Bundesregierung! Und heute jammerst du herum!*) Wissen Sie, Koralmbahn und Semmeringtunnel sind nicht isoliert voneinander zu betrachten. Man kann sie nicht isoliert betrachten. (*LH Dr. Haider: Jetzt will man das Nahverkehrsgesetz ändern, daß alles die Gemeinden und das Land zahlen!*) Eine Pro-Kärnten-Position, Herr Landeshauptmann, bedeutet ein klares Ja auch zum Semmeringtunnel. (*LH Dr. Haider: Sie sind in der Regierung in Wien und wälzen die Probleme auf andere ab!*) Herr Landeshauptmann, in Niederösterreich reden Sie etwas anderes als bei uns in Kärnten. Das ist der feine Unterschied. Hier hat sich der Landtag ganz klar und deutlich, auch Ihre Fraktion, in der vergangenen Periode zu beiden Projekten bekannt: (*LH Dr. Haider: Das steht in der Regierungserklärung!*) Semmeringtunnel wie auch Koralmtunnel, weil das eine vom anderen nicht isoliert zu betrachten ist.

Forstdienst, soziale Bereiche, Schulreferate werden hier angesprochen sie zu zentralisieren. Das Thema Auflassung der Bezirkshauptmannschaften hat schon einmal dieses Haus beschäftigt und schon einmal hat dieses Haus

Schlagholz

entgegen freiheitlicher Meinungen eine klare Position für die Bezirkshauptmannschaften ausgesprochen. Und die von Ihnen verfolgte schlanke BH ist letztendlich nichts anderes, als eine Schleichdemontage dieser für die Bevölkerung in den Bezirken so wichtigen Serviceeinrichtungen, wie die Bezirkshauptmannschaften sie darstellen. Das ist nicht die Bürgernähe. Da gibt es Widerstand aus den Gemeinden, aus der Bevölkerung und von den Bediensteten. Und das in einem Zeitalter anzudiskutieren, in der TELEKOM es ermöglicht, Leistungen sogar zu dezentralisieren, das heißt, Leistungen in die Bezirksverwaltungsbehörden hinaus zu transferieren.

Wenn Sie es mit der mehrmals angekündigten strapazierten Objektivierung von Schulleiterbestellungen ernstnehmen, Herr Landeshauptmann, so müssen Sie dies am Beispiel der Schulleiterbestellung an der Hauptschule in St. Paul im Lavanttal auch beweisen. Zur Vorgeschichte: Das Schulforum dieser Schule - Lehrer und Eltern - sind genau diese Bereiche, die immer wieder gefordert werden, daß sie in die Entscheidungsfindung bei den Schulleiterbesetzungen mit einbezogen gehören. Und genau dieses Schulforum hat einen Bestqualifizierten gereiht. Den Erstgereihten, der dann bei der Erstellung des Dreivorschlages von FPÖ und ÖVP gar nicht aufgeschienen ist, um so diesen Bestqualifizierten und Dienstältesten zu umgehen. Die SPÖ-Fraktion im Plenum ist damals ausgezogen. Es gab dann einen FPÖ-ÖVP Paktbeschluß, ein einstimmiger. Vom damaligen Referenten wurde eine Stellungnahme hiezu verlangt, die ist nie erfolgt. Es erfolgte die Verwerfung dieser Reihung und eine Neuausschreibung. Heute ignorieren Sie, Herr Landeshauptmann, diese Neuausschreibung. Ich verweise noch einmal darauf, wenn Sie es ernstnehmen, (*Vors.: Bitte um ein wenig Aufmerksamkeit für den Redner!*) den Pakt nicht zu vollziehen und den Erstgereihten FPÖ-Kandidaten, der von ÖVP und FPÖ dann vorgeschlagen wurde, zu bestellen, wenn Sie diesen Pakt umgehen wollen und es mit der Leiterbestellung ernstnehmen, Lehrer und Eltern mit einbeziehen, dann dürfen Sie sich dieser Neuausschreibung nicht in den Weg stellen. Tragen Sie Ihren Ankündigungen Rechnung, unter der Auflage der

Objektivierungsrichtlinien des Landesschulrates und der Selbstbindung des Bezirksschulrates an diese Richtlinien um so auch zu beweisen, daß Sie nicht mit zweierlei Maß messen.

Geschätzte Damen und Herren! Daß die Olympiabewerbung außer Streit bleibt, ist in Wahrheit Beifall. Das soll auch einmal dargestellt und bekundet werden für die bisher hochrangig geleistete Arbeit der mit der Bewerbung befaßten Personen.

In der Frage der Lehrlingsausbildung Herr Landeshauptmann schließen Sie sich mit Ihrer Meinung und Lösungsvorstellung nahtlos einer jahrelangen SPÖ-Forderung an. Die Bewerkestellung des Lastenausgleiches zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben ist das, was ich an Positivem von diesen fünf Seiten herunterlesen kann. Ich zitiere Sie: Die Last der Ausbildung kann und darf daher nicht den immer weniger werdenden Lehrbetrieben und dem Staat alleine aufgehalst werden, sondern jene, die keine Lehrlinge ausbilden, sollten sich solidarisch an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Herr Landeshauptmann, ich bin sehr gespannt, ob diesen Ankündigungen dann letztendlich auch Taten folgen werden.

Geschätzte Damen und Herren! Als Sportsprecher wiederhole ich die eingangs erwähnte Darstellung, die sich auch in diesem Bereich fortsetzt. Es stellt sich für mich die Frage, stellt die Weichen im Sport wer anders, zu einem anderen Zeitpunkt, oder die Fortführung der Vorgängerarbeit lohnt sich und braucht in Wahrheit nur weitergeschrieben werden.

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Eine Menge von Punktationen und allgemeinen Schauplätzen finden sich in dieser Regierungserklärung wieder, so nach dem Motto, irgendetwas wird schon stimmen, sollen sich doch die anderen den Kopf darüber zerbrechen. Ich danke Ihnen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.*)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Der Verlauf der diesjährigen Debatte - ich kann es nur so zusammenfassen - ist ein Sieg der politischen Kultur.

Jost

Denn in der diesjährigen Legislaturperiode haben wir so eine konstruktive Debatte noch nicht erlebt. Und dafür will ich mich auch bei den Vorrednern bedanken, weil sie vielleicht signalisiert, in welche Richtung sich das Land bewegen sollte, die politische Diskussion - ein Wettstreit der Ideen und daß wir miteinander diskutieren. Allein die öffentlichen Äußerungen jetzt im speziellen von seiten der SPÖ-Führung sprechen bisher eine andere Sprache, das muß man leider feststellen. Und die bisherige Vorgangsweise Ihres Parteiobmannes erinnert mich an ein Zitat von Seneca der gesagt hat: "Ein leidendes Gemüt wird bei der geringsten Ursache gekränkt, sodaß ein Gruß, ein Brief, eine Rede oder eine Frage zum Streit führen kann". Und genau das ist die Beschreibung Ihrer Situation in der Führung. Und das ist ein Problem für das Land, glaube ich. Die SPÖ-Führung, Sie im Landtag, die Landtagsfraktion (*Zwischenruf Abg. Ing. Rohr.*) Die Landtagsfraktion der SPÖ hat sich, glaube ich, schon mit den Gegebenheiten abgefunden. Sie hat zur Kenntnis genommen, daß sie da nicht mehr die Mehrheit hat, also eine andere Position hat. Und es ist erfreulich, das wiederhole ich noch einmal, daß es hier auch konstruktive Beiträge gegeben hat. Das Problem ist wie gesagt Ihre Führung. Ich verstehe das schon, daß Machtverzicht wehtut. Es ist ja nicht so angenehm, wenn man als Bürgermeister so eine Art Diktatur in der Stadt führen kann, keine Gemeinderatssitzungen mehr einberufen muß und regieren kann wie man will. Auf Landesebene geht das nicht. Und dann ist man halt beleidigt. Und man ist deshalb beleidigt, weil man jetzt täglich vorgeführt bekommt, was man hätte tun sollen, als man noch die Mehrheit gehabt hat. Jörg Haider und die FPÖ zeigt Ihnen ja jeden Tag, was Sie eigentlich hätten tun sollen. Wir führen das jetzt aus. Die Mietensenkung ist herbeigeführt worden. Was glaube ich noch viel wichtiger ist, die Mieter in den "Gemeinnützigen" haben Mut bekommen. Das beweisen täglich die Anfragen. Sie hinterfragen jetzt gewisse Dinge. Das ist ja bei Ihnen jahrelang nicht passiert. Da haben Sie sich nicht getraut. Da ist über Sie drübergefahren worden.

Der Strompreis sinkt und auch der Kinderscheck wird vorbereitet. Ich glaube, die Kärntnerinnen und Kärntner sehen, daß gearbeitet wird. Und

was hat die SPÖ-Führung zu bieten? Sie betreibt Wortklauberei. Denn glauben Sie, daß es die Leute draußen interessiert, ob das jetzt wirklich eine gemeinsame Regierungserklärung war oder nicht, was hier also für ein Titel gewählt wird. Das ist eine Haarspalterei, das sind Nichtigkeiten, mit denen man sich eigentlich nicht beschäftigen sollte. Das ist eine Nichtigkeit, wenn man sich die Probleme des Landes anschaut. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Und eines möchte ich Ihnen auch noch sagen. Die SPÖ hat sich ja immer als der Hüter der politischen Kultur hier aufgespielt. Es hat immer wieder geheißen, wir müssen schauen, daß hier der Diskurs gepflegt wird und daß alles ordentlich über die Bühne geht. Was tun Ihre Regierungsmitglieder. Die nehmen nicht einmal die einfachsten Formen des menschlichen Umgangs wahr, daß sie nämlich zuhören, was der Landeshauptmann zu sagen hat. Ich glaube, daß ist der erste Schritt. Man muß einmal hören, was sagt der politische Mitstreiter und dann kann man darüber diskutieren. Und nicht einmal das machen Sie, sogar das verweigern Sie auf Geheiß von oben.

Jetzt ist Ihnen sicherlich dabei einiges entgangen. Ich glaube, daß sich Jörg Haider hier als ein Garant für eine vernünftige und dynamische Wirtschaftspolitik dargestellt hat. Man muß das aber sicher einschränkend sagen, innerhalb der Möglichkeiten, die ein Bundesland hat. Man kann ja nicht die Meinung verbreiten, daß hier ein Landeshauptmann die Möglichkeit hat, daß was jahrzehntelang versäumt wurde in kurzer Zeit umzudrehen. Er ist ein Garant dafür, daß hier eine dynamische Wirtschaftspolitik betrieben wird und vor allem verzahnt mit einer ordentlichen, richtigen Fachhochschulpolitik, mit einer richtigen Entwicklung der Universität.

Und was noch entscheidend ist, ... (*Zwischenruf Abg. Ing. Rohr.*) - immerhin, das haben Sie jahrzehntelang versäumt, solche Denkansätze Herr Rohr, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Solche Denkansätze, solche Ideen haben wir jahrelang nicht gehört. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Und hier kommt ein frischer Wind in ein Bundesland, das diesen frischen Wind dringend

Jost

benötigt. Das muß man wirklich sagen. Denn man muß sich das einmal anschauen, dieses Maß von Unzufriedenheit, daß sich in unzähligen Vorsprachen äußert. Was Leute sich hier beklagen, wie sie behindert worden sind und das nimmt die Arbeit vorerst voll in Anspruch, sich das anzuhören und sich eine Bestandsaufnahme zu machen. Und damit waren wir in den ersten Tagen vollauf beschäftigt. Das muß ich Ihnen sagen. Und daneben wurde auch noch gearbeitet. (Abg. Lutschounig: *Und das ist schon alles erledigt, dann war es nicht viel!*) Um Gottes Willen! Lieber Herr Lutschounig, glauben Sie, daß man in wenigen Tagen (*Zwischenrufe im Hause.*) - schauen Sie, Ihr Finanzreferent hat in wenigen Jahren den Schuldenstand des Landes verdreifacht. (Abg. Dr. Strutz: *vervierfacht!*) Ich sage verdreifacht, wenn man hier großzügig ist. (Vors.: *Am Wort ist Abg. Jost. Herr Abg. Lutschounig, Sie haben sich ja auch schon zu Wort gemeldet.*) Sie haben schon Gelegenheit gehabt zu reden. Aber wissen Sie, was noch das Entscheidende ist. Ich glaube, der Landeshauptmann ist ein Garant für eine dynamische Wirtschaftspolitik und für eine entschlossene Sozialpolitik. (*Zwischenruf Abg. Ing. Rohr.*) Das hat Ihnen der Herr Manzenreiter aufgetragen, daß Sie das jetzt sagen müssen, nicht! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Wissen Sie, wenn Sie die Regierungserklärung genau gelesen haben und studiert haben, dann finden Sie einen Schlüsselsatz. Die beste Sozialpolitik ist den Menschen einkommenssichere Arbeit zu geben. Und da haben Sie enorme Defizite hinterlassen. Und weil Sie da äußerst mangelhaft gearbeitet haben, brauchen wir unter anderem den Kinderscheck. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das ist der Grund dafür. Wir müssen die neue Armut von Jungfamilien bekämpfen. Das ist eine Herausforderung für uns. Und eines sei auch dazu ganz offen gesagt, das ist eine enorme finanzielle Kraftanstrengung. Darüber machen wir uns keine Illusionen. Aber eines ist auch dazu gesagt, es lohnt sich jeder Kampf dies umzusetzen. Es lohnt sich jeder Kampf, eine kindergerechte Gesellschaft zu schaffen. Das haben Sie verabsäumt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Und ich sage Ihnen noch etwas, warum gerade in Deutsch Griffen, weil diese Frage gekommen ist. Ja hätten Sie Ihr Versprechen eingehalten,

für jedes Kind einen Betreuungsplatz zu schaffen, in Deutsch Griffen gibt es nämlich keinen Betreuungsplatz, da gibt es keine Kindergartenplätze. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion. - Vors.: Bitte um Ruhe, Herr Abg. Rohr!*) - Das spielt ja keine Rolle, es geht um die Kinder dort und nicht um den Bürgermeister. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und wir müssen das auch deshalb machen, einmal so ein Pilotprojekt durchführen, weil eines ja nicht passieren soll, Sie betreiben in Wien so eine hervorragende Finanzpolitik, daß sie sogar bei den Armen, denen wir Sozialhilfe zahlen, sogar dort die Hälfte wegnehmen würden.

Da müssen wir eine Lösung finden und deshalb brauchen wir auch das Pilotprojekt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ich glaube auch, daß Sie selber zugeben müssen, daß Sie in den vergangenen Jahren einen schleichenden Verlust bei Ihrer sozialen Kompetenz in Kauf nehmen mußten. Es gibt da einige Beispiele. Ich will da keine besonderen anführen, aber jedenfalls gewinne ich aufgrund der vielen Beschwerden, die an uns herangetragen werden, den Eindruck, daß Ihre Sozialpolitik bisweilen darauf ausgerichtet ist, Gründe zu finden, warum man zum Beispiel einer Familie kein Pflegegeld zahlt, statt Gründe zu finden, wie man ihr das zahlen kann. Das ist ein großes Problem! (*Zwischenrufe von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut.*) Diese mangelnde soziale Kompetenz hat sich ja jetzt in der jüngsten Diskussion um den Kinderscheck gezeigt. Sie sind zu jedem Rößlsprung und zu jedem Widerspruch bereit, wenn es darum geht, in der Öffentlichkeit politisches Kleingeld zu gewinnen. (*Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*)

Vor der Wahl hat Ihr Exparteiobmann Ausserwinkler gefordert, daß es beim Kinderscheck eine soziale Staffelung geben müsse, weil man der Frau Flick ja keinen Kinderscheck zahlen soll. Das war ein berechtigter Einwand. Unser Landeshauptmann hat sofort darauf reagiert und gesagt, darüber müssen wir reden. Dabei stellen wir ausdrücklich hier auch fest: Wir sind zu jedem Dialog über den Kinderscheck bereit, nur den verweigern sie ja. Jetzt kommt aber noch das Beste: Der Herr Ausserwinkler fordert diese soziale Staffelung. Was macht jetzt Ihre

Jost

Sozialreferentin? Die ist gestern hergekommen und hat dagegen gesprochen, daß der Kinderscheck an Einkommensgrenzen gebunden wird. (*Abg. Dr. Strutz: Sie will den Reichen das Geld geben!*) Die Welt kann ich nicht mehr verstehen! Das kann ich nicht mehr verstehen, daß eine sozialistische Sozialreferentin dafür kämpft, daß die Milliardärin Flick auch den Kinderscheck bekommt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) Wenn das Ihre Sozialpolitik ist, dann gute Nacht. (*Zwischenrufe des Abg. Ing. Rohr.*) Herr Rohr, Sie können sich ja zu Wort melden. Sie brauchen ja nicht die Fleißübungen zu machen, die Ihnen der Herr Manzenreiter aufgetragen hat. Ich kann ja Ihre Orientierungslosigkeit verstehen, denn gerade die SPÖ hat jahrzehntelang um soziale Errungenschaften gekämpft und jetzt kämpft sie gegen eine soziale Errungenschaft. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ihre Orientierungslosigkeit zeigt sich auch an einem Beispiel: Da geht Ihr Villacher Sozialreferent Pfeiler her und schießt eine Breitseite auf Ihre Soziallandesrätin, die es in sich hat. Wörtlich schreibt er dann: Wir zahlen so viel Geld ins Land und wissen nicht, was mit dem Geld geschieht. Das sagt Ihr Sozialstadtrat und die Nummer 2 in Villach. (*Abg. Dr. Strutz: Ein Mißtrauensantrag ist das!*) Was spielt sich da in Ihren Reihen ab, wenn der Sozialstadtrat von Villach die Soziallandesrätin in unglaublicher Form attackiert? (*Abg. Ing. Rohr: Das war eine Attacke!*)

Trotzdem möchte ich meine Rede damit schließen, Sie aufzurufen, an der Einführung des Kinderschecks mitzuarbeiten, nicht die "beleidigte Leberwurst" zu spielen, sondern hier mitzutun, weil da müssen wir gemeinsam etwas zustande bringen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das ist eine Kraftanstrengung. Ich glaube auch, daß Sie das Ihren Wählern schuldig sind, hier mitzutun.

Ich will noch kurz einen Satz zur Kollegin Cernic sagen: Ihr Engagement in Ehren und ich bin davon überzeugt, daß Sie Ihr kulturelles Engagement wirklich ernst meinen. Eines muß ich aber dazusagen, Sie kommen aus Villach, (*Heiterkeit im Hause.*) deswegen kennen Sie die Situation der Studiobühne Villach so genau. (*Abg. Ing. Rohr: Sie kommen auch aus Villach!*)

Ja, ich komme aus Villach und ich weiß, wovon ich rede. Solange Sie in Villach nicht imstande sind, Ihr einziges Theater abzusichern, das im übrigen ein großartiges Theater ist, das mit wenig Mitteln sehr gute Leistungen bringt, (*Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.*) solange Sie nicht imstande sind, die Studiobühne Villach abzusichern, solange fehlt Ihnen jede Glaubwürdigkeit, hier in der Kulturpolitik Schwerpunkte zu setzen und Kritik zu äußern. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Denn wissen Sie, was bei der Studiobühne genau passiert? Hier siegt die Gesinnung über die Urteilskraft. Das passiert in Villach! Weil die Leiterin der Studiobühne dem Herrn Bürgermeister und der Frau Vizebürgermeisterin nicht zu Gesicht steht, blockieren sie Gelder. Das ist angeblich die reichste Stadt in Österreich, die nicht imstande ist, ihr Theater abzusichern. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - LH Dr. Haider: Das war eine sehr gute Rede!*)

(*Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Ing. Eberhard das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Eines hat sich in diesen 50 Tagen Landeshauptmann Haider doch schon deutlich gezeigt, daß es wesentlich leichter ist, groß leichtfertige Versprechungen zu machen als letzten Endes auch Taten zu setzen. Es ist heute hier schon darauf hingewiesen worden, daß angekündigt wurde, in hundert Tagen 47 Punkte umzusetzen. 50 Tage sind verstrichen und jetzt liegt ein ganz mageres Ergebnis vor. (*LH Dr. Haider: Ihr erwartet die hundert Tage nicht mehr!*) Wenn der Klubobmann der Freiheitlichen Partei sich hier bemüht hat, darauf hinzuweisen, daß schon vieles umgesetzt worden ist, weil Anträge eingebracht worden sind, so muß man dazu ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen: Anträge der FPÖ sind noch lange keine Beschlüsse der zuständigen Gremien, des Landtagsausschusses oder des Landtages. Das gilt auch nach dem 7. März 1999. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Ihr braucht nur zuzustimmen, dann ist es umgesetzt! Heute haben wir den Ausschuß, das liegt auf der Schiene!*)

Ing. Eberhard

Zur Budgetsituation und zur finanziellen Lage des Landes, die heute hier schon öfter erwähnt worden ist, darf ich folgendes sagen: Geschätzte Anwesende und Mandatäre der FPÖ, hätten wir in der vergangenen Periode all das, was Sie in Form von Anträgen und Forderungen hier verlangt haben, in die Tat umgesetzt, dann würde die Verschuldung des Landes sicher nicht 13 bis 14 Milliarden, sondern an die 50 Milliarden Schilling betragen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Was wäre, wenn! - Zwischenrufe des Abg. Ing. Rohr.)*

Wir sind mit der Überlegung einer konstruktiven Oppositionspolitik hier angetreten und wollen keine Verhinderer sein, daß etwa in unserem Lande nichts weitergeht. Das hat und hätte unser Land nicht verdient. Wir wollen vielmehr in Verantwortung für Kärnten dafür sorgen, daß für dieses Land und für unsere Kärntnerinnen und Kärntner erfolgreich gearbeitet wird. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - LH Dr. Haider! Bravo!)* Ich möchte aber ganz klar und deutlich auch zum Ausdruck bringen: Wir werden sicher sinnvolle Vorschläge, soweit sie sich im gesetzlichen Rahmen befinden, gerne unterstützen, aber wir wollen nicht Handlanger für parteipolitische Propaganda der FPÖ sein. Was das Pilotprojekt Deutsch Griffen betrifft, so darf ich wohl darauf hinweisen, geschätzte Anwesende: Das befindet sich sicher nicht mehr im gesetzlichen Rahmen. *(LH Dr. Haider: Das glaubt ihr selber nicht! - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die großen Erwartungen der Regierungserklärung, wie neue innovative Ansätze, sind weitestgehend ausgeblieben. Wenn man die Budgetrede analysiert, kann man feststellen, daß es eigentlich nur eine Fortsetzung der eingeleiteten Initiativen der vergangenen Periode ist, wie etwa das Leitbild Kärnten, Silicon Alps und die ganze Technologieoffensive. Das stellt unter Beweis, daß auch in der vergangenen Periode für Kärnten unter einem Landeshauptmann Zernatto sicher sehr erfolgreich gearbeitet worden ist. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Was mir in dieser Regierungserklärung auch fehlt, das ist das Bekenntnis gegenüber der älteren Generation in Anerkennung und Wertschät-

zung Ihrer Leistungen in der Aufbauphase unseres Landes. Mir tut das etwas weh, wenn hier kein Wort darüber verloren worden ist, wenn wir wissen, daß wir uns im Jahre 1999 im internationalen Jahr der älteren Menschen befinden. Es ist für mich ein Herzensanliegen, mich für die Anliegen dieser Menschen, denen wir viel zu verdanken haben, im besonderen einzusetzen. Daher haben wir auch bei der letzten Landtagssitzung einen Antrag für die Beschlußfassung eines Kärntner Seniorengesetzes eingebracht. Ein solches Gesetz soll zum Inhalt haben, daß die Anliegen der älteren Generation gegenüber den politischen Entscheidungsträgern per Gesetz sichergestellt werden sollen. Dazu brauchen wir keine zusätzliche Verwaltung mittels eines Seniorenbeauftragten, wie es von den Medien zu erfahren war, sondern in Eigenverantwortung soll auf gesetzlicher Basis ein Seniorenrat die Interessen der älteren Menschen vertreten, wenn es zum Beispiel um die Erstattung von Vorschlägen für Senioren geht, vor allem in der Frage des Zusammenlebens der älteren Generation. Es geht aber auch um die Erstattung von Vorschlägen für soziale, wirtschaftliche, gesundheitspolitische, wohnbaupolitische und kulturelle Maßnahmen und die Erstattung von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen. Dadurch sollen die Senioren die Möglichkeit haben, daß ihre Interessen bei den Veränderungen entsprechend berücksichtigt werden. Mit dem Seniorengesetz soll aber auch die Seniorenförderung gesetzlich sichergestellt werden, wie Fixbeträge pro Mitglied für Beratung, Information, Betreuung und auch für seniorenspezifische Projekte.

Unsere Bemühungen sollen aber auch sicherstellen, daß die Senioren ihren Lebensabend in Würde in gewohnter Umgebung verbringen können. Hierzu ist eine entsprechende Infrastruktur sowie die Sicherstellung beispielsweise der Nahversorgung und des Nahverkehrs notwendig. Vor allem für die ländliche Region wurde in Kärnten von der landwirtschaftlichen Fachschule Drauhofen ein Projekt entwickelt, das in der Phase der Realisierung ist, das sich als "familiäre Wohnbetreuung" bezeichnet. Mit diesem Projekt soll sichergestellt werden, daß auch in ländlichen Gebieten je nach Pflegebedürftigkeit von der Pflegeleistung bis

Ing. Eberhard

hin zur Krankenpflege und Wohnmöglichkeit auch fachliche Hilfestellung gewährt wird. Dieses Projekt der familiären Wohnbetreuung hat sicher Vorbildcharakter für die Altenbetreuung im ländlichen Raum und bedarf der Unterstützung von uns allen. Gerade im internationalen Jahr der älteren Menschen dürfen wir auch hier in Kärnten, wenn wir Zukunftsüberlegungen anstellen, auf diese ältere Generation nicht vergessen.

Als Seniorensprecher der Landtagsfraktion der Österreichischen Volkspartei werde ich dafür Sorge tragen, daß bei den Beschlüssen hier im Hohen Hause auf unsere älteren Mitbürger stets Bedacht genommen wird, und ich werde mich immer mit besonderem Nachdruck in meiner Landtagsarbeit bemühen, Anwalt und Fürsprecher für diese älteren Menschen unseres Landes zu sein. Dankeschön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem LH Dr. Haider das Wort.)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die bisherigen Debattenbeiträge können mich veranlassen, einmal vom Grundsatz her zufrieden festzustellen, daß offenbar doch eine breite Basis in der Regierungserklärung gefunden ist, weil eigentlich jeder seine Bereitschaft zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Vorhaben deklariert hat.

Es ist durchaus im Sinne einer parlamentarischen Debatte, klarzumachen, daß wir uns in verschiedenen Bereichen gefunden haben, die es zügig zu verwirklichen gilt. Daß viele es gar nicht erwarten können, jetzt dringlich und rasch alles umzusetzen, das ist auch positiv! Denn das zeigt nur, daß es offenbar einen gewissen Stau an Problemen aus der Vergangenheit gibt, so daß jetzt Tempo gemacht werden muß, um viele Dinge in Ordnung zu bringen.

Ich möchte - schade, daß Kollege Schiller nicht da ist; vielleicht kann man ihn hereinholen - jetzt einmal die Diskussion austragen: Gibt es eine gemeinsame Regierungserklärung - oder nicht? Ich stelle hier fest, daß wir über Initiative des

Kollegen Wurmitzer den Versuch unternommen haben, eine gemeinsame Plattform zu finden. Wir haben in einer mehrstündigen Diskussion in der Landesregierung eine gemeinsame Positionierung von 19 inhaltlichen Positionen erreicht. Wir haben dann, während dieser Diskussion, Anmerkungen von der SPÖ bekommen und eine Anmerkung von der ÖVP, wo gesagt wurde: "Da müssen wir noch in unsere Partei gehen und fragen, ob wir dort mitmachen können." Daraufhin haben wir die Dokumente abgeschlossen. Das Büro Schiller hat mir das Verhandlungspapier, das wir in der Landesregierung hatten (das ist das Verhandlungspapier mit Stand vom 18. Mai 1999), am 19. Mai 1999 um 12.21 Uhr mit den notwendigen Ergänzungen gefaxt. Daraufhin hat es noch einmal Abänderungswünsche seitens der SPÖ gegeben. Wir haben - nach Abfassung dieser Abänderungswünsche, denen wir allen Rechnung getragen haben! - dem Kollegen Schiller am 20. 5. 1999 um 07.31 Uhr eine Fassung gefaxt, auf deren Titelblatt bereits der Titel war "Gemeinsame Regierungserklärung". Das heißt, spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte Kollege Schiller Gelegenheit gehabt, zu protestieren. Er hat es nicht getan, sondern er hat mich im Landtag hier bei Beginn der Landtagssitzung getroffen und mich darauf aufmerksam gemacht, daß der Punkt 20 (betreffend die Finanzierung) noch einer kleinen Korrektur bedürfe; was ich ihm auch zugesagt habe. Das war dieses Papier!

Herr Kollege Schiller, man kann sich nicht nachträglich von etwas verabschieden, was wir mühevoll gemeinsam erarbeitet haben! *(Starker Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Gott sei Dank gibt es die Faxe! Gott sei Dank gibt es die Dokumente! Gott sei Dank gibt es den amtlichen Eintrag, so daß das alles minutiös nachvollziehbar ist. Ich bitte um Verständnis dafür, daß wenn wir Freiheitlichen in diesem Paket unser Wort halten, auch Punkte, die die SPÖ angenommen hat und welche die SPÖ von uns verlangt hat, lieber Kollege Schiller, zu akzeptieren, daß wir auch dazu stehen!

Auch für uns ist es nicht in allen Bereichen selbstverständlich gewesen, das eine oder andere zu akzeptieren. Aber wir haben gesagt: Im Sinne eines Kompromisses muß auch die FPÖ - ge-

Dr. Haider

nauso wie die SPÖ, genauso wie die ÖVP - über den eigenen Schatten springen. Das haben wir getan. Aber dann müssen wir auch stehen. Und Stehen gehört auch zur Politik, daß man Steherqualitäten hat und auch (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) gegenüber seinen politischen Vorgesetzten mitunter sagen muß: "Jawohl, wir haben halt etwas ausgemacht, was jetzt in Kärnten sinnvoll ist und durchgezogen wird."

Das ist jetzt die Grundlage. Ich glaube, wir sollten nicht um das Wort streiten, wenn es darum gegangen wäre, nicht zu sagen: "Eine gemeinsame Regierungserklärung". Wenn ihr uns das vorher sagt, dann schreibe ich "Regierungserklärung" darauf. Überhaupt kein Problem! Aber man soll sich nicht nachträglich von etwas verabschieden, was wir gut erarbeitet haben, wo jeder seinen Beitrag geleistet hat und was für Kärnten wichtig ist!

Auch für dich, Herbert, ist es wichtig, daß wir das vereinbart haben. Auch die Frage der Müllverbrennung. Da war es schon einmal genauso. Da haben wir auch in der Frage eine öffentliche Debatte gehabt. Du gehst in eine Pressekonferenz, nachdem du am Montag am Abend mit Rechtsanwalt Quendler bei mir im Büro warst und mich befragt hast, was ich für einen Standpunkt zur aktuellen Situation in Arnoldstein habe, mit den Schadenersatzklagen usw. Nach dem Bericht des Herrn Quendler sage ich: "Eigentlich bin ich der Meinung, daß der Regierungsvortrag, den du da vorhast (daß wir Haftungen übernehmen sollten), nicht gescheit ist." Und du hast dann selber gesagt: "Jawohl, ich ziehe den Akt zurück und überlege eine andere Lösung." (*LHStv. Schiller: Naja!*)

Am nächsten Tag gehst du in eine Pressekonferenz und sagst wörtlich: "Ich habe mit dem Landeshauptmann gestern gesprochen, und er hat mir den Eindruck gemacht, er sei an einer Lösung nicht interessiert." (*LHStv. Schiller: An meiner Lösung!*) Das, muß ich also wirklich sagen, ist ein gewaltiger Untergriff!

Dann frage ich dich in der Regierungssitzung: "Stimmt es, daß du das gesagt hast?" Du antwortest in der Regierungssitzung, und das steht im Protokoll: "Nein, das habe ich so nicht gesagt. Das ist nicht das, was ich gesagt habe." Dann frage ich die Journalisten und sage: "Paßt auf, ihr habt den Herrn Schiller hier falsch zitiert."

Darauffin sagen die: "Wir haben das wörtlich mitgeschrieben."

Ich bitte schon um etwas mehr Klarheit! Wir werden uns bemühen, mit euch im Sinne dessen umzugehen, was euer Klubobmann gesagt hat. Ich habe es sehr wohl verstanden, daß er heute eine sehr sachliche, sehr fundierte Rede gehalten hat. Aber die Fairneß ist keine Einbahnstraße. Ich bitte, auch uns gegenüber fair zu sein! Wenn wir etwas ausmachen, dann stehen wir dazu. Wenn wir uns die Hand geben, dann muß das halten. Und wenn wir etwas vereinbart haben, muß man es auch nach außen vertreten können. Dann darf man sich nicht vor der eigenen Courage fürchten, indem man sagt: "Hoppla, jetzt bin ich vielleicht einen Schritt zu weit gegangen!" Das gehört in der Politik dazu: Beim Verhandeln hat einmal der eine und einmal der andere die Nase vorne. Aber man muß dann zu dem stehen, was man vereinbart hat! Ich glaube, das ist das Wichtige in Kärnten; bei aller Unterschiedlichkeit unserer Positionen: Wenn wir etwas vereinbart haben, dann muß es auch halten! Dann muß es auch durchführbar sein. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich bitte, das auch im Zusammenhang mit der Kinderscheck-Debatte so zu sehen! Wir haben uns bewußt in der Regierungserklärung darauf geeinigt, daß wir gesagt haben: Alle drei Fraktionen wollen, daß wir für die Familien etwas machen. Allen ist bewußt, daß die Einkommenssituation in Kärnten, insbesondere für kinderreiche Familien, insbesondere für Frauen und Mütter, die Alleinerhalter und Alleinerzieher sind, ein großes Problem darstellt.

Wir können als Politiker den Leuten nicht dadurch helfen, indem wir ihnen sagen: Wir weisen die Schuld zu; es war in der Vergangenheit die SPÖ für die Sozialpolitik zuständig, und sie hat das Sparpaket in Wien mit der ÖVP verwirklicht. Jetzt bedankt euch bei denen, daß sie euch das Karenzgeld zusammengestrichen haben, daß sie den Behinderten das Taschengeld gekürzt haben und daß sie Leistungen für die Familien reduziert haben.

Das ist doch die Wahrheit! Deshalb ist ja die Einkommenssituation, vor allem bei den Familien mit Kindern, heute so dramatisch! Und

Dr. Haider

das gleichen wir aus. Ohne Schuldzuweisung! Wir sagen: Wir wollen gemeinsam etwas schaffen! Ihr habt euer Modell zu entwickeln; die ÖVP wird ihr Modell entwickeln. Sie sagt "Kinderbetreuungsgeld" und will einen Teil vom Bund haben. Das soll uns recht sein, wenn wir es nicht selber finanzieren müssen.

Wir sagen "Kinderscheck" dazu. Und unterm Strich soll etwas herauskommen, wovon die Familien etwas haben! Weil von einem Streit der politischen Parteien bis zum Sanktnimmerleinstag haben sie nichts. Aber von einer Hilfe haben Tausende und Abertausende Kinder in Kärnten sofort etwas: daß sie nämlich ihre Mütter haben, daß sie ihre Familien haben und daß sie einkommensmäßig mehr haben! *(Starker Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

In diesem Zusammenhang haben wir uns selbstverständlich bemüht, Vorschläge zu machen. Unserer ist halt jetzt am weitesten in Diskussion. Das hindert ja niemanden, zu sagen: "Wir haben einen noch besseren, einen faszinierenderen Vorschlag." - Ich habe nur noch keinen gesehen - weder von der ÖVP noch von der SPÖ; was sie will; außer den Vorschlag vom 1. bis zum 15. Lebensjahr Kinderbetreuungsplätze einzurichten. Jeder weiß, daß das völlig unrealistisch ist. Also müssen wir etwas anderes tun!

Daher bitte ich, das in der Form zu sehen, weil auch gerade für den Bereich der Kleinkinder ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Überlegt euch einmal: Wir reden ständig davon, daß wir Kinderbetreuungsplätze als Alternative anbieten. Das ist in Ordnung. Aber wieviel Kinderbetreuungsplätze haben wir für Kleinstkinder? Das ist das Hauptproblem der Mütter, die berufstätig sind! Für 12.000 Kinder bis zum dritten Lebensjahr haben wir in Summe nicht mehr als knapp 1.000 Kinderbetreuungsplätze; davon etwa die Hälfte nur halbtägig zur Verfügung stehend. Das ist für die Mütter, die berufstätig sind, sicherlich nicht ausreichend.

Wenn wir jetzt mit dem Budget, das dafür in den letzten Jahren vorgesehen war, das ausbauen würden, würden wir 24 Jahre brauchen, um den Müttern für Kinder bis zu drei Jahren diese 12.000 Plätze zu schaffen. Ich meine, das kann man den Leuten nicht zumuten!

Daher sagen wir: Der Kinderbetreuungsscheck hat ja zwei Vorteile. Er hat erstens den Vorteil, daß wir sofort helfen können, und er hat zweitens den Vorteil, daß die Mutter das kleine Kind nicht zu fremden Menschen geben muß, solange es noch so klein ist, sondern es selbst behalten darf. Und das wünschen sich viele! Das hat mit "Frauen, zurück an den Herd!" überhaupt nichts zu tun! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. Ing. Rohr: 2,4 Milliarden Schilling in Kinderbetreuungseinrichtungen!)* Ich bin dafür, daß wir simultan einen Weg gehen, Kollege Rohr, wo wir die Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen und wo wir uns gleichzeitig dazu bekennen, daß wir für den Zeitraum, wo wir jetzt so eine unzureichende Situation haben, diesen Kinderbetreuungsscheck einführen. Dann können wir ihn in dem Ausmaß, in dem die Kinderbetreuungseinrichtungen verfügbar sind und angenommen werden, zurückfahren. Wenn das ein Weg ist, ist das auch eine Möglichkeit. Aber dann reden wir, bitte, konkret über das und vertreten nicht jeder eine Position!

Wir haben die Position sehr weit aufgemacht. Wir haben gesagt: Das sind die Vorschläge; das sind die Kompromisse. Wir haben gesagt, wir sind für eine soziale Staffelung, die vor der Wahl von euch gefordert wurde - jetzt aber von euch offenbar nicht mehr gefordert wird. Ihr müßt also auch ein Konzept entwickeln, was ihr wirklich wollt!

Ich sage noch etwas dazu: Wenn ihr so für Kinderbetreuungsplätze seid, dann verstehe ich wirklich nicht; Frau Kollegin Kandut, wie man zu meiner ersten Zeit als Landeshauptmann für die Integration für behinderte Kinder in Kindergärten ein Budget von 7 Millionen Schilling gehabt hat und jetzt offenbar aber die Behindertenfrage so weit hinten rangiert, daß nur mehr 1,6 Millionen Schilling vorgesehen sind. Das ist genau das Einbekenntnis, wie wichtig euch diese Fragen sind.

Die Behinderten sind auch eine Randgruppe geworden. Es gibt auch viele Kleinstkinder, die behindert sind und denen die Mütter sehr persönlich helfen könnten und wahrscheinlich besser helfen könnten. Also versuchen wir doch, die Dinge so herzunehmen, wie sie sind: Das Leben der Menschen zu analysieren und daraus

Dr. Haider

eine Lösung zu basteln! Dann kann das Ganze ganz gut funktionieren.

Jeder von euch, der eine Lösung ermöglicht, kann sich selbstverständlich dann das Federl auf den Hut stecken, wenn es um das gehen sollte. Steckt euch das Federl auf den Hut! Wichtig ist jedenfalls, daß etwas geschieht!

Denn: "Es gibt nichts Gutes - außer man tut es!", meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich möchte noch zu einigen Dingen kommen. Natürlich ist es klar, daß jene, die uns oppositionell gegenüberstehen oder kritisch gegenüberstehen, die nicht unserer Fraktion angehören, sagen: "Es ist alles zu wenig; es ist alles zu schlecht." Das ist legitim. Es wird uns auch nicht sonderlich aufregen. Aber es ist jedenfalls ein Faktum, daß seit den Landtagswahlen in verschiedenen einkommenspolitischen Bereichen etwas in Bewegung geraten ist, und zwar dort, wo der Staat, die öffentliche Hand und die politischen Parteien über Jahre (wenn nicht sogar Jahrzehnte) eine Entwicklung im Interesse der Bevölkerung vernachlässigt und verschlafen haben. Es ist der gesamte Wohnbau. Es ist die gesamte Mietenpolitik.

Es ist die Frage: Wie verhalten sich Gemeinnützige dann, wenn es eine Möglichkeit gäbe, Mieten zu senken?

Es ist die Frage: Wie verhalten sich die Banken, die mit den Gemeinnützigen riesige Geschäfte machen, zugeteilte Geschäfte machen, und hohe Zinsen verrechnen, die marktmäßig gar nicht mehr verlangt werden dürften? - Das haben alles die Mieter bezahlt.

Hätten wir das Thema "Mietensenkung" - ob jetzt mit der von euch gewünschten 10.000prozentigen Sachlichkeit oder nicht - nicht angezogen, dann wäre da nichts passiert! Selbst euer Bundeskanzler hat zum Jahresbeginn gemahnt und gesagt: "Die Mieten bei den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften in Österreich sind zu hoch."

Wir haben das aufgegriffen. Und daß sich da etwas bewegt, das sieht man ja! Die ESG ist die größte Wohnbaugenossenschaft. Sie hätte die Mieten nicht gesenkt, wenn es nicht einen Bedarf zur Mietensenkung gegeben hätte. Das auch, weil sie genau gewußt hat, daß hier

politischer Druck so stark werden wird, daß am Schluß nur die Mietensenkung kommen kann. Und sie haben es gemacht: Immerhin 400 Schilling für die betroffenen Familien. Das ist ein schönes Ergebnis!

Oder die gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, wo der Kollege, der neben dem Kollegen Arbeiter bei euch placiert ist, selber Manager ist. Die haben jetzt von einem Jahr aufs andere die Mieten um fast 1.000 Schilling gesenkt! Jetzt erklärt ihr mir, daß man plötzlich draufkommt! Nach dem 7. März haben plötzlich alle die Erleuchtung gehabt: Eigentlich sollten wir schon längst die Mieten senken! - Hätte es die politische Debatte und unsere Entschlossenheit nicht gegeben, zu sagen: "Wir senken die Mieten und machen politischen Druck, daß das auch passiert!", dann hätten Sie noch viele, viele Jahre zu hohe Mieten kassiert, und die Masse der Mitbürger - mehr als 40.000 Familien, die ohnedies wenig Einkommen haben! - hätte zu hohe Mieten bezahlen müssen. Das ist der wirkliche Erfolg! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Und das Thema meine Damen und Herren ist noch lange nicht ausgereizt. Jetzt kommen wir erst ins Detail. Das waren die ersten Schritte, die gesetzt worden sind. Jetzt werden die landeseigenen Wohnbaugenossenschaften auch ein Konzept vorzulegen haben. Jetzt werden wir darüber reden, warum im Landtag ein Gesetz aufrecht erhalten wird, das zum Unterschied von anderen Bundesländern, den Banken bei der Wohnbaufinanzierung einen viel größeren Gewinnrahmen einräumt als sonstwo. Wir sind in einem Land, wo die Leute niedriges Einkommen haben, machen aber eine Politik für die Banken. Habt ihr euch das einmal angeschaut, welche Gesetze hier beschlossen worden sind. Da kann man doch nicht sagen, das ist eine Politik, die an den kleinen Mann denkt. Wo wir die größeren Margen haben für die Banken bei den Wohnbaudarlehen als das andere Bundesländer um uns herum haben. Das sind ja ein halbes Prozent bis zu einem Prozent und das ist ja bei hunderten Millionen Schilling Darlehen viel Geld. Das ist Mietensenkungspotential.

Und wir werden über die Möglichkeit der Veränderung bei den Erhaltungsbeiträgen reden

Dr. Haider

müssen. Hier hat der Bund meines Erachtens einen falschen Schritt gesetzt, indem er 1994 durch die Koalitionsparteien, die ja hier auch mit betroffen sind, beschlossen hat, daß bis zu 17,90 Schilling pro Quadratmeter die Erhaltungsbeiträge hinaufgefahren werden können. Das hat einen gewaltigen Sprung bei den Mieten bewirkt. Heute sagen dieselben, die das beschlossen haben, da haben wir uns zuviel vorgenommen, die Leute können das nicht mehr zahlen. Und genau das müssen wir tun. Wir müssen uns anschauen, warum können denn Wohnungen, die weitgehend ausfinanziert sind, die renoviert sind, weiterhin einen so hohen Erhaltungsbeitrag verlangen. Da kann ich ja runterfahren. Das wird von Wohnobjekt zu Wohnobjekt, von Genossenschaft zu Genossenschaft unterschiedlich sein, aber der Spielraum ist nach wie vor da, um den Menschen monatlich ein paar hundert Schilling mehr Einkommen zu schaffen, allein durch diese Maßnahmen.

Und die nächste, darf ich auch sagen, die nächste Maßnahme ist die Strompreissenkung, Herr Kollege. *(LR Wurmitzer: Aber wenn die Wohnung ausfinanziert ist, ist sie 35 Jahre alt und dringend sanierungsbedürftig, bitte das auch zu bedenken!)* Herr Kollege Wurmitzer, ich habe nicht von einer ausfinanzierten Wohnung geredet, ich rede von jenen Wohnungen, die schon lange existieren, die gerade saniert worden sind und wo die Erhaltungsbeiträge trotzdem auf die Höchstmarke hinaufgesetzt worden sind. Das ist in Wirklichkeit der Skandal, daß eine sanierte Wohnung trotzdem höchstmögliche Rücklagen bilden muß und das zahlen die Leute über die Mieten. Und das wollen wir positiv beeinflussen.

Und das zweite, um was es jetzt geht, ist die Strompreissenkung. Alle politischen Parteien haben vor der Wahl gesagt, wir wollen die Strompreise senken. Nur, da muß man was machen, meine Damen und Herren. Und das machen heißt, daß wir in der Zwischenzeit, und ich habe mir erlaubt, als Eigentümerversreter hier mit der KELAG entsprechend zu reden, zu verhandeln und Aufträge zu erteilen. Wir haben in der Zwischenzeit 340 Millionen Schilling in der Kasse für eine Strompreissenkung und wir verhandeln derzeit mit dem Verbund, die letzte Phase, wo wir weitere Nächlüsse aus unseren

Verträgen bekommen werden. Das heißt, wir haben dem Verbund die Rute ins Fenster gestellt und haben gesagt: Wenn ihr nicht wollt, daß wir uns auf dem freien Strommarkt bedienen - der ist jetzt liberalisiert, wir sind Großabnehmer, wir können überall ...*(Zwischenruf im Hause.)* - Den haben wir jetzt auch schon da, lieber Freund, das ist dir gar nicht aufgefallen, daß dein Verbund, den du da jetzt verteidigst, nämlich Atomstrom einspeist. Das wir also, meine Damen und Herren, dort, wo wir Verträge haben, die einfach nicht mehr den marktmäßigen Preisen einigermaßen entsprechen, den Verbund zwingen müssen, die Verträge anzupassen. Und erinnert euch, vor der Wahl hat es geheißt, das geht nicht. Nach der Wahl, als wir ihnen das Messer angesetzt haben, gehts plötzlich. Der Verbund war gefügig. Der Herr Generaldirektor Haider - heißt zufällig so wie ich - ist also da gewesen, es muß nicht heißen, daß jeder Haider ein Schlitzohr ist, aber er war da, und hat mit uns verhandelt. Wir sind heute dabei, daß wir ein weiteres Volumen von etwa 150 bis 200 Millionen Schilling herunterverhandeln werden, um mit diesem Gesamtvolumen, 340 Millionen Schilling, das wir uns im Rahmen der ÖDK Auseinandersetzung gesichert haben, plus ein Volumen von 150 bis 200 Millionen Schilling, in den nächsten Monaten den Startschuß für eine Strompreissenkung für alle geben zu können. Und zwar für alle meine Damen und Herren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich glaube, daß ist genau das, was sich alle gewünscht haben, daß nicht nur die Großindustrie, die so ein großer Abnehmer ist, daß sie automatisch ermächtigt ist, sich am freien Markt zu bedienen, sondern daß auch die klein- und mittelständische Wirtschaft, die ja heute den höchsten Gewerbetarif in ganz Österreich zu bezahlen hat, aber auch die privaten Haushalte von dieser Strompreissenkung profitieren. Und ich finde, das ist okay, daß wir in dieser Richtung versuchen, Schritt für Schritt zu setzen. Und das wollen wir gemeinsam machen, denn alle Parteien sitzen auch mit ihren Vertretern in der KELAG. Und ich bin schon sehr gespannt, wie dann die Aufträge bei der Hauptversammlung ausfallen werden, wenn wir vorlegen können, daß das Verhandlungsergebnis der KELAG-Direktoren ein Positives ist. Ich stehe hier nicht an, daß die beiden Direktoren in

Dr. Haider

den letzten Wochen hier sehr geschickt verhandelt haben, weil sie die politische Rückendeckung von uns gehabt haben. Die brauchen den Auftrag. Wenn sie wissen, sie können auch in Wien Druck machen, dann kommt was heraus. Und genau so war es. Sie haben das sehr gut gemacht und es ist noch nicht alles am Tisch, was wir auch ausverhandeln können.

Das sind also die zwei Dinge, wo ich sage, hier ist glaube ich wirklich seit dem 7. März spürbar sichtbar, neben der Initiative für ein Pilotprojekt zum Kinderscheck etwas passiert. Wir haben darüber hinaus glaube ich auch eine Reihe von positiven Maßnahmen einleiten können.

Die Tatsache, daß es uns gelungen ist, einen Betrieb, der im Gründerzentrum in Jena unter bestmöglichen Bedingungen arbeitet, mit einem neuen Produktionsteil zurück nach Villach bzw. nach Bad Bleiberg zu bringen, war ja nicht so einfach, aber ist gelungen. Der Betrieb wird sich hier ansiedeln. Es ist ein Kärntner, der einfach auch die Beziehung zum Lande hat und das sind wieder 35 Arbeitsplätze vom Stand weg für eine neue Produktion im Hochtechnologiebereich, nämlich die Verwertung von synthetischem Kristall für die Laserproduktion. Das ist auch forschungsintensiv, das ist genau das, was wir haben wollen. Das paßt genau in das Konzept von einer Technologisierung unserer heimischen Wirtschaft.

Ich glaube, daß da schon einige ganz gute Schritte dabei sind. Wir haben uns auch sehr bemüht, in einem neuen Rating-Verfahren mit der landeseigenen Hypobank als Land zur Verfügung zu stehen. Zum Unterschied von früher, wo das Land in 15 Minuten mit den Rating-Agenturen geredet hat und dementsprechend es auch für die Hypo schwer war, das bestmögliche Rating zu bekommen, haben wir zwei Tage aufgewendet. Einen Tag in London, einen vor zwei Tagen hier in Kärnten, um mit den Experten die Darstellung des Landes, die Verschränkungen mit der landeseigenen Hypobank, die Vorhaben, die Haftungsfragen und alles zu klären. Auch das ist wichtig. Das sind Dinge, wo es um Einschätzungen geht, damit sich die Hypo dann besser finanzieren kann und wenn sie das Geschäftsfeld ausweiten will in Richtung südosteuropäischen Raum, Italien, Kroatien, Slowenien, dann braucht sie

auch die entsprechende maximale Ausgangsposition, die wir ihr verschaffen konnten.

Und wir haben auch durch die Initiative des Wohnbaureferenten - das sage ich auch noch dazu - 380 Millionen Schilling für den Wohnbau freigegeben, aber auch unter einer Bedingung, daß nämlich dort die Erhaltungsbeiträge abzusenken sind. Reichhold hat nicht gesagt, ich gebe euch die Wohnbauförderungsmittel. Er hat den Wohnbaugenossenschaften klargemacht, da sind Bedingungen damit verbunden, daß sie auch bei der Mietenpolitik heruntergehen. Das sind Schritte, die man durchaus begrüßen kann.

Oder, wir haben eine Reihe von Sachen aufzuarbeiten gehabt. Ich denke also nur daran, daß die ganze Olympiageschichte ja nicht so leicht zu strukturieren war. Wir sind heute im Finale. Und in Wirklichkeit war die Finanzierung völlig ungeklärt. Das kann man dem Landtag auch einmal so offen sagen. Die Italiener hatten 6 Millionen Schilling überhaupt nicht gezahlt und bei den Slowenen war nicht klar, auf welcher vertraglichen Grundlage mit ihnen überhaupt etwas abgeschlossen wurde. Zusagen sonder Zahl, private Verhandlungen sonder Zahl, Vieraugengespräche sonder Zahl, jeder hat mit jedem was anders ausgemacht, nur Geld war keines da. Und unsere Olympiagesellschaft hier in Klagenfurt stand vor der schwierigen Situation, ohne Geld ins Finale gehen zu müssen und dann erfolgreich die Bewerbung durchzubringen. Deshalb haben wir die Reise gemacht nach Friaul zum Antonioni und nach Slowenien, um dort ein bißchen Geld aufzutreiben, was ja auch gelungen ist und wo nach vielen, vielen Verhandlungen jetzt die Sachen wieder auf der Schiene sind.

Es ist also meines Erachtens nicht berechtigt zu sagen, da geht nichts weiter, sondern da sind viele, viele kleine Schritte, wo man auch manches vielleicht in Ordnung bringen mußte, was schon längst hätte auf der Schiene sein sollen. Und daher sage ich auch zu der immer wieder diskutierten Verwaltungsreform. Der Kollege Haller hat ja das angezogen und hat den Appell an mich gerichtet, daß ich sozusagen nicht drüberfahren soll, sondern vernünftig verhandeln soll. Das ist mein Konzept. Ich habe das bei der ersten Abteilungsleiterbesprechung

Dr. Haider

und der Bezirkshauptleutekonferenz gesagt. Meine Überlegungen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform gehen von einem Gesamtkonzept aus, weil es nicht so sein kann, daß man einzelne Teile herausnimmt und sagt, da machen wir jetzt etwas. Wir wollen uns das gesamt anschauen. Jeder weiß aber, daß wir hier sicherlich noch einen Handlungsbedarf der Reorganisation haben. Denn ich habe also schon sehr abenteuerliche Organisationsstrukturen vorgefunden. Denkt nur allein an meinen unmittelbaren Bereich. Da ist ein Beamter für die Alpe-Adria, das Sekretariat zuständig. Dann ist daneben der Herr Dr. Ambrozy auch irgendwie für europäische Politik koordinierend zuständig. Dann ist daneben der Herr Dr. Maier vom EU-Büro auch irgendwie in derselben Sache tätig. Aber alle sind untereinander nicht vernetzt. Dann ist die Abteilung 20 auch mit einer Menge Beamten tätig, um irgendwelche EU-Förderungen und politischen Kontakte nach Brüssel zu koordinieren. Und dann ist noch der Landesamtsdirektor und der Landeshauptmann jeweils mit ihrem Apparat auch zuständig. Das ist nicht eine sehr sinnvolle Organisation, mit Verlaub, die ich hier übernommen habe. Und so kann man es in vielen anderen Bereichen finden, daß hier ein Handlungsbedarf besteht, daß nicht überall so wie die Schwammerln ein paar kleine Plätze gebildet werden, sondern daß muß zusammengeführt werden und die die man dann braucht, die sollen auch die Arbeit machen. Aber nicht fünf machen irgend etwas und am Ende macht keiner etwas. Denn wenn ich auch schon einmal so unterschwellig gehört habe, ja das Brüssel-Büro wird jetzt gesperrt, das hat heute irgend jemand gesagt. Es wird nicht gesperrt. Es wird neu geschrieben. Und in der Zwischenzeit wird es der Kollege Slamanić führen. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir wollen dort ein leistungsfähiges Team etablieren, das die Türen öffnet in die EU-Kommission, das die Wege für die Kärntner Wirtschaft öffnet. Es nützt uns nichts, eine quasi-Botschafterin dort sitzen zu haben, die uns sehr viel Geld kostet, die ein riesiges Gehalt bekommen hat und deren Haupttätigkeit darin bestanden ist, 342 Briefe als Leistungsnachweis nach Klagenfurt zu schreiben, von denen mehr als 60 Prozent amtliche Informationen der EU waren, die man ja nicht extra hätte schicken

müssen, die bekommen wir ja sowieso. Ich bitte, dazu ist dieses Büro nicht das. Und deshalb schreibe ich es neu aus. Ganz nach den Objektivierungsrichtlinien und wer sich als Bester qualifiziert, soll dort mit den Mitarbeitern einziehen. Und wenn es uns gelingt, mit dem Antonioni von Friaul tatsächlich zurandezukommen, und mit dem Adi haben wir das auch schon einmal ein bißchen überlegt, daß das aufgrund der Strukturen die dort da sind nicht so schlecht wäre, dann können wir auch als eines der ersten Bundesländer mit unserer Nachbarregion vielleicht sogar eine Gemeinsamkeit suchen. Das wäre auch glaube ich eine gute Sache, die man nicht von der Hand weisen sollte. Das ist also zum Brüssel-Büro zu sagen, damit wir da nicht mißverstanden werden. Die Arbeiten, die dort bisher gelaufen sind, sind nicht befriedigend gewesen für den Aufwand, das möchte ich auch sagen. Eine Präsentation von Silicon Alps, wo dann nur die eigenen Leute dort sitzen und zwei Beamte der EU sich dorthin verirren, kein Kommissar, kein Generaldirektor anwesend sind, ist bitte ein Aufwand, den wir hätten besser unterbleiben lassen sollen. Vom Christbaum will ich gar nicht reden, der da in Brüssel für Aufsehen gesorgt hat.

Daher glaube ich, daß diese Dinge es sind, die wir im Rahmen der Reorganisation machen, genauso wie zum Beispiel im Kulturbereich. Ich nenne jetzt nur einmal meine eigenen Bereiche. Im Kulturbereich, wenn es eine Landesgalerie gibt, mit der sich der Landeshauptmann nicht verträgt, so wie es offenbar in der Vergangenheit war, weil der Herr Dr. Rohsmann mit dem Landeshauptmann irgendwie Meinungsverschiedenheiten gehabt hat oder sie nicht koordiniert hat, dann hat der Herr Rohsmann 7 Millionen Schilling für Gemäldeankäufe ausgegeben und dann hat der Herr Landeshauptmann sich eine eigene Galerie gebastelt und hat wiederum mit Steuergeldern eine eigene Galerie angekauft. Das halte ich ja wirklich in diesem kleinen Land nicht für sehr sinnvoll. Sondern wir sollten die Dinge ein wenig bescheidener administrieren, dann wird es funktionieren. Und wir werden auch bei den Beamten selbstverständlich über die Frage der Bezugsrelevanz reden. Das Land Kärnten wird auch in der Einkommenspolitik den Gürtel enger schnallen müssen. Das kann aber nicht so sein,

Dr. Haider

daß die kleinen Beamten stark betroffen werden, während die anderen es sich richten, die an den Schalthelmen sitzen. Wenn man sich den Zulagenbericht anschaut, dann ist er diskussionswürdig. Zulagen, die sicherlich das Hohe Haus nie gesehen hat. Ich sage Euch, wir sollten einmal diskutieren. Denn die Zulagen sind in einer Größenordnung gewährt, daß sie bis zu 150 Prozent eines Einkommens eines Beamten ausmachen. Ich halte das nicht vertretbar. Während andere, die oft in einer verantwortungsvollen Tätigkeit stehen, als kleine Beamte mit ein paar Schillingen abgespeist werden. Oder die Überstundenpauschale! Bitte, wo sind die Gewerkschafter die immer gesagt haben, Überstunden gehören abgebaut? Wenn ich mir anschau, daß im Landesdienst bis hinein in die Spitäler, wie Kollege Arbeiter, Überstundenpauschalen haben, wo keines weniger ist als 9.000 Schilling, für unsere leitenden Beamten bis zu 32.000 Schilling im Monat.

Dann zahle ich ja einen bis zwei Mitarbeiter allein aus der Überstundenpauschale eines Spitzenverdieners. Diese Frage müssen wir uns also stellen, ob wir uns da wirklich in einer richtigen Richtung entwickeln. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Da will ich jetzt gar nicht davon reden, daß wir in den letzten Jahren auch eine ganze Reihe sogenannter "weißer Elefanten" im Landesdienst haben. Das sind jene, die irgendwo politisch versorgt werden mußten und für die es eigentlich keine Tätigkeit gibt, die dann herumsitzen. So wie beim ORF, da gibt es auch eine Menge "weiße Elefanten", denn wenn immer die Intendantur gewechselt hat, dann sind die freigestellt. Ich verzichte darauf, darüber zu reden, weil das wenig Sinn macht. Ich sage euch nur, das sind die wirklichen Probleme und Fragen, die wir haben. Da soll mich keiner jetzt angehen und sagen, das gehört alles geregelt. Wenn wir das regeln, heißt das, daß wir vielen, die politisch versorgt worden sind, den Sessel vor die Tür stellen, angefangen von einem ehemaligen Landeshauptmann bis hin zu Büroleitern, die da alle versorgt worden sind, wie es kein anderer Beamter sonst haben könnte. Das muß uns bewußt sein. Die Verantwortung tragen SPÖ und ÖVP, ich akzeptiere das als

Altlast, die ich mitzutragen habe, aber ich bekenne mich nicht dazu, weil ich glaube, daß es unanständig ist, in dieser Weise auf dem Rücken der vielen kleinen Beamten Leute zu versorgen, denen man keine entsprechende Leistung geben kann. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich sage euch noch etwas: Wir haben deshalb in den letzten Monaten sehr viel Aufklärungsarbeit tun müssen, weil viele Rechnungen von Dingen hereingekommen sind, die vor der Wahl veranlaßt worden sind und wofür nach der Wahl plötzlich keiner mehr zuständig war. Ein Diplomatenempfang in Bad Kleinkirchheim mit 640.000 Schilling wurde bei der heimischen Gastronomie nicht bezahlt. Die Rechnungen liegen jetzt bei mir auf dem Tisch. Das zeigt, wie dieses Land in Wirklichkeit geführt worden ist. Das muß ich euch schon sagen, das ist nicht in Ordnung! Bei allen positiven Akzenten, die auch in der vergangenen Periode vom Leitbild bis hin zu Silicon-Alps-Initiativen gesetzt worden sind, aber in diesen Fragen darf uns das in der Zukunft nicht mehr passieren. Ich finde das nicht in Ordnung. Wir krebzen bei verschiedenen anderen Sachen herum. Oder Kulturzusagen, die da gemacht worden sind: Der Bischof Kapellari macht eine Riesenausstellung, die im Milleniums-jahr wirklich für Kärnten repräsentativ ist. Man macht ihm Zusagen in Millionenhöhe, aber es gibt nirgends einen Akt, es ist nirgends etwas veranlaßt, nur die Ausstellung beginnt bald und die Millionen sind zu zahlen. Das ist keine Partnerschaft, wie wir mit Leuten umgehen, die für uns und für das Land etwas Positives machen.

Oder wenn man mir heute einen Vorwurf macht, daß ich ein böser Kulturpolitiker bin, ein fürchterlicher Mensch, der die Kultur mit seinen Hintergedanken sozusagen manipulieren will. *(Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)* Frau Kollegin, ich sage Ihnen ganz einfache Dinge, warum ich glaube, daß wir auch ein bißchen auf die Volkskultur schauen sollten: Wenn ihr Vorgänger im Amte als Kulturreferent 1998 200.000 Schilling für das bundesweite Blasmusikertreffen, das heuer in Friesach in Kärnten stattfindet, zusagt und nicht bezahlt, und 1999 200.000 Schilling zusagt und nicht bedeckt, ist das seriös? Das ist nicht seriös! Ich denke daher, daß diese Fragen es sind, die

Dr. Haider

letztlich auch von Ihnen erkannt werden müssen, daß wir da professioneller, anständiger und besser werden müssen, um die Dinge auch entsprechend hinzubekommen. Dann ist es nicht der Herr Mölzer, der die Kulturwelt betreffen wird, sondern dann sind es wirklich diese Projekte, die dann nicht stattfinden können.

Oder die Frage der Studiobühne Villach: Wir haben das auch den Leuten von der Studiobühne gesagt: Wir sind bereit, der Studiobühne Villach zu helfen. Es scheidert aber am Bürgermeister Manzenreiter. Bitte sagen Sie ihm das! (*Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich sage Ihnen auch, warum, bitte seien Sie geduldig. Aus einem einfachen Grund, weil der Bürgermeister Manzenreiter der Studiobühne Villach bis zur Stunde keine Möglichkeit geboten hat, ein neues Quartier zu beziehen, obwohl es Möglichkeiten gäbe. Der Bund, sprich der Staatssekretär Wittmann, sagt, ich mache meine Förderungen von 800.000 Schilling plus einem Zuschlag, der weit über eine Million gehen würde, davon abhängig, daß die in ein Lokal umziehen können, wo mindestens 200 Sitzplätze sind, damit sich die Bühne rentiert. Wir stehen auch zu unserer Zusage. Die Frage ist also jetzt, wann man damit beginnt, ganz konkret der Studiobühne diese angebotenen Möglichkeiten, die vorhanden sind, zu geben. Das ist die Frage, die nur die Kommunalpolitik lösen kann. Wenn man das löst, zahlt der Wittmann mehr als eine Million Schilling im heurigen Jahr und zahlen wir auch unseren Beitrag von über einer halben Million Schilling, und die Geschichte läuft wieder. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ein abschließendes Wort zur Schule: Auch zur Schule muß man sagen, wenn wir, meine Damen und Herren, in der Schulpolitik etwas ändern müssen, dann ist es weniger die Frage, wer Direktor wird, sondern die Frage, wie wir den gerechten Bedarf an Fachkräften aus unseren Schulen hervorbringen können, den wir für die Wirtschaft brauchen. Ich bin gerade dabei, mit den Schulen zu verhandeln, um andere Schwerpunkte zu setzen. Wir brauchen viel mehr Informatiker und EDV-Leute. Die HTLs haben zu wenig und die allgemeinen Schulen haben zu viele Klassen, dadurch produzieren wir in die falsche Richtung, obwohl wir bereits auf

dem Kärntner Arbeitsmarkt einen entsprechenden Bedarf hätten. Das ist etwas ganz Wichtiges.

Darüber hinaus sage ich Ihnen noch etwas: Ich möchte offene Listen auch für die arbeitslosen Lehrer erstellen. Die gibt es nicht. Es gibt sie weder beim Landesschulrat noch in der Abteilung 6, wir haben aber eine Menge arbeitslose Lehrer. Wir haben 700 arbeitslose Lehrer beim Landesschulrat, derzeit 270 Lehrer an den Volksschulen, die keinen Arbeitsplatz haben, 190 Hauptschullehrer und 25 Sonderschullehrer, das sind noch einmal über 450 Lehrer, die im Grundschulbereich arbeitslos sind. Es ist eine gewaltige Summe, das sind irrsinnig viele Menschen, die dahängen, die nicht einmal wissen, ob die Reihung wenigstens stimmt. Dies deshalb, weil in der Schulabteilung 6 man bis zur Stunde nicht einmal bereit war, eine transparente öffentlich zugängliche Liste der arbeitslosen Lehrer, die sich angemeldet haben, zu führen. Die Liste führt sehr diskret nicht der Abteilungsvorstand der Schulverwaltung, sondern diese Liste führt der Personalvertreter Pansi als sein persönliches Eigentum. Meine Damen und Herren, den geht das überhaupt nichts an, denn Schulverwaltung ist das eine und Personalvertretung ist das andere. Die Schulverwaltung hat eine transparente Liste zu führen, damit jeder junge Lehrer weiß, wann er drankommt, wenn er sich rechtzeitig anmeldet. Das muß also die Aufgabe der Schulverwaltung sein. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Auch da gibt es einen gewissen Nachholbedarf, den man relativ rasch sicherstellen kann, wobei wir uns überlegen müssen, wie wir stärker den jungen Leuten helfen können, denn wenn sie allein auf der Liste transparent gereiht sind und sich nicht mehr benachteiligt fühlen, werden wir damit das Problem nicht lösen. Wir lösen es vielleicht, indem es uns gelingt, auch Projekte im Rahmen der Erwachsenenbildung zu definieren, wobei wir sagen, es sollen jene, die in der Erwachsenenbildung vielleicht schon eine doppelte Beschäftigung haben, verzichten, damit wir einen Junglehrer unterbringen. Das wäre nicht so falsch. Auch dazu gibt es eine Menge Vorstellungen und Vorschläge, die wir zwischen den Parteien verhandeln können. Dafür gibt es

Dr. Haider

auch ein Konzept, das der zuständige Erwachsenenbildner Rainer auch vorgelegt hat, und da gibt es ein Salzburger Modell, das der ÖVP wieder mehr gefallen will. Es ist also die Frage, wozu man sich entschließt und in welche Richtung man sich bewegt. Auf alle Fälle werden wir etwas tun müssen.

Ich bekenne mich auch dazu, daß wir auch in der Schulverwaltung die Gesetze penibel einhalten. Deshalb habe ich auch vier ausgeschriebene Schuldirektionen für Volksschulen im Unterland aufgehoben. Die sind als zweisprachige Schulen ausgeschrieben worden, obwohl sie keine zweisprachigen Schulen sind. Ich mache da nicht mit, daß man gegen das Gesetz aus einsprachigen Schulen zweisprachige Schulen macht, indem man die Schulleiterbestellung anders ausschreibt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

All das ist schon ein Bereich, aus dem man ersieht, daß wir irrsinnig viel Detailreformerarbeit zu leisten haben. Wir haben in diesen Fragen auch sehr viel Übereinstimmung bei Problemen, weil jeder sagt, im Grunde genommen geht es dabei nicht um eine ideologische Frage, sondern ausschließlich um eine sachgerechte Lösung: Wie können wir mehr Lehrer in Arbeit bringen? Wie können wir den Familien in ihrer Einkommenssituation helfen? Wie können wir eine vernünftige Energie- und Strompolitik betreiben, wobei wir nicht nur die Strompreise senken, sondern das Leben der KELAG, als unser Unternehmen in Zukunft sichern? So selbstverständlich ist das nicht in einem liberalisierten Strommarkt, wo die Riesen da sind, zu überleben. Diese Strategie gibt es bis heute nicht, meine Damen und Herren. *(Zwischenrufe von der ÖVP-Fraktion und insbesondere des Abg. Ramsbacher.)* Zeigen Sie mir ein Strategiepapier der KELAG oder des Landes Kärnten! Die Steirer haben schon rechtzeitig die Weichen gestellt, weil sie gesagt haben: Bevor wir aufgekauft werden, trachten wir, daß wir zu einem Zeitpunkt, wenn wir noch etwas wert sind, unsere strategische Position besetzen. Das muß man einmal zugeben! Hier haben wir einen dringenden Nachholbedarf. Das ist das Angebot: Das alles wollen wir in möglicher Gemeinsamkeit tun. Aber nicht so, wie es auch einer der Vorredner gesagt hat: Wenn Sie unseren Vorstellungen zustimmen, dann werden

Sie eine Mehrheit haben. So kann es nicht gehen. Wir müssen gemeinsam versuchen, daß ein jeder ein Stückchen nachgibt, denn jeder hat so seine Position. Wir werden auch nachgeben müssen und auch ich werde als Landeshauptmann dann und wann über meinen Schatten springen müssen. Das ist ja kein Problem. Keiner hat eine absolute Mehrheit, keiner kann allein regieren, jeder kann seine Vorstellungen einbringen. Das ist genau das, wie es immer alle gesagt haben, was wünschenswert ist: Freies Spiel der Kräfte, Wettbewerb der Ideen. So soll es auch sein und das wollen wir tun.

Das gilt auch für die Kunst. Ich bin wirklich für die Offenheit, weil ich zum Unterschied von der bisherigen Praxis eine geschlossene Gesellschaft von Subventionsempfängern ablehne, nur weil sie ein bestimmtes Naheverhältnis zum Kulturreferenten haben. Wir müssen das entpolitisieren. Es ist deshalb die Kulturpolitik so sensibel, weil immer wieder der Versuch gemacht wird, Künstler für die Parteipolitik zu instrumentalisieren. Das darf es nicht geben, meine Damen und Herren! Für mich gibt es Freiheit der Kunst in jedem Bereich, das ist überhaupt keine Frage, aber sie endet dort, wo Menschenrechte verletzt werden. Menschenrechtsverletzungen heben für mich die Freiheit der Kunst auf. Dort ist die Grenze, meine Damen und Herren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Darüber hinaus muß man auch sagen, haben wir das Recht, über Kunst zu diskutieren, wenn öffentliche Gelder eingesetzt werden. Wenn kein öffentliches Geld im Spiel ist, soll jeder Künstler seine Freiheit voll ausüben können, aber wenn öffentliches Geld im Spiel ist, wenn wir Steuergelder einsetzen, dann muß auch öffentliche Kritik und Diskussion möglich sein. Das ist der Punkt und nichts anderes wollen wir. Dafür stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Sie können mich alles fragen, ich lege Ihnen alles vor vom Personalbereich bis in die Kulturpolitik. Ich will keine Geheimnisse haben, sondern wir wollen eine transparente offene Politik führen, bei der kein Abgeordneter das Gefühl haben muß, da werde irgend etwas hinter dem Berg gehalten.

Dr. Haider

Sie werden auch den Vertrag mit dem Herrn Mölzer, sofern es dann einen geben wird, oder mit wem immer von mir bekommen. Sie können ihn haben, Sie können ihn anschauen, Sie können ihn analysieren, Sie können alles transparent von uns haben. Jeder, der unzufrieden ist, soll mir das auch sagen, wenn er glaubt, ich habe etwas nicht gesagt. Das ist auch ein Gesetz der Politik, daß wir dann, wenn wir keine eindeutigen Mehrheiten haben, auch die Vertrauensverhältnisse zu den anderen Parteien dadurch aufzubauen haben. daß wir wechselseitig auch von der Informationspflicht her und auch in der Verhandlung der anderen fair sind, indem wir sagen, dort, wo es eine Vereinbarung, eine Absprache oder eine Regelung gibt, stehen wir auch dazu. Ich darf Sie alle einladen, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. Ich will das sehr offen und sehr transparent machen, wenn Sie davon Gebrauch machen, werden Sie viel erfahren und vorgelegt bekommen, werden aber auch hier im Landtag Möglichkeiten haben, mit zu entscheiden und neu zu gestalten. *(Anhaltender Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Ramsbacher das Wort.)

Abgeordneter Ramsbacher (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben nun eine dreiviertel Stunde zugehört, wir sind von der Bundespolitik, vom Wahlkampf und von allen möglichen Anschuldigungen übersät worden. Wir haben einen Landeshauptmann erlebt, der ganz einfach nicht aus seiner Haut kann. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Keiner kann aus seiner Haut!) Keiner kann aus seiner Haut. (Abg. Dr. Strutz: Er will auch gar nicht heraus!)* Er wird sicherlich von uns genau zu beobachten sein. Unsere Aufgabe ist es, eine konstruktive Oppositionspolitik zu betreiben.

Wenn ich die Regierungserklärung lese, wo hier steht: "Zu Recht hat am 8. April der Herr Landeshauptmann gesagt", hat Wirtschaftskammerpräsident Koffler angemerkt, "daß das politische Hickhack der vergangenen Jahre Kärnten zum Schlußlicht unter den Bundesländern gemacht hat."

Das war sicherlich nicht ein Landeshauptmann Zernatto, der 93 % der Beschlüsse einstimmig drübergebracht hat und der das Prädikat "Landesvater" auch verdient hat, indem er zusammengewirkt hat; daß er nicht "auseinanderdividiert" hat, sondern daß er die Zusammenarbeit gesucht hat.

Dann noch ein zweites Zitat. In der Regierungserklärung steht: "Die Landesregierung wird hier gemeinsam die Einkommenssituation der Familien verbessern. Für welchen Weg wir uns entschließen, ist dabei noch offen." Man hat Hoffnung geschöpft, daß es ein Gespräch geben wird. "Ob es der Ausbau der Familienzuschüsse oder gar der Kinderscheck sein wird, hängt von einer möglichen Mehrheitsbildung in Regierung und Landtag ab."

Ich frage: Ist ein Regierungsmitglied zum Pilotprojekt Deutsch Griffen befragt worden? Ist ein Landtagsbeschluß, ein Antrag für ein Pilotprojekt Deutsch Griffen eingebracht worden? - Nichts davon ist geschehen! Es wurden wieder einmal entgegen den Worten Taten gesetzt, die in keiner Weise übereinstimmen.

Deshalb sage ich: Es ist fast müßig, über diese Regierungserklärung jetzt noch viele, viele Worte zu verlieren, weil eigentlich das, was am Vortag gilt, am nächsten Tag längst nicht mehr gelten muß. Denken wir zurück an die Jahre 1989 oder 1990, wo es eine Unterschutzstellung der Kleinfragant gegeben hat! Am Vortag war es so - am nächsten Tag so. Es ist immer wieder das gleiche Spiel.

Wenn da heraußen vom Abgeordneten Jost gesagt wird: "Das Wichtigste in der Familie ist die Sicherung des Einkommens." - Ja, selbstverständlich! Aber wie glauben Sie denn, daß Sie dann vereinbaren können, daß Sie gegen einen EU-Beitritt sind; gegen die Einführung des Euro sind - und dann sagen Sie: "Das Wichtigste ist die Einkommenssicherung." *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Wie bringen Sie denn das unter einen Hut? Wie ist denn das, wenn ich im ganzen Land draußen seit dem Jahr 1995 im Bund immer gegen den Semmeringtunnel rede und 13mal dagegen rede, im Parlament Mißtrauensanträge gegen Klima und Einem mache - und dann vertrete ich Kärntner Interessen als Abgeordneter zum

Ramsbacher

Nationalrat? Wie bringen Sie denn das unter einen Hut? (*Abg. Stangl: Sagen Sie das dem Pröll! Nicht da!*): Nein, nicht Pröll ist alleine schuld. Denn auch Pröll hat Landtagswahlen gehabt. Und er wußte, daß er sich da nicht eine offene Flanke macht, um die absolute Mehrheit zu verlieren. (*Abg. Stangl: Ach so! - Lärm im Hause.*) Schuld ist viel eher ein Oppositionspolitiker, der ohne Rücksicht auf Verluste Parteipolitik macht. Das ist das Entscheidende und auch zum Nachteil Kärntens. Das war es.

Wenn hier etwas über das Sparpaket gesagt worden ist. Wir müssen für alle etwas machen. Es ist das auch im Nationalratswahlkampf in Spittal gesagt worden: "Zuerst zieht man den Behinderten das Taschengeld aus der Tasche, und dann nimmt man eure Sparbüchel." Das war damals zur Diskussion über den Euro. Meine Damen und Herren! Das ist gesagt worden. Und die Leute haben Angst gehabt. Sie haben wirklich Angst gehabt um ihr wohlverdientes Geld, um ihre Sparbüchel. (*Abg. Kreutzer: Berechtigte Angst!*) Das ist etwas, was wir jetzt im nachhinein betrachten können, das Einkommenssicherung war. Das war notwendig für das Land! Aber man hat die Emotion ausgenützt, um parteipolitisch Stimmenmaximierung zu betreiben. Und das halte ich für nicht verantwortlich!

Wenn da einer herausgeht und sagt: "Wir müssen anständiger werden!", dann bin ich voll dafür. Wir müssen anständiger werden! Denn das war nicht anständig, was man damals im Wahlkampf zu diesem Teil gesagt hat. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Jetzt werde ich zum fachlichen Bereich kommen. Wir haben leider in der Ansprache vom 8. April vermißt, daß die Landwirtschaft darin vorkommt; nicht einmal der ländliche Raum. In der Regierungserklärung hat man das teilweise gestreift.

Nur zum Vergleich: In der Regierungserklärung des Landeshauptmannes Zernatto hat es zum "Kapitel Landwirtschaft" eineinhalb Seiten gegeben. In der Regierungserklärung eines anderen, neuen Landeshauptmannes gibt es dazu nur ein paar Zeilen.

Ich möchte aber dazu klar festlegen: Wir haben gerade das ländliche Wegenetz als einen Punkt

herausgenommen, bei dem wir sicherlich Gemeinsamkeiten finden können und wo auch Anträge seitens der FPÖ immer gestellt wurden, hier das ländliche Wegenetz - welches ein sehr großes Anliegen ist - besonders zu unterstützen.

Wir haben im Jahr 1998 insgesamt 87 Millionen Schilling Wegeneubau gehabt; Instandsetzung 72 Millionen und 11 Millionen für die Schwarzedecken; laufende Erhaltung 8 Millionen Schilling. Davon sind praktisch 3.000 Schilling pro Kilometer öffentliche Unterstützung für die laufende Erhaltung gewährt worden. Das reicht bei weitem nicht aus, so daß hierfür immer noch die Wegerhalter - und wenn es die Wegerhalter nicht können, dann eben die Gemeinden - herangezogen werden. Aber die Gemeinden können das vielfach auch nicht.

Wir haben das in der Gemeinde Reißbeck gesehen, wo die Gemeinde restlos überfordert war. Nur im Zusammenspiel mit Landesrat Haller und Landesrat Lutschoung ist dann eine Kompromißlösung gelungen, um den Gemeinden zu helfen, das ländliche Wegenetz in den Griff zu bekommen.

Deshalb, glaube ich, ist es unbedingt notwendig, gerade das ländliche Wegenetz zur Erhaltung der Nahversorgung entsprechend zu dotieren. Ich möchte diesbezüglich einen Antrag für das ländliche Wegenetz, zur Aufstockung der Budgetmittel, abgeben. Kärnten hat insgesamt 8.500 Kilometer ländliches Wegenetz zu erhalten. Diese Wege werden uneingeschränkt und überwiegend von privaten Personen benützt und tragen maßgeblich dazu bei, daß die wirtschaftlichen Lebensbedingungen im ländlichen Raum langfristig erhalten werden können. Dadurch, daß die Bevölkerung im ländlichen Bereich zum Teil sowohl die Erhaltung als auch die Schneeräumung der Wege selbst zu bezahlen hat, gibt es für die ländliche Bevölkerung in diesem Bereich eine nicht einzu-sehende, grobe Benachteiligung gegenüber Bürgern in Ballungszentren.

Daher ist eine Mittelaufstockung, die sowohl die Erhaltung als auch die Schneeräumung für den ländlichen Bereich sicherstellt, mehr als gerechtfertigt.

Für den Bereich ländliches Wegenetz standen im Jahr 1998 210 Millionen Schilling zur Verfügung. Da sind die 5a-Mittel und 5b-Mittel, die

Ramsbacher

ungefähr 32 Millionen Schilling ausmachen, noch nicht dabei. Es war wirklich ein gutes Jahr. Es ist viel getan worden. Gerade hier wurde es durch die EU möglich, zusätzliche Mittel zu lukrieren.

Diese inklusive der Bundesmittel in Höhe von etwa 30 Millionen Schilling für die kommenden Jahre sind also ein Nachholbedarf, um das einigermaßen bewerkstelligen zu können und auch für das Kärntner Erhaltungsmodell umsetzen zu können. Das Kärntner Erhaltungsmodell setzt voraus - ungefähr so, wie das Salzburger Modell -, daß man periodisch ständig auf der Hut ist, durch die Agrarbehörden, den Landesbauhof, ständig nachschaut, daß die Wege nicht verwaizen und man auch bei kleineren Schäden schon Sanierungen vornimmt. Daher wird es sicherlich notwendig sein, zirka 300 Millionen pro Jahr einzusetzen, weshalb eine entsprechende Budgetierung erfolgen soll. Bitte! *(Der Redner übergibt den Antrag an den Vorsitzenden.)* Das wäre mein Antrag.

Auch die Anträge, die bereits eingebracht worden sind, werden wir verfolgen, insbesondere daß die verfassungsmäßige Absicherung so schnell als möglich, Herr Landeshauptmann, auch beauftragt wird, damit hier ein Papier vorgelegt wird, nach dem wir dann die verfassungsmäßige Absicherung - wie sie auch versprochen ist - entsprechend durchführen können.

Diese Regierungserklärung nehmen wir als eine Absichtserklärung seitens der Regierungsmitglieder so zur Kenntnis. Wir werden sie, wie schon die Vorredner der ÖVP gesagt haben, unterstützen. Wir werden aber sehr aufpassen, daß diesen Worten, diesen Versprechungen, auch Taten folgen. Alles, was jetzt gesagt und was jetzt angekündigt wurde, werden wir daraufhin überprüfen, inwieweit es dem Land Kärnten schadet oder nützt. Wir werden - das kann ich versprechen - auch manchmal "nein" sagen. Wir werden dezidiert auch draußen "nein" sagen, wenn es nicht im Interesse dieses Landes ist. Wenn einige davon profitieren sollen, die einer gewissen Gruppe zugeordnet werden, dann werden wir bestimmt "nein" sagen, wenn diese Ungleichheit weiterhin aufrecht erhalten bleiben soll. Danke für die

Aufmerksamkeit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wahrscheinlich gibt es in ganz Kärnten keine Kreide mehr, weil die hat der Landeshauptmann Haider in den letzten Tagen und Wochen scheinbar verspeist. *(LH Dr. Haider: Ich hätte noch ein Schachterl für dich!)* Ich kenne ihn in seinen Aussagen völlig anders. Ich bin schon sehr gespannt auf den 4. Oktober, Herr Landeshauptmann, ob dann die alte Stimme zurückkehrt. *(LH Dr. Haider: Es war immer die gleiche!)* Ich bin sehr gespannt, was Sie dann zu sagen haben werden.

Zuerst, Herr Landeshauptmann, muß ich schon sehr gegen Ihre Äußerungen protestieren: permanent gegen die Bediensteten der Länder, des Landes, der Krankenanstalten oder auch den Bereich der BH. Denn wir haben nicht nur "weiße Elefanten", die dort arbeiten, sondern wir haben dort Tausende von Mitarbeitern, die ganz sicher nicht nur vom Gesetz her ihre Aufgaben erledigen, sondern weit darüber hinaus tätig sind. Ich hätte mir schon erwartet, daß hier auch eine positive Bemerkung von Ihnen gekommen wäre. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Die ständige Verunsicherung über die Zusammenlegung von Abteilungen und andere Dinge: Ich möchte das nicht aufzählen; es ist darüber schon von den Vorrednern diskutiert worden. *(LH Dr. Haider: Hast du was gehört, daß ich was zusammenlegen wollte?!)* Oder zum Beispiel, wenn man hört, daß Ihr Finanzreferent bereits über den Verkauf von Wolfsberg mit den zuständigen Primarii in Friesach Gespräche geführt hat. Diese und viele andere Dinge tragen nicht dazu bei, daß wir das Klima haben, das wir auch im Bereich der Anstalten notwendig brauchen, aber auch im Bereich der Hoheitsverwaltung, im Straßenbau oder wo immer.

Ich glaube, man erwartet von Ihnen als zuständigen Personalreferenten, daß Sie zu den Leuten stehen. Selbstverständlich, wo es Probleme gibt,

Arbeiter

soll man darüber diskutieren. Ich bin der Letzte, der da dagegen ist. Aber, noch einmal: Die meisten unserer Bediensteten arbeiten tadellos, und zwar mehr, als ihnen zusteht.

Ihrer Formulierung betreffend die Überstunden muß ich schon widersprechen. Entweder kennen Sie keine Zahlen oder Sie sprechen immer Halbwahrheiten. (*LH Dr. Haider. Doch! Das ist so!*) Halbwahrheiten. Es ist möglich, daß der eine oder andere Überstunden hat. Aber vielleicht könnte man erwähnen, daß wir in den vergangenen Jahren Tausende von Überstunden ohne Personalvermehrungen abgebaut haben. Im Bereich der Ärzte in den Krankenanstalten wird zum Beispiel versucht, das Arbeitszeitgesetz umzusetzen. Wir erwarten auch dort dementsprechende Einsparungen. Ich werde mir in einer der nächsten Sitzungen erlauben, vor allem zum Budget vielleicht doch Zahlen zu nennen, die stimmen. Ich werde diese da auf den Tisch legen. (*LH Dr. Haider: Welche Zahlen stimmen denn? Stimmen die 32.000 Schilling?*) Unsere stimmen! Ich weiß nicht - bei Einzelpersonen? Ich werde mir das anschauen - das ist überhaupt keine Frage! -, wer das erhält oder nicht erhält.

Eines muß man auch bedenken: daß in unseren Bereichen 98 % nicht Beamte, sondern Vertragsbedienstete sind. Beim Rest von den 2 % der Beamten kann ich mir nicht vorstellen, daß sie so übermäßige Überstunden haben, wie Sie hier kundtun - außer, Sie sprechen von der Hoheitsverwaltung. Über diese Frage bin ich nicht informiert. Ich werde mir das anschauen.

Herr Landeshauptmann, ich habe Ihr Programm aus dem Internet herausgeholt, das von Ihrem Klubobmann da so hochgespielt worden ist, was Sie schon alles gemacht haben, in diesen 100 Tagen. Ich könnte jetzt da alle Punkte durchgehen. (*LH Dr. Haider: 50 Tage!*) 100-Tage-Programm. Strutz hat gesagt, es sind schon fast alle erfüllt. (*Abg. Ing. Rohr: Zwei, hat er gesagt. Den Kinderscheck und die Mietensenkung!*) Das hat er gesagt, in etwa. Ganz vorne steht das Leitbild Kärnten. Bis heute vermissen wir das Leitbild Kärnten. Herr Landeshauptmann, die sinnvolle Referatseinteilung in der Kärntner Landesregierung vermissen wir, wo Sie vor den Wahlen groß kundgetan haben, Sie werden das auf fünf Regierungsmitglieder reduzieren. (*LH Dr. Haider: Der Verfassungsausschuß muß das*

beschließen!) Sie haben da die Aufgabe des Regierungskollegiums in Ihrem Internet für jeden lesbar drinnen. Der sofortige Kassasturz mag ein Schlagwort sein. Was mich noch viel mehr ärgert, in Ihrem Papier: Sofortiger Stopp der Aktion 10 %.

Einen Tag nach der Wahl waren Sie derjenige, der gesagt hat, aber das kommt überhaupt nicht in Frage, daß dringend notwendiges Personal nachbesetzt wird. Auch hier Ihre Doppelzüngigkeit, ganz eindeutig.

Was ist mit dem MütterEinstellungsprogramm, das Sie hier drinnen haben? Was ist mit den Tagsmütter-Initiativen? Was ist mit dem Umschulungsprogramm für Langzeitarbeitslose? Soll ich das noch weiterlesen. Unter Sozialpartner, Berufsausbildungsfonds - wo ist der Berufsausbildungsfonds? Wo ist die Änderung des Objektivierungsgesetzes, das uns allen am Herzen liegt? Schaffung eines weisungsfreien Kollegialorganes bei öffentlichen Postenvergaben, wo sind die Dinge? Ich könnte das - aber das würde zu weit führen - , aber einen interessanten Punkt darf ich noch mitnehmen. In den Wohnungsgenossenschaften sollen die Aufsichtsräte durch die Mieter entsendet werden. Wo sind denn Ihre Aufsichtsräte, die aufgrund ihrer Parteienstärke berechtigterweise in den Aufsichtsräten sitzen, Herr Landeshauptmann. (*Zwischenruf des Herrn LH Dr. Haider*) -Bis jetzt haben Sie gar nichts getan, Sie haben nur gesagt, Sie werden, haben aber nichts getan. Und ich freue mich immer, wenn Sie über die Wohnungen sprechen. Ihr habt das ja wortwörtlich abgeschrieben, was ja auch in Ordnung ist "Wohnen in Kärnten". Eine von unserer neuen Landesrätin gemachte Broschüre, im September versendet und von Euch dann verwendet worden. Korrekt! Sie haben das Thema zum Thema gemacht.

Nur dazu noch eine Richtigstellung. Ich wäre froh, wenn ich Manager einer Wohnungsgenossenschaft wäre, wie Sie behauptet haben. Ich bin in keiner Wohnungsgenossenschaft tätig, auch das nur als Richtigstellung. Ich bin von Haus aus nie in diese Aufsichtsräte hineingegangen, weil ich der Meinung war, daß man von außen mehr verändern kann. Und Herr Landeshauptmann, schauen Sie die Wohnungen im Bereich der Krankenanstalten an, schauen Sie die Mieten an.

Arbeiter

Sie werden feststellen, daß diese Mieten angepaßt sind, sozial in Ordnung sind. Warum sie in anderen Bereichen nicht sind, ... Wenn es gelingt, daß wir dort etwas zusammenbringen, dann ist es absolut positiv. Das möchte ich auch hier feststellen.

Herr Landeshauptmann. Ich habe von Dir schon vor längerer Zeit - in Ihrer ersten Periode, dazu komme ich dann noch - einen lieben und netten Brief bekommen, mit der Entlassung. Sie schreiben mir: Für die Dauer der Ausübung Ihres Mandates soll ich eine gänzliche Außerdienststellung beantragen. Auf diese Weise könnten ...und so weiter und so weiter ...eine Stelle frei werden - was ja auch aufgrund des Arbeitsverfassungsgesetzes nicht stimmt. Sie bieten mir an, ich soll freiwillig ein Berufsverbot auf mich nehmen. Ist Ihnen das bewußt? - Nicht bewußt. Probieren darf man es, werden Sie dann sagen, ist ja gar keine Frage.

Und Herr Jost, auch zu Ihren netten Presseaus-sendungen könnte ich einiges sagen, gehört aber nicht dazu. Aber dazu werden wir ganz sicher - wenn das Thema paßt - sprechen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß am - steht überhaupt ein Datum Drau - 26. Mai mir 30.000 Schilling netto - mein Bezug, den ich erhalte - gekürzt worden ist und wird. Was ist auch gerne mitgeteilt, daß ich gerne gewußt hätte, wer das in Auftrag gegeben hat, denn normalerweise wird auch von mir als normaler Arbeitnehmer "erwartet", daß ich einen Bescheid erhalte. (*Zwischenruf: Der Sachbearbeiter!*) - Das wissen wir, das steht nicht drauf, wer das gemacht hat. Aber es könnte ja sein, daß er auf Anraten von irgendjemandem gekommen ist. Das ist eine Unterstellung, das weiß ich. Wird aber geklärt werden. Sie brauchen keine Sorgen mehr beim Unvereinbarkeitsausschuß haben und den Medien mitteilen, daß ich zuviel verdiene, wie es bereits passiert ist. Ich arbeite weiter, die volle Wochenarbeitszeit. Ich schreibe für die Landtagssitzungen Urlaub. Ich bin ein Tepp, daß ich das tue, das weiß ich, aber ich mache es und ich arbeite, das nur zur Information. Vielleicht ist es wichtig. Vielleicht kommen Sie einmal in die Situation, daß Sie mich verteidigen müssen, was ich von Ihnen sogar erwarte. (*Zwischenruf LH Dr. Haider.*) Lassen Sie mich weiterreden. (*Zwischenrufe im Hause.*) Der Herr Jost ist der Vorsitzende vom

Ausschuß. Das ist korrekt, nicht. Ich sag es ja nur. Das ist ja nicht negativ, das war ja positiv. Der Herr Jost, ich habe gehört, daß Sie zum nächsten Ausschuß eingeladen und befragt werden sollte, daß erübrigt sich, weil ich das jederzeit vorlege, das ist eine korrekte Mitteilung, aber keine Kritik am Vorsitzenden vom Ausschuß.

Aber was mich dann doch ein bißchen in die Vergangenheit zurückholt, Herr Landeshauptmann Haider. Was hat Jörg Haider in zwei Jahren für Kärnten durchgesetzt? Nicht schon wieder. Das habt Ihr ins Internet hineingegeben. Das ist ein Ausdruck aus dem Internet (*Abg. Kreuzer: von wann?*) vom 11. Mai 1999, ganz neu. Da sind Dinge aufgelistet, von der Arbeitnehmerförderung die der Herr Haider eingeführt hat. Wenn ich mich erinnere an die Kämpfe, die geführt worden sind, daß diese Förderung erhalten bleibt (*LH Dr. Haider: Erhöht worden ist!*) auch erhöht worden ist. Ihr habt es damals überhaupt ablehnen wollen, lieber Herr Landeshauptmann, das wissen Sie selber ganz genau.

Dann gibt es noch einen schönen Punkt. Gegen die Stimmen der SPÖ wurde den Mitarbeitern der Landeskrankenhäuser zu ihrem sozialen Recht, wie Abfertigung, Urlaubsentschädigung, verholten, wieder eine Feder mehr auf dem Kopf vom Herrn Landeshauptmann. Wir haben als Betriebsrat die Klage geführt, daß Ärzte die befristet wurden, die Urlaubsentschädigung und die Abfertigung erhalten. Wir haben diesen Prozeß gewonnen. Das Land hat sehr viel gezahlt. Ich glaube - wenn ich es richtig im Kopf habe - 800.000 Schilling allein Verfahrenskosten, weil das Land damals nicht bereit war, darüber zu verhandeln und viele andere Dinge mehr.

Wenn ich nun zum Industriepark Völkermarkt komme. Ich habe noch im Ohr, Herr Landeshauptmann, wie Sie gesagt haben, das bringt 1000 Arbeitsplätze. Die hätten wir irgendwann einmal gerne auf der Habenseite. Der Industriepark Völkermarkt, zum Beispiel - Ihr habt es versprochen und das ist Euer Papier. (*Zwischenrufe im Hause.*) Wegen der 1000 Arbeitsplätze haben wir es eh nicht gemacht, leider.

Arbeiter

Ausgliederung der Landeskrankenhäuser aus der Landesverwaltung, haben Sie gemacht. Sie waren nicht einmal dabei. Das waren sehr viele Experten. Ich hoffe, daß wir in Zukunft auch sehr viele Experten aus allen Parteien bei anderen Problemen haben werden, die so sachlich zusammenarbeiten, wenn damit etwas weitergeht. Und wenn Sie hineinschreiten, die Mitarbeiter der Landeskrankenanstalten erhielten erstmals gerechte Gehälter, dann ist das richtig. Aber ich darf Sie erinnern, mit wieviel Personen, Kolleginnen und Kollegen wir vor der Kärntner Landesregierung gestanden sind, ansonsten würden wir heute noch auf Erledigungen warten. *(LH Dr. Haider: 40 Jahre habt Ihr das Personalreferat gehabt.)* Sie waren auf jeden Fall bei dieser positiven Erledigung nicht dabei. *(Zwischenruf LH Dr. Haider)* - Herr Landeshauptmann, diese Federn nimmt Ihnen niemand ab. "Vergeßt Haider" schreibt hier eine sehr bekannte Journalistin. Ein Vorschlag zur Güte und zur Rettung der politischen Normalität, Kärntens Landeshauptmann und FPÖ-Bundesobmann Dr. Jörg Haider wird ab sofort nur mehr nach dem beurteilt, was er erledigt, durchsetzt und verwirklicht. Und nicht das, was er nur verspricht und am nächsten Tag wieder ändert. Nicht mehr nach seinen Ankündigungen. Niemand läßt sich mehr von dem und dem, was er eventuell gemeint haben könnte, verrückt machen. Man warte gelassen ab, halte jegliche Aufregung hinten an und verzichte auf Schlagzeilen die in den nächsten Tagen oder nächsten Monaten ohnehin nicht mehr gelten. Es geht hier weiter. Ich möchte das nicht alles vorlesen, weil das jeder kennt. *(Abg. Kreuzer: Lesen Sie den Schlußsatz, bitte.)* Den Schlußsatz. Von dieser Methode lebte Haider politisch bisher sehr gut. Es ist Zeit, ihn damit allein zu lassen. Vergeßt Haider für eine Weile. Dann wird man sehen, was er tatsächlich leisten kann. Das ist der Schlußsatz. Ich lese Ihnen auch gerne den Mittelteil vor. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich erwarte mir, wenn es eine Zusammenarbeit gibt, daß man *..(Abg. Dr. Strutz: Heute haben wir Leseübung!)* - Kollege Strutz, ich habe es nicht gemacht, es geht wesentlich weiter. Wenn Sie früher abwesend gewesen wären, hätte ich mich auf Ihre Wortmeldung mehr konzentriert, aber das

kommt das nächste Mal dran. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Scheider das Wort.)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines kann man auf jeden Fall jetzt schon in einer Analyse des heutigen Tages hineinnehmen. Trotz der Unterschiedlichkeit mancher Argumentation bleibt übrig, daß es in unserem Lande in den Bereichen, wo es für die Bürger am wichtigsten ist, wo es für viele Menschen denen es vielleicht nicht so gut geht, die es am ärgsten auch spüren, im Bereich der Stromtarife, im Bereich der Mieten etwas weitergeht. Und das ist unbestritten Faktum. Und - und das haben viele Vorredner auch gesagt - daß es viele Bereiche der politischen Auseinandersetzung gibt, wo manchmal sehr hart argumentiert wird, wo auch manchmal die parteipolitische Ausrichtung eine sehr große Rolle spielt, und dann eben je nach Geschicklichkeit der Argumentation Erfolg oder Mißerfolg beschieden ist. Daß aber ein Bereich eigentlich aus Parteipolitik oder Parteipolemik auszunehmen ist, nämlich der soziale Bereich. Das ist hervorgekommen, weil im sozialen Bereich soll es auch einen Wettbewerb geben. Aber es soll den positiven Wettbewerb der Ideen geben, nämlich, daß zum Schluß die beste Lösung auch die beste Maßnahme fixiert werden kann. Daher kann ich nur allen sagen, daß jede Verhinderungstaktik um jeden Preis, speziell in der Sozialpolitik nicht zum Schaden einer Partei sein wird, sondern zum Schaden der betroffenen Bürger. Und eine Politik, eine Sozialpolitik gegen den Bürger zu betreiben, wird keiner politischen Gruppierung gut tun. Daher und das ist auch heute schon gesagt worden, ist dieser Kinderbetreuungsscheck eine unglaublich wichtige Maßnahme für die betroffenen Bürger, weil viele Argumente ja bereits erwähnt worden sind und weil heute auch gesagt wurde, der Geburtenrückgang schreitet weiter voran. Daß wäre auch eine Maßnahme der Kinderbetreuungsscheck, diesen Geburtenrückgang einzubremsen. Denn offenbar, wenn das heute gesagt wurde, haben alle bisherigen Maßnahmen

Scheider

eben nichts eingebracht, um diesen Trend zu stoppen. Ich glaube auch, daß es wichtig ist, daß die Eltern einen finanziellen Spielraum haben und auch mehr Zeit für ihre Kinder aufzuwenden haben, um auch ein weiteres Manko in den Griff zu bekommen, nämlich das Manko, daß die Mutter-Kind-Paß Untersuchungen auch immer mehr zurückgehen und nicht mehr ausgeführt werden. Hier könnte auch der Kinderbetreuungsscheck eine positive Maßnahme sein.

Etwas hat aber der Landeshauptmann heute schon anklingen lassen, was für mich sehr wesentlich ist, daß es nämlich auch viele Kinder gibt, die beeinträchtigt sind, die es ein bißchen schwerer haben im Leben und die durch die Maßnahmen des Kinderbetreuungsschecks eigentlich die Geborgenheit der Familie in Anspruch nehmen könnten, daher auch frühere Einbindung, die geeigneten Fördermaßnahmen gefunden werden könnten und damit auch früher die Chance hätten auch in die Integration eingebunden zu werden. Das wäre also auch ein sehr wichtiger Vorteil, wenn wir sagen, wir bekennen uns zu dieser Integration, wir sollen sie weiter vorantreiben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Jetzt ist ja in vielen Broschüren gestanden, daß sich auch die SPÖ zur Integration bekennt. Wir setzen hier einen Schwerpunkt. Wir wollen Integration statt Isolation. Wir wollen nicht den Weg gehen, daß wir in Kärnten einen Förderkindergarten nach dem anderen hinbauen, sondern wir wollen, daß echte Integration in den Regelkindergärten stattfindet. Denn wir wissen, wie wichtig es ist, daß behinderte und nicht behinderte Menschen gleichwertig im Kindergarten und in der Schule und dann auch im Berufsleben zusammenarbeiten können. Jeder Psychologe kann das bestätigen, daß das nicht nur für die behinderten Kinder sondern auch für die nicht behinderten Kinder sehr wichtig ist, von einander zu profitieren, weil man hier auch ein soziales Gefühl sehr früh erlernt, daß sehr wichtig ist, weil sich das auch später fortsetzt. Deshalb glaube ich, daß dieser Kontakt, diese Zusammenführung wichtig ist. Wir sollten versuchen, in den Bezirken diese Integration zu forcieren und nicht versuchen, von ganz Kärnten irgendwo die Kinder in Klagenfurt oder sonstwo zusammenzuziehen sondern in ihren Bezirken zu

belassen. Das ist auch der Weg, den auch andere Bundesländer bereits fortschreiten. Wir sind eben jetzt noch in den letzten Jahren den Weg der Förder- oder Sonderkindergärten gegangen. Und ich glaube, daß wir auch diesen Wege der Integration vorort beschreiten sollten.

Ich glaube, daß das ganze eine wichtige Frage sein wird, ob Sie auch bereit sein werden, diesen Weg auch konsequent mitzugehen und damit diesen Menschen eine gute Chance einzuräumen. Ich glaube aber auch, daß es ein ganz wichtiger Punkt sein wird, daß wir jetzt auch das aufarbeiten, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, daß Kärnten in der Sozialpolitik in gewissen Punkten den anderen Bundesländern hinterherhinkt.

Es muß unser aller Ziel sein, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, denn Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, dürfen nicht schlechter behandelt werden als anderswo. Es ist traurig, aber wahr, daß zum Beispiel bei der Zuerkennung des Pflegegeldes nicht alle, die es notwendig haben, berücksichtigt werden, obwohl im Bundespflegegeldgesetz klar und unmißverständlich steht, daß Personen mit körperlicher, geistiger oder psychischer Behinderung oder einer Sinnesbehinderung, die Betreuung erfordert, ab dem dritten Lebensjahr Pflegegeld gebührt. Sinnesbehinderte sind blinde, sehbehinderte oder gehörlose und gehörbehinderte Menschen. Dieses Pflegegeld wird selbstverständlich den blinden Menschen zuerkannt, aber für die gehörlosen und gehörbehinderten Menschen in Kärnten nicht, aber in anderen Bundesländern schon. Hier stimmt etwas nicht und diese Ungleichbehandlung, diese schlechtere Behandlung ist zu beseitigen.

Es ist auch ganz wichtig, daß wir uns den Bereich der Pflegeeltern noch einmal genauer anschauen, denn die Anfragebeantwortung der zuständigen Landesrätin hat eigentlich das fortgeschrieben, was in den letzten Jahren schon immer die Antwort war: Wir warten auf den Bund. Da kann ich nur sagen, da muß man sich eben auch einmal umschaun, wie es in Österreich in anderen Bundesländern ist, wo Bundesländer einen eigenen Weg gehen, weil sie nicht mehr auf den Bund warten wollen,

Scheider

denn da wartet man ewig. Pflegeeltern sind die soziale Speerspitze. In jeder Sonntagsrede gibt es viele Politiker, die sagen, wir müssen uns mehr den krisenanfälligen Familien widmen, wir müssen die Kinder schützen, wir müssen den Kindern einen Weg weisen, die in schwierigen Situationen sind, aber die Pflegeeltern sind es, die eine gute Ausbildung brauchen, die auch eine sozialrechtliche und familienrechtliche Absicherung benötigen, um diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Da brauchen sie unsere Unterstützung. Da ist es für sie eine Watsche ins Gesicht, obwohl die Hoffnung durch die neue Referentin war, daß auch ein Wechsel bei uns kommt, daß man trotzdem sagt, man wartet weiter auf den Bund. Es wird zu beobachten sein, wie dieses Hohe Haus mit dieser Frage umgeht, ob wir die Kinder, welche aus krisengeschüttelten Familienverbänden kommen und die total unverschuldet in eine schlechte Situation geraten, da wieder herausführen und ihnen die Chance geben, ein normales Leben zu führen und diese so unterstützen, daß auch andere auf die Idee kommen werden, sich als Pflegeeltern ausbilden zu lassen und diese Aufgabe zu übernehmen. Sonst wird der Staat diese Aufgabe zu übernehmen haben und da wissen wir, daß nicht das herauskommt, was wir eigentlich wollen. Wenn Menschen dazu bereit sind, dann sollte man sie ausbilden und ihnen die Rahmenbedingungen ermöglichen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich kann Ihnen versichern, wir werden in der sozialen Frage nicht locker lassen. Wir werden die Mißstände aufdecken, wir werden uns aber auch ganz genau österreichweit und auch darüber hinaus umsehen, wie eine moderne Sozialpolitik aussieht und wir werden die dementsprechenden Vorschläge einbringen. Wenn es weitere drei oder vier Jahre dauert, bis zum Beispiel die Pflegefamilien einen Status haben, den sie österreichweit schon besitzen, den sie aber in Kärnten noch nicht haben, wenn das weiter auf die lange Bank geschoben wird, dann werden wir dabei nicht zusehen, sondern das weiter in die Öffentlichkeit bringen und weiter den Druck erhöhen, damit es endlich zu einer Lösung kommt.

Abschließend darf ich nur eines sagen: Es ist in der Sozialpolitik unsere Aufgabe, uns zwar nicht gegenseitig ständig zu attackieren, es ist aber unsere Aufgabe, gewisse Fehlläufer aufzuzeigen und dann die notwendigen Konsequenzen zu setzen. Jeder, der verantwortungsvoll in Kärntens Zukunft aus sozialpolitischer Sicht schaut, wird mir da recht geben. Sie sind aufgerufen, hier dabei zu sein. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem LH-Stv. Ing. Reichhold das Wort.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr verehrte Abgeordnete! Lassen Sie mich einige Anmerkungen zur Regierungserklärung bzw. zum Regierungsprogramm machen. Im Bereich des Wohnbaues habe ich eine Situation vorgefunden, die in der Abteilung selber altertümlich bis mittelalterlich war. Es gab dort keine moderne EDV. Ich lade Sie gerne einmal ein, sich das anzuschauen. Es türmen sich dort die Karteikarten, Sie sehen am Boden, auf den Sesseln, Tischen und Fensterbänken noch die Karteikarten. Sie fühlen sich zurückversetzt ins bürokratische Mittelalt er. Das hat mit einer modernen Abwicklung der vielen Anträge, die dort bearbeitet werden müssen, nichts zu tun. Hier ist in der Vergangenheit vieles versäumt worden. Wir haben den ersten Reformschritt auch intern damit eingeleitet, daß es möglich war, einen Experten aus dem Bestand des Landes in der Wohnbauabteilung zu verpflichten, der als EDV-Experte all diese Reformschritte eingeleitet hat, so daß wir in der Lage sein werden, in absehbarer Zeit ein sehr modernes Bürgerservice anzubieten. Mir schwebt auch vor, daß in dieser Abteilung baulich einige Maßnahmen umgesetzt werden können, damit die Wohnbauförderungswerber sich in dieser Abteilung auskennen, damit sie wissen, wo ihre Anlaufstelle ist. Zum dritten gibt es jetzt in der Abteilung so etwas wie einen Ombudsmann, besser gesagt eine Ombudsfrau, die als Anlaufstelle für Beschwerden eingerichtet worden ist.

Ing. Reichhold

Wir fanden auch keine Mietensenkungsprogramme vor, das hat heute der Herr Landeshauptmann bereits sehr ausführlich dargelegt. Das, was offenbar in den letzten 40 Jahren nicht gegangen ist, wird von uns innerhalb der ersten Tage unserer Regierungstätigkeit schon verlangt. Wir haben einige Schritte eingeleitet, aber, wie das auch schon berichtet wurde, wir sind hier noch längst nicht am Ende. Jetzt geht es darum, einmal zu untersuchen, welche Rücklagen es in den Gemeinnützigen gibt, wie die Baugrundstücke bewertet sind, wie die Verwaltungskosten wirklich ausschauen und vor allem, wie das Wohnbauförderungsgesetz selber geändert werden soll, weil auch hier strategisch Fehler gemacht worden sind. Es haben zwar die Politiker, insbesondere der Wohnbaureferent, mein Vorgänger, erkannt, daß Neubauten in Zukunft nicht mehr diesen Bedarf haben werden, aber sie haben keine rechtlichen bzw. politischen Maßnahmen gesetzt. Es ist notwendig, stärker in die Sanierung zu gehen, aber nur dann, wenn sich die Gemeinnützigen verpflichten, einer drastischen Senkung des Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrages zuzustimmen.

Der dritte Bereich im Wohnbau ist die Forderung, daß wir unserem Leitbild entsprechend viel stärker als in der Vergangenheit in Richtung Holzbau gehen müssen. Das sind Forderungen, die von allen Parteien gestellt werden und wozu wir auch verpflichtet sind. Dabei darf gerade in dieser Frage nicht vergessen werden, daß auch umweltökologische Aspekte in die Wohnbauförderung stärker eingebunden werden müssen.

Im Sportbereich orte ich eine große Frustration bei den Funktionären. Ich war jetzt gerade wieder mit Funktionären eines Vereines zusammen, der ein Spitzenverein in Österreich ist. Es sprechen mich immer wieder auch Abgeordnete dieses Hauses an, die auch Funktionäre in einzelnen Sportvereinen sind. Es gibt deshalb eine große Frustration, weil zu sehr mit der Gießkanne gearbeitet worden ist: Für viele ein bißchen, für niemanden wirklich eine Unterstützung. Der Spitzensport ist total vernachlässigt, die Trainings- und Ausbildungsmöglichkeiten in unserem Land schauen sehr gering aus und es kann daher nur

heißen: Es muß hier zu einer Konzentration der Kräfte kommen, es muß die Marke Sport in Kärnten aufgebaut werden, aus der heraus die Finanzierung der Spitzensportförderung machbar ist.

Wir bekennen uns in diesem Regierungsprogramm auch zum weiteren Ausbau der Leistungszentren in unserem Lande. Wir dürfen dabei nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Deshalb hat es bereits einen einstimmigen Beschluß in der Kärntner Landesregierung gegeben, auch die Leistungszentren in Spittal auszubauen bzw. was die schulische Ausbildung betrifft, ein disloziertes Gymnasium in Spittal zu errichten. Im Regierungsprogramm findet sich auch wider, in Kärnten ein Haus der Kultur, des Sportes und der Jugend zu errichten, um vielen Künstlern, aber vor allem jungen Menschen und Sportlern eine Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle zu bieten, damit sie mit ihren Problemen zurechtkommen.

Ebenso ist es im gesamten Jugendbereich. Ich sage das jetzt einmal ganz klar heraus: Ich kann das an sehr vielen Beispielen belegen, daß die Jugendpolitik in Kärnten so gut wie nicht stattgefunden hat, wohl aber die Abteilung als Propagandaabteilung der SPÖ mißbraucht wurde. Es gibt zum Beispiel eine Zeitschrift, die periodisch erscheint, die Kosten von 680.000 Schilling verursacht, die ein reines Jubelblatt des ehemaligen Jugendreferenten Ausserwinkler war. Knapp vor den Wahlen ist vom Jugendreferenten aus diesen Mitteln heraus diese Broschüre an über 60.000 Jugendliche mit dem Stil der SPÖ-Wahlkampfführung mit der entsprechenden Aufmachung verschickt worden. Darin schreibt der ehemalige Landesjugendreferent, der sich schon als neuer Landeshauptmann gesehen hat, daß er als Landeshauptmann der etwas jüngeren Generation, insbesondere als Jugendreferent unseres Bundeslandes, dafür sorgen wird, daß er sich im nächsten Jahrtausend mit ganzer Kraft dafür einsetzen wird, daß die jungen Menschen die besten Voraussetzungen zum Aufbau ihrer eigenen Existenz haben. Es wird hier also beinhart Wahlpropaganda auf Kosten des Landes betrieben. Dafür wurden 680.000 Schilling allein in dieser Jugendabteilung ausgegeben. Ich habe das natürlich sofort abgestellt, denn wir brauchen

Ing. Reichhold

keine Jubelbroschüren in der Jugendabteilung, sondern das, was wir brauchen, ist, daß man den jungen Menschen in unserem Land das Gefühl gibt, daß hier eine Anlaufstelle für sie existiert, wenn es Probleme gibt, wenn es schulische Probleme gibt, wenn es Drogenprobleme gibt und wenn sie vereinsamt sind. Daß auch vom Land aus ein entsprechendes Angebot vorhanden ist, um ihnen in Problemsituationen zu helfen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Was den Kindergarten und die Kindergartenpolitik und unsere Ideen zur verstärkten Förderung von Familien und Kindern anlangt, ist in diesem Haus schon viel gesagt worden. Es gibt sehr viele unterschiedliche Strategien der einzelnen Parteien. Man wird gespannt sein, welche sich durchsetzen wird. Wir haben hier ganz klar gesagt, was wir wollen. Ich kann Ihnen heute sagen, es besteht aus meiner Sicht kein Zweifel an der Umsetzung des Kinderbetreuungsschecks, weil auch ich als Kindergartenreferent voll davon überzeugt bin, daß dieser Kinderbetreuungsscheck nicht nur von seiner Ausgestaltung, sondern auch von seiner Finanzierung her machbar ist. Wir haben immer vor der Wahl gemeint, wir sind gesprächsbereit. Der ehemalige Spitzenkandidat der SPÖ Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler hat auch bei der Fernsehdiskussion ganz klar gesagt, man kann darüber reden, aber warum soll auch die Frau Flick - wörtliches Zitat - das Geld bekommen? Es hat dann der jetzige Herr Landeshauptmann Haider gesagt, über diese Fragen können und werden wir selbstverständlich auch reden. Wir haben auch die SPÖ eingeladen, mit uns über diese Fragen zu diskutieren, nur sie ist die einzige politische Gruppierung, die sich bis heute weigert, an diesen Arbeitskreisen teilzunehmen, die sich einer aktiven Mitarbeit zur Erarbeitung der Ausgestaltung des Kinderschecks verweigert. Das ist etwas, was für mich nicht verständlich ist. Ich lade Sie heute hier in diesem Hause noch einmal ein, unser Angebot zur Mitarbeit zur Ausgestaltung dieses Kinderbetreuungsschecks wahrzunehmen, um eine soziale Staffelung zu erreichen, die Sie ja haben wollten. Ich bekenne mich auch dazu, denn ich meine, daß wir dafür sorgen sollten, daß das vom Land eingesetzte Geld auch treffsicher bei jener Bevölke-

rungsgruppe in unserem Land ankommt, die es auch braucht. Wir haben von der Statistik her das Problem bei den Alleinverdienern bzw. Alleinerziehern mit mehr als drei Kindern, die heute in der Armutsgrenze sind, und genau diesen wäre geholfen, wenn mit dem Kinderbetreuungsscheck eine Abhilfe geschaffen werden kann. Es geht hier um das klare Bekenntnis zum Kind, zur Frau, aber auch zur Familie.

Daß das alles möglich ist, zeigt ein Erfolg, den wir hier gemeinsam feiern können. Ich bin weit davon entfernt, mir das Federl auf den Hut zu stecken, aber es war ein Erfolg, als Kärnten durch eine Initiative des Bundes von einem ungerechten Mautsystem bedroht war, in welchem die Wirtschaftsräume, vor allem die Randgebiete Kärntens durch die Einführung des Road-pricings benachteiligt worden wären.

Es hat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Haus, einstimmige Beschlüsse in der Regierung gegeben, die jetzt dazu führen, daß der Bund die Mautstellenverordnung zurückzieht; daß der Bund das Bundesstraßenfinanzierungsgesetz - das Kärnten benachteiligt hat - zwar den Ministerrat passieren ließ, es aber im Parlament nur beschlossen wird, wenn es eine Studie gibt, die die negativen Auswirkungen dieses Road-Pricings auf die einzelnen Wirtschaftsregionen in unserem Bundesland untersuchen wird. Das heißt auf gut deutsch, daß dieses Bundesstraßenfinanzierungsgesetz vor der Nationalratswahl nicht mehr kommen wird und nicht machbar ist. Es ist auch deshalb nicht machbar, weil sich jetzt herausstellt, daß es kraß verfassungswidrig ist. Dies deshalb, weil entgegen der ursprünglichen Absicht, ein flächendeckendes System von Anbeginn einzuführen, jetzt nur etappenweise Mautstreckenverordnungen erlassen werden sollten, die einzelne Regionen unseres Bundeslandes benachteiligen würden. Das widerspräche dem Verfassungsgrundsatz des einheitlichen Wirtschaftsraumes.

Das ist ein Erfolg, der in Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft erreicht wurde, bei der ich mich herzlich bedanken möchte! Sie hat von Anbeginn hier klare negative Stellungnahmen abgegeben. Ich bedanke mich beim Hohen Haus;

Ing. Reichhold

beim Abgeordneten Koncilia, der es übernommen hat, hier im Verkehrsausschuß die Koordination mit der ASFINAG und mit den Beamten vorzunehmen. Mein Dank gilt auch der Wirtschaftskammer, die in sehr enger Kooperation - auch mit meinem Referat - die fachlichen Voraussetzungen geschaffen hat, damit es zu dieser klaren ablehnenden Haltung in Kärnten gekommen ist.

Ich meine, das ist ein schöner Erfolg! Das zeigt, daß ein Bundesland - wenn es wirklich eine klare gemeinsame Sprache spricht - Erfolge erzielen kann. Deshalb auch mein Dank an alle, die hier mitgearbeitet haben!

Sollte es heute Nachmittag zu einer Beschlußfassung im Haus zu diesem Thema kommen, dann wird darin auch ein ganzes Paket von sehr wichtigen Forderungen für Kärnten drinnen sein, das ich auf Bundesebene vertreten kann. Das ist ein Paket mit sehr vielen Maßnahmen im straßenbaulichen Bereich, die für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes wichtig sind. Ob das nun der Vollausbau Pack ist, Katschberg, ob das die Anbindung des Südkärntner Raumes ist, die Fertigstellung des Lückenschlusses zum Gailtalzubringer hin, die Aufschließung des Gewerbegebietes Villach oder Arnoldstein oder die B 100 im Oberen Drautal: Das sind wichtige Projekte, die wir hier gemeinsam vorantreiben müssen, damit es zu einer deutlichen Verbesserung unserer gesamten Situation kommt.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, lade auch ich - wie der Herr Landeshauptmann es getan hat - Sie zur Mitarbeit ein! Unsere Türen in der Landesregierung stehen auch für Ihre Vorschläge, für Ihre Wünsche und für Ihre Anliegen offen. Wir werden diese gerne aufnehmen und berücksichtigen, sofern sie realisierbar und machbar sind. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner das Wort.)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Geschätzte Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Thema "Wirtschaft und Tourismus" doch einiges sagen! Ich muß natürlich bemerken:

Nachdem das Angelegenheiten sind, die referatsmäßig schon in der letzten Periode im Bereich der Freiheitlichen Partei waren - außer daß sich bedauerlicherweise die Gesichter geändert haben -, muß ich mich wieder neu auf einen Referenten einstellen, wie es eben Kollege Pfeifenberger sein wird. *(Abg. Mitterer: Einstellen ist besser als einschließen!)* Ich habe "einstellen" gesagt, Kollege Mitterer. Ich habe natürlich die Punktation des Regierungsmitgliedes und Finanz- und Wirtschaftsreferenten Pfeifenberger vor mir.

Das einzige, was ich durchaus anmerken möchte, ist: daß es die Grundlage des Schreibens des Landesfinanzreferenten an die anderen Regierungsmitglieder gibt, daß aber von den grundsätzlichen Inhalten des Wirtschafts-, Tourismus- und Technologiebereiches hier nichts aufscheint. Das mag durchaus damit in Verbindung zu bringen sein, daß das eben Themenbereiche sind, die Kollege Pfeifenberger sich sozusagen Schritt für Schritt zu erarbeiten hat und er damit in diese Themenbereiche erst einsteigen muß.

Geschätzte Damen und Herren! Wesentlich ist aber, daß wir uns in diesem Bereich doch mit den wichtigen Themen auseinandersetzen. Wirtschaftspolitik ist nicht eine Politik, die man sprunghaft (von einer Periode zur anderen Periode) verändern kann. Für den kleinen, elitären Bereich, der hier noch versammelt ist - nachdem sich ja einige aufgrund der nicht abgehaltenen Mittagspause doch zur Entspannung zurückgezogen haben, was dann immer der Nachteil ist, wenn es um die wichtigen Themen geht -, möchte ich folgendes festhalten. Wir wissen zwar alle, daß Wirtschaftspolitik auch Beschäftigungspolitik darstellt. Wenn, wie gesagt, der Kreis halt etwas kleiner geworden ist, so möge die Wirkung auf diesen kleinen Kreis nicht verfehlt sein.

Geschätzte Damen und Herren! Es kommt darauf an, daß es in der Wirtschaft Kontinuität geben muß und daß jene Bereiche, die durchaus mit einem Landeshauptmann Zernatto und mit einem Referenten Grasser/Reichhold, Reichhold/Grasser (wie der Wechsel eben in diesem Bereich vollzogen wurde) erfolgreich geführt wurden, eine Fortsetzung finden sollte.

Hinterleitner

Diese Fortsetzung zu finden, bedeutet natürlich auch, das Thema von Silicon Alps zu berücksichtigen, das da nicht als Schlagwort zu sehen ist, sondern - so wie ich es verstehe - als ein Bereich, mit dem man zusätzliche beschäftigungspolitische Akzente setzen kann.

Die Bewußtseinsbildung in unserem Lande muß immer in diese Richtung gezielt werden, so daß es im Endeffekt die Klein- und Mittelbetriebe in unserem Lande sind, die die Garanten für die Beschäftigungspolitik sind und die in diesem Zusammenhang auch das notwendige Augenmerk der Politik brauchen. Damit meine ich dieses konzentrierte Verändern und Verbessern von Rahmenbedingungen, die es dieser klein- und mittelständischen Wirtschaft möglich machen, wirtschaftlich zu reüssieren und damit auch Arbeitsplätze zu erhalten oder auszubauen. (*Abg. Steinkellner: Helmut, siehe Bleiberg!*) Ich danke! Das ist ein Ansatz, wie wir viele in der Vergangenheit schon hatten. Mit den Klein- und Kleinstbetriebsoffensiven, den Unternehmensgründeroffensiven - wie wir sie in der letzten Periode auch in Verbindung mit der Wirtschaftskammer eingeführt haben -, ist es gelungen, Klein- und Kleinstunternehmen zu schaffen und damit auch zusätzliche Beschäftigte zu haben. Wir wissen, daß jedes Kleinunternehmen in der Folge zwei bis drei zusätzliche Mitarbeiter beschäftigen kann.

Was ich aber hier sagen möchte, und das durchaus für den Beginn einer neuen Regierungsperiode, daß es sinnvoll scheint - das ist auch der Wunsch der Wirtschaft in unserem Lande -, einen Wirtschaftsvertrag abzuschließen. Ich glaube, daß auch hier die wichtigen wirtschaftspolitischen Kernthemen in einem Wirtschaftsvertrag zu verankern sein werden und nicht in die tagespolitische Diskussion einzufließen haben.

Ich denke und möchte auch das noch einmal hier unterstreichen: Die weitere Unterstützung im Bereich des Vorranges für Unternehmen; weil auch das ein ganz wesentlicher Bestandteil ist. Der dritte Punkt in diesem Bereich ist die Einführung einer Infrastrukturabgabe. Ich denke da insbesondere an die EKZ-Abgabe, mit der Zweckbindung für innerstädtische bzw. örtliche Aktivitäten.

Es geht mir auch um den Bereich der Bauwirtschaft, um die wirtschaftsgerechten Ausschreibungspraxen und die Teilung größerer Bauvorhaben. Dies deshalb, damit klare und faire Auftragsbestimmungen bei sämtlichen öffentlichen und halböffentlichen Auftragsvergaben unter ausschließlicher Anwendung der Kärntner Auftragsverabesetze angewandt werden. Damit ist gemeint, daß dieses Teilen in jene Richtung zu erfolgen hat, daß Kleinunternehmen und mittelständische Unternehmen ebenfalls die Möglichkeit haben, anzubieten und damit Aufträge zu bekommen.

Damit meine ich auch den Weg, durchaus zu überlegen, sich in den Bereich von nicht generalunternehmerischem Denken, sondern einzelunternehmerischem Denken in den Vergaben hinzuwenden, um diese Absicherung von unseren mittelständischen Unternehmen in Kärnten zu haben, weil damit auch für öffentliche Bauten beschäftigungspolitische Akzente zu sehen sind.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es kommt darauf an - das sei an dieser Stelle auch gesagt -, daß wir das Thema KWF und damit den Begriff der Wirtschaftsförderung hier stärker anschneiden! Diese Wirtschaftsförderung hat einiges an Veränderungen, an Förderungsstrukturveränderungen, Richtlinienveränderungen in den letzten Jahren durchgemacht. Ich glaube, daß in einer Art veränderter Konzeption und Neukonzeption die Wirtschaftsförderung durchaus eine verstärkte Förderungsoffensive im Bereich der Kleinunternehmen und der mittelständischen Unternehmen erfahren hat. Das erfolgte einerseits mit dem Setzen von Impulsprogrammen. Andererseits - und ich verhehle nicht, das zu sagen - handelt es sich bei der Kleinunternehmensförderung nicht um peanuts; wie es manche Regierungskollegen kritisch angemerkt haben. Das ist vielmehr im gleichen Umfange eine Förderungshilfe für Unternehmen in unserem Lande, um sie sozusagen chancengleich und wirtschaftsfreundlich durch politische Vorgaben zu unterstützen.

Das sind jene Punkte, die mir als wichtige Bestandteile erscheinen; das, worauf es ankommt. Das ganz abgesehen, geschätzte Damen und

Hinterleitner

Herren, von den Zentralräumen, in denen wir uns in unserem Lande mit Wirtschaftsoffensiven auseinandersetzen. Es sind durchaus ebenso jene Bereiche im Auge zu behalten, die dazu angetan sind, auch dezentrale Beschäftigungspolitik zu sichern.

Wir wissen, daß das Wellental des Tourismus unter anderem durchtaucht ist und in diesem Bereich neue Chancen gesehen werden. Ich glaube, daß diese zukünftige "Hoffnungspflanze Tourismus" sehr sorgsam gehegt und gepflegt werden muß. Das heißt also, auch mit einem gewissen Feingefühl, mit einem Gefühl von Förderoffensiven einerseits den mittelständischen Tourismusunternehmen Hilfestellung angedeihen zu lassen und darüber hinaus das, was ja bereits in der letzten Periode als Regierungsbeschluß verankert ist (und im Landtag noch zu behandeln sein wird), nämlich die Tourismus-Incoming-Gesellschaft, zu installieren. Das bedeutet für uns im Klartext: Objekte, die sich nicht in der Investition, aber in der Reinvestition und in der Amortisation über eine Art Umwegrentabilität finanzieren, hier zu installieren. Dies deshalb, um durchaus diesen schwerpunkttouristischen Bereich des Sommertourismus - der immerhin rund 80 % unseres Nächtigungsaufkommens und damit die hohe Wertschöpfung in unserem Lande ausmacht - entsprechend mit Infrastruktureinrichtungen zu verbessern.

Darüber hinaus, als ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig erscheint, soll ein vernetztes Erlebnisland Kärnten geschaffen werden, geschätzte Damen und Herren! Wir können punktuell - und dazu haben sich in- und ausländische Experten schon geäußert - Infrastrukturmaßnahmen setzen, Erlebnisakzente setzen, Erlebnisparks setzen. Notwendig ist aber, jene historischen Stätten, die wir in Kärnten haben, miteinander zu verbinden; mit Leben zu versehen und damit auch für unsere Gäste in unserem Lande attraktiv zu machen.

Das sind Ansätze, die durchaus einerseits Konzeptionsstrategie und Planung erfordern, aber auch das klare Bekenntnis, diese Maßnahmen zu stützen. Die Umwegrentabilitätsakzente (damit meine ich diese Infrastruktureinrichtung) sind nicht immer direkt zu finanzieren. Wir müssen uns dazu bekennen, daß wir solche Projekte

brauchen, geschätzte Damen und Herren, um damit im Wintertourismus Gäste in unser Land zu bekommen. Es ist notwendig, den Tourismus als einen Bereich der Naherholung zu sehen, somit auch als eine Qualitätsverbesserung für die Kärntnerinnen und Kärntner in unserem Lande; wenn es um die Freizeiteinrichtungen geht.

Wenn wir das aus diesem Gesichtspunkt sehen, geschätzte Damen und Herren, dann haben wir weitaus mehr Verständnis dafür, das eine oder andere in der Infrastrukturentwicklung mitzutragen. Somit scheint es mir auch wichtig, diese Punkte sehr konzentriert, sehr gezielt anzugehen und hier nicht mit Pseudo-Lippenbekenntnissen zu agieren.

Ich kann kritisch vermerken, daß ich fünf Jahre darüber gesprochen habe und damit die Verantwortlichen in der Regierung (der zuständige Referent) aufgefordert sind, endgültig ein Radwegekonzept in Kärnten zustande zu bringen. Darunter verstehe ich nicht, daß man von A nach B fahren kann, sondern daß hier ein Konzept auf dem Tisch liegt, das nicht eine Auslastung in unserem Lande von nur ein, zwei, drei Monaten garantiert. Denn Sommer, geschätzte Damen und Herren, spielt sich in Kärnten in sechs Wochen ab.

Das, was wir im Wirtschaftszweig Tourismus brauchen, sind vier Saisonalitäten. Ich sage es einmal so: einen gut florierenden Frühling; einen gut funktionierenden Sommer, der sich auf einige Wochen beschränkt, und auf einen Goldenen Herbst. Auch dieser ist als Begriff bereits geprägt.

Wir brauchen dazu aber auch Einrichtungen, die eine gewisse Wetterfestigkeit, eine gewisse Stabilität haben; Erlebnis vermitteln; wo Gäste es dann als sinnhaft ansehen, bei der Globalisierung dieses touristischen Marktes ihren Urlaub in Kärnten zu verbringen.

Die Situation der preislichen Gestaltung in unserem Lande - durch die hohen Nebenkosten - ist bekannt. Einige dieser Kosten sind bereits angeschnitten worden. Ich denke an die Stromkosten und viele dieser Dinge mehr. Wir haben hier auch dadurch eine Preisigkeit, die nur mit Qualität aufzufangen sein wird und damit

Hinterleitner

Akzente und Maßnahmen zu setzen sind, die eine Verbesserung erzielen.

Ich schneide auch durchaus an, daß wir hier im Lande über die Agenden des Landeshauptmannes das Bundesgesetz, was die Bestimmungen der Lärmregelung anbelangt, durchaus auch konzentriert in den Tourismusregionen und in Tourismusgemeinden sehr dezidiert und klar auf 23 Uhr auszudehnen haben, weil auch Erlebnis am Abend stattfindet und teilweise durch Spannungsfelder in den Gemeinden auch in den Tourismusgemeinden hier die 22 Uhr Regelungen noch vorhalten und auch hier eine Veränderung erforderlich ist.

Das sind einige dieser Dinge, geschätzte Damen und Herren, die ich einerseits als eine Bedingnis der Österreichischen Volkspartei auch in eine weitere Entwicklung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen hier in unserem Lande sehe, andererseits aber doch einmal auch ein Wachrütteln jener Referenten bedeutet, die aus dem Bereich der freiheitlichen Partei gekommen sind, die durchaus durch parteiinterne Verschiebungen sozusagen im Neuland wieder erfahren müssen und sich dadurch auch in diesem Bereich einarbeiten müssen. Und so hoffe ich, daß die über den täglichen Parteienstreit hinausgehende Offensive, anpacken um wirtschaftsoffensiv und tourismuspolitisch im Lande tätig zu sein dazu führt, daß wir in einem Aufschwung in unserem Lande sind. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LH-Stv. Schiller das Wort.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Schiller**
(SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Eigentlich hat sich der Herr Landeshauptmann gegenüber 1989 nicht verändert. Er ist bis heute das geblieben, was er damals war, ein Riese im Austeilen und ein Zwerg im Einstecken. Wenn ich zu diesen Vorwürfen, die er am Anfang seiner Rede erhoben hat, Stellung nehme, dann darf ich erinnern, daß ich am 18. Mai bereits zu dem Vorwurf, den er heute hier dargestellt hat, in einer Presseaussendung eine ganz klare Aussage getroffen habe, um die Dinge zu relativieren.

Das ist ihm offensichtlich entgangen. Wenn also das Regierungsprogramm und die Entwicklung desselben dargestellt wurde, darf ich erwähnen, daß wir uns am 20. April gemeinsam gefunden haben, alle Regierungsmitglieder einzuladen, bis 4. Mai jene Positionen darzustellen, die aus Ihrer Sicht in den nächsten fünf Jahren bewältigt werden sollten. Dieser Termin wurde eingehalten und wir haben dann 18. Mai aufgrund dieser Vorgaben ein Positionspapier entwickelt, aus dem hervorgeht, welche Themen für die nächsten fünf Jahre außer Streit gestellt werden sollen. Wenn man dann von einem gemeinsamen Regierungsprogramm spricht, dann ist das eine dünne Suppe, wenn das der einzige Hintergrund für eine Regierungserklärung ist. Der Landeshauptmann kommt mir vor wie ein Koch, der den Gästen eine Vorspeise als Menü verkauft. Das ist in diesem Fall passiert, weil ich glaube, daß viele Dinge in dieser Regierungserklärung nicht angesprochen worden sind, weil er zum Beispiel nicht den Mut hat, hier ganz klar eine Position zur Verkehrssituation in Kärnten zu beziehen. Weil er eben dieses Doppelspiel mit Semmering-Basistunnel in Kärnten ja und in Wien nein vermeiden will.

Wenn man nicht den Mut hat, hier eine klare Position zum Thema Müllverbrennung einzunehmen, nicht nur zur Strategie sondern auch zur Umsetzung am Standort und auch zur Weiterführung der rechtlichen Probleme, die der Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller von seiner Vorgängerin geerbt hat und die in eine Situation getrieben wurde, die der heutige Landeshauptmann in sehr hohem Maße mitzuverantworten hat. Geschätzte Damen und Herren, in der Regierungserklärung steht ein Satz drinnen, der bei mir großes Kopfschütteln hervorgerufen hat. Zitat: "Ich weiß, es gibt auch manche, denen ein Grundkonsens unter den politischen Kräften des Landes in wesentlichen Fragen gar nicht gefällt" Zitat Ende. Ich weiß schon, wem das nicht gefällt, nämlich der Freiheitlichen Partei, die von 1989 bis zum heutigen Tage nie an einem Grundkonsens wirklich interessiert war. Und jene, die in der Freiheitlichen Partei einen Grundkonsens erarbeitet haben, sich zu diesem Grundkonsens in der Öffentlichkeit bekannt haben, die sind heute nicht mehr in ihren Funktionen. Der Landeshaupt-

Schiller

mann-Stellvertreter Grasser hat gemerkt, daß er in dieser Partei kein politisches zu Hause hat als politischer Referent. Er ist zurückgetreten.

Die Frau Landesrätin Sickl wurde abmontiert, weil sie sich bemüht hat, diese wirklich schwierige Frage der Müllverbrennung gemeinsam zu lösen. Sie hat aber ein wie ich glaube rechtliches Tohuwabohu hinterlassen. Und ich möchte zu dieser Müllverbrennung auch von der derzeitigen Situation berichten. Ich habe vor zwei Tagen einen Brief bekommen, von jener Firma, die jetzt in Brüssel den Rechtsweg beschritten hat, den Rechtsweg einer Schadenersatzforderung, wo drinnen steht: Nach den substantiell wertlosen Antworten des Landes, die wir ihrer Meinung nach abgegeben haben, stehen sie auf dem Rechtsstandpunkt, daß nach wie vor ein Schadenersatz erhoben werden kann, egal, ob wir neu ausschreiben oder nicht. Das heißt, eine Neuausschreibung ist vielleicht mit einem wesentlich höheren Risiko verbunden, als die Überbindung des Standortes von Klagenfurt-Hörtendorf nach Arnoldstein und eine Rechtssicherheit für die KAV und die KRV. Aber alle diese Dinge sind entstanden, weil man den Weg, den man beschritten hat, falsch beschritten hat. Man hätte zuerst einen Standort verordnen müssen und dann erst einen Anbieter bzw. ein Ausschreibungsverfahren durchführen. Und es ist umgekehrt gelaufen. Deshalb sind wir jetzt in dieser schwierigen Situation.

Dieselbe Situation stellt sich dar im Wohnbaubereich. Geschätzte Damen und Herren! Ich kann mich noch erinnern als Wohnbaureferent des Jahres 1992 - und das ist das Pech des jetzigen Landeshauptmannes, daß hier jetzt jemand in der Regierung sitzt, der ganz genau weiß, wie dieser Herr reagiert, was er tut, was er denkt und was er spricht und wie das dann in den meisten Fällen nicht zusammenpaßt. Das Wohnbauförderungsgesetz 1992 war von uns konzipiert als neues Kärntner Wohnbauförderungsgesetz, das Strukturen verändert, reformiert und in die Zukunft gerichtet ist. Der Hintergrund, den die Freiheitliche Partei damals eingefordert hat oder auch versucht hat umzusetzen, war die Eliminierung der Gemeinnützigkeit. Es war der Versuch der Öffnung des privaten Wohnungsmarktes. Und

mich wundert es nicht, daß der Herr Landeshauptmann immer nur von gemeinnützigen Wohnbauträgern, die ich beileibe nicht verteidigen will, auch hier gehört reformiert und nie von privaten Wohnungsmieten spricht. Die Kollegin Kandut hat vor wenigen Monaten eine Studie herausgebracht. Da ist nachgewiesen, daß diese Privatwohnungen um 1.500,- bis 2.000,- Schilling teurer sind als die gemeinnützigen. Warum reden wir nicht auch über diese Bereiche. Warum wird nicht das Wort Privatisierung in dieser Regierungserklärung erwähnt? Ja geschätzte Damen und Herren! Haben Sie schon vergessen, daß seinerzeit die Koalition von ÖVP und FPÖ drauf und dran war in Kärnten die Wildbach- und Lawinenverbauung zu privatisieren, die Gailbauleitung zu privatisieren. Alles Dinge die deshalb nicht passiert sind, erstens einmal weil die ÖVP aus dieser Koalition ausgestiegen ist und weil die SPÖ massiv gegen diese Absichten gekämpft hat. Und das werden wir auch in Zukunft tun. Wir, Herr Kollege Wutte, sind keine Oppositionspartei, wir sind eine Positionspartei. Bei Ihnen ist das Wort Opposition über die Lippen gekommen, ich habe bis heute bei der ÖVP keine Opposition erkennen können, weder bei der Referatsaufteilung noch bei der Landeshauptmannwahl, noch bei der Frage Wernberg-Techelsberg, noch bei der Bestellung eines Vertreters in die ASFINAG. Geben Sie doch zu, daß Sie in heimlicher Ehe mit der FPÖ verbunden sind. Sie hätten auch einen Birnenbaum geheiratet, wenn er Ihnen politisch etwas genützt hätte. Das ist die Wahrheit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ihr Parteiobmann ist ein exzellenter Segler, weil er auch in der Politik seine Segel immer nach dem Wind richtet. Das ist auch der Hintergrund Ihrer Vorgangsweise.

Wir als Sozialdemokraten werden hier in den nächsten fünf Jahren genau schauen, was von diesen 19 Punkten zu denen wir stehen, das möchte ich hier auch betonen, weil Ihr eingefordert habt, ich möchte ein Bekenntnis haben ob die Sozialdemokratie dazu steht. Wir stehen dazu. Aber noch einmal der 20. Punkt ist für mich das Entscheidende. Sie, die Sie das zu verantworten haben, nämlich vor allem die Freiheitliche Partei, weil sie das Finanzreferat hat und den Landeshauptmann stellen, müssen

Schiller

die Finanzierungskonzepte zu diesen 19 Punkten vorlegen. Und Sie haben in Wirklichkeit dieses Abkommen, das wir getroffen haben, schon durchbrochen. Sie sind schon vertragsbrüchig geworden durch dieses Pilotprojekt Deutsch-Griffen. Hier steht nämlich drinnen, Ausbau der Familienförderung, sind wir auch dafür. Wir sind dafür, wir sind gesprächsbereit. Sie haben das in einer Nacht- und Nebelaktion, um hier diesen Landtag als Wahlkampfplattform zu mißbrauchen, realisiert. In Wirklichkeit ist das, was Sie hier tun, ein Wahlkampfgag, der Ihnen das Thema bis zum 3. Oktober hinaus am Leben erhält. Das ist die Realität. Es hat mir niemand von den Damen und Herren der Freiheitlichen heute beantworten können, wie Sie den Wohnbauschek finanzieren wollen. Und wenn Sie das Wort "Darlehensforderungsverkauf an Banken" in den Mund nehmen, dann muß ich sagen, da werden wir strikt dagegen sein. Sie verkaufen Familiensilber. Sie verkaufen die Zukunft derer, denen Sie den Kinderscheck geben wollen. Und da hat die Kollegin Kandut recht. Es wird sich der Kinderscheck langfristig, wenn er so finanziert werden soll, zum Kinderschreck entwickeln. Weil die Generation, die heute etwas bekommt, wird morgen dafür bitter bezahlen müssen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Da wird die Sozialdemokratie nicht dafür sein.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte abschließend zu dieser Regierungserklärung sagen, wenn sie das ist, was auf den 19 Punkten aufbaut, dann war sie die dürftigste seit 1945 im Kärntner Landtag. Wir werden als Sozialdemokraten versuchen, diese 19 Punkte im Sinne der Kärntner Bevölkerung und für die Kärntner Bevölkerung auch umzusetzen. Wir werden aber stets darauf achten, daß es keine Fehlinvestition in die Zukunft gibt, sondern Investitionen in eine gute Zukunft dieses Landes. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum

Bereich der Bildungspolitik grundsätzlich festhalten, daß mir der Aspekt, das ganze wäre eine ganzheitliche Aufgabe im Zusammenwirken von Bund, Land und Gemeinden durchaus gefällt und daß ich das unterstreiche. Allerdings heißt es noch lange nicht, daß man deswegen gleich Landesschulrat und Abteilung 6 zusammenlegen müßte, um hier eine Verbesserung der Bildungspolitik zu erreichen.

Eine Bemerkung vielleicht zu den arbeitslosen Lehrern. Wir sollten uns nichts vormachen. Es gibt eine bestimmte Anzahl von Planposten und wenn wir dort eine Vermehrung der Posten schaffen wollen, geht das nur über vermehrten Einsatz von Geld. Das ist die Wahrheit dabei.

Was die Leiterbestellung in den einzelnen Bereichen anbelangt, darf ich vielleicht noch einmal darauf hinweisen, obwohl schon öfter davon die Rede war, auch hier im Hohen Hause. Wir haben ein Objektivierungsverfahren im Bereich des höheren Schulwesens. Im zweiten Anlauf wenigstens hat es funktioniert, das heißt, wir haben jetzt ein Modell, das im großen und ganzen funktioniert. Und die letzten Bestellungen der Schulleiter im höheren Schulbereich sind einvernehmlich mit Konsens eben erfolgt, was sehr erfreulich ist. Eine völlige Umlegung 1:1 in den Bereich des Pflichtschulwesens wird nicht möglich sein, weil dieses Objektivierungsverfahren im Bereich des Landesschulrates natürlich sehr aufwendig ist und möglicherweise auch nicht sinnvoll für kleine Volksschulen anwendbar sein wird. Daher sind hier noch einige Dinge zu klären.

Einiges glaube ich, sollten wir auch hier festhalten. Es wurden ja auch Bemerkungen in Richtung des Minderheitenschulwesens getätigt. Hier denke ich, sollten wir einen Grundsatz beibehalten, nämlich jenen, daß Veränderungen nur im Dreiparteienkonsens zu erfolgen haben. Eine Forderung sage ich aber gleich vorweg kann ich persönlich nicht akzeptieren auch nicht als Bürgermeister einer zweisprachigen Gemeinde. Es ist in letzter Zeit die Forderung wieder aufgetaucht, daß es sprachlich getrennte Schulen geben sollte. Auch vereinzelt von Funktionären der freiheitlichen Partei in unserem Bezirk mitgetragen. Hier sage ich. Apartheid hat man in Südafrika abgeschafft und

Mag. Grilc

wir werden sie in Südkärnten nicht wieder einführen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Über alle anderen Dinge hat man zu reden. Es gibt hier durchaus Verbesserungsmöglichkeiten. Da sind wir uns glaube ich einig und die werden wir vermutlich auch gemeinsam eben erzielen.

Ich möchte auch bezug nehmen auf die Wortmeldung der Kollegin Cernic und im Gegensatz zum Landeshauptmann und zum Kollegen Jost ihr ein großes Kompliment aussprechen. Mir hat die Wortmeldung sehr gut gefallen. Und ich kann sehr vieles, wenn nicht überhaupt alles daraus unterstützen. Denn eines ist schon klar, so weltoffen und tolerant das klingt, so sehr steht das im Gegensatz von dem, was vor einigen Monaten hier im Koligsaal passiert ist zum einen und zum zweiten darf eines nicht passieren, daß einer sagt, wer ein guter und braver Künstler in Kärnten ist, das bestimme ich. Auf das glaube ich sollten wir alle zusammen aufpassen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Eine letzte Bemerkung was die Ausgewogenheit zwischen der sogenannten Hoch- und Volkskultur anbelangt. Ich hätte gleich einen konkreten Vorschlag, nachdem sich der Amateurtheaterverband schon des längeren vergeblich darum bemüht, eine Georg Pucher Ausstellung durchführen zu können und es lediglich an der Anmietung eines Raumes scheitert. Vielleicht könnte der Landeshauptmann seine bisherige Bilanz mit der erfolgreichen Lösung des Problems entsprechend verbessern. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt ist es endlich gelungen, sämtliche Regierungsmitglieder aus dem Saal hinauszu-bringen - *(Heiterkeit im Hause.)* bevor ich allerdings geredet habe. Bevor ich auf die eigentliche Sachthematik der Regierungserklärung Bezug nehme, wollte ich ein paar grundsätzliche Dinge dem Klubobmann Strutz sagen, aber es ist das nicht möglich, nachdem er nicht hier ist.

Ich weiß nicht, wo er prozentrechnen gelernt hat, jedenfalls diese Prozentrechnungsart, die er an den Tag legt, kann nicht stimmen. Wenn ich diesen Faden weiterspinnen würde, dann muß ich davon ausgehen, daß der vorhergehende Finanzreferent und Landeshauptmann einen Budgetüberschuß hinterlassen hat, weil nach der Prozentrechnung, die er anstellt, kommt sicherlich das heraus, wenn er meint, daß 98 % der Vorhaben schon realisiert sind, die in diesen Versprechungen enthalten sind. Es würde mich wirklich interessieren, wie er zu dieser Schlußrechnung kommt.

Meine Damen und Herren, es hat heute schon einige Male eine entsprechende Bestätigung gefunden, daß diese Regierungserklärung aller Höhepunkte bar war. Da hat es nichts gegeben, was dramatisch an Innovation feststellbar wäre, sondern das war einfach, wie man so schön sagt, eine dünne Suppe, die Einlage hat einfach gefehlt. Es hätte auch eine Regierungserklärung mit einer anderen politischen Kraft sein können, da ist aber nichts drinnen gewesen, was sich gegenüber den letzten Jahren verändert hat. Es ist genau das bestätigt worden, was in den letzten Jahren vor allem von der Freiheitlichen Partei sehr kritisch diskutiert und angeprangert worden ist. Alles das hat hier seine Fortsetzung gefunden. Offenbar war es doch nicht so schlecht, wie es hier gesagt worden ist. Ich glaube, daß es schon an einen gewissen politischen Hochmut grenzt, wenn der Klubobmann Strutz meint, daß in 40 Tagen die FPÖ mehr geleistet habe als ÖVP und SPÖ in 40 Jahren zusammen. Da ist schon ein gewaltiger Bestandteil von politischem Hochmut feststellbar.

Jedenfalls glauben wir auch, daß wir bei diesen Regierungserklärungen sehr viele gute Ansätze gesehen haben, welche die Fortführung dessen gefunden haben, was Christof Zernatto und damals die Koalition in Kärnten für notwendig befunden haben. Auch Silicon-Alps wird neuerdings positiv von der Freiheitlichen Partei getragen, im Wahlkampf war es ja noch anders. Wir haben heute gehört, es hindert ja niemand, gescheiter zu werden und mehr Einsicht in gewissen Dingen zu bekommen. Offenbar ist das auch in diesem Fall so. Das freut uns sehr. Von uns ist es ja immer mitgetragen worden und wir

Lutschounig

haben das immer als eine gute Zukunftsvision auch für unser Land empfunden. Es freut mich darüber hinaus, daß auch das Kärntenleitbild eine entsprechende Umsetzung von den politischen Mandataren und Referenten in der Landesregierung erfahren wird. Ich war jedenfalls zu meiner Zeit, als ich noch als Referent tätig war, derjenige, der versucht hat, dieses Kärntenleitbild auch umzusetzen, weil ich davon überzeugt war und nach wie vor bin, daß das ein guter Ansatz ist, wie wir Kärnten aus der vorletzten Position emporbringen können. Wir sollen nicht halbherzig dabei sein.

So war ich auch als Agrarreferent derjenige, der die Lebensmitteldachmarke eingeführt hat, weil ich meine, daß wir mit unseren natürlichen guten Lebensmitteln, die wir in Kärnten erzeugen, durchaus positive Werbung für unser Land auch im Bereich des Tourismus machen können. Somit können wir auch die Vernetzung der gesamten Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Wirtschaft, hervorufen. Das ist auch wichtig. Wir dürfen nicht mit Scheuklappen einzelne Segmente herausziehen, sondern wir müssen immer danach trachten, daß auch eine Gesamtvernetzung stattfindet.

Wenn heute auch der Holz-Cluster als positiv angezogen wurde, dann glaube ich, daß dafür sehr viele Ansätze auch in meiner Zeit als Agrarreferent gesetzt worden sind. Ich stehe auch dazu und es freut mich, daß jetzt sowohl der Wohnbaureferent als auch der Wirtschaftsreferent das als positiv empfinden. Das hat von seiten der Volkspartei alle Unterstützung in dieser Richtung, weil wir glauben, daß wir in den Bereichen sehr viele Ressourcen haben, wie wir als das Waldland schlechthin in Österreich gelten. In dieser Hinsicht wird die regionale Wertschöpfung für uns wirtschaftlich in der Zukunft ein wesentlicher Faktor sein. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Es ist wirklich wichtig, daß wir hier Gemeinsamkeiten sehen, daß wir diese gemeinsame Chance nützen wollen, um für unser Land neue Möglichkeiten auch der Arbeitsmarktpolitik umsetzen zu können. Ich habe damals als Energiereferent versucht, das Holz im Bau entsprechend unterzubringen. Wir haben die Installierung des sogenannten Faktor-4-Hauses ins Leben gerufen, wo wir versucht

haben, nur dann entsprechende Fördermittel auszuschütten, wenn auch Holzfenster Verwendung finden, weil wir einfach nicht einsehen, daß man Kunststoff- und Plastikfenster verwendet. Ich rede jetzt nicht gegen die Kunststoff- und Plastikfenstererzeuger, sondern für das Holzfenster, denn ich glaube, daß einfach unsere Ressourcen im Holzland Kärnten für das Holzfenster gegeben sind. Darum sind auch diese Ansätze, die in der Wohnbauförderung offenbar ihre Umsetzung finden, durchaus positiv und sie werden natürlich von uns auch entsprechend unterstützt.

Was die Energiepolitik betrifft, hoffe ich, daß auch mein Nachfolger Landeshauptmann-Stellvertreter Schiller so etwas wie eine energiepolitische Raumordnung in Kärnten zustande bringt, die eingeleitet worden ist. Wir haben mit Professor Fanninger versucht, diesbezüglich die ersten Ansätze zu kreieren. Es ist wichtig, daß wir uns mit den herkömmlichen stromerzeugenden Betrieben nicht in Konkurrenz stellen und daß die Alternativenergie auch dort eingesetzt werden soll, wo sie tatsächlich gerechtfertigt ist. Das wird wahrscheinlich in den peripheren Räumen sein und Gas und Strom wird eher in den Ballungszentren Einzug finden. Es sollte auch in der Zukunft so sein, daß nicht in einer Konkurrenzsituation die Dinge aufeinander zukommen, sondern in partnerschaftlich geordneter Art und Weise.

Die Strompreissenkung ist schon mit einem gewissen Pferdefuß versehen. Man darf nicht nur aus populistischen Gründen meinen, eine Strompreissenkung für alle müsse es geben. Das klingt zwar sehr gut, weil jeder von uns Strom braucht und verbraucht und somit Kosten sparen könnte. Wir wollen aber natürlich nicht eine Situation erreichen, daß durch die Strompreissenkung tatsächlich unsere etwas teurer hydraulisch erzeugter Strom nicht mehr abgenommen wird, den wir in Kärnten erzeugen. Wir sind jenes Bundesland, das den höchsten Anteil an mit Wasserkraft erzeugtem Strom hat. Es soll nicht sein, daß bei uns praktisch das Wasser ungenützt über die Wehr hinunterrinnt und wir den billigen Atomstrom aus Frankreich oder sonst wo aus der Welt beziehen. Dann

Lutschounig

würden wir, wie man so schön sagt, dem Dreck eine Watsche geben. Das ist nicht Sinn einer verantwortungsvollen Politik, auch nicht einer verantwortungsvollen Energiepolitik, daß wir nur die Kostenstruktur sehen, aber nicht all das, was damit im Zusammenhang steht. Es ist auch der Faktor unserer Stromerzeugungsunternehmen im Hinblick auf Beschäftigungspotential nicht außer Acht zu lassen, denn es würden auch sehr viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen und das kann nicht unsere Unterstützung finden.

Ein paar Worte zum ländlichen Raum, der in der Regierungserklärung total vernachlässigt worden ist. Gott sei Dank haben wir einen Referenten Wurmitzer, der sich dieses ländlichen Raumes annehmen wird und der auch gezeigt hat, daß er der Motor in dieser Regierung sein wird und der jetzt mit umgekehrten Vorzeichen, Herr Kollege Pfeifenberger, derjenige sein wird, der die anderen vor sich hertreiben wird, wie es aus dem Vokabular eures Parteiobmannes ursprünglich gekommen ist. Weil er die größte Erfahrung im kommunalpolitischen Bereich und auch als Parlamentarier hat, wird er danach trachten, daß diese Dinge auch bezüglich des ländlichen Raumes entsprechend forciert werden, daß dieser ländliche Raum mit Leben erfüllt wird, daß das nicht nur ein Schlagwort ist, sondern daß dieser ländliche Raum auch wirtschaftlich entsprechend an die Zentralräume angebunden wird und eine entsprechende Vernetzung stattfindet. Daher ist es so wichtig, bei entsprechenden EU-Förderkulissen, auch was den ländlichen Raum und die zukünftigen Ziel-2-Gebiete betrifft, daß man nicht leichtfertig die Dinge aus der Hand gibt, sondern um jeden Anteil kämpft, den Kärnten auch in der Zukunft wahrnehmen soll bzw. wo positive Ansätze in der Förderungspolitik vorhanden sind, daß man nicht leichtfertig die Dinge aus der Hand gibt, wie das leider Gottes bei einer der letzten Sitzungen in Wien der Fall gewesen ist. Georg Wurmitzer wird aber auch darauf achten, daß dabei alles rechtens zugeht. Das sehen wir als den Beitrag der konstruktiven Opposition innerhalb dieses Hohen Hauses, daß wir hier nicht prinzipiell nein sagen, sondern daß wir dort, wo tatsächlich Sach- und Fachpolitik zum Vorteil der Bürger unseres Landes im Vordergrund steht, unsere Unterstützung auch geben

werden. Das wird sicherlich eine interessante und spannende Tätigkeit werden. Das Spiel der freien Kräfte soll tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes gelebt werden und in dieser Rolle sehen wir auch unsere zukünftige Arbeit.

Die Kostentlastungsprogramme, die auch im landwirtschaftlichen Bereich für uns ein ganz wesentlicher Faktor sind, weil wir glauben, daß wir nur mit der Unterstützung von Förderungsprojekten allein nicht das Auslangen finden. Wir müssen in gewissen Phasen, wo es um Kosten geht, die es zu senkengilt, auch Kostentlastungsprogramme vorsehen. Im Agrarreferat haben wir schon einen Ansatz. Diese müssen eine Fortsetzung finden und man muß das entsprechend verlängern und prolongieren. Ich bin überzeugt, daß mit einem Finanzreferenten Pfeifenberger, der von sich immer behauptet, ein Freund der Landwirtschaft zu sein, viele Vorhaben leichter realisierbar werden. Ich freue mich jedenfalls, daß wir diese Politik der Gemeinsamkeit in Kärnten nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern tatsächlich als jenes Instrumentarium sehen, das mit entsprechend realistischer Umsetzung behaftet ist. Dazu wünsche ich uns allen viel Erfolg und viel Kraft, in Gemeinsamkeit für unser Land Kärnten auch tätig zu sein. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem LR Ing. Pfeifenberger das Wort.)

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist schon überraschend, daß die heutige Diskussion so moderat geführt wird und alle von konstruktiver Oppositionspolitik sprechen. Das ist eigentlich richtig, weil wir werden einen sportlichen Wettbewerb um die besten Ideen einleiten. *(Zwischenruf des Abg. Koncilia.)* Wenn man das vor sieben Jahren schon gemacht hätte, dann würde Kärnten heute in einer ganz anderen Position stehen, aber das ist ja das Versäumnis, das die beiden Parteien zu verantworten haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Sablatnig: Das Versäumnis der dritten Partei, hier mitzuwirken!)* Das ist das Problem. Wir hätten das schon in den letzten sieben Jahren machen können, dann wäre in Kärnten vieles besser gegangen und wir hätten

Ing. Pfeifenberger

heute eine Position, wo wir weniger Schulden, eine bessere Beschäftigungslage und auch eine bessere Wirtschaftsposition in unserem Bundesland hätten. *(Abg. Ramsbacher: Weil ihr immer dagegen wart!)*

Kärnten ist leider Gottes aufgrund dieser beiden Vorgaben der Budgetgestaltung ein Sanierungsfall geworden. Das bestätigen auch die Wirtschaftsforscher. Seit 1995 wissen wir, daß wir das Landesbudget sanieren müssen. Es ist eben leider nichts geschehen und es hat eben leider niemand den Mut gehabt, diese Dinge anzugreifen. Die Nettoverschuldung ist trotz einer sehr günstigen Einnahmenposition des Landes Kärnten weiterhin exorbitant hoch geblieben und deshalb ist auch der Spielraum für solche Maßnahmen, wie wir sie jetzt planen, ausgeblieben. Und das ist das wirkliche Problem. Wir haben in Kärnten keinen Spielraum, weil SPÖ und ÖVP es verabsäumt haben, in dieser Weise konstruktiv und zukunftsorientiert zu entscheiden und damit die Budgetproblematik in den Griff zu bekommen. *(Abg. Ramsbacher: Aber den Kinderscheck versprechen!)*

Wenn man die aktuelle Budgetsituation betrachtet, dann muß man sich wirklich fragen, wie in diesem Land gewirtschaftet worden ist. Es sind wirklich alle Kassen, die dazu hergenommen werden könnten, um einen kleinen Spielraum zu gestalten, leer. Alle Kassen wurden im Laufe des Vorwahl- und Wahlkampfes ausgeplündert. Ich sage nur ein Beispiel, Sonder-BZ: 108 Millionen Schilling sind mit dem Schubkarren hinausgekartt worden. *(Zwischenruf des Abg. Sablatnig.)* 108 Millionen Schilling sind als Sonder-BZ vor dem 7. März hinausgeschaufelt worden, Herr Kollege Sablatnig, das ist das Problem. *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Sablatnig.)* Das ist eine mutwillige Aktion. Heute ist der Gemeindereferent in der Lage, daß er überhaupt kein Projekt mehr finanzieren kann. Ich erwähne zum Beispiel die Draumöbel, für die es heute einen Betreiber geben soll, der ein bekannter Kärntner Unternehmer ist. Der hat keine Möglichkeit mehr, daß wir über die Gemeinde irgend etwas machen, um diesen Einstieg und die Erhaltung des Betriebes mit all den Arbeitsplätzen in Zukunft zu gestalten. Das war immer Sinn der Landespolitik und der

Gemeindepolitik, daß wir bei speziellen Maßnahmen auch über Sonder-BZs solche Feuerwehractionen durchführen können.

Nehmen wir die Frage der SBZ her. Es gibt keine Mittel mehr, weil die ganze Kasse geplündert wurde. Alle haben diese Zuweisungen an die Gemeinden gemacht, wo es keine Projekte gibt; wo es keine Erklärung gibt, was die Bürgermeister mit diesem Geld überhaupt tun werden. Es gibt keine Projekte. *(Abg. Ramsbacher: Das ist ja nicht dein Geld!)* Aber das Geld ist zugesagt. Und das Geld ist fort! Die Kassen sind leer!

Ein weiteres Beispiel: Für das Verditz oder in Oberkärnten für die Emberger Alm könnte man wirklich etwas tun, weil das gerade im sportlichen Bereiche eine sehr interessante Sache ist. Da geht es um ein Zentrum für den gesamten Drachensport Europas. Da hätten wir die Chance, daß wir eine Europameisterschaft auf die Emberger Alm bekommen. Wir haben aber heute keine Mittel mehr, um dieses Projekt zu realisieren, weil keine Sonder-BZ vorhanden sind. Mir tut der Herr Kollege Wurmitzer, ehrlich gesagt, leid! Das waren die Kollegen Zernatto und Ausserwinker, die das alles verräumt haben - und das Geld ist fort. Das war eine sinnlose Zuweisung! Die Gemeinden haben das Geld draußen, und kein Mensch kann das mehr rückgängig machen. *(Lärm in der ÖVP-Fraktion)*

Ein weiterer Aspekt: Der Herr Landeshauptmann und Kulturreferent hat in seinem Budget keinen Schilling mehr für kulturelle Maßnahmen vorgefunden. Keinen Schilling! Alles wurde zugesagt. Berge von Akten sind da hinausoperiert worden. Und heute haben wir kein Budget mehr für das Jahr 1999 - bitte, nicht für die Vergangenheit -, sondern für das Jahr 1999 ist alles verbraucht. Dem Herrn Landeshauptmann haben wir aus den Verstärkungsmitteln 340.000,- Schilling zugewiesen, damit er überhaupt in seiner Funktion als Kulturreferent tätig werden kann. Das ist die Situation. Das ist eine Schande für das Land Kärnten! *(LR Wurmitzer: Gut, daß wir noch Verstärkungsmittel gehabt haben!)* Ja, da gibt es noch ein paar.

Auch im Bereich der Verstärkungsmittel hat es 11 Millionen Schilling gegeben. Übrig geblieben

Ing. Pfeifenberger

sind nicht einmal mehr 3 Millionen Schilling. Heute haben wir den 27. Mai. Wo bleibt der Rest des Jahres? So wurde in Kärnten gewirtschaftet!

Oder der Diplomatenempfang in Kleinkirchheim: Kein Mensch hat sich gefragt, wer das zahlen wird. 650.000,- Schilling hat der Diplomatenempfang gekostet. Geholfen hat es keinem einzigen, und Kärnten hat auch nichts davon gehabt. Die Bürger haben auch nichts davon gehabt. Da frage ich mich: Wie wird hier mit dem Geld umgegangen?! Das ist wie ein Selbstbedienungsladen. (*Lärm im Hause*)

Genauso wie man seinerzeit den KONSUM geführt hat und die alte Olympiagesellschaft geführt hat: genauso schaut es in den Landeskassen aus. Es ist nämlich in Wirklichkeit ein Sanierungsfall. Es ist eine Konkursmasse, die ich da zu übernehmen hatte. So ist es! Das ist die Tatsache!

Nächster Punkt: Da hat es einen sogenannten Deal gegeben, daß man geplant hat, mit dieser stillen Reserve, die es da noch irgendwo gibt (aus Kreditübertragungen des Jahres 1998), eine großangelegte Parteienförderung zu machen. Das war zwischen ÖVP und SPÖ gedealt - nur haben wir nicht mitgespielt. Gott sei Dank gibt es noch eine Partei in diesem Lande, die nach dem Rechten schaut. (*Abg. Sablatnig: Aber, Herr Kollege, die Anregung ist von eurem Parteiobmann gekommen!*) Wo denn?! Über das können wir lange diskutieren.

Der Herr Landeshauptmann (*gemeint ist Alt-LH Dr. Zernatto*) hat selbst diesen Vorschlag gemacht: Es gibt eine geheime Kasse von in etwa knapp 100 Millionen Schilling, die er für die Parteienfinanzierung, für die Entschuldung der zwei Parteien, heranziehen möchte. Das sind Kreditübertragungen aus dem Jahr 1998; eine Stille Reserve, die damit quasi verbraucht worden wäre. (*Abg. Sablatnig: Haben wir eine Reserve von 100 Millionen Schilling? - Das ist ein riesiger Widerspruch, wenn man sagt, daß das Land kein Geld mehr hat, und du hast gesagt, wir haben noch 100 Millionen!*) Nein, das ist kein Widerspruch. (*Abg. Mitterer: Er kann sie ja nicht angreifen!* - *Abg. Sablatnig: Ein Widerspruch: Wenn man 100 Millionen entdeckt und sagt, daß das Land kein Geld hat.*)

Nein, nein. (*Abg. Sablatnig: Früher haben Sie gesagt: 100 Millionen Schilling*) Ich habe genau gesagt, wo kein Geld mehr ist: im Kulturbudget. Da hat es ja überall einen Budgetansatz gegeben. Es ist nicht so, Herr Sablatnig, daß man jetzt sagen kann: Wir transferieren von einem Budgetansatz zum anderen. Es hat ja jeder Referent die Verantwortung, in seinen Voranschlägen genau zu wirtschaften und das Geld nicht für andere Zwecke zu verwenden! (*Abg. Sablatnig: Woher sind die 100 Millionen zurückgelegt?*)

Die 100 Millionen kommen aus dem Titel der K-Übertragungen. Diese 100 Millionen Schilling werden wir dazu verwenden, daß wir eine Lehrlingsoffensive starten, und zwar für jene jungen Leute, die heute keine Ausbildung haben und die keinen Lehrplatz haben! Damit werden wir auch die Wirtschaftskammer "in die Zange nehmen", so daß die Wirtschaftskammer und die Wirtschaft selbst auch einmal bereit ist, für die Lehrlinge auch Geld zu setzen. Auch die Arbeiterkammer werden wir dazu auffordern. Das wird das Projekt werden! Damit werden wir das zielgerecht und ordentlich einsetzen. (*Abg. Hinterleitner: Herr Kollege, was versteht man unter "in die Zange nehmen"? Ist das ein Ansatz für eine wirtschaftliche Partnerschaft, wenn wir von einer "Zange" reden? - Lärm im Hause.*)

Herr Kollege Hinterleitner! Die Wirtschaftskammerfunktionäre sollten sich einmal Gedanken machen, wie man den Jungunternehmern heute entgegenkommt und einmal versucht, diese ganze Einverleibungsgebühr zu liquidieren! Die ist die größte Schweinerei! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Das ist die unternehmerfeindlichste Aktivität, die die Wirtschaftskammer aufzubieten hat! (*Abg. Sablatnig: Wieviel Lehrstellen hast du in deinem Betrieb eingeführt?*) Das ist das Problem! Heute kann keiner Jungunternehmer werden, weil ihm die Wirtschaftskammer im Weg steht. Das ist das Problem, weil Sie in Wirklichkeit nicht bereit sind, sich einmal offensiv als Dienstleistungsunternehmen darzustellen und den Unternehmern eine Hilfestellung zu bieten (*Abg. Sablatnig: Ist das eine Wahlveranstaltung der FPÖ-Fraktion? - Lärm in der ÖVP-Fraktion.*) - aber nicht herzugehen und zuerst das Geld einzukassieren, damit der dann schon

Ing. Pfeifenberger

überhaupt keinen Mut mehr hat, einen Betrieb zu gründen. Das ist die Situation. *(Weiterhin Lärm in der ÖVP-Fraktion. - Vorsitzender: Am Wort ist Herr Landesrat Pfeifenberger, bitte! - Abg. Koncilia: Bist du jetzt Regierungsmitglied oder Oppositionsabgeordneter?!)* Ich bin Wirtschaftsreferent, Herr Kollege Koncilia. Und als solcher rede ich hier! Ich weiß, was draußen los ist. Da brauchen Sie mir keine Vorhaltungen zu machen! *(Abg. Koncilia: Ich weiß auch, was draußen los ist! Ich weiß auch von Ihnen viel!)*

Es geht ja auch um das Budget. Es ist heute angeklungen, daß es keine Budgetplanung und keinen Budgetentwurf gibt. Es wird alles zeitgerecht erfolgen. In der nächsten Regierungssitzung werden die Budgettrichtlinien eingebracht werden. *(Abg. Hinterleitner: Aber "in die Zange nehmen", das ist kein neuer Ansatz für ein Regierungsmitglied! - Lärm im Hause.)*

Die Budgettrichtlinien für das Jahr 2000 und die Budgettrichtlinien für den Zeitraum 2000 bis 2004: Da geht es darum, daß wir die Maastricht-Kriterien einhalten; daß wir unseren Stabilitäts-pakt einhalten und wo wir vor allem deshalb alle gefordert sind, weil wir im Jahr 2000 um 400 Millionen Schilling weniger Einnahmen haben werden, trotzdem eine Nettoneuverschuldung von unter einer Milliarde erreichen werden müssen. *(Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion)* Der Kinderscheck - du bist schlecht informiert - wird außerbudgetär finanziert. Der hat mit dem Budget überhaupt nichts zu tun. Das sind unsere hervorragenden Ideen, die wir dafür einsetzen, daß wir Sonderfinanzierungen auch noch machen können. *(Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Am Wort ist Landesrat Pfeifenberger, bitte!)* Herr Präsident, ich würde bitten, daß sich die Abgeordneten einmal beruhigen, damit ich in Ruhe weiterreden kann. *(Abg. Hinterleitner: Ich würde bitten: Der Herr Landesrat muß sich auch einmal beruhigen!)* Ich beruhige mich schon. *(Vorsitzender: Herr Landesrat, ich bitte dich, zu sprechen!)*

Ausgabeneinsparungen: Wir müssen davon ausgehen, daß wir diesen Landeshaushalt in Ordnung bringen, den ja Sie letztlich auch zu verantworten haben. Sie haben ja diese Inliquidity und diese Verschuldungspolitik in Kärnten eingeleitet und nicht bereinigt! *(Abg.*

Sablatnig: Das stimmt ja nicht. Das ist komplett falsch! - Lärm im Hause.) Wir müssen jetzt diese Dinge klären! Dieser Landeshaushalt muß saniert werden!

Deshalb wird es notwendig sein, daß wir im Ermessensbereich zumindestens 10 % einsparen; daß wir auch im Pflichtbereich Kürzungen vornehmen (das betrifft vor allem den Bereich der Krankenanstalten und sonstige Pflichtbereiche) und daß wir beim Personal eine sehr - wie soll ich sagen -, sehr enge Budgetplanung vornehmen. Wir werden mit 1 % die Vorgaben festlegen, damit wir im unteren Bereich etwas machen können, aber in den oberen Bereichen absolut eine gänzliche Streichung vornehmen können. Es ist nicht einzusehen, daß die Bezieher geringer Einkommen über den Tisch gezogen werden und damit durch den Rost fallen.

Diese Maßnahme wird umgesetzt werden. Ich freue mich schon auf die Budgetverhandlungen. Es wird niemand verstehen - auch in der Bevölkerung nicht -, daß wir mit einem Gesamtverbindlichkeitenstand von 22 Milliarden Schilling *(Abg. Sablatnig: Stimmt ja nicht!)* jetzt nicht in der Lage sind, Einsparungen vorzunehmen und eine Trendwende einzuleiten, Herr Kollege! Es muß eine Reform der Budgetpolitik geben! So können wir dieses Land nicht mehr weiterverwalten! Das ist eine konkursreife Firma, wenn wir so weiterarbeiten.

Wir haben eine Chance: Wenn wir alle antreten und diese Dinge in den Griff bekommen, dann wird es ein Jahr lang Einschnitte geben. Dann haben wir aber in den Folgejahren moderate Zuwächse, wo wir das Budget absolut in den Griff bekommen.

Wir können - wenn wir wollen; und das ist mein Ziel! - die Budgetkonsolidierung so fortführen, daß wir am Ende dieser Legislaturperiode eine Nettoverschuldung Richtung null haben. Das ist das Ziel! Und das ist anzustreben! Sonst haben wir in Kärnten keine Freiräume mehr. Sonst können wir keine sozialpolitischen, keine familienpolitischen und keine wirtschaftspolitischen Schwerpunkte mehr setzen. Wir können nur mehr ein Budget verwalten. Aber dazu bin ich nicht zu haben! Ich bin nicht der Masseverwalter der SPÖ- und ÖVP-Regierung. Das sage ich

Ing. Pfeifenberger

Ihnen, Herr Sablatnig! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Wir haben unsere Ideen schon eingebracht. Wir sind ja schon so weit. Wir haben Reformvorschläge bereits in Gang gesetzt. Es läuft bereits die Vorbereitung zur Emission der gesamten Wohnbaurlehensforderungen. Es hören ja die Zurufe auch aus den anderen Bereichen nicht auf. Alle Banken sind dafür! Es sind auch internationale Wirtschaftsfachleute dafür. Das wird in ganz Europa gemacht! *(Abg. Sablatnig: Willst du das Vermögen, die Schulden verkaufen?)* Das ist ein modernes Finanzmanagement - und nicht mehr. Das hätten Sie, Herr Kollege Sablatnig, vor fünf Jahren auch machen können, aber nur ein bisserl gescheiter! Nicht Wohnbauförderung verkaufen und dann so schlecht verkaufen, daß nichts hereinkommt. Das ist der falsche Weg.

Wir werden sie emissionieren; wir werden sie am Kapitalmarkt anbieten. *(Zwischenruf von LR Wurmitzer:)* Werden wir sehen. Wenn es im Sinne des Landes Kärnten ist, Herr Kollege Wurmitzer, dann werden wir sehen, was die Bevölkerung dazu sagt. *(LR Wurmitzer: Es kommt darauf an, daß ihr eine Mehrheit finden werdet?)* Das wird sich alles herausstellen. *(LR Wurmitzer: Wenn ihr so agiert.)* Wer gegen dieses Land regiert, *(LR Wurmitzer: Tu dich ein bisserl beruhigen!)* der wird auch gegen die Bevölkerung regieren. *(LR Wurmitzer: Nicht hysterisch werden!)* Nein, kein Problem! *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen: Am Wort ist Herr Landesrat Pfeifenberger, bitte!)*

Wir werden weiters eine Landesholding ... *(Zwischenruf von LR Wurmitzer)* Darf ich ausreden! Wir werden weiterhin das in Bewegung setzen, was auch vor fünf Jahren hätte gemacht werden sollen, das heißt die Schaffung einer Landesholding, wo alle Beteiligungen professionell verwaltet werden und wo wir aus diesem Beteiligungsinstrumentarium auch eine zusätzliche Wertschöpfung für unsere gesamte Budgetpolitik und für unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen vornehmen können.

Wir werden auch den Umbau der Krankenanstalten vornehmen, wo wir heute eine Abgangsdeckung von mehr als 2 Milliarden verursachen. Und da bin ich sehr dankbar, Herr Kollege Sablatnig. Die Vorschläge habe ich mir

sehr genau angehört. Da ist sehr viel Phantasie drinnen. Ich muß ehrlich sagen, da bin ich absolut dafür, daß wir diesen Weg gehen sollten: Schwerpunktkrankenhäuser mit einer Spitzenmedizin. Aber alles, was wir draußen besser machen können, das werden wir auch versuchen, auszulagern. Wir werden auch die Ärzte dafür gewinnen. Die werden froh sein, wenn wir draußen auch noch eine Wertschöpfung im medizinischen Bereich zulassen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Wir werden es aber nicht unterlassen, daß wir im medizinischen Bereich auch weiterhin in die Zukunft investieren; daß wir dort vor allem neue Technologien, neue medizinische Überlegungen anstellen, um nicht auf dem Stand von jetzt stehen zu bleiben, sondern uns weiterzuentwickeln und diese Mittel weiterhin zur Verfügung zu stellen, damit wir diesen strukturellen Umbau der Krankenanstalten vornehmen können.

Aber eines muß schon gesichert sein: daß man eine so große Firma wie die Krankenanstalten - das ist der größte Arbeitgeber Kärntens - nicht so führen kann, wie man das bis dato geführt hat. Das ist nicht drinnen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Dafür werde ich mich mit Sicherheit einsetzen, daß wir solche Dinge nicht zulassen: daß wir unprofessionell, ohne Controlling, ohne einen Leistungskatalog, ohne strategische Ausrichtung *(Zwischenruf des Abg. Arbeiter)* das Geld da hineingeben. Und der Herr Betriebsrat macht da draußen seine eigene Politik! Das kann es nicht sein! *(Abg. Arbeiter: Aber geh! - Abg. Koncilia: Aber dich wird er nicht fragen!)*

Bereich der KWF-Richtlinien: Da möchte ich den Herrn Kollegen Wutte zitieren. Es war von mir nie geplant, den KWF in die Gesamtverwaltung (operativ oder personell) einzugliedern! Bittschön, in einer Zeitung ist es dezidiert geschrieben worden. Ich will nur, daß das Budget in die Budgetverwaltung des Landes kommt. Und das aus einem ganz bestimmten Grund: Wir müssen diese Wirtschaftsförderung dynamisch gestalten - aber nicht statisch! *(Abg. Dr. Wutte: Du mußt aufpassen, was du sagst!)*

Wir haben heute das Problem, daß sich da gar kein Spielraum mehr ergibt; daß eine fixe Summe festgeschrieben wird. Und mit dieser

Ing. Pfeifenberger

Summe muß der KWF heute arbeiten. Es kann ja durchaus sein, daß in einem Jahr mehr Betriebsansiedelungen, mehr Beteiligungskapital, mehr Aktivität in wirtschaftlicher Hinsicht zu setzen sind und daß wir das loslösen müssen, von einer statischen Budgetierung beim KWF. (*Abg. Dr. Wutte: Du kannst eh mehr geben. Das ist ja die Mindestsicherung!*) Wir können ein anderes Jahr dann wieder weniger einsetzen. Aber ist im Grunde genommen ist es ja so, daß wir heute Projekte hätten - aber die nicht mehr fördern können, weil wir finanziell ausgeschöpft sind.

Wir werden das auch in Zukunft nicht in Form von Krediten und Haftungen, sondern von echtem Beteiligungskapital machen. Das ist der neue Weg! Mit den neuen Kuratoren werden wir das so einvernehmlich lösen. Wir werden die Richtlinien erst dann festlegen, wenn auch eine Lehrlingskomponente drinnen ist. Warum soll das Land heute Förderungen hinausgeben, aber kein Betrieb ist dazu angetan und dazu verpflichtet, Lehrlinge zu beschäftigen? Das ist doch nicht einsichtig! Wir können das Geld auch dann hinausgeben, wenn wir diese Lehrlingsverpflichtung drinnen haben und daß die Betriebe bereit sind, auch Lehrlinge auszubilden. Dann gehen wir in die richtige Richtung, das heißt dann haben wir eine vernetzte Wirtschafts- und Sozialtangente drinnen. Damit werden wir auch den Zuspruch der jungen Leute und ein Instrument gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben.

Wir werden weiters eine Jungunternehmeroffensive starten. (*Lärm im Hause. - Vorsitzender: Ich ersuche um mehr Disziplin, meine Damen und Herren Abgeordneten!*) Kümmern Sie sich einmal in der Wirtschaftskammer um Ihre Belange und bringen Sie dort ein bisserl Schwung hinein, damit wir die Jungunternehmer besser fördern; daß wir die Jungunternehmer auch ein bisserl mehr motivieren können!

Das weiß ja heute gar niemand, daß es bei Ihnen in der Wirtschaftskammer eine Jungunternehmeroffensive gibt, weil Sie nur Ihre eigenen Mitglieder anschreiben. Aber die breite Masse weiß nichts davon. Ihre ganzen Veranstaltungen sind ja zum Scheitern verurteilt, weil Ihr nicht einmal in der Lage seid, das zu publizieren. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Wir werden auch weiter diesen Konsolidierungskurs einhalten. Wir werden auf jeden Fall die Netto-Verschuldung nicht um Null bewegen. Wir werden natürlich alle Budgetansätze von unten nach oben rechnen. Und da werden wir uns sehr viel Arbeit antun und wir werden Nächte verbringen, um uns das genau anzusehen. (*Zwischenrufe im Hause. - Ein Geräusch wie ein Morsezeichen ist zu hören. - Gelächter im Hause.*) Und das bin ich. Ich bin in Wirklichkeit dazu gezwungen, denn ansonsten (*Abg. Lutschounig: Das ist immer, wenn man die Unwahrheit sagt. - Gelächter im Hause.*) Ich will auf jeden Fall jeden Budgetansatz genau kontrollieren so wie das auch in anderen Bundesländern - (*Vors.: Ich weiß nicht, Herr Landesrat, haben Sie ein elektronisches Geräte dort? - LH Dr. Haider: Der Herr Landesrat wollte jetzt gerade die ÖVP loben.*) Auf jeden Fall, geschätzte Damen und Herren, wird es notwendig sein, daß wir jeden Budgetansatz ganz genau untersuchen auf Nutzen, auf Wirksamkeit, aber auch auf Notwendigkeit. Es gibt viele Bereiche, wo wir absolut auch einvernehmlich festlegen können, daß wir gewisse Dinge vielleicht nicht machen, gewisse Dinge vielleicht stärker berücksichtigen, wo wir mehr Effekt und mehr Nutzen erzielen und vor allem wo wir dann auch der Bevölkerung beweisen können, daß wir unser Landesbudget und unsere Mittel, die uns zur Verfügung stehen, auch zielgerichtet einsetzen und nicht einfach belanglos irgendwas produzieren, irgendwas projektieren, irgendwas initiieren und damit dem Land riesige Abgänge verursachen und damit in Wirklichkeit der Bevölkerung überhaupt nicht helfen. In Zukunft muß das Geld so verteilt werden, daß wir diese Mittel zum Bürger bekommen, daß heißt, daß wir zielgerichtet die Mittel in Richtung Bürger einsetzen und daß der Bürger dieses Landes einen Effekt erzielt. Ob das im wirtschaftlichen Bereich ist, wo wir sagen, wir können damit mehr Beschäftigung forcieren, oder im familienpolitischen Bereich, wo wir damit eine Einkommensverbesserung installieren, wo wir einfach Maßnahmen setzen oder auch in der Arbeitslosenpolitik, wo wir einfach versuchen, daß wir die Dinge dort so regeln, daß wir konzentriert mit Geldmittelflüssen dort eingreifen können und damit diese Verbesserung herbeiführen.

Ing. Pfeifenberger

Ich will nicht, das sage ich ausdrücklich, ich will nicht der Masseverwalter dieser ÖVP-SPÖ Situation sein. Das sage ich ausdrücklich. (*Unruhe im Hause. - LR Wurmitzer: Dann mußt du zurücktreten!*) Ich will dieses Budget rasch verlieren und ich möchte mich dann für die Zukunftsentwicklung und für die Einkommensverbesserung in diesem Land zur Verfügung stellen und nicht für etwas anderes. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Haller das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Haller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat, jetzt bin ich dran! Ich habe jetzt dem Herrn Landesrat Pfeifenberger zugehört und es sind ein paar Dinge für mich ziemlich klar herausgekommen. Erstens einmal hat das Vokabel Konkurs offensichtlich für ihn eine gewisse Traumafunktion. Bitte befreie dich davon, sonst wird wahrscheinlich die Hektik deiner nicht ganz einfachen Situation und Geschäfte zu schwer werden zum einen. Zum anderen darf ich nur eine Bemerkung machen. Die Ambitionen in Richtung Budgetkonsolidierung sind in Ordnung. Wir werden aber, und das stelle ich für unsere Fraktion jedenfalls ganz unmißverständlich fest, schon größtes Augenmerk darauf legen, daß diese Budgetkollidierung nicht nach irgendwelchen willkürlichen Aspekten und auf dem Rücken der Bediensteten des Landesmonopols funktionieren kann. Ich glaube, dafür wird sich niemand von uns hergeben zum einen. Und zum anderen werden wir es nicht zulassen, daß das Land verpfändet wird und das Tafelsilber so gut wie verscherbelt wird. Das solltest du dir aus dem Kopf schlagen. (*Abg. Dr. Strutz: Das Tafelsilber kann man gar nicht mehr verscherbeln, das habt Ihr in den letzten Jahren schon verpfändet.*) Ich gehe einmal wahrscheinlich doch wohl auch recht in der Annahme, daß sich dafür auch die ÖVP-Fraktion schwerlich hergeben wird. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Und jetzt Kollege Strutz zu dir. Eine Kurzkomentierung der bisher getätigten Aussagen veranlaßt mich noch einmal ans Rednerpult zu kommen. Zunächst möchte ich dich

einmal höflich darum bitten, mich in diesem Plenum niemihr zu loben, weil was Schlimmeres kann mir nicht passieren. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Du hast mit deiner Aussage, daß 98 Prozent der Wahlversprechungen bereits erfüllt sind, zwar die Lacher auf deiner Seite gehabt, aber nicht deshalb, weil das eine besonders humorige Aussage war, sondern weil sie schlichtweg falsch ist, das einmal nur zur Klarstellung. Aber auch ich quittiere das mit der nötigen Portion Humor.

Was deine Bemerkung anlangt, ich hätte in meiner Ära als Gemeindereferent Bedarfszuweisungen verscherbelt oder verplumpert, wie du glaube ich gesagt hast, darf ich den Kollegen Wurmitzer zum Zeugen dafür aufrufen, daß ich bis zum Tage meiner Funktion in der Regierung sicherlich nicht einen Groschen ausgegeben habe, der heute den Gemeindereferenten in seinem Gestaltungsspielraum einengt. Das darf ich nur einmal dazu sagen. Und wenn es darüber hinausgehende Verpflichtungen gibt, die ich für das Land übernommen habe, dann nur aus der Sicht langfristiger Projekte, von denen im übrigen alle Bürgermeister dieses Landes in irgendeiner Form profitiert haben.

Der nächste Punkt, Kollege Strutz und dies war wirklich eine bösertige Behauptung. Aber offensichtlich beziehst du die Legitimation für solche Behauptungen einfach aus dem Umstand, daß du glaubst, du kannst hier sagen was du willst, es bleibt eh ungeprüft und unkommentiert. Daß in den letzten Jahren keine einzige neue Kinderbetreuungseinrichtung geschaffen wurde, ist so ein Unsinn, daß man ihn nicht mehr überbieten kann. Es sind in den letzten Jahren in Wahrheit über 200 Millionen Schilling für Kindergartenplätze eingesetzt worden. (*Abg. Dr. Strutz: Bauten!*) Nicht nur Bauten. (*Abg. Dr. Strutz: Warum haben wir dann nach wie vor so einen Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen?*) Der Bedarf wird auch weiterhin vorhanden sein und wir sollten alles tun, um ihn schön langsam aber sicher abzudecken.

Der letzte Punkt. Und das ist mir ein besonderes Anliegen, das noch zu bemerken. Der Kollege Grilc hat mir aus der Seele gesprochen, vor allem aber die Kollegin Cernic, die das sehr

Dr. Haller

schön formuliert hat. Es darf in der Frage der Beurteilung von Qualitäten, ob in der Kunst, ob in der Frage der Qualität der Arbeit von Beamten, ob in der Qualität von sportlichen Einrichtungen, kein Bewertungsmonopol geben. Ich würde auch ein Bewertungsmonopol in der Person des Landeshauptmannes nicht verstehen und nicht akzeptieren können. Auch dann nicht, wenn diese Person ausgestattet ist mit einem zentralen Machtapparat, indem er diese Bewertungen tatsächlich vornimmt. Hier wenden wir uns ganz klar gegen diktatorische Ambitionen dieser Art und dafür werden wir ganz sicherlich kein Verständnis haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Gemeindereferenten LR Wurmitzer das Wort.)

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Einige Feststellungen zu Beginn.

Das erste, eine wichtige Feststellung, der Wahlkampf ist vorbei. Jetzt erwartet die Bevölkerung von Kärnten nicht mehr, daß hier wahlgekämpft wird, sondern daß darüber nachgedacht wird, wie die kommenden fünf Jahre bestmöglich im Interesse der Bevölkerung zu nutzen sind. Ich darf das sagen.

Ich habe auch das Gefühl, daß manche in dieser Reihe da, ihre neue Rolle noch nicht verstanden haben. Die Rolle des Finanzreferenten kann nicht darin bestehen, daß er der Hauptattackierer auf die Abgeordneten ist, die die Finanzhoheit haben. Die Frage des Finanzreferenten haben wir in diesem Hause immer so verstanden und ich bin jetzt das 16. Jahr hier, allerdings mit Unterbrechung, *(Abg. Koncilia: Aber er kann nicht zuhören.)* - Ich nehme an, er wird ein Protokoll lesen, wenn er nicht zuhören kann. - daß der Finanzreferent immer derjenige ist, der mit großer Gelassenheit, mit innerer Ruhe, die Finanzen dieses Landes verwaltet hat, der genau gewußt hat, was ist möglich, was ist nicht möglich.

Und Kollege Pfeifenberger, ich würde dich ersuchen, daß du so höflich bist, daß du mir jetzt

auch zuhörst. Ich darf dir einige Dinge sagen, als doch vielleicht der Ältere. Aber ich bin nicht der Lehrer, das will ich nicht sein. Man wird selber nicht besser, wenn man im Zorn zurückschaut. Es nützt nichts. Es hat dich auch niemand gezwungen, ein Erbe anzutreten, daß du nicht antreten willst. *(LR Pfeifenberger: Das mache ich für Kärnten!)* Es hat dich niemand gezwungen, auch in Kärnten hat dich niemand gezwungen. Es ist schön, daß du so engagiert bist, aber es hat dich generell niemand gezwungen. Das einmal klipp und klar. Es soll niemand das Gefühl haben, daß er in eine Rolle gepreßt wird, in der er sich nicht wohlfühlt. *(LR Pfeifenberger: Ich fühle mich wohl.)* Eine Erregung ist ein Zeichen, daß man sich in einer Rolle nicht wohlfühlt. Wer sich in der Rolle wohlfühlt, wird nicht erregt, der macht das mit Gelassenheit.

Ich habe auch festgestellt, daß offenbar nicht nur der Platz des Landeshauptmannes, sondern mittlerweile auch diese Regierungsbank zu rauschartigen Zuständen führt und emotionellen Ausbrüchen, die ich eigentlich sonst nur vom Platz eins kenne. Ich habe hier den Wagner und andere schon erlebt und heute habe ich auch wieder sehr rauschartige und kraftvolle Reden erlebt. Das alles hilft nicht. Das ist zwar alles schön, auf der politischen Bühne klingt das alles schön. Aber Kollege Pfeifenberger, von dir verlange ich Sachlichkeit. Wenn du heute von Liquidität sprichst, dann sagst du einfach und schlicht die Unwahrheit. Ich sage dir das. Ich verwende kein anderes Wort. Dann verschweigst du, daß im Rechnungsabschluß des Jahres 1998 um rund 250 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stehen als du vorher hattest. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - LR Pfeifenberger: Nettoverschuldung!)* Jetzt rede nicht von der Nettoverschuldung, rede einmal vom Abgang, daß zwischen prognostiziertem, Abgang und dem eingetretenen ein Unterschied von 250 Millionen besteht, der positiv für das Land ist, den du jetzt zur Verfügung hast. Das ist bitte ein Werk deines Vorgängers. Und es ist ein Faktum. Du wirst den Rechnungsabschluß diesem Haus zu präsentieren haben. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, daß du mir sagst, es ist nicht so. Ihr habt mehr Schulden gemacht. Wenn du das beweisen kannst, bitte lege es auf den Tisch. Es ist nicht so. Und über die Wahrheit

Wurmitzer

und über die Fakten braucht man bekanntermaßen nicht streiten. Wenn man in gleichem Atemzug dann von Illiquidität spricht, dann ist man als Finanzreferent grob fahrlässig gegenüber diesem Land. Und das werfe ich dir jetzt in diesem Zusammenhang vor. Du bist nicht seriös. Wenn du seriös wärest, dann dürftest du den Begriff Illiquidität hier nicht in den Mund nehmen. Wenn du seriös wärest, dann darfst du nicht von einer konkursreifen Firma sprechen. Und Kollege Strutz, du hast schon vor zehn Jahren in diesem Hause vom Bankrott in Kärnten gesprochen. Alles andere ist eingetreten. Und bitte vergeßt eines nicht in diesem Lande, vergeßt eines nicht in diesem Haus, daß in diesen Jahren gewaltige Leistungen vollbracht worden sind, die das Land insgesamt weitergebracht haben. Ich sage das so deutlich, weil ich glaube, daß mit dieser heutigen Debatte - ich hoffe es zumindest - wenigstens einmal der Wahlkampf beendet wird. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - LR Pfeifer: Kein Problem!)* Du wirst sehr bald daraufkommen, daß du der sein wirst, der Partner braucht für deine Maßnahmen. Und daß da nicht deine Gegner sitzen, sondern daß diejenigen sitzen, die du brauchen wirst, um deine Maßnahmen so gut und schön wie sie auch immer sein werden nur von einer Mehrheit dieses Hauses getragen werden können und nicht anders. Und daher heißt es nicht: Ich werde und wir werden, sondern ich werde versuchen, dem Hohen Hause das beizubringen, daß wir das vielleicht gemeinsam bewältigen. Und das sind keine kleinen Dinge, die vor uns stehen und daher sage ich, um den Konsens wird der Finanzreferent nicht mehr herkommen. Und wenn er sich so betätigt, wie der Oberschläger und wie der Wahlkämpfer Nummer eins, dann verkennt er seine Rolle. Entschuldige, daß ich dir das sagen muß, aber es ist so. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Und die Begriffe "Scherbenhaufen" und "Masseverwalter" möchte ich hier nicht mehr hören. Es muß unser Auftrag sein und auch der Kassensturz ... *(Zwischenrufe im Hause.)* - Es ist alles nicht seriös. Da wird davon gesprochen, daß das Land eine Verschuldung von 21 Milliarden Schilling habe.

Wer den Rechnungsabschluß 1998 liest, der sieht, es sind 13,16 Milliarden Schilling und nicht eine Million mehr und nicht eine Million

weniger, und dazu stehen wir. Ich rede von Schulden, so ist es in den Medien gestanden und weitergegeben worden. Ich stehe zu dem, was ist. Und ich verlange von dir auch, daß du zu dem, was ist, stehst und daß du die Zahlen, so wie sie hier sind, auch anerkennt. Nur dann wird es möglich sein, daß wir gemeinsam zu einem Weg finden, auf dem es gemeinsam weitergeht.

Uns wird man nicht fragen: Wie lange wart ihr denn in diesem Haus? Das wird uns niemand fragen, denn das ist dem Bürger von Kärnten wurscht. Man wird uns fragen: Freunde, wo habt ihr euch gefunden? Ich sage das, was ich schon beim Regierungsprogramm gesagt habe: Wenn es uns nicht gelingt, in Grundsatzfragen eine gemeinsame Position zu beziehen, dann holt uns insgesamt als Politiker der Teufel. Das wird es also sein. Daher sage ich: Ich persönlich und meine Fraktion, wir sind für eine konstruktive Mitarbeit bereit. Wenn wir aber jedesmal auf den Kopf geschlagen bekommen, was wir für Versager oder Konkursler sind, dann wird es ein bißchen schwer werden. Dann suchst du dir aber den Stil, Kollege Pfeifenberger, selbst aus. *(LR Ing. Pfeifenberger: Einmal muß ich das sagen!)* Wie oft du es sagen willst, ist deine Sache, aber du wirst genau das Echo bekommen, das du verursachst und nicht ein anderes. Deswegen ist es gescheiter, wenn du nicht schräg in den Wald hineinschreist, wenn du keine schräge Antwort haben willst. Das darf ich dir ganz deutlich sagen.

Jetzt komme ich zu meinem Thema. Ich habe mir natürlich auch für den Bereich, den ich zu verwalten habe, Gedanken gemacht. Der ist nicht klein. Ich weiß, daß ich das nur in gemeinsamer Übereinstimmung tragen kann und daß es auch um finanzielle Fragen geht. Wenn ich an den Bereich Landwirtschaft denke, dann wird es notwendig sein, die Kofinanzierung sicherzustellen. Wir werden es uns nicht leisten können, auf EU-Mittel und auf Mittel der Republik zu verzichten, nur weil wir nicht in der Lage sind, mitzufinanzieren. Es muß die Kofinanzierung sichergestellt werden. Ich bin dem Landtag dankbar, daß er eine Entscheidung getroffen und einen Auftrag für eine verfassungsmäßige Absicherung der Finanzen für den agrarischen Bereich gegeben hat. Das ist

Wurmitzer

ein gewaltiger Schritt nach vorne. Ich bin auch deiner Partei- ich sage das auch - dankbar dafür, daß sie dazu gestanden ist, weil da geht es um die Existenzen, denn der Arbeitsplatz Bauernhof ist ja nicht weniger wert als irgendein anderer Arbeitsplatz in Kärnten. Wir müssen uns sehr bemühen, daß uns diese Struktur nicht zusammenbricht.

Ich stehe auch dazu, daß wir Maßnahmen im ländlichen Wegenetz setzen werden müssen. Das Wegenetz ist vor ungefähr 25 bis 30 Jahren errichtet worden und heute sind wir in der Reparaturphase. Das ist keine ganz dankbare Aufgabe, weil alle fahren wollen, aber zahlen wollen sie nicht mehr. Es ist leichter, einen Weg zu bauen, das weiß jeder aus der Erfahrung, als einen Weg zu erhalten. Daher wird es notwendig sein, die Ansätze für das ländliche Wegenetz entsprechend zu positionieren.

Ein wichtiges Thema aus meiner Sicht ist in meinem Bereich die Tiergesundheit. Ich möchte das Hohe Haus noch einmal davon informieren: Wir sind derzeit in der glücklichen Lage, BSE-frei zu sein. Für ein Land wie Österreich, das insgesamt 450.000 Stück Rinder pro Jahr exportieren muß - und denken Sie sich diese gewaltige Herde -, ist diese Sache eine Lebensfrage. Daher muß es unser prioritäres Ziel sein, die Tiergesundheit, die Seuchenfreiheit und insbesondere die Freiheit von BSE auch in Zukunft sicherzustellen. Deswegen appelliere ich von dieser Stelle aus an alle Tierzuchtbetriebe Kärntens: Bitte importieren Sie keine Zuchttiere aus bedenklichen Gebieten! In Großbritannien gibt es nach wie vor jede Woche - ich möchte jetzt die Zahl gar nicht sagen, weil sie so schlimm ist - sehr viele Fälle, die uns einfach alarmieren müssen. Es ist also, wenn Importe aus diesem Bereich stattfinden, nicht sichergestellt, daß wir seuchenfrei bleiben. Ich sage das von dieser Stelle aus, wie uns ein einziger Fall die ganze Reputation auf den internationalen Märkten kosten kann, denn wir haben dann nicht mehr den A1-Status, der mit dem Triple-A-Status einer Bank vergleichbar ist. Das ist ein ganz entscheidender Vorteil, aus dem wir heute noch handeln können.

Im Bereich der Raumordnung wird es mein vorrangiges Bemühen sein, die Verfahren zu beschleunigen und vor allem die digitalen Planunterlagen für alle Gemeinden Kärntens sicher-

zustellen, damit wir moderne Kommunikationsmittel benutzen können, um Zugang zu Daten, zu Flächenwidmungsplänen und dergleichen zu haben.

Es ist auch mein Bestreben, in Übereinstimmung der Parteien eine Schule der Dorf- und Stadterneuerung ins Leben zu rufen, und zwar als Ausbildungsstätte für diejenigen, denen die Dorfentwicklung und die Stadtentwicklung ein ernstes Anliegen ist. Jede Veränderung beginnt im Kopf, ich muß daher die geistigen Voraussetzungen schaffen, ich muß den Geist beflügeln, zu eigener Initiative, zur Weckung der endogenen Kräfte und zur Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Das ist systemübergreifend, das geht in die Energie und in den Sozialbereich. Mir ist nicht gleichgültig, was mit den alten Menschen draußen am Land passiert, die heute teilweise allein in leerstehenden Häusern wohnen und mit Ängsten und dergleichen zu kämpfen haben.

Das sind ernste Themen, um die wir uns bemühen müssen. Das geht nur gemeinsam, ich sage das noch einmal, das ist ganz entscheidend, und deswegen habe ich das auch in der Einleitung gesagt. Es wird aber auch hier entscheidend sein, welcher Geist von diesem Landesparlament ausgeht, ob das der Geist der Zwietracht ist oder ob wir doch einen Konsens finden werden. Ich appelliere an alle positiven Kräfte, die in diesem Hause sind, daß wir uns zu gewissen gemeinsamen Aktionen finden und daß wir auch mitunter die Fähigkeit haben, über den eigenen ideologischen, weltanschaulichen oder parteipolitischen Schatten zu springen.

Das gilt auch für unsere Nachbarschaft. Ich bekenne mich zur Weiterentwicklung der Interregprojekte. Ich darf sagen, daß auch die Gemeinden ein wichtiger Träger der Entwicklung dieses Landes sind. Kollege Haller, du hast das früher angesprochen: Ich sage jeder Gemeinde, wo ich hinkomme, ich stehe zu dem, was mein Vorgänger schriftlich zugesichert hat, weil es eine Sicherheit geben muß. Ob mir das jetzt im Einzelfall paßt oder ob mir das weniger paßt, ob das meine Zustimmung findet, ist gar nicht die Frage, sondern wenn einmal von dieser Landesregierung an die Gemeinde ein Papier hinausgegangen ist, auf dem steht, du bekommst vier Millionen Schilling, dann muß das gelten. Es muß gelten! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Wurmitzer

Es wird aber mittel- und langfristig mein Bemühen sein, die Anzahl der Kostgänger bei den Gemeinden zu reduzieren und die Initiativen der Gemeinden zu stärken. Unter "Kostgänger" verstehe ich Einrichtungen und Investitionen, die jährlich auf der Tasche der Gemeinde liegen. Ich könnte einige Beispiele hier aufzählen. Ich möchte ein Förderer und Unterstützer und ein Partner der Gemeinden in Kärnten sein.

Für mich ist noch ein Prinzip für die Politik ganz entscheidend. Damit möchte ich zum Schluß kommen: Es muß ein Prinzip in diesem Hause vorherrschen, das ist das Prinzip der Legalität. Das, was hier stattfindet, muß im Bereich des Legalen getätigt werden. Es muß eine gesetzliche und eine verordnungsmäßige Grundlage haben, so wie es im Artikel 18 der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gegenteil davon ist Willkür, ist Eigenmächtigkeit. Ich würde auch ersuchen, daß man bei jeder Maßnahme, die man zu setzen gedenkt, über die Einhaltung des Legalitätsprinzips nachdenkt. Wir tun dann miteinander viel, viel leichter. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Ich darf auch sagen, daß wir uns dazu bekennen, daß wir nichts zulassen, was gesetzlich nicht gedeckt ist. Wir wollen uns im Rahmen und auf dem Boden der Verfassung dieses Landes und der Verfassung der Republik Österreich in die Zukunft bewegen. Wenn wir die Spielregeln streng einhalten, ist das Spiel fairer, es ist unter den gegebenen politischen Umständen leichter zu bewerkstelligen. In diesem Sinne wünsche ich uns bei der gemeinsamen Arbeit und bei der gemeinsamen Umsetzung einen guten Geist und vor allem Frieden und Freiheit auch in Zukunft. Danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Gesundheitsreferent LR Unterrieder das Wort.)

Landesrat **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Regierungskollegen! Aufgrund des Ergebnisses der Landtagswahl sind die Aufgaben in der Regierung und im Landtag von den Funktionen her verteilt. Die Verteilung hat so stattgefunden, daß die Freiheitliche Partei und auch die Österreichische

Volkspartei einen gewaltigen Bereich der Gestaltung für die nächsten fünf Jahre politisch übernommen haben. Wir haben unsere Bereiche übernommen und wir haben im Rahmen unserer Referatsbereiche unsere Arbeit zu leisten.

Die FPÖ trägt in diesem Lande Kärnten aufgrund ihrer Gestaltungsmöglichkeiten die politische Hauptverantwortung. Sie hat das Finanzreferat, den Landeshauptmann und weitere Positionen. Die Freiheitliche Partei hat in diesem Lande vor den Wahlen den Bürgerinnen und Bürgern Versprechen gemacht und wir werden genau darauf achten, daß sie auch realisiert werden. Wir sind nicht gegen die Familie im Lande Kärnten, sondern wir sind für Maßnahmen in diesem Bereich. Es ist ja nicht so, daß jetzt auf einmal die Stunde Null in diesem Lande Kärnten beginnt, sondern es hat vorher von den verschiedensten Seiten Maßnahmen auch in der Familienpolitik und in der Wohnbaupolitik gegeben. Jetzt hat man ein gutes Zuckerl in den Bereich der Wahl gestellt, man wird aber überlegen müssen, wie man das Ganze auch finanzieren wird. Es wird nichts nützen, wenn der Herr Finanzreferent jeden Tag jammert, daß es ihm als Finanzreferent dieses Landes so schlecht geht, und daß er immer alles zusammenpackt und sagt, wir haben so viele Schulden, obwohl wir bei der Nettoneuverschuldung im Budget und in der Jahresrechnung ein gutes Ergebnis zustande gebracht haben. Man wird die Versprechen, die man der Kärntner Bevölkerung gegeben hat, die auch zu starker politischer Vertretung in diesem Landtag und in der Regierung geführt haben, realisieren müssen.

Wir sind keine Partei, die gegen diese Realisierung auftreten wird, sondern wir harren der Dinge. Wir werden, wenn es nicht zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen in Kärnten geht, das auf jeden Fall mit tragen. Das ist außer Streit gestellt gewesen. Da geht es nicht um die Themen im Detail, sondern da geht es darum, daß wir positive Maßnahmen im Lande auch mittragen.

Man sollte dabei aber auch ehrlich und fair sein. Ich kann mich erinnern, wie der Landeshauptmann seinen Redebeitrag geleistet hat. Er hat alles zusammengesammelt, was bisher war und was zufällig passiert ist. ELWOG ist schon voriges Jahr beschlossen worden. Dann redet man

Unterrieder

von möglicher Strompreissenkung, die sich anbahnen könnte. Man spricht von Modellfällen beim Kinderbetreuungsscheck, der erst kommen wird, denn es ist ja im Herbst eine Nationalratswahl, die ins Haus steht. Es ist sehr greifbar, daß man im Hinblick auf die Wahlereignisse einmal irgendetwas macht, weil man über das Gesamte nicht so leicht darübersieht. Es ist die Finanzierung dieser Maßnahmen, welche die FPÖ der Kärntner Bevölkerung versprochen hat, nicht so leicht realisierbar.

Wir sind als SPÖ Kärntens auch dafür, daß die Mieterinnen und Mieter weniger zahlen, daß die Mieten gesenkt werden. Es hat sich die Zinssituation nicht nur in Österreich, sondern auch im europäischen Bereich gut entwickelt. Diese Zinssituation hat natürlich auch dazu geführt, daß es momentan günstigere Mieten gibt. Da soll man auch ehrlich sein. Man soll nur aufpassen, daß man nicht durch längere Laufzeiten Augenauswischerei betreibt, längere Rückzahlungen hat und dadurch unter Umständen im Mietbereich etwas verändert.

Es ist für uns auch wichtig, wenn man sagt, was man alles macht, daß das dann auch gilt. Wenn das nicht getan wird, ist das das Miese, was mit nicht gefallen hat, das habe ich dem Landeshauptmann persönlich auch gesagt. Wir haben als SPÖ so wie die ÖVP in einer gemeinsamen Runde auf der Regierungsebene über eine Puntation gesprochen, die wir politisch außer Streit stellen. Es handelt sich um Dinge, die für die Menschen in unserem Lande und für die Weiterentwicklung in unserem Heimatland Kärnten wichtig sind. Wir konnten nicht wissen, daß der Herr Landeshauptmann mangels anderer Unterlagen für eine Regierungserklärung diese Gemeinsamkeit dazu benützt hat, diese Punkte, die wir außer Streit gestellt haben, mit einem anderen Deckblatt als gemeinsame Regierungserklärung zu versehen. Ich habe ihm das selbst auch gesagt.

Das hat auch der Herr Kollege Wurmitzer sehr klar und deutlich gesagt, es geht darum, wie wir miteinander umgehen. Ich bin auch gleich lange wie der Kollege Wurmitzer in diesem Haus, nämlich seit 1979 und ich habe in meiner politischen Arbeit mit den anderen Parteien immer wieder bewiesen, daß es möglich ist, in Sachbereichen, auch in meiner Tätigkeit als Präsident

hier im Landtag, viele Dinge gemeinsam zum Wohle der Menschen zu lösen.

Man sollte auch so ehrlich sein, daß man das nicht jetzt als Wunder verkauft, was schon geschehen ist, wie es die FPÖ getan hat. Ich bin der Vorsitzende der Kärntner Arbeitstiftung und wir haben das Projekt erstellt, daß Frauen, die momentan nicht berufstätig sind und wieder ins Berufsleben zurück wollen, für den technischen Bereich eine Ausbildung bekommen sollten. Dafür hat es gemeinsam mit dem AMS ein Pilotprojekt gegeben, das wir sehr stark unterstützt haben. Das wurde nun von der FPÖ als das Wundermittel verkauft. Die Arbeitnehmerförderung oder die Lehrlingsförderung, wofür wir 35 Millionen Schilling oder mehr eingesetzt haben, wurde nicht jetzt nach der Landtagswahl erfunden, die Arbeitnehmerförderung und die Förderung für junge Menschen in Kärnten, damit sie eine Lehrstelle bekommen, sondern ist eine Maßnahme, die der Kärntner Landtag gemeinsam nach Initiativen beschlossen und mitgetragen hat. Das muß man auch sagen, wenn man über Bilanzen redet.

Ich bin sehr froh, daß der Herr Landeshauptmann heute das Thema auch angesprochen hat, daß die Kooperation mit den Nachbarländern sehr wichtig ist, weil der Wirtschaftsraum, der für uns sehr interessant ist, ist der Wirtschaftsraum Alpe-Adria im wahrsten Sinne des Wortes, weil er sich anbietet und weil wir hier Möglichkeiten haben, Kooperationen vorzunehmen. Nachdem ich der Vorsitzende des Euralp bin, der Eures-Initiative, habe ich meine Mitarbeit auch angeboten. Wir haben mit unseren Mitarbeiterinnen Direktkontakt nach Brüssel. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wutte.*) Es sind alle unbezahlt, Herr Kollege Wutte, da brauchst du dich nicht zu ärgern. Ich habe keine Geschäftsführerposition daneben. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Wutte.*)

Aber ich muß nur sagen: Auch diese Maßnahme sollte man für das Land Kärnten nützen. Da habe ich überhaupt kein politisches Fähnchen drauf, sondern man sollte schauen, daß wir Einrichtungen, die wir zur Verfügung haben, nicht neu erfinden und daß Kooperationen in unserer internationalen Arbeit stattfinden. Da brauchen wir keinen Botschafter nach außen, in der Außenpolitik, sondern da brauchen wir eine koordinierte Vorgangsweise von den Referenten

Unterrieder

her - vom Landtag mitgetragen -, wenn wir unsere Interessen zu vertreten haben.

“Aktion 54 plus” oder “Aktion 45 plus” für ältere Menschen. Es ist alles gut, wenn das jetzt Schwerpunktpolitik sein muß und wird. Wir sind sehr froh darüber. Der Arbeitsmarkt scheidet die älteren Menschen aus. Er scheidet ältere Menschen aus, und die haben keine Chance mehr, auf den Arbeitsplatz zurückzukommen.

Ich muß sagen: Ich bin für Dinge, die wir politisch ausreden - ob das mit Handschlag oder sonstwie ist - und die dem Lande und den Menschen dienen. Wenn wir es ausgeredet haben, dann stehe ich auch dazu. Man soll es nur nicht mit einem anderen Fähnchen versehen!

Ich stehe zu den Punkten, die wir ausgeredet haben. Das ist gar kein Thema! Das haben wir ausgeredet und diese Bereiche auch mitgetragen, weil sie für das Land wichtig sind.

Wir haben in diesem Bereich auch die Krankenanstalten unseres Landes drinnen. Ich habe schon ein paarmal im Haus gesagt, wir sollten gemeinsam auf der Basis des derzeit vorhandenen Gesetzes schauen, daß wir die Strukturen in den Krankenanstalten verbessern und verändern. Ich habe bei den Referatsverhandlungen gesehen, welcher Ehrgeiz von den Parteien vorhanden war, die Krankenanstalten zu nehmen. Sie können sicher sein - und ich war schon einmal Krankenanstaltenreferent -, daß ich die Kooperation suche; daß für mich die Gesundheitsversorgung in den Krankenanstalten (ob es die Landeskrankenanstalten, die geistlichen oder die privaten Krankenanstalten sind) ein Schwerpunkt ist. Ich werde Sie alle auch zeitgerecht einladen, wenn es in der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft zu Veränderungen kommen muß; vom Gesetz her, wenn Maßnahmen zu setzen sind. Das ist eine wichtige Funktion!

Ich darf Sie um Unterstützung bitten, wenn ich im gesundheitspolitischen Bereich vorstellig werde. Ich habe alle diese Bereiche zu betreuen: vom Frauengesundheitszentrum weg bis zur Lebensmitteluntersuchungsanstalt; bis zu vielen anderen Maßnahmen; bis zur Beratung, was Drogen- und Suchtprävention anbelangt, derzeit mit einer Halbtagskraft mit einem Werksvertrag.

Man soll Verständnis zeigen, wenn es darum geht, Menschen aufzuklären und vorher Maßnahmen setzen, daß man nicht nachher mit viel mehr öffentlichen Mitteln unter Umständen die Folgewirkungen beseitigen muß und riesige Probleme damit hat.

Im Bereich Landes- und Bundeshochbau werden auch je 400 Millionen Schilling jährlich bewegt. Das hat auch immer gut funktioniert. Ich darf Sie ersuchen, daß es auch weiterhin möglich ist, für die Planungskosten das Geld zur Verfügung zu haben. Dies ist speziell im Bundeshochbau wichtig, daß man vorarbeiten kann und Projekte realisiert. Denn es zeigt sich in der Praxis, daß im Herbst oder nach der Jahreshälfte auf der Bundesebene oft Mittel nicht verbraucht werden können, weil in anderen Ländern über Projekte gestritten wird. Dann ist gut, wenn man fertige Projekte hat.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Gesundheitspolitik ist sehr stark auch Beschäftigungspolitik: wenn man weiß, daß in den Gesundheitsbereichen Menschen viele Arbeitsmöglichkeiten haben. Wir müssen nur schauen, daß die Gesundheitspolitik in der nächsten Zeit auch finanzierbar bleibt! Das ist keine einfache Aufgabe, nachdem das die Quadratur des Kreises immer ist, die zu bewältigen sein wird. Mehr Leistung, mehr Angebot, bessere Krankenanstalten und unter Umständen weniger Kosten: Das wird nicht ganz so leicht gehen. Das heißt, wir müssen in der Gesundheitspolitik sehr konzentriert Schwerpunkte setzen: Wo findet was statt; in welchen Krankenanstalten unseres Landes.

Ich darf abschließend ein paar Sätze zum Kollegen Pfeifenberger sagen. Jetzt hast du die Bank gewechselt. Ich gebe Wurmitzer recht: Jetzt haben wir eine andere Rolle. Jetzt wird dich der Landtag fragen, was du gemacht hast. Jetzt wird dir der Landtag mit Anträgen Aufgaben übertragen - wie du im Landtag im Ausschuß früher, in deiner vorherigen Funktion -, wo du dann sagen mußt: Können wir das finanzieren? Können wir das nicht finanzieren?

In der Regierungsarbeit sind bis jetzt in der Kärntner Landesregierung, wenn es um die Sachpolitik gegangen ist, alle Beschlüsse (mit wenigsten Ausnahmen, wo es um Personen gegangen ist) einstimmige Beschlüsse gewesen.

Unterrieder

Das heißt, wir haben in dieser Arbeit in der Landesregierung seitens der Sozialdemokratischen Fraktion bewiesen, daß wir nicht streiten wollen, sondern daß wir unsere Aufgabe sehr ernst nehmen, wenn es um Themen und Anliegen der Menschen in Kärnten geht.

Du redest von den Draumöbeln. Da mußt du immer vorsichtig sein, worüber du redest! Es ist wichtig, daß die Draumöbel einen Betreiber kriegen, daß jemand da ist, der das weiterhin betreibt. Aber das, was du gesagt hast, stimmt schon wieder nicht. Da mußt du dich vorher informieren! Die Gläubigerversammlung hat heute keine Lösung gefunden. Es wurde wieder verschoben. Es wird wieder hinausgeschoben. Es wird jetzt eiligst deine Mitwirkung als Wirtschaftsreferent erforderlich sein, daß man zu einer Lösung kommt. Ansonsten wird es für die Arbeitsplätze im Drautal - es sind derzeit 130 und sollen dann 70 bis 80 werden - problematisch werden, weil die Aufträge, die derzeit dort im Haus liegen, zurückgezogen werden. Dann haben wir vielleicht eine Lösung für die Firmenfortführung, aber in diesem Werk unter Umständen keine Aufträge mehr. Da bin ich auch Partner. Da sind wir auch Partner, auch die Sozialdemokratie, wie in vielen anderen Bereichen: ob das in Radenthein war; bei der Textilgeschichte jetzt. Wir haben größtes Interesse als Sozialdemokraten, daß soviel wie möglich Arbeitsplätze aufrecht erhalten werden.

In diesem Sinne muß ich noch einmal sagen: Gehen wir korrekt, offen und ehrlich miteinander um! Die Show allein, die man nach außenhin produziert, ist zu wenig. Das ist eine Zeitlang wohl gut; eine Zeitlang glaubt man das. Aber in Wahrheit werden wir daran gemessen - ganz gleich, welche Partei; welche Funktion -: Was haben wir letztlich zusammengebracht? Ich muß sagen, es ist gut, wenn wir für das Land arbeiten. Und das wollen wir auch! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.)

Landesrätin Mag. **Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir heute für jedesmal, wenn das Wort "gemeinsam" gefallen ist, einen entsprechenden Beitrag bekommen würden, wären die Nöte des Finanzreferenten geringer.

Auch ich stehe zu diesem Bekenntnis einer gemeinsamen Linie. Man muß aber schauen, wer diesen gemeinsamen Weg verlassen hat: bevor noch ein einziger Schritt darauf gesetzt wurde! Das war der Herr Landeshauptmann. Er hat sich im Bereich des Kinderbetreuungsschecks von dem, was er in seiner Erklärung abgegeben und zu dem er sich bekannt hat, weit entfernt. In einer einzelnen Aktion, mit der kein einziges Regierungsmitglied befaßt wurde, hat er ein sogenanntes Pilotprojekt verwirklicht; wobei die Frage, wofür ein Pilotprojekt in diesem Bereich notwendig sein soll, im Raume steht und auch bereits aufgeworfen wurde.

Die Frage, die sich für mich daran knüpft: Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich hier die Kompetenz, die sich der Finanzreferent und der Landeshauptmann genommen haben? Auch mir erscheinen die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Landesrat Wurmitzer bereits ausgeführt hat, als Grundstein einer Zusammenarbeit.

Charmant verschwiegen wurde vom Landeshauptmann auch das Finanzierungskonzept für derartige Vorhaben. Notwendig dafür ist der Ausverkauf der Wohnbauförderungsmittel. Hier kommt von seiten SPÖ ein klares Nein! Kein Verkauf des Familiensilbers; keine Gefährdung der Kärntner Wohnbaupolitik durch diese Maßnahmen! Auch hier wiederum der Hinweis auf die rechtliche Rahmenbedingung: Eine zweckentfremdende Mittelverwendung ist überhaupt nicht möglich. Ich glaube, der zuständige Referent ist sich der finanziellen Auswirkungen - denn es sind keine Mehreinnahmen zu erwarten - und der rechtlichen Beschränkungen nicht in vollem Umfang bewußt.

Zu den angeführten Mietensenkungen kann ich nicht umhin, darauf zu verweisen, daß Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold die Anträge der Genossenschaften ungesehen zum Beschluß

Dr. Schaunig-Kandut

gebracht hätte, hätte ich ihn in der Regierungssitzung nicht darauf aufmerksam gemacht, daß man vielleicht vor der Geldvergabe verhandeln sollte. Daraufhin hat er sich in der nächsten Sitzung auch entsprechend bei mir bedankt und mein Konzept sozusagen als Anstoß für seine Arbeit auch gelobt. Das sollte man nicht hinter geschlossenen Türen tun, sondern sich auch in der Öffentlichkeit dazu bekennen, daß man fremde Ideen als seine eigenen verkauft! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Nicht unerwidert kann auch die Bemerkung des Landeshauptmannes bleiben, daß die derzeitige Wohnbauförderung ein Geschäft für die Banken darstellt. Die Umstellung auf Annuitätenzuschüsse bedeutet ein Geschäft für die Banken. Das muß man klar darstellen und offen sagen! *(Einzelbeifall aus der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Tosender Beifall?)* Na, von euch habe ich mir eigentlich keinen erwartet.

Die Ankündigungspolitik des Landeshauptmannes produziert überall Chaos. Offenbar genieße ich mehr Vertrauen als er: denn die Frauen im Bereich Deutsch Griffen wenden sich an mich, um zu wissen, wie die Voraussetzungen für den Bezug dieses Schecks sein sollten. Sie wenden sich aber auch mit ihren Besorgnissen aus diesem Bezirk an mich und meine Abteilung, weil die befürchten, daß die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen auch in Zukunft gefährdet sein wird. *(Abg. Steinkellner: Warum denn "auch"?)*

Hier appelliere ich ebenfalls an alle, die zitierte Gemeinsamkeit auch hier aufrecht zu erhalten! Denn den Goldesel gibt es nicht. Man kann nicht zwei Sachen aus dem gleichen Ansatz finanzieren. Hier ist auch in der Regierungserklärung, die zitiert wurde, ein Bekenntnis zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen enthalten. Und das werde ich einfordern! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann die Tatsache, daß ich mehrfach auf die Situation der Studiobühne Villach angesprochen worden bin, trotz der fortgeschrittenen Stunde nicht so einfach im Raum stehenlassen.

Herr Abgeordneter Jost, es stimmt: Ich bin Villacherin. Ich liebe es, Villacherin zu sein. Wir leben in einer Stadt, in der sich kulturell unheimlich viel tut. Vielfalt statt Einfalt im kulturellen Bereich! Das passiert nicht immer mit der Zustimmung der FPÖ-Fraktion in unserer Stadt. Deren Spezialität ist die kulturelle Vielfalt nicht gerade. *(Abg. Steinkellner: Das ist eine Unterstellung!)*

Ich kann es einfach nicht unwidersprochen hier stehenlassen, daß ständig so getan wird, als würde die Stadt Villach an der Existenz der Studiobühne sägen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Studiobühne hat in der Stadt Villach in den letzten Jahren eine verlässliche Partnerin gehabt. Die Stadt Villach fördert die Studiobühne mit 1,350.000 Schilling jährlich. Dazu kommen die gesamten Betriebskosten: über 300.000 Schilling für die Betriebsstätte der Studiobühne (das Kellertheater). Hier wird kein Groschen von der Studiobühne selbst bezahlt, sondern alles Kosten (bis zur Putzfrau) dieser Betriebsstätte übernimmt die Stadt Villach.

Wenn jetzt bezüglich einer Entwicklung dieser Studiobühne zwischen dem Angebot der Stadt Villach und den Vorstellungen der Leiterin der Studiobühne eine Diskrepanz besteht, dann ist das etwas, das man ausdiskutieren muß. Stehen tut jedenfalls das Angebot der Stadt Villach, die angeboten hat, die bestehende Spielstätte um einen Betrag von 6 Millionen Schilling - 6 Millionen Schilling! - herrichten zu lassen und auf den neuesten Stand zu bringen. Im Gegensatz dazu stellt sich die Studiobühne Villach eine völlig neue Spielstätte vor, deren Installierung an die 25 Millionen Schilling kosten würde.

Ich glaube, meine Damen und Herren, speziell von der FPÖ-Fraktion, *(Abg. Hinterleitner: Eine Bitte um Option?)* daß es somit ein konkretes Angebot der Stadt gibt. Es gibt das konkrete Angebot jährlicher Subvention der Studiobühne bis zum Jahr 2000. Das ist eine zugesagte Summe. Ich glaube, das ist ein gutes Angebot

Mag. Cernic

von der Stadt an eine kulturelle Einrichtung. Denn die Stadt hat ja nicht nur für eine Einrichtung, sondern für mehrere Einrichtungen zu sorgen. (*Abg. Steinkellner: Sie haben das nicht verstanden. Hätten Sie aufgepaßt!*) Ich habe das ganz genau verstanden. Frau Abgeordnete, hier geht es um die Angebote der Stadt Villach. Die habe ich hier richtiggestellt, weil heute sowohl vom Kulturreferenten (*Abg. Steinkellner: Nein!*) als auch vom Herrn Abgeordneten Jost in den Raum gestellt wurde, daß die Stadt Villach quasi an der Existenz der Studiobühne nagt. Es gibt unterschiedliche Auffassungen - aber das stimmt nicht!

Und zum zweiten darf ich noch Stellung nehmen und da richte ich jetzt meine Wortmeldung an die Herren - damit mir nicht wieder Dame ausrutscht - an die Herren der ÖVP-Fraktion, zu den Schalmaitönen, zur Objektivierung, die ich heute gehört habe.

Meine Herren, ich unterrichte an der HBLA Villach und hier kam in der letzten Zeit der Posten einer Fachvorständin zur Ausschreibung. Nicht nur, daß das Anforderungsprofil so gestaltet wurde, um eine Ihnen nahestehende Dame in diese Position zu hieven, nicht nur daß das Anforderungsprofil so gestaltet wurde, daß es auch für einen Verkäufer von Junghühnern im mittleren Management gepaßt hätte, es wurde aus diesem Anforderungsprofil jegliche Fachkompetenz wohlwissentlich weggelassen. Und zudem wurde auch noch vor kurzem die Dame in einer Nacht- und Nebelaktion an allen anderen Fraktionen vorbei pragmatisiert. Das alles passiert also auch im Verantwortungsbereich des Landeshauptmannes, der von sich sagt, er wird für Objektivierung sorgen. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Aber das wußte man schon!*) Nein, nein, so war das nicht. Die Pragmatisierung war kein gemeinsamer Beschluß. So gesehen darf ich also für die Aufmerksamkeit danken und ersuchen, daß man wenn man schon von Objektivierung spricht, dann auch wirklich Taten in Richtung Objektivierung setzt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner das Wort.*)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ein paar aufklärende Worte zur Kollegin Cernic, nachdem gerade in der letzten Gemeinderatssitzung in der Stadt Villach bezüglich der Studiobühne auch ein Vorschlag der Österreichischen Volkspartei eingebracht wurde, wenn es um die Finanzierung und auch um die Standortpositionierung geht.

Jeder weiß, daß das Kellertheater aufgrund der sicherheitstechnischen Vorkehrungen auf diesem Standort in Frage zu stellen ist. Daß es eine weitere Alternative für ein neues Projekt gibt, auch das ist bekannt. Aber es gibt auch eine dritte Option und diese dritte Option ist aufgrund der doch geringen Auslastung im Stadtkino auch zu sehen. Hier stellt sich für mich die Frage, wie weit man Bereitschaft signalisiert, auch darüber zu verhandeln, der örtlichen Gegebenheit entsprechend und auch der Standortposition entsprechend eine weitere Alternative zu suchen. Hier geht es auch durchaus in der Kulturpolitik der Stadt Villach nicht darum, einen Justamentstandpunkt zu beziehen, wenn es um die Standortfrage geht. Ich glaube, daß gerade diese Kleinkunstabühnen der Stadt Villach einen wesentlichen Kulturbeitrag leisten, daß aber die Bereitschaft auch in der Mehrheitsituation der Stadt Villach mit der sozialdemokratischen Fraktion unter Manzenreiter dazu führen müßte, hier parteipolitische Verhandlungen aufzunehmen, zu diskutieren und zumindest, geschätzte Damen und Herren, die Bereitschaft zu haben, über Vorschläge anderer Fraktionen nachzudenken. Das möchte ich hier deutlich deponieren. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Diskussion der Regierungserklärung des Landeshauptmannes mehr vor. Damit ist der erste Tagesordnungspunkt erledigt. Es hat insgesamt 24 Wortmeldungen gegeben. Und ich bedanke mich für die teilweise Disziplin und die konstruktiven Wortmeldungen.

Ferlitsch

Herr Präsident, ich darf dich ersuchen, daß du nunmehr wieder den Vorsitz übernimmst.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich übernehme den Vorsitz und bedanke mich bei meinem Kollegen, daß er dreieinhalb Stunden die Sitzung souverän geführt hat. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

2. Ldtgs.Zl. 33-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition vom 24.3.1998 überreicht durch Abgeordneten Schlagholz betreffend "Sicherheit für Fußgeher auf der B 70"

Berichterstatter ist Abgeordneter Ing. Wissounig. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! (*Vors.: Bitte um ein wenig Aufmerksamkeit für den Berichterstatter und die Redner.*) Hohes Haus! Die Petition betreffend der Sicherheit für Fußgänger auf der B 70, eingebracht durch den Abgeordneten Schlagholz, sieht vor, daß diese stark frequentierte Straße - in diesem Bereich befinden sich fünf Einkaufszentren, vier Tankstellen, Bauernmarkt und sehr viele andere Dinge - auf der ein Überqueren in diesem Ortsbereich kaum möglich ist, ein gesicherter Straßenübergang errichtet wird.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Baumann das Wort.*)

Abgeordneter **Baumann** (FPÖ):

Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schlagholz! Zur Petition vom 24.3.1998 wäre zu sagen, wahrscheinlich

warst du zur Zeit noch nicht Fraktionsobmann der SPÖ in Wolfsberg und wahrscheinlich bist du nicht über die ganzen Vorgänge informiert. Aber heute solltest du es sein. Es geht in dieser Petition eigentlich um die Sicherheit der Fußgänger auf der B 70. Es ist an der Südeinfahrt von Wolfsberg. Im Grunde genommen ist dagegen nichts einzuwenden. Nur Abgeordneter Schlagholz müßte eigentlich alle Informationen haben, daß diese Verkehrsplanung, bzw. die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes seitens des Bundes in Ausarbeitung und in Kürze damit begonnen wird, sie umzusetzen. Das heißt, die Stadt Wolfsberg wird die Aufschließungsgründe gegenüber dem EUCCO-Center - zur Aufklärung - erst dann aufheben, wenn es ein ausgearbeitetes Verkehrskonzept gibt.

Hier geht es aber, Herr Gemeinderat Schlagholz, um mehr als um diese Petition. Es geht um die Gestaltung der B 70 in diesem Bereich. Und jeder weiß, daß sehr verschiedenartige Interessen zugrunde liegen. Die Bundesstraßenverwaltung will selbstverständlich einen fließenden Verkehr und die Gemeinde hätte gerne eine Verkehrsberuhigung. Ich habe diese Auseinandersetzung, nämlich südlich in St. Andrä, im Rahmen der Ortsgestaltung auch zu führen und diese Verantwortung über diese Problematik nimmt einem im Grunde genommen niemand ab. Das heißt, wenn die Sicherheit der Fußgänger im Konzept nicht gewährleistet ist, dann bleibt der Stadtgemeinde Wolfsberg noch immer die Möglichkeit, die sogenannte A-Qualifizierung, das heißt den Aufschließungsgrund nicht wegzunehmen, sondern zu belasten. Herr Gemeinderat und Abgeordneter Kollege Schlagholz. Gemeindeautonomie nennt man solche Dinge in der Verfassung. Das heißt, die Gemeinde Wolfsberg hat ganz klipp und klar in der Hand, was sie im Bereich dieser Gestaltung der B 70 zuläßt oder auch nicht. Und in dem Sinne glaube ich, haben auch wir als Fraktion kein Problem, diese Petition zur Kenntnis zu nehmen. Nur im Grunde genommen liegt alles klipp und klar am Tisch. Die Gemeinde Wolfsberg ist im Rahmen der Autonomie eigentlich die Täterin, selbst die Entscheidungen vorort zu treffen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Baumann

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Eberhard das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! An und für sich, im großen und ganzen schließe ich mich den Ausführungen von Kollegen Baumann an. Wir wissen sicher, daß die Verkehrssituation im Bereich dieser Ortschaften in der Stadtgemeinde Wolfsberg, insbesondere was die Einkaufszeiten betrifft, sehr kritisch ist. Es sind sicher verkehrssichernde Maßnahmen hier in diesem Bereich zu errichten. Das erachte auch ich als notwendig. Man muß aber dazu sagen, daß eigentlich das Land Kärnten mit der Straßenverwaltung in Wolfsberg ihren Aufgabenbereich nachgekommen ist und im Bereich der Südauffahrt der A2 ein Kreisverkehr in den Monaten Juli und August errichtet werden soll und in etwa September dieses Jahres für den Verkehr freigegeben werden kann. Und es sind in weiterer Folge in Richtung stadteinwärts noch verkehrssichernde, beruhigendere Maßnahmen mit auch vorgesehen. Es sollen weitere Kreisverkehre mit auch errichtet werden. Für diese vorgesehenen oder ins Auge gefaßten Maßnahmen ist heute auch schon von einem Konzept gesprochen worden, das erarbeitet werden soll und mit auch erarbeitet wird. Und ich möchte auch unterstreichen, es liegt vor allem an der Stadtgemeinde Wolfsberg, daß sie sich mit Nachdruck dafür einsetzt, daß diese Planung raschest abgeschlossen wird, daß das Konzept erstellt wird und daß man sich dann mit dem Land und auch Richtung Bund über die Finanzierung unterhält. Kollege Schlagholz ist ja, wie hier schon erwähnt, der Fraktionssprecher der SPÖ-Fraktion in der Gemeinde Wolfsberg und ich glaube, daß hier in erster Linie die Stadtgemeinde Wolfsberg gefordert ist, damit dieses Problem vom Tische kommt und daß ein Beitrag geleistet wird für die Bevölkerung in diesem Bereich. Dankeschön!
(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Das ist glaube ich nicht der erste Antrag, der in diesem Hause gestellt wird, mit einem starken Bezug zu einer Gemeinde. Wir haben schon Anträge von anderen Fraktionen, nicht von der SPÖ-Fraktion, hier herinnen gehabt, die sich damit beschäftigt haben, daß irgendwo eine Ampelanlage geschaffen wird, die sich damit beschäftigt haben, daß irgendwo ein Kreisverkehr geschaffen wird, auch Gemeindestraßen noch dazu, meine Damen und Herren, die ausschließlich im Bereich der sogenannten Gemeindeautonomie gelegen sind. Ich frage mich daher, warum wird dann eigentlich diese Petition zur Kenntnis genommen, wenn sowieso die Gemeinde alleine zuständig ist, wie es hier postuliert worden ist. Dem ist aber nicht so. Hier handelt es sich um eine Bundesstraße. Im übertragenen Sinn ist das Land mit einbezogen und selbstverständlich unter Miteinbeziehung der Gemeinde, die hier für die Anrainer - und es ist ja nicht umsonst, wenn 300 Leute nahezu unterschreiben - einen Wunsch zum Durchbruch verhelfen, indem sie das dann auch an die übergeordneten Stellen weitergeben. Die Verkehrsmaßnahmen für dieses angekündigte Verkehrskonzept - von dem ich auch nicht weiß, einer sagt es ist schon da, der andere sagt es ist in Erarbeitung, geschätzte Damen und Herren - lassen so lange mit der Realisierung auf sich warten, bis im Nahbereich der ohnedies mit 6000 Einwohnern besiedelt ist, weitere Einkaufszentren, in einem Bereich, wo jetzt schon die stark frequentiertesten Einkaufszentren liegen, geschaffen werden. Mir geht es darum, daß die Wünsche an eine sichere Straßenüberführung für die Anrainer, für die Bevölkerung bevorzugt behandelt werden. Daher ist der Landtag auch ein zuständiges Gremium, hier mit der Petition vorstellig zu werden. Wir haben über ein Jahr nur zugewartet, die Petition hier tatsächlich im Ausschuß materiell zu behandeln, weil wir guter Hoffnung waren, daß dieses Projekt irgendwann einmal realisiert wird. Daher meine Damen und Herren, Zuständigkeit ist auch für das Land gegeben. Mir wäre lieber gewesen, wir hätten aus dieser Petition einen gemeinsamen Antrag gemacht, weil mir diese Sache zu wichtig ist, als daß wir hier nur die Petition zur Kenntnis nehmen,

Schlagholz

wobei ich schon in der Kenntnisnahme den Ausdruck der guten Hoffnung sehe, daß hier tatsächlich auch etwas realisiert wird. Zielführender wäre gewesen, hätten wir erkannt zu sagen, wir fordern hier wirklich die zuständigen Stellen auf, hier raschest Abhilfe zu schaffen. Geschätzte Damen und Herren, dennoch danke ich Ihnen, daß Sie wenigstens die Petition zur Kenntnis nehmen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Nachdem der große Wunsch der Bevölkerung - das zeigen die Unterschriften und im Ausschuß wurde diese Petition einstimmig beschlossen - da ist, ersuche ich um Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte zu berichten.

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Petition vom 24. 3. 1998, überreicht durch Abgeordneten Schlagholz, betreffend die Sicherheit für Fußgeher auf der B 70 wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 2 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 34-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr zur Petition vom 28. 1. 1999 (überreicht durch Abgeordneten Schiller) betreffend die Erhaltung der Buslinie Ferlach - Unterbergen - Unterloibl - Loibltal - Windisch Bleiberg - Bodental

Berichterstatter ist Abgeordneter Koncilia. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Bei dieser Petition handelt es sich wieder einmal um den Verkehrsverbund, zu dem sich alle Gemeinden bekannt haben, von dem aber gewisse ländliche Bereiche benachteiligt werden und dann nicht immer zufrieden sind. Daher ist auch diese Petition eingebracht worden.

Es geht darum, daß sich die Bewohner der Ortschaften Unterbergen, Unterloibl, Loibltal, Windisch Bleiberg, Bodental und auch die Stadtgemeinde Ferlach an die verantwortlichen Stellen gewandt haben, Maßnahmen zu setzen, welche die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs für diese Bewohner gewährleisten. Derzeit gibt es am Vormittag überhaupt keine Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den besagten Ortschaften. Aufgrund dessen ist es der in den einzelnen Ortschaften ansässigen Bevölkerung auch nicht möglich, z. B. notwendige Dinge wie Arztbesuche und Behördenwege oder notwendige Einkäufe in der Stadtgemeinde Ferlach und auch in anderen Ortschaften vorzunehmen. Zweckmäßigerweise sollte zumindestens an zwei Werktagen eine Busverbindung um 10 Uhr von Ferlach ins Bodental und um 10.30 Uhr von Bodental nach Ferlach gewährleistet sein. Es wird nicht verlangt, an jedem Tag eine solche Busverbin-

Koncilia

dung zu haben, aber zumindestens an zwei Werktagen soll eine solche gewährleistet sein, wobei die ortsansässige Bevölkerung meint, daß es sinnvoll wäre, am Montag und am Donnerstag einen Bus einzusetzen. Des weiteren ist eine Verlegung der Abfahrtszeiten am Abend von 18 Uhr auf 19 Uhr von Ferlach ins Bodental vorzunehmen, weil viele Schüler, aber auch Berufstätige, die sehr oft bis 18 Uhr berufstätig sind, ab 19 Uhr die Möglichkeit hätten, diesen Bus zu benützen. Einen gleichlautenden Antrag hat auch die Stadtgemeinde Ferlach gestellt.

Wir haben diese Angelegenheit bei der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen gestern besprochen und gemeinsam diskutiert. Es ist zu einer einhelligen Auffassung des Ausschusses gekommen, daß man diese Petition von seiten des Landtages unterstützt. Ich darf daher den Vorsitzenden bitten, die Generaldebatte darüber zu eröffnen.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt als erstem Redner Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mir die Anwesenheit des Landesverkehrsreferenten gewünscht, aber ich werde wohl ohne ihn auskommen müssen. Dieser Antrag, den der Berichterstatter vorgetragen hat, müßte eigentlich als Generalantrag für viele Täler in Kärnten gelten. In diesem Falle geht es um den Bezirk Klagenfurt Land und hier speziell um den Bereich Ferlach und das Bodental.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zuge der Umstrukturierungen des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsunternehmungen insgesamt, wobei Einsparungen auf Kosten der Schüler, der älteren Generation, vor allem aber auf Kosten jener, die sich kein eigenes Fahrzeug leisten oder nicht selbst fahren können vorgenommen wurden, ist auch der so viel gepriesene Verkehrsverbund ins Gerede gekommen. Völlig zurecht angeheizt wurde diese Diskussion mit einigen Aussagen, wodurch auch eine Unsicherheit verbreitet wurde. So hat im September des Vorjahres, als der damalige und jetzige Landes-

verkehrsreferent Reichhold Aussagen zum Verkehrsverbund insofern getätigt, als er gemeint hat, es wird in Hinkunft nur mehr nach Regeln des freien Marktes dieser Verkehrsverbund bestehen. Oder es gibt auch Aussprüche wie, die goldenen Zeiten für diesen Verkehrsverbund sind vorbei. Einen Höhepunkt des Unmutes im Bereich des Bodentales erreichte die Aussage des Landesverkehrsreferenten, die in der Zeitung gestanden ist, über Intervention seines Parteikollegen in Klagenfurt wurde eine Ausfallhaftung für eine private Buslinie im Bereich des Ponfeldes übernommen. Hier ist es um die Ungleichbehandlung in dieser Richtung gegangen. Aber auch der Zahlungsboykott der Bürgermeister aus dem Gailtal darf in dieser Richtung nicht unwidersprochen bleiben, die gemeint haben, wir müssen alle in den großen Topf des Verkehrsverbundes einzahlen, letztendlich können wir aber dann nicht das herausholen, was wir für unsere Bevölkerung brauchen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich meine daher, es kann und darf nicht so sein, daß im Zuge der Privatisierung vor allem Schüler, ältere Leute und auch alle anderen, die nicht gerade begütert sind und in Randregionen unseres Kärntnerlandes wohnen, durch diese Maßnahmen Nachteile erfahren. Die SPÖ wird daher mit voller Kraft diesen Antrag unterstützen. Ich danke. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Gritsch das Wort.)

Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß gestern bei der Tagung des Ausschusses für Bau und Verkehr unter Anwesenheit auch des Straßenverkehrsreferenten bezüglich dieses Tagesordnungspunktes Einigkeit erzielt werden konnte. In vielen Gesprächen mit der Bevölkerung der betroffenen Ortschaften habe ich mich persönlich von der Wichtigkeit dieses Anliegens überzeugen können. Die Dringlichkeit der Aufrechterhaltung dieser für die Bewohner so wichtigen Verkehrsverbindung wurde

Gritsch

zusätzlich durch sehr viele Unterschriftenlisten dokumentiert. Wie der Abgeordnete **Koncilia** bereits angeführt hat, gibt es derzeit am Vormittag überhaupt keine Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den besagten Ortschaften. Nachdem bereits der Straßenverkehrsreferent seine Zusage zur wohlwollenden Erledigung bekundet hat, ersuche ich auch Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, diesem Antrag, der auch die Zustimmung unserer Fraktion finden wird, Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich nur dem anschließen, was Inhalt des Antrages und der Petition ist und was von allen politischen Kräften hier mitgetragen wird. Es muß einfach unser Anliegen und auch das des Verkehrsverbundes sein, auch derart entlegene Gebiete in der Infrastruktur mit einer Buslinie aufrecht zu erhalten. Ich als Bezirksvertreter und als Rosentaler kenne natürlich die Örtlichkeit genauestens. Wer die Örtlichkeit kennt, der weiß, daß jene Bewohner, die kein eigenes Fahrzeug haben, überhaupt keine Möglichkeit haben, sich aus ihrer Situation zu "befreien", nach Ferlach zu kommen und dann einen weiteren Anschluß nach Klagenfurt zu haben. Daher ist es wirklich unser aller Anliegen.

Das Beispiel zeigt generell, daß wir uns bemühen sollten und was die Aufgabe eines Verkehrsverbundes ist, daß tatsächlich die Solidarität insofern herrschen muß, daß von jenen Gemeinden, welche die nötige finanzielle Ausstattung haben, die Finanzmittel sichergestellt werden, damit auch solche Randlagen mit entsprechenden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen bedient werden können. Wir werden als Volkspartei das selbstverständlich unterstützen. Das ist ein Anliegen von uns allen und vor allem des Bezirkes Klagenfurt Land, hier Hilfestellung anzubieten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Die Rednerliste ist erschöpft. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort.)

Berichterstatter Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte dazu nur noch ergänzen, daß es eben die Intentionen des Ausschusses waren, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit des Verkehrsverbundes sich nicht auf die Städte beschränken kann, sondern speziell auf die Sorgen der ländlichen Gebiete mit eingehen muß. Das wird auch in Zukunft unser Bestreben sein. Ich bitte daher um das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Petition vom 28. 1. 1999, überreicht durch Abgeordneten Schiller, betreffend die Erhaltung der Buslinie Ferlach - Unterbergen - Unterloibl - Loibltal - Windisch Bleiberg - Bodental wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Landesverkehrsreferent wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, daß diese Busverbindung entsprechend den gegebenen Bedürfnissen der ortsansässigen Bevölkerung aufrecht erhalten bleibt.

Ich bitte um Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt und wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 74-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bauwesen und Verkehr betreffend Road-Pricing

Berichterstatter ist Abgeordneter Schober. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Drei Begriffe waren es, die wir als Leitlinie hier anführen können, nämlich Geld, Zeit und die Gerechtigkeit. Seit Jahren wird über die Bemautung in Österreich gesprochen und diskutiert und erst in der letzten Zeit hat sich eine Art Zweiteilung in dieser Richtung ergeben. Seit 1. 1. 1997 ist in Österreich die Vignettenpflicht gesetzlich eingeführt worden und ab diesem Zeitpunkt geht die Diskussion nur mehr in eine Richtung: LKW-Maut ja oder nein. Vom Gesetzgeber wurde auch die Einführung dieser LKW-Maut fixiert, nur bis heute ist sie noch nicht zum Tragen gekommen.

Bereits im April 1997 wurde über Beschluß der Kärntner Landesregierung und dieses Hauses heftigst gegen die Einführung des Road-Pricings für LKWs diskutiert und Stellung bezogen. Eng wurde es aber erst Ende 1998, als nämlich die Mautpläne der ASFINAG den Vertretern der Länder vorgelegt wurden. Dabei gab es eine überproportionale Beteiligung für Kärnten, was natürlich zum Mißmut von uns Kärntnern geführt hat. Vor allem im Wirtschaftsbereich hat es große Aufregung gegeben, und das auch zum Teil berechtigt.

Nach der Landtagswahl des heurigen Jahres hat es Expertengespräche in verschiedenen Runden gegeben, um für die für 4. 6. des heurigen Jahres vorgesehene Verordnung eine entsprechende Stellungnahme abzugeben. Es waren unterschiedliche Standpunkte nicht nur unter den Parteien, sondern auch innerhalb der Parteien selbst zu verzeichnen. Es hat heute bereits Landesverkehrsreferent Reichhold das erwähnt, letztendlich war es so, daß durch die Koordination dieser Dinge im Ausschuß für Bauten und Verkehr mit dem Vorsitzenden Koncilia eine Art Bündelung der Kräfte herbeigeführt werden konnte. Der Ausfluß dieser Bündelung war, daß es einen einheitlichen Beschluß aller drei in diesem Landtag vertretenen Parteien in dieser Richtung gegeben hat.

Die Zielsetzung war, ja, aber. Das heißt, daß die Ausführungen in der Art zu kommentieren sind, wenn es zu einer Einführung dieser fahrleistungsabhängigen Maut, nämlich der

LKW-Maut, kommt, dann sollten bestimmte Punkte beachtet werden. Das ist zum Beispiel grundsätzlich die Prüfung der Notwendigkeit, ob im Zuge der Einführung des Road-Pricings aufgrund des Standes und der zu erwartenden Entwicklung der Technik überhaupt physische Mautstellen noch erforderlich sind oder ob die Einführung nur im Gleichklang mit den westlichen Partnerländern der Europäischen Union stattfinden muß und daß die Situierung der Mautstellen in Kärnten nur an den Landesgrenzen zu erfolgen hat. Auch österreichweit sollen einheitliche Tarifsätze zur Geltung kommen.

Sozusagen als Einforderung dieser Dinge wurde beschlossen: Zur Hintanhaltung der Benachteiligung des Wirtschaftsraumes Kärnten wird die gleichzeitige Realisierung insbesondere folgender Infrastrukturprojekte gefordert: Ohne eine bestimmte Reihung und Wertigkeit vorzunehmen, sei angeführt: der Vollausbau der Pack, die zweite Röhre des Katschbergtunnels, die Seeberg Bundesstraße, die sogenannte B82 mit der Nord-Süd-Verbindung Völkermarkt, die B111, die Gailtalstraße mit Lückenschluß Arnoldstein, die Entlastung der B83, die Ossiacher Zeile in Villach mit einer Kostenbeteiligung des Bundes, der LKW- und Buskontrollplatz im Bereiche der A2 zwischen Klagenfurt und Völkermarkt, konkret in Dolina und im Bereich Zauchen in Villach, und letztendlich die rasche Verwirklichung des Ausbaues der Drautal Bundesstraße 100.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung ist bemüht, ihre leeren Kassen halbwegs zu füllen und ist dabei natürlich erfinderisch. Es klingt recht gut, wenn man einer elektronischen Bemautung - um zusätzliche Einnahmen zu lukrieren - einen tollen (möglichst angelsächsischen) Titel gibt: Road-Pricing. Darunter stellt sich der Österreicher und auch der Kärntner

Schwager

etwas Tolles vor. Wenn man aber genauer an dieser Oberfläche kratzt, kommt man darauf, daß der reine Nepp dahintersteht!

Das haben auch unsere Nationalratsabgeordneten im Parlament so gesehen. Deshalb hat es von den Freiheitlichen zu dieser Maßnahme von Anfang an keine Zustimmung gegeben: weder im Nationalrat noch hier, von Kärntner Stelle. Es haben sich dem aber auch alle anderen Regierungsglieder und Abgeordneten angeschlossen. Deshalb der ausführlich vom Berichtstatter verlesene Beschlußtext, wie er im Ausschuß ausgearbeitet wurde.

Eingangs stellt der erste Absatz klar fest, daß der Kärntner Landtag sich gegen die Einführung des Road-Pricings ausspricht und diesen Regierungsbeschluß vom 15. April 1997 aufrecht erhält. Das einmal einleitend.

Aber wir Kärntner haben ja schon jetzt laufend Benachteiligungen durch dieses Mautsystem. Ich darf Sie daran erinnern, daß eine Petition hier einstimmig verabschiedet wurde. Das sage ich jetzt ganz bewußt als Oberkärntner, da auch die PKW-Maut bei der Einführung der Autobahnvignette sich für uns Oberkärntner noch als zusätzliche Mautstelle dann bei der Tauernautobahn ergibt. Also zahlen wir Kärntner doppelt Maut. Die Kärntner Arbeiterkammer sowie der Gewerkschaftsbund, aber alle zusammen, haben ja über 22.000 Unterschriften gesammelt und dann hier ins Haus gebracht.

Und da wurde einstimmig folgendes beschlossen. Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit der Österreichischen Bundesregierung zu erreichen, daß im Falle der Einführung einer Generalmaut für das Bundesland Kärnten keine Doppelbemaftung und damit keine ungerechtfertigte Benachteiligung entsteht.

Das hat erstens einmal den Bund (die Bundesregierung) nicht gekratzt. Die Doppelmaut für die PKW gibt es. Zweitens ist aber auch festzustellen, daß sich die Landesregierung an diese Vorgabe des Landtages nicht gehalten hat. Der Landeshauptmann hat dann draußen verhandelt. (*Vorsitzender. Ich bitte, zu unterbrechen! - Ich*

möchte aufmerksam machen: Das Telefonieren im Hause ist nicht gestattet. Für jedermann! Weil wenn jeder zu telefonieren anfängt, dann hört sich die Sitzung auf! Ich bitte den Redner, fortzusetzen! - LHStv. Ing. Reichhold verläßt telefonierend den Saal.)

Der Herr Landeshauptmann Zernatto hat seinerzeit die Positionen Kärntens bei der Bundesregierung zu vertreten gehabt und hat damals bei einer Anfragebeantwortung an mich hier erklärt, daß er das nicht durchgebracht hat, sondern den raschen Lückenschluß der Autobahn zwischen Klagenfurt und Völkermarkt. Somit ist diese Ungerechtigkeit bis zum heutigen Tage vorhanden. Eine weitere Ungerechtigkeit würde eben mit der Einführung - so wie vorgesehen - vom Road-Pricing entstehen, und in Kärnten ist noch die zusätzliche Belastung gegeben.

Eines muß auch gesagt werden: daß bei diesem System ja die ganzen Autobahnzüge um Wien von diesem System und damit von einer Bemaftung ausgenommen bleiben sollten. Heute hat in diesem Hause im Zusammenhang mit der Regierungserklärung dazu schon der Straßenbau- und Verkehrsreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, uns mitgeteilt, daß Wirtschaftsminister Farnleitner die Einführung der elektronischen Maut für LKW und Busse zurückgestellt hat. (*Abg. Ramsbacher: Stimmt nicht?*) Stimmt nicht? Ja, kann sein, daß das nicht so ist.

Um so tragischer und um so wichtiger ist hier unser gemeinsamer Antrag, der sich gegen dieses Road-Pricing ausspricht und - falls es doch dazu kommt - eben versucht, wie vom Berichtstatter ausgeführt, dieses Maßnahmenpaket dann zum Tragen zu bringen.

Von uns Freiheitlichen - wir haben ja wesentlich an der Ausarbeitung dieses Beschlußtextes mitgearbeitet! - ist natürlich die Zustimmung gegeben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Koncilia das Wort.*)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Für mich stellt dieser heutige Antrag etwas dar, das - bei aller

Koncilia

unterschiedlicher Auffassung - doch, wie ich meine, beispielgebend sein könnte. Dies deshalb, weil der Kärntner Landtag und seine Parteien in diesem Antrag zum Ausdruck bringen, daß sie in erster Linie die Interessen Kärntens vertreten; wenn auch auf Bundesebene vielleicht andere Ansichten bzw. andere Vorstellungen vorliegen. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete des Bundeslandes Kärnten, das zu tun!

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold hat am 26. April 1999 zu einer Besprechung eingeladen (sehr kurzfristig eingeladen, aber ich glaube, das ist nicht das Entscheidende), wo neben den politischen Parteien die Interessenvertretungen anwesend waren. Man hat damals gemeint, man möge eine gemeinsame Resolution verfassen.

Ich und einige andere haben gemeint, daß dieser Punkt so entscheidend ist, daß eigentlich die entsprechenden Ausschüsse (der Verkehrs-, Bau- und Straßenausschuß, aber auch der Wirtschaftsausschuß; weil das eine generelle Frage ist) damit beschäftigt werden sollten. Wir haben uns dann sehr schnell darauf geeinigt. Ich möchte daher auf den ursprünglichen Entwurf der Resolution nicht eingehen, wo die ganze Problematik aufgezeigt wurde.

Wir haben also damals, am 4. Mai 1999, sehr kurzfristig eine Ausschußsitzung für Bauwesen und Verkehr einberufen und gleichzeitig gemeint, daß bei dieser Ausschußsitzung nicht nur die Ausschußmitglieder, sondern auch die entsprechenden Auskunftspersonen gehört werden sollen. Wir haben damals die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer und vor allen Dingen einen Vertreter der ASFINAG, Herrn Dr. Klaus Scherhackl, eingeladen; gleichzeitig auch den ARBÖ und den ÖAMTC. Selbstverständlich war auch der Vorstand der Abteilung 17, Dr. Ribitsch, dabei.

Wir haben uns damals die Grundüberlegungen der ASFINAG angehört, die zu dem geführt haben, was eben vorgetragen wurde. Wir haben in weiterer Folge gemeint: Es muß einfach Zeit sein, in den jeweiligen Klubs der Parteien das vorzubereiten. Das ist geschehen.

Es hat über Auftrag des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Ing. Reichhold dann Dr.

Ribitsch eine neuerliche Arbeitsgruppe eingeladen, in der wieder die besagten Interessenvertretungen neben den politischen Parteien, zuzüglich der Industriellenvereinigung und aller Betroffenen, waren. Es hat eine sehr sachliche Diskussion gegeben, wenngleich unterschiedliche Auffassungen ausgesprochen wurden. Es liegt in der Natur der Sache: daß die Wirtschaft andere Vorstellungen hat. Es ist lange diskutiert worden.

Wir sind in der Arbeitsgruppe zur Auffassung gekommen, daß - wenn es schon zu einer solchen Maßnahme kommt - wir dann zumindestens versuchen sollten, das Bestmögliche für unser Bundesland Kärnten zu erreichen. Diese Arbeitsgruppe war, wie gesagt, sehr arbeitsintensiv und hat sich sehr eingehend mit der Materie beschäftigt. Ich bin davon überzeugt, daß nicht alle mit dem Ergebnis des Ausschusses zufrieden sein können. Aber das liegt auch in der Natur der Sache.

Aufgrund dieser Tatsache und daß das Land Kärnten bis zum 4. 6. 1999 eine Stellungnahme abgeben muß, haben wir gestern wieder den Ausschuß für Bauwesen und Verkehr einberufen, um das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe zu behandeln und nach Möglichkeit einem Beschluß zuzuführen. Das ist auch deshalb gelungen, weil alle Parteien in diesem Ausschuß bereit waren, ihre Meinung einzubringen, aber auch in der einen oder anderen Frage nachgiebig zu sein und zu meinen: Wir sollten versuchen, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten! Er wirkt - wenn er überhaupt wirkt - nur dann, wenn es eine einheitliche Meinung des Kärntner Landtages gibt.

Das heißt, daß wir uns - wie der Herr Berichterstatter das heute schon gesagt hat - darauf geeinigt haben, bei der grundsätzlichen Ablehnung, die die Landesregierung am 15. April 1997 und der Kärntner Landtag am 22. April 1997 beschlossen hat, zu bleiben.

Wir meinen, wenn aber diese fahrleistungsabhängige Maut für LKW - ich betone das ausdrücklich! - zur Durchführung gelangt, daß die Landesregierung beauftragt wird, einige Dinge im wesentlichen festzustellen. Es ist grundsätzlich zu überlegen, wie weit das derzeit vorgeschlagene System der Bemaunung (mit

Koncilien

Mautstellen und ähnlichem) unbedingt erfolgen muß; ob man nicht doch überlegen sollte - wenn es zu diesem Bereich kommt -, wie weit die Technik fortgeschritten ist. Wir wissen sehr genau, daß die Technik in diesem Bereich schnell fortschreitet. Es geht darum, inwieweit also die zu erwartende Entwicklung in der Technik hierbei berücksichtigt werden soll und ob es dann überhaupt noch notwendig ist, physische Mautstellen einzurichten.

Wir haben gemeint: Wenn es zu dem kommt, sollte man zumindestens versuchen, das im Gleichklang mit den Partnerländern in der EU durchzuführen, um auch hierbei Einigkeit zu erzielen.

Ich möchte da gleich auf einen Beitrag eingehen, den der Abgeordnete Schwager geliefert hat, in dem er den Wirtschaftsraum Wien aber auch den Wirtschaftsraum Salzburg angeführt hat. Wir sind der Meinung, daß wenn diese elektronische Überwachung (oder wie immer man sie bezeichnen mag) kommt, müßte es auch möglich sein, daß die Situierung dieser Mautstellen eben an den Landesgrenzen genügt. Das würde bedeuten, daß das, was die Wirtschaft als sehr wesentlich einwendet - daß 70 % dieses Verkehrs auch für die Nahversorgung sorgen -, zum Tragen kommt und das Bundesland Kärnten auch ein Wirtschaftsraum wäre; ähnlich wie es in Salzburg und Wien ist. Das war eine sehr bedeutende Frage.

Die nächste Frage, die wir gemeinsam zu lösen haben werden, wäre: daß österreichweit einheitliche Tarife vorherrschen müßten. Es kann nicht so sein - um das sehr kraß auszudrücken -, daß in einem Bereich ein Kilometer drei Schillinge kostet und in einem anderen Bereich für dieselbe Kilometeranzahl mehr als zehn Schillinge aufgewendet werden müssen. Das ist für uns eine entscheidend!

Wenn es aber zu dieser Ablehnung kommt - der Wirtschaftsraum Kärnten ist ja ohnehin nicht bevorzugt, sondern benachteiligt -, dann müßte zumindestens miteingereicht werden (auch das hat der Herr Berichterstatter schon zum Teil erwähnt), daß wir einige Prioritäten setzen wollen. Wir meinen, daß es für uns Kärntner unheimlich wichtig ist, um diese Benachteiligung hintanzustellen, daß der Vollausbau der Pack

erfolgen müßte; daß die zweite Tunnelröhre im Katschbergtunnel realisiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir hier eine sehr kritische Feststellung, die wahrscheinlich nicht unwidersprochen bleiben wird, die ich aber schon gerne anbringen möchte! Wenn man weiß, wie es damals zu nur einer Katschberg-Tunnelröhre gekommen ist, dann war ja Kärnten nie dieser Auffassung. Kärnten hat immer die Auffassung vertreten, daß es gleich zwei Tunnelröhren geben sollte. Aber wir waren zu schwach und konnten uns nicht durchsetzen. Denn Salzburg war damals nur für eine Röhre. Dies wahrscheinlich nicht aus noblen Gründen, sondern - was man zubilligen muß - aus eigenständigen Gründen. Man hat gemeint, wenn nur eine Röhre vorhanden ist, fahren die Leute weniger durch Salzburg und bleiben eher im Land Salzburg, bevor sie weiterfahren. Aber das kann nicht ganz unserer Intention entsprechen. Wir wissen, wie heute diese Dinge geschehen. Straßenbaumaßnahmen werden immer schwieriger. Es wird auch jetzt schwieriger sein, etwas durchzusetzen, was vor einigen Jahren schon schwierig war. Aber ich meine, die zweite Katschberg-Tunnelröhre ist für uns wichtig!

In weiterer Folge sollte die Nord-Süd-Verbindung in Völkermarkt, die Seeberg Straße B82, ausgebaut werden. Es ist für uns ungemein wichtig, daß der Lückenschluß in Arnoldstein, also der Gailtal Straße B111, erfolgen müßte.

Wir kennen alle das Problem in Oberkärnten, bzw. in Villach mit der Bundesstraße der Ossiacherzeile. Eine Umfahrungsstraße des Bundes, wie sie ursprünglich gedacht war, die heute einfach eine innerstädtische Straße geworden ist und auf dem die entsprechenden Gewerbe- und Industriebetriebe angesiedelt werden. Hier müßte eine Umfahrung erfolgen und auch eine Beteiligung des Bundes. Gleichzeitig wurde in dieser Arbeitsgruppe auch festgehalten, daß für LKW und Busse Kontrollplätze einzurichten sind. Nach dem EU-Recht ist es nicht möglich, daß sie direkt an Grenzen postiert werden. Daher haben wir in dieser Arbeitsgruppe und letzten Endes im Ausschuß gemeint, es sollte im Bereich Völkermarkt-Dolina und im Bereich der Autobahnmeisterei Villach erfolgen. Und in

Koncilien

weiterer Folge sollte auch der rasche Ausbau der Drautal-Bundesstraße, der an und für sich - wie es der Herr Straßenbaureferent mitgeteilt hat - schon in Verhandlungen abgeschlossen ist, erfolgen. Wir wollen aber noch einmal darauf hinweisen, daß es für uns ungemein wichtig ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir ist als Ausschußvorsitzender völlig bewußt, daß es eine Reihe von zusätzlichen Anliegen gibt. Jeder von Ihnen aus seinem Bereich könnte wahrscheinlich meinen, dieses und jenes wäre noch wichtig. Ich glaube aber, daß bei einem so großen Thema wie es die Bemautung ist, daß wir die Sache nicht verkennen sollten. Es kann kein Brief an das Christkind sein, daß wir sagen, das, das und das tun wir noch hinein. Sondern wenn es schon zu einem Konsens gekommen ist, über den ich sehr froh bin, dann sollten wir uns auch darauf beschränken, daß wir sagen, das ist in unmittelbarem Zusammenhang zu bringen, andere Dinge, die vielleicht sehr wichtig sind, für einzelne Bereiche, aber nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen, sollten wir hintanstellen.

Ich bekenne mich also dazu, daß jede politische Fraktion irgendwo um das auf kärntnerisch zu sagen "Haare lassen mußte". Aber wenn wir einen gemeinsamen Beschluß, einen gemeinsamen Antrag zustandegebracht haben, das ist gestern beschlossen worden, glaube ich, sollten wir den auch gemeinsam vertreten. Ich danke allen, die daran mitgearbeitet haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher das Wort.)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben hier eine einheitliche Beschlußfassung zusammengebracht. Ich möchte aber erwähnen, daß ich auch im Ausschuß schon angekündigt habe, daß ich nach Rücksprache mit dem Klub einen Zusatzantrag "Den Kreuzbergtunnel" ebenfalls als wichtigen Punkt 8 anführe, den Abgeordneter Wutte dann als Klagenfurter begründen wird.

Etwas was mir heute besonders aufgefallen ist, als ich die Zeitung gelesen habe, es steht drinnen: Ersten Erfolg hat er im Kampf gegen Elektronik-Maut erzielt? Gemeint ist Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold. Und unten steht: Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner hat die Einführung der Elektronik-Maut, Road-Pricing zurückgestellt. Laut Anfrage bei der Republik Österreich, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, ist dem nicht so. Die Mautstellenverordnung wurde nicht zurückgezogen. Lediglich die in einem ministeriellen Erlaß betreffende Änderung der Mauttarife und Kategorisierung bei den bestehenden Mautstellen, insbesondere die Semmering-Mautstelle, wo eine Umstellung der Mauttarife erfolgte, nämlich von Gewicht auf Axen, so wie es im Road-Pricing vorgesehen ist, dieser Erlaß wurde aus ministerieller Stelle von den Mautstellen angeführt, dieser Termin wurde vorläufig für diese Maßnahme ausgesetzt. Es bleibt also bei den alten Mauttarifen für die bestehenden Mautstellen. Das hat mit Road-Pricing überhaupt nichts zu tun.

Zweiter Punkt. Auch gestern im Ausschuß wurden wir informiert, daß es einen heftigen Widerstand gebe und daß es eine Studie gebe, die im Nationalrat dann so ähnlich wie beschlossen oder zumindest gefordert werden sollte. Diesbezüglich möchte ich folgendes sagen. Der Nationalrat beschäftigt sich derzeit nach Mitteilung vom Bundesministerium - nächste Sitzung ist am 8. Juni 1999 - mit einer Zusammenführung der Studien des Verkehrsministeriums Schiene, also der Masterplan für den öffentlichen Verkehr und dem Wirtschaftsministerium und der GSD-Studie, das ist die Studie nach dem Straßenplan, die hier in der Bewertung des Straßennetzes zusammengestellt ist. Diese ausgewiesenen Ergebnisse sollen nunmehr vernetzt werden. Das heißt, daß nicht die Schiene eine eigene Studie macht, die Straße eine eigene Studie macht, sondern der Nationalrat wird am 8. Juni fordern, daß ein gemeinsames Konzept über die Auswirkungen des Verkehrsnetzes nach dem Masterplan und nach der GSD-Studie zusammenwirkend dem Nationalrat vorgelegt werden muß. Das ist die Grundlage. Sonst ist eigentlich, leider nichts passiert. Umso wichtiger ist es, daß wir uns im

Ramsbacher

Landtag einig sind - 15. April 1997, 22. April im Landtag - eine ablehnende Haltung zur derzeitigen Mautstellenverordnung, zur derzeitigen Einführung des Road-Pricings, wie es im Landtag und in der Regierung beschlossen worden ist, zu unterstützen. Ich unterstütze auch voll die Punkte, die hier angeführt wurden. Wir haben ja noch einige Korrekturen auf Anregung der ÖVP durchgeführt. Ich danke auch dem Abgeordneten Schwager, daß wir die B100 wenigstens drinnen haben, als rasche Verwirklichung des Ausbaues der Drautal-Bundesstraße. Es ist notwendig, daß wir das durchführen, weil oben einfach nichts weitergeht und zu langsam gebaut wird. Es wären reife Projekte in Steinfeld. Es wäre mit entsprechendem Druck auch der Weiterbau im Drautal sicherlich möglich. Ich glaube, daß auch die zweite Röhre Katschbergtunnel, weil sie schon erwähnt wurde, nicht so sehr aus verkehrstechnischen Gründen, sondern gerade wenn man den Mont-Blanc-Unfall noch vor Augen hat, aus sicherheitstechnischen, aus Umweltgründen und aus Belüftungsgründen realisiert werden sollte.

Und wenn schon gesagt wurde, von Kärnten hat es nie Probleme gegeben. Wir haben damals von der Gemeinde Rennweg sogar schon mit der Frau Tusnelda Rothenburg die naturschutzrechtlichen Verhandlungen durchgeführt. Von Kärnten hat es nie einen Widerstand gegeben. In der Gemeinde Rennweg ist das sogar schon verhandelt worden. Es hat nur eine Bürgerinitiative auf der Salzburger Seite gegeben und dann hat man in Bausch und Bogen beide zweiten Tunnelröhren abgelehnt. Und die Salzburger waren damals vor der Landtagswahl, da ist es dann nicht mehr zur Realisierung gekommen. Ich hoffe, daß das so schnell wie möglich geht, daß wir hier die entsprechenden Punkte, die genauso wie es der Herr Abgeordnete Schober gesagt hat, nicht nach 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und jetzt auch noch 8 zu klassifizieren und verifizieren sind, sondern daß wir alle unsere Anliegen gleichzeitig realisieren. Wir haben extra formuliert: zur Hintanhaltung der Benachteiligung des Wirtschaftsraumes Kärnten wird die gleichzeitige Realisierung insbesondere folgender Infrastrukturprojekte gefordert. Ich glaube, jetzt unabhängig davon ob das Road-Pricing kommt oder nicht, diese

infrastrukturellen Forderungen müssen praktisch vom Land Kärnten an den Bund herangetragen werden, um nicht in Zukunft noch mehr wirtschaftliche Nachteile für Kärnten seitens des Bundes zu erhalten.

Ich möchte Ihnen nur eine Zahl geben. Die Kärntner Wirtschaftskammer schreibt: Bundesstaatlicher Skandal. Wien und Niederösterreich beanspruchen zusammen 84,5 Prozent der Bundeszuschüsse für Hochleistungsstrecken. Von den rund 49 Milliarden erhält Kärnten nur rund 460 Millionen Schilling. Das sind 0,9 Prozent der Gesamtbundeszuschüsse. Deshalb sind unsere Forderungen infrastruktureller Art besonders wichtig. Auch der Kreuzbergtunnel. Ich würde Sie ersuchen, wenn Sie die Begründungen hören und die Zusagen bereits des Ministers, das auch zu prüfen und auch zu befürworten. Und wenn man die Geschichte hört und die verkehrsmäßigen Auswirkungen in der Feldkirchner Straße, dann muß hier etwas passieren. Und deshalb bitte ich, doch die Anliegen zu berücksichtigen, diese Infrastrukturprojekte, genauso wie wir es im Landtag, in den Ausschüssen gemacht haben, gemeinsam zu vertreten. Denn in Wien freut man sich am meisten wenn wir uns nicht einig sind. Und wenn wir uns einig sind, glaube ich, daß wir diese wichtigen Infrastrukturprojekte durchsetzen können.

Und wenn ich noch einen Satz zum Verkehrstag, zum Europäischen GSV-Verkehrstag sagen darf. Hier wurde dezidiert gesagt und mit Folien bewiesen, daß dort wo die Erreichbarkeit am höchsten ist, dort wo die verkehrsmäßige Erschließung am höchsten ist, gleichzeitig das Pro Kopf-Einkommen auch auf den höchsten Stand geht. Das heißt: Erreichbarkeit, Verkehrserschließung ist unweigerlich verbunden mit dem Pro Kopf-Einkommen in ganz Europa. Und man hat es gesehen. Wir haben in der Vergangenheit in die Straßen investiert. Wir haben sehr viel in die Schiene investiert. Die Ostländer müssen momentan noch unheimlich viel in die Straße investieren. Ungefähr 1,5 Prozent des BIP muß jedes Land nach dem Helsinki-Vertrag für diese Infrastruktur aufbringen, sonst gibt es keine Förderung seitens der EU. Das ist auch dezidiert vom EU-Abgeordneten gesagt worden. Die sind

Ramsbacher

bereit, das auch für ihr eigenes Land aufzubringen, weil sie wissen, ohne Verkehrsanbindung ist eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Deshalb glaube ich, sollten wir gerade in der verkehrsmäßigen Anbindung einen Schwerpunkt setzen, geht es nun um einen Semmering-Tunnel, geht es um den Pack-Ausbau oder Tunnelröhren oder auch um sonstige verkehrsmäßige Anbindungen. Wenn wir das nicht schaffen, haben wir uns praktisch schon unserer vieler Vorteile gegenüber den anderen Regionen beraubt. Und die Mittelverteilung spricht eindeutig dafür, daß wir jetzt einen Nachholbedarf haben. Deshalb bitte auch eine einstimmige Verabschiedung und ein gemeinsames Vorgehen in dieser verkehrsmäßigen Erschließung von Kärnten. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mitterer das Wort.)

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ein paar kurze Anmerkungen noch zu dem Problem Road-Pricing oder Highway-Pricing, wie es richtig heißen sollte, denn es werden ja in Österreich nicht die Straßen bemauteet, sondern nur das höherrangige Straßennetz. Es ist also schon der Begriff falsch gewählt. Aber schlimm genug, wenn es jetzt kommen würde für Wirtschaft, für Pendler und für Tourismus. Denn wir reden ja heute nur einmal über die LKWs und die Busse und die nächste Stufe folgt ja am Fuße. Seit es die Maut gibt, seit dem Bau der Tauernverbindungen haben wir in Kärnten diese Diskussion, weil immer Kärnten im Konzert der neun Bundesländer der Benachteiligte war. Wir haben als wir das erste Mal die Maut bekommen haben, nachdem unsere Gäste in erster Linie vom Norden gekommen sind, als einziges Bundesland die Nachteile gehabt. Wir haben das nächste Mal die Nachteile gehabt bei der Vignette. Wir haben hier im Hause einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Ich will es nicht mehr wiederholen. Er ist nur in Wien nicht zur Kenntnis genommen worden. Und jetzt reden wir vom Road-Pricing. Kärnten ist vielleicht auch wegen dieser Mautsituation Schlußlicht geworden. Es ist sicherlich auch ein Steinchen

in dem Mosaik. Denn der Wirtschaftsstandort wird auch durch höhere Kosten für die Wirtschaft, sei es durch die Pendler, sei es durch den Transport, verursacht. Das muß man einmal klar und deutlich in den Raum stellen. Ein kleines Mosaiksteinchen ist da sicher dabei. Und man ködert die Kärntner immer wieder mit dem Ausspruch: Seid doch trotzdem dafür, denn dann werden eure schon längst vorgebrachten Anliegen endlich erledigt. Das nehmen wir nicht zur Kenntnis. Denn das ist eine Tatsache und diese Unterlage hat jedes Mitglied auch erhalten, daß die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, aus der Normverbrauchsabgabe und, und, und, hin bis zu den Mauteinnahmen, 57 Milliarden Schilling in Österreich ausmachen und daß insgesamt um 20,3 Milliarden weniger Schillinge an Erhaltung und an Bauten ausgegeben wird, per anno.

Das heißt, es wird vom Autofahrer über die Maut und über andere Abgaben schon wesentlich mehr kassiert. Wir hätten schon längst Anspruch auf die Erfüllung von Ihnen hier zitierter Forderungen, die in diesem Antrag enthalten sind.

Trotzdem bin ich froh, daß dieser Antrag so formuliert wurde, wie er jetzt vorliegt, den der andere Antrag, in dem aufgefordert wurde, daß es zu keinen Nachteilen kommt, war mir zu weich formuliert. Hier sind drei wesentliche Punkte enthalten:

Einmal die Situierung der Mautstellen in Kärnten nur an den Landesgrenzen, damit wir nicht in Kärnten eine Maut haben.

Österreichweite einheitliche Tarifsätze. Ich möchte hier deponieren, das würde bedeuten, daß bei Einführung eines Road-Pricing-Systems die zusätzlichen Mautstellen zu verschwinden haben, nicht daß wir dann Road-Pricing haben, aber wer durch den Tauerntunnel fährt, wiederum eine eigene Abgabe zu zahlen hat. Dieser Punkt muß dann in den Verhandlungen so präzisiert werden, daß das für uns heißt, dann zahlt man gleich viel von hier nach Wien als von hier nach Salzburg laut Kilometer.

Der wichtige Punkt ist der Gleichklang mit den westlichen Partnerländern in der Europäischen Union. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es geht dabei

Mitterer

nicht um einen Gleichklang in den Tarifen, sondern auch in der Einführung. Die Diskussion mit der Vignette hat uns geschadet. Nicht die Höhe des Preises, den der Gast zu zahlen hat, sondern daß wir Österreicher es wieder gewagt haben, eine Maut einzuführen, wo wir Österreicher in Deutschland gratis über die Autobahnen fahren können. Das würde jetzt genau wieder passieren, die gleiche Diskussion: Wir fahren draußen gratis, aber der schlimme kleine Bruder Österreich hebt einen Beitrag ein. Da sind sie nicht auf die Italiener und auf die Schweizer zornig, sondern auf den kleinen Bruder Österreich. Das wäre eine Diskussion, die wir nicht durchstehen. Deshalb ist es wichtig, daß wir diesen Beschluß heute fassen, damit es im Wirtschafts- und im Tourismusbereich keine Auswirkungen negativer Art und Weise gibt.

Ich appelliere zum Schluß noch einmal: Es soll nicht wiederum bei einem Lippenbekenntnis bei einem einstimmigen Beschluß im Kärntner Landtag bleiben, es muß das Ganze auch auf Bundesebene durchgezogen werden. Die beabsichtigte Regelung ist angeblich leider nicht zurückgezogen oder bis nach den Wahlen deponiert worden. Ich hätte mich aber gefreut, wenn das so gewesen wäre, weil wir möglicherweise dann nach dem 3. Oktober in Wien auch einen Ansprechpartner von unserer Seite hätten, damit wir endlich die Kärntner Anliegen einmal durchbringen. Denn bisher war es so: Wir haben einstimmig hier herinnen gefordert und in Wien sind wir in der rot-schwarzen Koalition gescheitert, die haben uns Kärntner immer dumm stehen lassen. Deshalb hoffe ich, daß wir mit dieser Forderung einheitlich durchkommen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Klubobmann Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zum einen jetzt noch einmal das unterstreichen und bekräftigen, was im Zusammenhang mit der Road-Pricing-Einführung gesagt wurde, daß es insbesondere in dem Zusammenhang das Ziel sein sollte, sämtliche benachteiligende Sondermauten der Vergangenheit zuzuführen. Das soll unser Kernanliegen sein.

Ich möchte aber, wie schon angekündigt, auch den Zusatzantrag betreffend die Aufnahme des Kreuzbergtunnels hier einbringen, weil wir der Auffassung sind, daß diese eine Maßnahme verkehrspolitischer Art jedenfalls Aufnahme in das Forderungspaket finden sollte, weil sich die Dinge in den letzten Jahren der Beobachtung anders entwickelt haben, als sie prognostiziert waren. Es war ja so gedacht, wie auch von Retzko im Gutachten vorformuliert, daß sich der Verkehr ohnehin verlagern wird und daß wir durch die Umfahrungsmöglichkeit über die Autobahn eine wesentliche Entlastung bestimmter Wohngebiete des Nordwestens von Klagenfurt erreichen werden. Genau das ist leider nicht eingetreten, obwohl wir damals schon gesagt haben, das wird auch nicht eintreten, weil man das nach den Regeln des Hausverständes prognostizieren konnte. Tatsächlich ist es so, daß sich auch der Verfassungsgerichtshof dann bei seiner Beurteilung an Retzko gestoßen und gemeint hat, es würden doch einige tausend KFZ von der A2-Nordumfahrung aus dem Wohngebiet abgezogen werden, wodurch sich die Zahl auf 17.000 reduzieren würde. Das ist das Bedauerliche und von uns schon Vorhergesagte, alle diese Prognosen haben sich allesamt als falsch herausgestellt. Tatsächlich fahren nämlich auf der A2-Nordumfahrung lediglich 15.000 KFZ, andererseits zeigen die Verkehrsmessungen im Bereich der Feldkirchner Straße Knoten Schleppe, Knoten Villacher Ring sowie der Eichelburg-Labia-Straße, Deutenhofenstraße, Sterneckstraße, Beethovenstraße, Kinkstraße, daß der Verkehr in der Feldkirchner Straße deutlich und dramatisch zugenommen hat. In Höhe Schleppe haben wir zwischen 20.000 und 21.000 PKW, was eine sicherlich unzumutbare Belastung in diesem Zusammenhang darstellt. Die KFZ-Teilnehmer fahren über Schleichwege durch die Eichelburg-Labia-Straße und durch das Wohngebiet Sterneckstraße und Beethovenstraße nach Südwesten. Das ist eine vielfach benützte Durchzugsroute und es ist dort nicht nur Quell- und Zuflußverkehr, sondern es wird das Wohngebiet als wirkliche Transitroute mißbraucht. Der Verkehr hat hier auch drastisch zugenommen. Stellt man nämlich der Anzahl der PKW beim Knoten Feldkirchner Straße - Villacher Ring von zirka 14.000 Fahrzeugen

Dr. Wutte

jenen beim Knoten Feldkirchner Straße Schleppe mit 21.000 gegenüber, zeigt sich, daß genau ein Drittel, nämlich diese 7000, in dem Wohngebiet versickern. Das ist das, was man vorher seitens der Gutachter gemeint hat, das werde nicht der Fall sein, es wird auf die Umfahrung der Autobahn abgezogen werden. Genau das ist nicht eingetreten, wir haben es vorher schon gesagt. Es zeigt sich daher, daß rund 7000 KFZ weniger die Nordumfahrung annehmen, als dies von den "Fachleuten" prognostiziert wurde, und jene Kraftfahrzeuge, von denen Prof. Retzko ausging, daß die bei der Errichtung des Kreuzbergtunnels von der Nordumfahrung auf den Kreuzbergtunnel abgezogen werden sollten, in die Feldkirchner Straße und die umliegenden Gebiete fahren. 4000 Kraftfahrzeuge benützen die Nordumfahrung überhaupt nicht, weil sie für sie zu wenig interessant und attraktiv ist.

Daher zusammengefaßt: Wir wollen eine verkehrsmäßige Entlastung dieses Wohngebietes und Stadtteiles von Klagenfurt erreichen. Der Klagenfurter Bürgermeister ist in dieser Sache auch schon aktiv gewesen und hat mit dem zuständigen Wirtschaftsminister vereinbart, daß eine Arbeitsgruppe installiert wird und daß diese Arbeitsgruppe jedenfalls noch eine Evaluierung vornehmen sollte. Der Wirtschaftsminister meint es auch ernst in diesem Punkt und er hat jedenfalls dem Bürgermeister der Landeshauptstadt Klagenfurt zugesichert, diese Arbeitsgruppe rasch einzusetzen, rasch arbeiten zu lassen und, das ist der Kernpunkt, bei positivem Ausgang einer Beurteilung dieser Arbeitsgruppe auch die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen und jene Maßnahmen zu setzen, die seitens der Bundesregierung dafür notwendig sind. Daher dürfen wir es nicht versäumen, diesen Punkt auch in unseren Forderungskatalog aufzunehmen. Denn es wäre fatal zu sagen, Klagenfurt kämpft um eine Entlastung und um eine Besserstellung der jetzigen Situation, der Wirtschaftsminister erklärt sich bereit, hier aktiv mitzuwirken und der Landtag ist in dieser Frage nicht aktiv. Daher ersuchen wir, diesem Zusatzantrag auch von Ihrer Seite her die Unterstützung zu geben. Herzlichen Dank. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Straßenverkehrsreferent LH-Stv. Ing. Reichhold das Wort.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr verehrte Abgeordnete! Zunächst einmal zum Herrn Ramsbacher: Es ist zu sagen, daß er vollkommen recht hat, daß der Mauterlaß, von dem hast du nämlich gesprochen, zurückgezogen wurde. *(Abg. Ramsbacher: Die Mautstellenverordnung im Zusammenhang mit dem Road-Pricing!)* Ich wiederhole jetzt deine Wortmeldung: Du hast gesagt, daß der Mauterlaß, von dem hast du gesprochen, zurückgezogen wurde. *(Abg. Ramsbacher: Die Mautverordnung!)* Dieser Mauterlaß regelt die sogenannte Hochmaut in Kärnten, die Eintrittskarte nach Kärnten. Dafür war eine Erhöhung geplant, das ist aber offenbar vor der Nationalratswahl nicht gewollt. Ich fürchte, daß es nach der Nationalratswahl trotzdem dazu kommen wird. Diese ist aber zunächst einmal zurückgezogen.

Zur Mautstellenverordnung: Diese liegt im Entwurf vor und ist bis heute nicht unterschrieben, weil das dazugehörige Gesetz fehlt. Das dazugehörige Gesetz ist nun einmal das Bundesstraßenfinanzierungsgesetz. Wenn du dich erinnerst, du warst bei unserer ersten Arbeitssitzung selber in der Kärntner Landesregierung anwesend, das war eine unserer großen Befürchtungen, daß am 8. Juni im Verkehrs- und Bautenausschuß des Parlaments dieses Bundesstraßenfinanzierungsgesetz beschlossen wird. Heute hast du selber in deiner Wortmeldung dem Landtag mitgeteilt, daß am 8. Juni nur eine Studie beschlossen wird, weil zwei Studien auf eine zusammengezogen werden, und das Gesetz selber ist von der Tagesordnung. Das kommt auch nicht mehr vor der Nationalratswahl, weil die Zeit bis zum nächsten Plenum zu kurz ist. Ich weiß das auch aus sehr vielen Informationen, die ich in letzter Zeit über die Wirtschaftskammer, über die ÖSAG selber und über die Parlamentsabgeordneten im Bund bekommen habe. Ich hoffe, daß dadurch die nachteiligen Auswirkungen für Kärnten verhindert werden können.

Ing. Reichhold

Das Thema ist natürlich noch nicht ausgestanden. Es ist ein aktuelles Thema und kommt natürlich nach den Nationalratswahlen wieder auf Kärnten zu. Ich gehe mit dir jede Wette ein, daß dieses Thema zunächst einmal vom Tisch ist, ich habe hier die Bestätigung von den Standesvertretern, die ständig in Verhandlungen mit dem Bundesminister sind. Ich weiß nicht, mit welchen Beamten du telefoniert hast, jedenfalls sind das die Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die hier mitgeholfen haben. Das war in jeder Phase sehr konstruktiv. Ich habe das heute schon sagen können, es war seitens der Beamtenschaft vom Beginn an so, daß die Stellungnahmen sehr eindeutig negativ ausgefallen sind. Es war auch von der politischen Koordination her eine äußerst gute Zusammenarbeit hier im Hohen Haus. Die Koordination selber leitete Abgeordneter Koncilia.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung zum Kreuzbergtunnel machen: Wie immer dieser Antrag heute entschieden wird, ich ersuche Sie, daß uns Zeit gegeben wird zu beurteilen, ob eine neuerliche Projektierung des Kreuzbergtunnels Sinn macht. Es muß wirklich genauestens untersucht werden, ob die Kosten und der Nutzen eines derartigen Projektes in einem Verhältnis stehen, um eine derartige Investition zu rechtfertigen. Ich nehme an, daß eine neue Trasse gefunden werden muß, weil die alte mit Sicherheit nicht mehr machbar sein wird. Ich hoffe, daß diese Projektgruppe, die vom Bundesminister eingesetzt ist, auch all diese Fragen berücksichtigt. Wenn es tatsächlich so sein sollte, daß die Kosten-Nutzen-Analyse dieses Projektes einen positiven Ausschlag für den Kreuzbergtunnel gibt, dann wird das Hohe Haus zu entscheiden haben, ob diese Investition verwirklicht werden kann oder nicht. Das ist meine ganz persönliche Meinung, die ich hier deponieren möchte: Ich würde aber mit dem heutigen Beschluß nicht ein Präjudiz für die künftige Vorgangsweise in dieser Frage schaffen wollen, weil hier politische Signale gesendet werden, die gerade in der Frage nicht notwendig wären und weil sich diese Frage auch nicht für eine politische Diskussion eignet.

Einen Aspekt möchte ich noch anführen, das ist der Umstand, daß nirgends so wie in der Verkehrspolitik erkennbar wird, daß der Bund bemüht ist, auf sehr vielen Ebenen seine Kosten auf die Länder abzuwälzen. Wir haben das jetzt beim Führerscheingesetz analysiert, aber auch bei der Mautstellenverordnung bzw. beim Bundesstraßenfinanzierungsgesetz ist das ersichtlich. Die Verfolgung von straffällig gewordenen Verkehrsteilnehmern im Zuge der Bemaung ist den Ländern anheimgestellt, es ist aber im Gesetz selber keine Kostenvorsorge dafür vorgesehen, obwohl diese Arbeit natürlich jährlich Millionenbeträge in Anspruch nehmen wird. Zum zweiten ist nicht im Bundesstraßenfinanzierungsgesetz, aber sehr wohl im Bundesstraßengesetz, das uns jetzt im Entwurf vorliegt, die Absicht ersichtlich, daß Autobahnauf- und -abfahrten zur Gänze von den Gebietskörperschaften übernommen werden, das heißt also, daß Land und Gemeinden finanzieren werden müssen. Das wären natürlich gewaltige Kosten, (*Vors. 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das ist ja ein Wahnsinn!*) wenn dieses Gesetz in der vorliegenden Form so beschlossen wird. Ich denke z. B. nur an die Aufschließung des Industriegebietes in Arnoldstein oder die diversen Wünsche, die im Kärntner Unterland bestehen, Autobahnauf- und -abfahrten haben zu wollen. Das sind natürlich dann riesige Kosten, die vom Land bzw. von den betroffenen Gemeinden zu tragen sein werden. Ich habe das heute dem Präsidenten des Gemeindebundes gesagt, bitte, schauen Sie sich das an, versuchen Sie, rechtzeitig zu reagieren, damit nicht wieder eine politische Attacke auf die Länder bzw. Gemeinden erfolgt, ohne daß rechtzeitig zum Alarm geblasen wird.

Auch im öffentlichen Nahverkehrsbereich - das wurde heute schon gesagt - ist eine weitere Abwälzung von Kosten auf die Länder und letztlich auf die Gemeinden geplant. Das führt natürlich dazu, daß die Versorgung der ländlichen Gebiete, vor allem mit dem öffentlichen Verkehr, nicht mehr in dem vorhandenen Ausmaß möglich sein wird.

Sie haben heute, glaube ich, auch einen Antrag beschlossen, der den öffentlichen Nahverkehr sicherstellen sollte. Das sind halt Probleme, die wir in den Ländern dann ausbaden müssen, weil

Ing. Reichhold

auf Bundesebene zunehmend die finanzielle Verantwortung auf die Länder abgewälzt wird.

Zum Schluß noch eine legistischer Trick, möchte ich fast sagen, der auch in diesem Bundesstraßenfinanzierungsgesetz festgeschrieben ist: Im § 1 Abs. 2 gibt es eine Verordnungsermächtigung für den Minister, der Bundesstraßen - ich sage jetzt Bundesstraßen, nicht Autobahnen! - nach Anhörung und nicht nach Zustimmung der Länder bemaute kann. Mit Verordnung. Das heißt also, er kann Ausweichrouten sozusagen dann auch bemaute.

Oder ich denke an die B 100. Theoretisch wäre nach Vorlage dieses Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes mittels Verordnung und nach Anhörung der Länder eine Bemaute der gesamten Drautalstraße möglich. Das wäre naheliegend, wenn Geld gebraucht wird, weil es hier so gut wie keine Ausweichrouten gibt.

Das sind halt schon Dinge in diesem Gesetz, die sich die Länder nicht gefallen lassen sollen und vor allen Dingen die sich auch Kärnten nicht gefallen läßt! Deshalb gehe ich davon aus, daß dieses Gesetz in der jetzigen Form vor der Nationalratswahl mit Sicherheit nicht beschlossen werden kann, weil eindeutig auch Verfassungswidrigkeit nachgewiesen werden konnte; wie ich das heute schon ausgeführt habe. Dies deshalb, weil nicht - wie im alten Gesetzestext vorgesehen war - im Jahr 2001 flächendeckend die Bemaute eingeführt werden wird oder werden soll, sondern der Minister hätte die Möglichkeit, sogenannte Mautstreckenabschnitte etappenweise zu verordnen. Das könnte dazu führen, daß einzelne Wirtschaftsregionen unseres Bundesgebietes natürlich benachteiligt werden, weil es zu einer Wettbewerbsverzerrung kommt. Das widerspricht eindeutig dem Verfassungsgrundsatz des einheitlichen Wirtschaftsraumes. Auch aufgrund dieser Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, die von der Wirtschaftskammer mittels einer Studie nachgewiesen werden konnte, ist eine Beschlußfassung wohl nicht möglich. Daher entfällt auch die Mautstellenverordnung, weil Sie ja ein dazupassendes Gesetz dazu brauchen. Wenn dieses Gesetz nicht da ist, haben Sie keine gesetzliche Grundlage, um derartige Verordnungen zu schaffen. Somit ist meiner Meinung nach

zunächst einmal die Gefahr zwar nicht aufgehoben, aber aufgeschoben.

Ich freue mich darüber, daß es möglich wird - so wie es jetzt aussieht -, einen einstimmigen Beschluß zustande zu bringen, um die vielen für Kärnten wichtigen Projekte auch in Wien jetzt mit Rückendeckung des Kärntner Landtages verhandeln zu können. Ich werde mich sehr bemühen, ein für Kärnten gutes Ergebnis nach Hause zu bringen und möchte mich noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt erneut Abg. Ramsbacher das Wort. - Proteste aus den Abgeordnetenreihen von FPÖ und SPÖ.)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte noch einmal vorlesen, was ich schon vorhin vorgelesen habe. Ich lasse mir nichts unterstellen!

Ich habe gesagt: "Die Mautstellenverordnung wurde nicht zurückgezogen. Lediglich der in einem ministeriellen Erlaß betreffend Änderung der Mauttarife und Kategorisierung bei den bestehenden Mautstellen angeführte Termin wurde vorläufig für diese Maßnahmen ausgesetzt."

Also bei den bestehenden Mautstellen! Das hat überhaupt nichts mit Road-Pricing zu tun! Ich bitte um Kenntnisnahme! *(Einzelbeifall aus der ÖVP-Fraktion. - LHStv. Ing. Reichhold: Das habe ich ja gesagt! - Abg. Ramsbacher: Du hast heute Märchen erzählt!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Das ist eine Richtigstellung für sich selbst! - Der Berichterstatter hat das Schlußwort!

Berichterstatter Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr geschätzte Damen und Herren! Zwei Punkte: Nachdem so viel diskutiert worden ist, glaube ich, dürfte alles auf dem Tisch liegen. Der Punkt 2 ist die fortgeschrittene Zeit.

Schober

Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage die Spezialdebatte.

(Der Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte wird einstimmig angenommen. - Der Vorsitzende eröffnet die Spezialdebatte. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Der auf den Beschluß der Kärntner Landesregierung vom 15. April 1997 aufbauende Beschluß des Kärntner Landtages vom 22. April 1997, wonach sich das Land Kärnten grundsätzlich gegen die Einführung des Road-Pricings ausgesprochen hat, wird aufrecht erhalten.

Sollte die Einführung einer fahrleistungsabhängigen Maut für LKW zur Durchführung gelangen, wird die Kärntner Landesregierung aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung Nachstehendes sicherzustellen:

Grundsätzliche Prüfung der Notwendigkeit, ob im Zuge der Einführung des Road-Pricings aufgrund des Standes und der zu erwartenden Entwicklung der Technik überhaupt physische Mautstellen erforderlich wären;

Einführung nur im Gleichklang mit den wesentlichen Partnerländern in der Europäischen Union;

Situierung der Mautstellen in Kärnten nur an den Landesgrenzen;

österreichweit einheitliche Tarifsätze;

Zur Hintanhaltung der Benachteiligung des Wirtschaftsraumes Kärnten wird die gleichzeitige Realisierung insbesondere folgender Infrastrukturprojekte gefordert:

1. Vollausbau der Pack;
2. zweite Röhre Katschbergtunnel;
3. Seeberg Straße B82, Nord-Süd-Verbindung Völkermarkt;
4. Gailtal Straße B111, Lückenschluß Arnoldstein;
5. Entlastung B83, Ossiacher Zeile in Villach, Kostenbeteiligung des Bundes;
6. LKW- und Bus-Kontrollplatz im Bereich der A2 zwischen Klagenfurt und Völkermarkt (Dolina) und im Bereich der Autobahnmeisterei Zauchen;
7. rasche Verwirklichung des Ausbaues der Drautal Bundesstraße B100.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Die Annahme dieses Antrages ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, möge ein zustimmendes Handzeichen geben! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Ich bringe auch den Zusatzantrag zur Abstimmung, der von der ÖVP-Fraktion eingebracht wurde und folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Katalog an Infrastrukturprojekten zur Hintanhaltung der Benachteiligung des Wirtschaftslandes Kärnten wird wie folgt ergänzt:

8. Errichtung des sogenannten Kreuzbergtunnels in Klagenfurt unter der Voraussetzung der Befürwortung der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten diesbezüglich zur neuerlichen Prüfung dieses Vorhabens eingerichteten Arbeitsgruppe.

Wer diesem Zusatzantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Die ÖVP-Fraktion und Herr Abgeordneter Scheider haben zugestimmt. Die SPÖ- und die FPÖ-Fraktion, wie gesagt mit Ausnahme des Abgeordneten Scheider, haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Somit ist dieser Zusatzantrag abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, wir haben nun den Tagesordnungspunkt 4 beendet und kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 16-1/28:

Bestellung der kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat, Bezirksschulrat)

Hohes Haus! In Entsprechung des Landesschul-aufsichtsgesetzes hat der Landtag 35 Mitglieder des Kollegiums des Landesschulrates mit beschließender Stimme, und zwar aus dem Kreis der Lehrerschaft und der Väter und Mütter schulbesuchender Kinder, zu bestellen.

Hinsichtlich der Bezirksschulräte hat der Landtag für jeden politischen Bezirk fünf Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates mit beschließender Stimme zu bestellen.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Die vom Landtag zu bestellenden Mitglieder des Kollegiums des Bezirksschulrates haben aus Vertretern der Lehrerschaft der in die Zuständigkeit des Bezirksschulrates fallenden Schularten zu bestehen.

Die Elternvertreter der Bezirksschulräte werden von den Gemeinden unter Mitwirkung der Landesregierung bestellt.

Die Bestellungen erfolgen nach dem Verhältniswahlrecht. Grundlage ist das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl für das Land und für die Bezirksschulräte bezogen auf die Bezirke.

Es liegen drei ordnungsgemäße Bestimmungsvorschläge vor. Ich ersuche den Schriftführer, diese zu verlesen!

Schriftführer Mag. Arnold:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es liegen nachfolgende Wahlvorschläge der Fraktionen vor:

FPÖ-Besetzungswahlvorschlag Landesschulrat:
Lehrervertreter:

Ordentliche Mitglieder: Petschacher Erich, Fleischhacker Manfred, Zechmann Dr. Heiner, Ebner Mag. Walter, Andronik Ing. Siegfried, Kerschbaumer Heidelies, Wutscher Mag. Meinhard

Ersatzmitglieder: Hierzegger Prof. Herwig, Kanovsky-Wintermann Dr. Renate, Hardt-Stremayr Mag. Dietmar, Korak Ing. Paul, Obereder Hubert, Schriebl Mag. Adolf, Walker Jutta

Als Elternvertreter wurden namhaft gemacht:

Ordentliche Mitglieder: Moser Walter, Jantschgi Hermann, Spendier Annemarie, Oberlerchner Johanna, Ilgenfritz Iris, Jandl Josef, Pirtscher Dipl.-Ing. Harald, Warmuth Herbert

Ersatzmitglieder: Telesklav Hubert, Fürstauer Helmut, Schaden Roswitha, Fellner Dkfm. Mag. Adolf, Stromberger Manfred, Ambrusch Monika, Riepan Hans, Steuerer Anita

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Hohes Haus! Ich schlage vor, wie in der Vergangenheit der Einfachheit halber anstatt mit Stimmzetteln durch Handzeichen abzustimmen! (*Dagegen erhebt sich kein Einwand.*) Wer dem

Bestellungsvorschlag der FPÖ für die Mitglieder des Landesschulrates die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand! Die Wahlzahl beträgt neun. - Diesem Antrag ist mit den Stimmen der SPÖ- und der FPÖ-Fraktion zugestimmt worden.

Ich bitte um die Verlesung der Meldung des SPÖ-Klubs!

Schriftführer Mag. Arnold:

Bestellungsvorschlag der SPÖ-Fraktion für den Landesschulrat:

Lehrervertreter: Hermann Pansi, Elfriede Koschina, Ing. Florian Süßenbacher, Dipl.-Ing. Heinz Meidl, Mag. Margit Macho, Mag. Hermann Walder

Ersatzmitglieder: Mag. Christa Liensberger, Mag. Angelika Blaschun, Günther Egger, Mag. Alfred Hölbling, Ing. Klaus Steiner, Mag. Georg Unterkofler;

Als Elternvertreter sind in Vorschlag gebracht worden:

Josef Kurteu, Evelin Babic, Hermann Riepl, Kurt Auer, Mag. Roland Arrich, Margot Tschernutter;

Ersatzmitglieder: Johanna Oberrauner, Sonja Fradl, Mag. Alfred Wurzer, Christine Csaky, Philipp Glanzer, Barbara Pressl

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Hohes Haus! Ich komme zur Abstimmung über den Bestimmungsvorschlag des SPÖ-Klubs betreffend die Mitglieder des Landesschulrates. Die Wahlzahl ist sieben. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ so zustimmend zur Kenntnis genommen worden! Ich bitte, den Bestimmungsvorschlag der ÖVP-Fraktion zu verlesen!

Schriftführer Mag. Arnold:

Bestimmungsvorschlag der ÖVP-Fraktion für den Landesschulrat:

Mag. Arnold

Lehrervertreter: Hubert Kirchbaumer, Abg. Mag. Raimund Grilc, Mag. Werner Glas, Ing. Ernst Unterkofler

Ersatzmitglieder: Meinhart Schöffmann, Stefanie Barac, Mag. Margarethe Arnold, Ing. Josef Baumgartner

Elternvertreter: Mag. Dr. Siegfried Moser, Manfred Wurmitzer, Silvia Springer, Walter Druck

Ersatzmitglieder: Dipl.-Ing. Hermann Salcher, Mag. Eva Schwarz, Maria Rabenberger, Peter Leitgeb

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Bestimmungsvorschlag des ÖVP-Klubs für die Mitglieder des Landesschulrates. Wer diesem die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist mit den Stimmen des SPÖ-Klubs und des ÖVP-Klubs so angenommen worden!

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Bestimmungsvorschläge für die Mitglieder der Bezirksschulräte. Ich bitte, den Bestimmungsvorschlag der Freiheitlichen Fraktion zu verlesen!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Bezirksschulrat Feldkirchen:

Mitglieder: Wolf Zojer, Gottfrieda Süßenbacher, Josef Walker

Ersatz: Herta Kletsch, Veronika Huber, Manfred Klein

Bezirksschulrat Hermagor:

Mitglieder: Jakob Schabus, Elise Patterer

Ersatz: Herbert Presslauer, Petra Pargger

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land:

Mitglieder: Peter Begusch, Ilse Wistrela,

Ersatz: Ulrike Hager

Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt:

Mitglieder: Patrizia Schneider, Norbert Stückler

Ersatz: Rosemarie Ellersdorfer, Erich Furian

Bezirksschulrat St. Veit an der Glan:

Mitglieder: Johann Gruber, Wilfried Wurzer

Ersatz: Oswald Wurzer, Barbara Kassnitzer

Bezirksschulrat Spittal an der Drau:

Mitglieder: Kurt Messner, Hellmuth Madritsch
Ersatz: Hermann Seebacher, Annelies Nickmann

Bezirksschulrat Villach-Land

Mitglieder: HOL Klaus Hainschitz

HOL Eleonore Schmoliner

Ersatz: VOL Ute Freund, VOL Dorilis Mölzer

Bezirksschulrat Villach-Stadt

Mitglieder: VOL Ida Habernig, HOL Helmut Sonnleitner

Ersatz: HL Beatrice Haidl, HL Roland Riepan

Bezirksschulrat Völkermarkt

Mitglieder: GR Anna-Maria Trabesinger, Brigitte Macek

Ersatz: Josef Kraker, Julia Kauer

Bezirksschulrat Wolfsberg

Mitglieder: GV Alexander Slamanig, GV Werner Scharf

Ersatz: GR Elisabeth Szolar, Gabriele Samitsch

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich komme zur Abstimmung über den Bestimmungsvorschlag für die Bezirksschulräte seitens der FPÖ-Fraktion. Die Wahlzahl ist 9. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist mit den Stimmen FPÖ und SPÖ so angenommen.

Bitte den Vorschlag der SPÖ-Fraktion zu verlesen.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Bezirksschulrat Feldkirchen

Mitglied:

Dir. HOL Hans CANORI

Ersatz:

Helmut STADTSCHREIBER

Bezirksschulrat Hermagor

Mitglieder:

Johann RAINER

Norbert LEITNER

Ersatz:

Manfred AMBRA

Edwin BADER

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land

Mitglieder:

Mag. Arnold

VD Johannes TOLMAIER
 HL Ulrike JÄGER
 Ersatz:
 SD Mag. Franz VALENTINITSCH
 VOL Astrid JÖRG

Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt

Mitglieder:
 HOL Ilse DOMENIG
 Manfred STRANACHER
 Ersatz:
 HOL Inge STATTMANN
 VOL Irmgard SCHIPEK

Bezirksschulrat St.Veit/Glan

Mitglieder:
 Rudolf ALTERSBERGER
 Mag. Wolfgang EBERHARD
 Ersatz:
 Thorwald NIESSNER
 Dir. Lothar STELZER

Bezirksschulrat Villach-Land

Mitglieder:
 Wolfgang LEX
 Ernst MIKLAUTSCH
 Ersatz:
 Gabriele WOLF
 Rudolf KRISTLER

Bezirksschulrat Villach-Stadt

Mitglieder:
 Helmuth KREINER
 Oskar TSCHERPEL
 Ersatz:
 Ernst JOHAIM
 Margarethe ZEDLACHER

Bezirksschulrat Spittal/Drau

Mitglieder:
 HS Dir. Richard LEEB
 Klaus AUFEGGER
 Ersatz:
 Mag. Karoline KRAINZ
 VS Dir. August ZEIPPER

Bezirksschulrat Völkermarkt

Mitglieder:
 Dietmar SCHÄFERMEIER
 Dir. Josef KRAUT
 Ersatz:
 Dir. Hans ZIMMER
 Dir. Alois LACH

Bezirksschulrat Wolfsberg

Mitglieder:
 VD Manfred KLEINDIENST
 HOL Thomas HAUDEJ
 Ersatz:
 HOL Erich KAINZ
 HOL Harald KUNSTÄTTER

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing.
 Freunschlag** (FPÖ):

Ich komme zur Abstimmung über den Bestel-
 lungsvorschlag für die Bezirksschulräte seitens
 der SPÖ-Fraktion. Wer damit einverstanden ist,
 den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist
 einstimmig so beschlossen.

Bitte den Vorschlag der ÖVP-Fraktion zu verle-
 sen.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Bezirksschulrat Feldkirchen
 Mitglied:
 VD Heinrich LEEB
 Ersatz:
 LPL Ingrid HOFFMANN

Bezirksschulrat Hermagor
 Mitglieder:
 Vbgm. Werner HOLZFEIND
 Gernot HAVLICEK
 Ersatz:
 Gerald RESSI
 Christa RAUSCH

Bezirksschulrat Klagenfurt-Land

Mitglied:
 Heinz TISCHLER
 Ersatz:
 Jutta TSCHÖSCHER

Bezirksschulrat Klagenfurt-Stadt

Mitglied:
 GR HOL Josef ANDRITSCH
 Ersatz:
 HS Karl-Heinz KOLMITZ

Bezirksschulrat St.Veit/Glan

Mitglied:
 Siegmund KOGLER
 Ersatz:
 Elisabeth WATZLAWICK

Mag. Arnold

Bezirksschulrat Villach-Land

Mitglied:

Johann TSCHELIESSNIG

Ersatz:

Norbert WERHONIG

Bezirksschulrat Villach-Stadt

Mitglied:

Gudrun HAIDER

Ersatz:

Hermann FRATTNIG

Bezirksschulrat Spittal/Drau

Mitglied:

HL Hans Peter OBEREDER

Ersatz:

OLPS Franz RENNER-MARTIN

Bezirksschulrat Völkermarkt

Mitglied:

Dieter SCHÖFFMANN

Ersatz:

Roswitha NAPETSCHNIG

Bezirksschulrat Wolfsberg

Mitglied:

OSR VD Uta BAUMGARTNER

Ersatz:

HOL Mag. Johannes KAINZ

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing.**

Freunschlag (FPÖ):

Ich komme zur Abstimmung über den Bestimmungsvorschlag für die Bezirksschulräte seitens der ÖVP-Fraktion. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! - Das ist mit den Stimmen SPÖ und ÖVP so beschlossen. Dankeschön!

Damit, meine Damen und Herren, haben wir den Tagesordnungspunkt 5 erledigt und ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung des Einlaufes:

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es sind am heutigen Tage 3 dringliche Anträge, 16 Anträge von Abgeordneten und 2 Petitionen eingelaufen.

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 112-2/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird aufgefordert, den unsinnigen in der Regierungssitzung am 4. Mai 1999 mit Mehrheit gefaßten Beschluß, wonach an der A2 im Abschnitt Wörthersee ein PKW-Zentrum in Techelsberg und ein LKW-Zentrum in Wernberg errichtet werden soll, aufzuheben und - entsprechend der vorliegenden Expertise - der objektiven Standortanalyse des Austrian Research Centers - vormaliges Forschungszentrum Seibersdorf - sich dezidiert für den

Standort Wernberg als einzigen Standort in diesem Bereich auszusprechen.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing.**

Freunschlag (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Rohr gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich verweise auf die Ausführungen in der Aktuellen Stunde und möchte nur kurz noch einige Anmerkungen machen. Die ASFINAG, die für die Errichtung der Raststätte zuständig ist, hat natürlich auch vom Gesetz her den Auftrag, Steuermittel effizient einzusetzen. Deshalb ist neben dem touristischen Aspekt, wie heute vormittag angeblich aufgrund einer älteren Studie diskutiert wurde, letztlich auch die zweite

Ing. Rohr

Studie vom Austrian Research Center in Auftrag gegeben worden. Diese Studie besagt, daß in verkehrlicher, technischer und umweltbezogener Hinsicht der geeignete Standort oder der geeignetere Standort Wernberg ist. Von den Voraussetzungen her - und da wiederhole ich mich - könnte in Wernberg bereits im Herbst mit dem Bau begonnen werden und ein Investitionsvolumen von 130 Millionen Schilling würde sofort bauwirksam in Kärnten umgesetzt werden können. Wernberg ist neben den Argumenten, die heute hier gefallen sind, ein Raststättenstandort im Herzen Kärntens, im Süden mit dem Mittagkogel, im Norden mit dem Sternberg und im Osten mit Blick auf den Wörthersee ausgestattet, sodaß die touristische Attraktion des Wörthersees durchaus noch zum Tragen kommen würde. Im Gegensatz zu Techelsberg müßten also in Wernberg, Herr Landesrat Wurmitzer, wenige Stauden, die derzeit als Zierstauden den Parkplatz umrahmen, beseitigt werden. In Techelsberg müßten allerdings 3 Hektar Wald geopfert werden. Und ich glaube, es ist ein Grund, zu überlegen, sich diesen Regierungsbeschluß noch einmal gründlich anzuschauen, bzw. die Studie in ihrer Variantenuntersuchung und in ihrer Vielfalt genau zu studieren. Dann wird man erkennen, daß die in der Regierung gefaßte Beschlußlage "Trackerzentrum in Wernberg und PKW-Raststätte in Techelsberg" eigentlich für beide Gemeinden und insgesamt für den Betreiber wirtschaftliche Nachteile hätte.

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter Schwager (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Abgeordnete! Auch ich verweise eingangs darauf, daß heute in der Aktuellen Stunde die Positionen der Landtagsfraktionen ausführlich diskutiert wurden. Ich möchte nur einmal noch darauf hinweisen, daß ja nach diesem Regierungsbeschluß Wernberg nicht durch den Rost fallen würde, sondern eine LKW-Raststätte vorgesehen ist. Auf der anderen Seite möchte ich die SPÖ um Verständnis bitten, daß natürlich der Landesregierung, den Vertretern, Regierungsmitgliedern der FPÖ aber auch der ÖVP nicht zugemutet werden kann, daß ein

Beschluß vom 4. Mai dann am 27. Mai wieder anders beschlossen wird. Das werdet Ihr ja wohl einsehen. Das Papier sei Euch gegönnt, um den Herrn Bürgermeister von Wernberg dann nachzuweisen, daß alles in dieser Sache getan wurde.

Ich habe für Euch eine gute und eine schlechte Nachricht, liebe SPÖ. Die gute Nachricht ist, die freiheitlichen Abgeordneten werden der Dringlichkeit zustimmen. Die schlechte Nachricht ist, den Antrag selbst aber keine Mehrheit geben können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter Dr. Wutte (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es ist wirklich ein dringlicher Antrag, weil ich meine, daß diese Debatte endlich erledigt wird, so oder so. Dringlichkeit insofern, daß die unselige Debatte, wie heute schon vom Landesrat Wurmitzer treffend formuliert wurde, die politische Fudlerei ein Ende hat. Daher dringlich ist diese Frage, dem Inhalt haben wir dieser Situation nichts hinzuzufügen. Es ist am Vormittag jedes Argument zutreffenderweise von uns gebracht worden. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Es liegt keine Wortmeldung zur sachlichen Behandlung vor. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag. Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist mit den Stimmen der SPÖ in der Minderheit geblieben. Somit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur weiteren Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Mag. Arnold:**

2. Ldtgs.Zl.115-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie betreffend die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Kärntner Wirtschaft, Gewerbe und Handwerk in Auftrag zu geben, in der die positiven und negativen Auswirkungen der geplanten EU-Erweiterung auf unser Bundesland dargestellt werden.

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Die Wichtigkeit, die diesem Dringlichkeitsantrag zugrunde liegt, ist vor allem diese, daß es für das Land Kärnten durch den möglichen Beitritt Sloweniens zu massiven Veränderungen kommen wird. Es liegen zwei Untersuchungen bereits vor, die aber österreichweit zu benennen sind. Nämlich einerseits das Wirtschaftsförderungsinstitut und andererseits das IHS, wo es nach den Studien dieser beiden Forschungsinstitute zu gravierenden Einschneidungen österreichweit kommen wird.

Ich möchte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur kurze Punkte herausnehmen. Einer davon, vor allem die gewerbliche Wirtschaft, im konkreten die Industrie, wird zwar nach dieser Studie bei einer EU-Osterweiterung keine schwerwiegenden Anpassungsprobleme haben, jedoch für arbeits- und energieintensive Produktionszweige, die vor allem hier in Kärnten sehr stark angesiedelt sind, wird es aufgrund der niedrigeren Löhne und auch der Energiepreise zu gravierenden Problemen kommen. Im Handel, was wir ja täglich in der Zeitung lesen, vor allem von den Duty-free shops, wird es vor allem durch die Konkurrenz als auch durch den verstärkten Einkaufsverkehr in den Grenzregionen zu Nachteilen kommen.

Am gravierendsten stellt sich das Problem natürlich in der Landwirtschaft dar. Durch den Beitritt der Möllstaaten, dieser osteuropäischen Staaten, wie auch Slowenien mit den Erweiterungsfunden von Estland, Zypern wird es zu finanziellen Leistungen kommen, die Österreich nur sehr schwer verkraften wird. In einer Studie vom Herbst 1997 sagt das Wirtschaftsförderungsinstitut, daß die Beitragszahlung allein von Österreich bis zum Jahre 2006 in eine Höhe von 27 Milliarden Schilling anwachsen werden. Außerdem kommt es bei der Strukturpolitik, wie zur Zeit vorherrschend, von den Zielförderungsgebieten - der Ziel 1, 2 bis 5b Gebiete, statt diesen 6 Zielgebieten - kommt es zu Einschränkungen auf 3 Zielgebiete. Speziell für unsere Kärntner Bauern wird es hier zu gravierenden Förderungsverlusten kommen. Durch starke Erhöhung der Agrarimporte aus Möllstaaten wird das Preisniveau ins Bodenlose fallen. Aus einer ganz einfachen Rechnung, denn die Zahl der Konsumenten wird durch die EU-Osterweiterung 28 Prozent wachsen und die Zahl des landwirtschaftlichen Produktionspotentials um 40 Prozent steigen. Das heißt, es wird nach wie vor zu einer Überproduktion kommen und jeder Volkswirt wird Ihnen sagen, was bei Überproduktion passiert, der Preis wird niedriger werden.

Deshalb schließe ich das Ganze abgerundet ab und bitte darum, daß dieses Vorhaben genauestens geprüft wird, daß wir speziell für Kärnten eine Analyse machen können, damit wir erfahren, welche Auswirkungen diese EU-Osterweiterung auf Kärnten allein haben wird und was auf uns zukommt. Danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem zur Dringlichkeit Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich verstehe zwar die Intention des freiheitlichen Dringlichkeitsantrages betreffend die besagte Studie, nachdem wir gut zwei Wochen vor einem Europaparlamentswahltermin stehen und das Thema EU-Osterweiterung für vielfältigste Diskussion in der derzeitigen Wahl-

Ing. Rohr

bewegung sorgt. Ich bin dafür, daß wir diese Studie in Auftrag geben. Wir von der sozialdemokratischen Fraktion werden diesem Auftrag für die Studie betreffend die EU-Osterweiterung zustimmen, damit endlich vielleicht auch für Kärnten wieder einmal korrekte Zahlen zur Verfügung stehen, denn wir haben es in der Diskussion in der Vergangenheit erlebt, daß auch aus schon vorhandenen Studien immer wieder ein Gespenst mit falsch wiedergegebenen Zahlen gezeichnet wird, die letztlich ein Horrorszenario bei einer möglichen EU-Osterweiterung darstellen.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einer offensiven Diskussion betreffend die Osterweiterung mit allen problemhaften Erscheinungen. Es sind natürlich entsprechende Parameter festzulegen, welche die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Sozialstandards und die Umweltbedingungen genau definieren, dann wird es sicher keinen Weg darum herum geben, daß wir auch die osteuropäischen Länder mit in die EU integrieren. Es ist dabei sicher kein Zeitdruck gegeben, sondern mit viel Vernunft und überlegt vorzugehen und daher ist es auch ganz sinnvoll, wenn dann letztlich Kärnten aufgrund einer vorliegenden Studie entsprechend korrekte Zahlen zur Verfügung hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Klubobmann Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir halten seitens der Kärntner Volkspartei diesen Antrag für einen offensichtlich angedachten Beitrag zur Versachlichung der Diskussion, der jedenfalls ein wenig überraschend, aber doch vernünftig ist, denn wir meinen, man sollte keine politischen Festlegungen treffen, bevor man über die Szenarien und Auswirkungen Kenntnis hat. Daher ist auch das, was Kollege Ragger gesagt hat, insofern zu relativieren, weil er gemeint hat, das und das wird jedenfalls herauskommen. Man sollte nicht klüger sein als die, welche wir damit beauftragen, es zu untersuchen. Das ist ein Schritt in die Richtung, daß wir uns anhand der Zahlen, der Perspektiven

und der Szenarienbeurteilung weniger parteipolitisch, sondern sachpolitisch mit dieser Frage, welche die Zukunft Österreichs und auch Kärntens massiv beschäftigen wird, auseinandersetzen können. Wir werden daher die Zustimmung geben.

Nachdem vom Kollegen Ragger bereits die Bedeutung der Auswirkungen auf die Landwirtschaft angesprochen wurde, vermissen wir in diesem Zusammenhang insbesondere den Bereich der Landwirtschaft, weil nach dem Antrag nur Handwerk, Gewerbe und Wirtschaft allgemein untersucht werden sollte. Wir halten den Bereich der Landwirtschaft und auch den Arbeitsmarkt für sehr untersuchungswürdig, weil es in diesen Bereichen besonders zu den Fragestellungen kommen wird, wie sich das auswirkt.

Daher erlauben wir uns, einen Zusatzantrag einzubringen, mit dem wir den Text insofern erweitern und ergänzen wollen, daß wir auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Landwirtschaft umfassend sehen wollen. Ich darf dem Präsidenten den Antrag überreichen. *(Der Redner überreicht dem Vorsitzenden den Antrag.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Nachdem nur über den Dringlichkeitsantrag abgestimmt werden kann, frage ich, ob die Antragsteller den Zusatzantrag als Antrag annehmen. *(Abg. Dr. Strutz und Abg. Mag. Ragger: Ja.)* Das ist so der Fall. Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, möchte ich zuerst über die Dringlichkeit abstimmen lassen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen. Es liegt keine Wortmeldung in der Sache selbst mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag, der vom Antragsteller erweitert und abgeändert wurde. Wer dafür ist, möge ebenfalls ein Zeichen mit der Hand geben. - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich ersuche den Schriftführer, weiter zu berichten.

Schriftführer **Mag. Arnold:**

3. Ldtgs.Zl. 116-1/28:

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Abgeordneten betreffend die Festlegung des Ziel-2-Gebietes und der Wettbewerbskulisse für Kärnten; keine Verschlechterung der Position Kärntens bei den EU-Strukturmitteln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landeshauptmann von Kärnten wird aufgefordert, im Rahmen der Beratungen und Verhandlungen in den Landeshauptleutekonferenzen über die Neuverteilung der EU-Strukturmittel zu erreichen, daß durch die Festlegung des zukünftigen Ziel-2-Gebietes und der nationalen Regionalförderungsgebiete (Wettbewerbskulisse) keineswegs eine Verschlechterung der derzeit vorhandenen EU-Förderungsmöglichkeiten für Kärnten entsteht.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl von Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Dr. Wutte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Bereits mit Landtagsbeschluß vom 26. Juni 1997 wurde die Kärntner Landesregierung aufgefordert, in Verhandlung mit dem Bund und der EU hinsichtlich der Neuverteilung der Strukturmittel sicherzustellen, daß die besondere geographische Lage und wirtschaftliche Situation Kärntens bei der zukünftigen Förderkulisse bestmögliche Berücksichtigung findet. Derzeit finden im Rahmen von Landeshauptleutekonferenzen Gespräche über die Neuabgrenzung der nationalen Regionalförderungsgebiete und der Zielgebiete statt. Dies unter dem Eindruck, daß bis 30. Juni

1999 - und das ist sehr bald - von seiten Österreichs die Notifizierung des österreichischen Vorschlages zur Wettbewerbskulisse vorliegen müßte.

Aufgrund der derzeitigen vorliegenden Verhandlungspositionen und der ausgearbeiteten Unterlagen ist aber zu befürchten, daß dem eingangs erwähnten Landtagsbeschluß nicht vollständig Rechnung getragen wird und es zu einer Verschlechterung der bisherigen EU-Strukturmittel für Kärnten kommt. Aus den bisher vorliegenden Variantenvergleichen der zukünftigen Mittelverteilung für Ziel-2-Gebiete neu, sowohl was die Variante Aliquotierung als auch die Variante Problemschwere betrifft als auch bei den verschiedenen Varianten für die Neufestlegung der nationalen Regionalförderungsgebiete ist jedenfalls bei allen Varianten eine Reduktion der Mittel für Kärnten vorgesehen. Das heißt, in jedem der vorliegenden Szenarien bzw. bei der Gewichtung der einzelnen Punkte Aliquotierung der Problemschwere ist mit Nachteilen zu rechnen. Daher ist die vorgesehene Reduktion noch höher als beispielsweise in der Steiermark und in Tirol, was für Kärnten jedenfalls nicht zu akzeptieren sein kann.

Das ist nicht einzusehen, weshalb der Landeshauptmann von Kärnten dringend ersucht wird, einen zum Wohle Kärntens harten und sachlich fundierten Kurs in den Verhandlungen einzunehmen. Zielsetzung muß es sein, daß es zu keiner Verschlechterung des status quo kommt. Wir wollen auch nicht, daß in weiteren Verhandlungsschritten Positionen Kärntens vorab aufgegeben werden und dort ein zu großes Entgegenkommen seitens des Kärntner Verhandlers, nämlich des Landeshauptmannes, signalisiert wird. Es geht darum, den Standpunkt Kärntens im Interesse des Landes nachdrücklich, nachhaltig und effizient einzusetzen. Daher haben wir diesen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht.

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem zur Dringlichkeit Abg. Dr. Haller das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Haller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die im Antrag enthaltene Intention ist für uns eine selbstverständliche Maxime. Nachdem die Aktualität gegeben ist, werde wir der Dringlichkeit selbstverständlich beipflichten, wobei der vorliegende Antrag ein zusätzliches Motiv für den Herrn Landeshauptmann sein möge, entsprechend für Kärnten einzutreten und zu kämpfen. Danke schön. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem zur Dringlichkeit Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir schon gehört haben, wird es natürlich eine Neugestaltung von drei Zielgebieten im Jahre 2000 geben. Diese Zielgebiete wurden im Vertrag von Amsterdam neu festgelegt, neu definiert und teilweise sogar aufgelassen. Verstärkt widmen sich diese neuen Zielgebiete der Arbeitslosigkeit.

Wenn wir die Strukturfondsmittel von 1995 bis 1999 anschauen, dann hat es 22 Milliarden Schilling in diesem Topf gegeben, davon sind 9,2 Milliarden Schilling für Ziel-1-, Ziel-2- und Ziel-5b-Gebiete aufgewendet worden. Ein Viertel dieser Förderungsgelder ist ausschließlich in das Burgenland gegangen. Mit der Reform der EU-Osterweiterung schätzt das Wirtschaftsförderungsinstitut, daß die Strukturmittel und die Förderungsmittel um 687 Millionen Schilling pro Jahr für Österreich eingeschränkt werden.

Daher würde ich sagen, daß dieser Antrag zwar zu unterstützen ist, jedoch muß eines schon gesagt werden, daß es hier nur eine prozentuelle Veränderung geben kann, denn in der Summe werden wir sicherlich niemals mehr das erreichen, was wir an Strukturmitteln in den Jahren 1995 bis 1999 bekommen haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist nicht die Zweidrittelmehrheit, somit ist die Dringlichkeit nicht zuerkannt worden. *(Abg. Lutschounig: Ohne Klubobmann geht die Abstimmung auch nicht!)*

Dieser Antrag wird dem Ausschuß für Europa- und Föderalismusfragen zugewiesen. Wir kommen zum weiteren Einlauf in dieser Sitzung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorweg noch einmal zur Erinnerung den § 18 unserer Geschäftsordnung zitieren: "Kostenschätzung und Bedeckungsvorschläge bei selbständigen Anträgen. Selbständige Anträge von Mitgliedern des Landtages oder seiner Ausschüsse, die sich auf Gesetzesvorschläge beziehen, durch die eine über den vom Landtag beschlossenen Landesvoranschlag hinausgehende finanzielle Belastung des Landes eintreten würde, müssen eine Darstellung der abschätzbaren Folgekosten oder Mindereinnahmen und Vorschläge dafür enthalten, wie die finanzielle Bedeckung erfolgen soll."

Ich wollte das nur noch für die entsprechenden Anträge in Erinnerung rufen. Ich bitte zu berichten. *(Abg. Dr. Wutte: Hast du das für deine eigene Fraktion verlesen?)* Für das ganze Hohe Haus.

Schriftführer **Mag. Arnold**:

B. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 99-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die Sicherstellung der Fortführung des Heilbades Bad Weißenbach mit folgendem Inhalt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Mittel des Sommertourismus für die Infrastruktur bereitzustellen, um die Betreuung des Heilbades Bad Weißenbach in der Zukunft zu garantieren.

Mag. Arnold

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

2. Ldtgs.Zl. 100-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend eine Studie über das LKF-Abrechnungssystem mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie zur Überprüfung der Auswirkungen des leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierungs-Abrechnungssystems (LKF) auf die Kostenentwicklung der Kärntner Fonds-Krankenanstalten in Auftrag zu geben.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

3. Ldtgs.Zl. 101-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Steuerbefreiung von Beihilfen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ziel in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu treten, daß alle Beihilfen an Familien, Hilfsbedürftige und sozial Schwache, welche das Land, aber auch die Gemeinden leisten, in Zukunft von der Steuer befreit werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieangelegenheiten**

4. Ldtgs.Zl. 102-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ein Elektronik-BORG für Althofen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Projekt "Elektronik-BORG Althofen" im Rahmen des Leitbildes Kärnten zu prüfen und umzusetzen.

Zuweisung: **Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

5. Ldtgs.Zl. 103-1/28:

Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Neuordnung des Finanzausgleiches mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Bundesländern eine Neuordnung des Finanzausgleiches ab 2001 nach folgenden Gesichtspunkten anzustreben:

1. 5 % der Ertragsanteile sollen als Vorweganteil jenen Ländern zur Verfügung gestellt werden, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Dadurch soll die Solidarität zwischen den wirtschaftlich stärkeren und wirtschaftlich schwächeren Bundesländern verbessert und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen gesichert werden.
2. Die Ertragsanteile nach dem örtlichen Aufkommen sollten von 25 % auf 15 % reduziert werden, um die Verzerrungen, die sich aus dem Aufkommensprinzip zugunsten Wiens ergeben, auszugleichen.
3. Neue Kriterien zur Aufteilung der Ertragsanteile sollen geschaffen werden. 10 % der Ertragsanteile sind nach Flächen- und Beschäftigungsentwicklung aufzuteilen.
4. Der budgetpolitische Handlungsspielraum der Länder ist durch eine Verringerung des Anteiles der zweckgebundenen Einnahmen der Länder zu stärken.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

6. Ldtgs.Zl. 104-1/28:

Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in der Gesundheits- und Krankenanstaltenpolitik völlig neue Wege zu gehen.

Mag. Arnold

Anzustreben sind folgende Schwerpunkte:

1. Schaffung einer Holding "Gesundes Kärnten" unter Einbindung der bestehenden Landeskrankenanstalten, der Krankenanstalten privater Rechtsträger, der niedergelassenen Ärzte und extramuraler Einrichtungen. Dies bei gleichzeitiger Auflösung der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft und der Landeskommision des Kärntner Landeskrankenanstaltenfonds;
2. Totalreform der ambulanten ärztlichen Versorgung durch eine Liberalisierung und Teilungsmöglichkeit bei Kassenverträgen sowie die Einführung von Gruppenpraxen und Leistungsausschüssen;
3. Anhebung der Versorgungsdichte bei Fachärzten, insbesondere im ländlichen Raum;
4. Ermöglichung der flexibleren Gestaltung der Praxiszeiten und dadurch Verkürzung der Wartezeiten der Patienten;
5. verschuldensunabhängige Ausgleichszahlungen;
6. Installierung eines einheitlichen Alarmierungssystems.
7. flächendeckende Sicherstellung der Notarztversorgung in Kärnten;

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

7. Ldtgs.Zl. 105-1/28:**Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft mit der Zielsetzung zu treten, daß insbesondere im LKH Klagenfurt eine Aufgabenreform in Richtung Reduktion auf die Kernkompetenz im Gesundheitsbereich vorgenommen wird.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

8. Ldtgs.Zl. 106-1/28:**Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend dem bereits verwirklichten Tiroler Modell die Lehrbetriebe dadurch zu fördern, daß ihnen die im ersten Lehrjahr für die Dauer des Berufsschulbesuches entstehenden Kosten ersetzt werden.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

9. Ldtgs.Zl. 60-4/28:**Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß ehestens durch Änderung der entsprechenden Bestimmungen des B-VG die Einführung der Briefwahl auf Landes- und Gemeindeebene ermöglicht wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten**

10. Ldtgs.Zl. 107-1/28:**Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung, insbesondere der zuständige Referent wird aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß das Projekt "Vernetztes Erlebnisland Kärnten (Kärnten, ein Erlebnispark)" zügig umgesetzt wird und
2. die Kärntner Infrastrukturgesellschaft zur Schaffung einer zeitgemäßen Sommerinfrastruktur realisiert wird.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

11. Ldtgs.Zl. 18-2/28:**Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Mag. Arnold

Dem Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes über Staatszielbestimmungen über Ehe und Familie, Rechte und Pflichten der Eltern, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten**

12. Ldtgs.Zl. 108-1/28:

Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, daß das "Schwerpunktprogramm Abwasserentsorgungsinvestitionen für Fremdenverkehrsbetriebe" in der Höhe von S 10 Millionen pro Jahr auch nach dem Jahre 1999 fortgesetzt wird;
2. in Verhandlungen mit dem KWF zu erreichen, daß die Förderungsvoraussetzungen für das "Schwerpunktprogramm Abwasserentsorgungsinvestitionen für Fremdenverkehrsbetriebe" dahingehend abgeändert werden, daß nicht nur der erstmalige Kanalanschluß, sondern auch durch Erweiterung bzw. Sanierungen bestehender Anlagen entstehende Nachtragsbeiträge vom KWF gefördert werden.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

13. Ldtgs.Zl. 109-1/28:

Antrag der Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Budgetentwurf 2000 die Mittel für die Errichtung und Erhaltung des ländlichen Wegenetzes auf mindestens 300 Millionen Schilling aufzustocken, damit die finanziellen Voraussetzungen für notwendige Wegerschließungen, Wegerhaltungen und auch Schneeräumung im ländlichen Bereich gewährleistet sind.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinden und ländlicher Raum**

14. Ldtgs.Zl. 110-1/28:

Antrag der Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in der Kärntner Landesregierung einen Seniorenbeauftragten einzurichten und
2. im Kärntner Landtag eine Enquete unter dem Titel "Altwerden in Kärnten" durchzuführen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

15. Ldtgs.Zl. 49-2/28:

Antrag der Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Gesundheitsprengel die Frühförderkonzepte "Integrative Kindergruppen in Regelkindergärten" zu prüfen und in den Bezirken umzusetzen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

16. Ldtgs.Zl. 111-1/28:

Antrag der Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Pflegegeldgesetz des Landtages so zu ändern, daß Familien mit einem behinderten Kind nicht durch Ruhigstellung von Pflegegeld bestraft werden, wenn sie für ihr behindertes Kind vorübergehend ärztliche Hilfe in Nachbarländern in Anspruch nehmen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Ergänzend eingelangt ist der Antrag 17:

17. Ldtgs.Zl. 112-1/28:

Antrag der Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Mag. Arnold

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den unsinnigen, in der Regierungssitzung am 4. Mai 1999 mit Mehrheit gefaßten Beschluß, wonach an der A 2 im Abschnitt Wörther See ein PKW-Zentrum in Techelsberg und ein LKW-Zentrum in Wernberg errichtet werden soll, aufzuheben und entsprechend der vorliegenden Expertise der objektiven Standortanalyse des Austrian Research Centers (vormaliges Forschungszentrum Seibersdorf) sich dezidiert für den Standort Wernberg als einzigen Standort in diesem Bereich auszusprechen.

Zuweisung: **Ausschuß für Bauwesen und Verkehr**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Darf ich noch einmal in Erinnerung rufen, daß gewisse Adjektive bei Anträgen eigentlich nicht angebracht sind. Das ist immer eine subjektive Wahrnehmung! (*Gemeint war der im Antrag verwendete Ausdruck "unsinnige".*)

Ich bitte, zu berichten!

Schriftführer **Mag. Arnold**:

Es liegen zwei Petitionen vor:

C. Petitionen:

**1. Ldtgs.Zl. 113-1/28:
Petition von ÖVP-Abgeordneten mit folgendem Inhalt:**

Es überreicht gemäß § 26 K-LTGO Abgeordneter Helmut Hinterleitner einen Forderungskatalog der Kärntner Wirtschaftskammer mit dem Ersuchen um

Behandlung dieser Petition im Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß. Inhaltlich sind in diesem Katalog Forderungen der Kärntner Wirtschaft an den neuen Kärntner Landtag gerichtet.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

**2. Ldtgs.Zl. 114-1/28:
Petition von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Inhalt:**

Abgeordnete Dietlinde Kreuzer überreicht dem Kärntner Landtag die Petition mit der Bitte um Behandlung betreffend Kärntner Abwehrkämpferbund mit einer Reihe von Themen wie Anerkennung der Deutschen Minderheit in Slowenien als Bedingung des EU-Beitritts; getrennte Erziehungs- und Bildungseinrichtungen; Ausschreibung von Schulleitern im Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes sowie Förderung von Kultur- und Traditionsvereinen und einigen anderen Themen.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen und Immunitätsangelegenheiten**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist somit erfüllt. Ich danke für das rege Interesse und für die sachlichen Debattenbeiträge und schließe die Sitzung.

Ich möchte die Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses erinnern, sich anschließend zur Berichterstatterwahl in den Kleinen Wappensaal zu begeben!

Ende der Sitzung: 17.42 Uhr